v.S. 1/43.
36.3/43 g.

Geheim.

Niederschrift über die Gouverneursbesprechung am 24.Januar 1943 im Belvedere zu Warschau.

Beginn der Sitzung: 10,30 Uhr
Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer; Gouverneur Zörner erschien erst im Verlauf der Sitzung um 13,05 Uhr.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 10,30 Uhr.

A. I. Gouverneur Dr. F i s c h e r hebt in seinem Bericht über dieLage im Distrikt Warschau folgende Punkte hervor:

1. Die Rüstungswirtschaft habe einen großen Aufschwung genommen. Dieser werde jedoch nur aufrecht erhalten werden können, wenn den Betriebsführern der großen Industrien von der Regierung die Genehmigung erteilt werde, für ihre Gefolgschaften Kartoffel, Getreide und sonstige Lebensmittel frei aufzukaufen. Er unterstütze diesen Antrag.

2. Die Arbeitserfassung habe seit Einschaltung der Kreishauptleute große Fortschritte gemacht. Das Erfassungsverfahren habe sich eingespielt und bewährt.

Staatssekretär Krüger empfiehlt, die in Auffanglagern versammelten, für den Arbeitseinsatz ausgesuchten Leute durch deutsche Ärzte untersuchen zu lassen.

3. Zugunsten der Deutschen Reichsbahn, der Organisation Todt und der Stahlwerke Starachowice finde ein Großschleichhandel hinsichtlich Eisen, Holz und Waren aller Art statt, der geeignet sei, die gesamte Wirtschaftspolitik ernstlich zu gefährden. Dr. Fischer ersucht dringend um Abhilfe.

4. Das deutsche Wohnviertel in Warschau biete 26 000 Reichs- und Volksdeutschen Raum. Zurzeit sei es bereits von 23 000 Deutschen besiedelt. Die Restbesiedelung werde bis Ende Mai vollzogen sein. Das Verhältnis von Deutschen zu Nichtdeutschen in diesem Viertel sei eins zu zwei.

5. Die dem Distrikt Warschau auferlegte Aufhebung von UK-Stellungen sei nur sehr schwer zu erfüllen. Die Personallage sei schon äußerst angespannt.

II. Gouverneur Dr. W ä c h t e r hebt in seinem Bericht über die Lage im Distrikt Galizien vor allem folgende Punkte hervor:

1. Der politischen Behandlung des ukrainischen Volkstums sei die größte Aufmerksamkeit entgegenzubringen. Die Bereitwilligkeit der Bevölkerung zur Mitarbeit dürfe nicht durch zu langes Zögern verscherzt werden. In der Propaganda müsse das Wort "Europa" weit mehr herausgestellt werden.

2. Das Getreideaufkommen solle nach Möglichkeit im Distrikt Galizien verbleiben. Die ausreichende Ernährung der Bevölkerung werde auf die Dauer gesehen dem Deutschen Reich mehr nützen als die rücksichtslose Erfüllung des derzeitigen Ablieferungssolls.

3. Für die Arbeitserfassung seien neue Methoden erforderlich. Als Vergleichspunkt werde das in der Ernährungs- und Landwirtschaft bei der Erfassungsschlacht geübte Prämiensystem genannt. Eine Propaganda auf dem Gebiet der Arbeitererfassung sei überhaupt nicht zu bemerken. Jedenfalls komme die Propaganda an die nichtdeutsche Bevölkerung nicht heran.

4. Auf die kommende Personalverknappung habe sich der Distrikt Galizien durch Ausbau der Selbstverwaltungseinrichtungen bereits eingestellt. Unter keinen Umständen könne die Außenverwaltung weitere Personalabgaben vertragen; es habe daher das dem Distrikt Galizien auferlegte Soll von 100 UK-Gestellten fast durchweg auf das Amt des Distrikts verteilt werden müssen. Es ergebe sich die Notwendigkeit, gewisse Dienststellen gänzlich zu schließen, damit wenigstens der unbedingt nötige Verwaltungsbetrieb gesichert werden könne; so sei die Einstellung der Ämter für Raumordnung und für Preisüberwachung und der Fremdenverkehrsdienststellen zu überlegen.

III. Gouverneur K u n d t hebt bei seinem Bericht über die allgemeine Lage des Distrikts Radom vor allem folgende Punkte hervor:

1. Der Distrikt habe 2% seiner Einwohner als Arbeitskräfte an das Reich abgegeben. Die ärztliche Untersuchung der erfaßten Arbeitskräfte werde im Distrikt Radom so gehandhabt, daß deutsche Ärzte die von polnischen Ärzten als arbeitsunfähig bezeichneten Personen einer Nachuntersuchung unterziehen. Im allgemeinen seien hierbei jedoch keine schlechten Erfahrungen gemacht worden; die polnischen Ärzte seien vielfach eher geneigt, die Arbeitsfähigkeit anzuerkennen, als die deutschen.

Die Ernährungslage der zurückgebliebenen Familienangehörigen sei sehr schlecht. Er rege an, bewirtschaftete Waren, die durch die Kreis- und Stadthauptleute ausgegeben werden, bevorzugt an die Familien zu geben, die Arbeitskräfte ins Reich abgegeben haben. Da infolge der geringen Anzahl der zur Verfügung stehenden bewirtschafteten Gegenstände nicht alle Familien berücksichtigt werden könnten, müßte eine Auslese vorgenommen werden. Er habe probeweise in jeder Kreishauptmannschaft jeweils die 3 Gemeinden, die im Verhältnis die größte Zahl von Arbeitskräften gestellt hatten, für die bevorzugte Belieferung bestimmt.

2. Gouverneur Kundt stellt zur Erwägung, ob nicht für alle Arten von Erzeugnissen der Generaldirektion der Monopole ein auf besondere Verdienste und nichtdeutschen Bewohner des Generalgouvernements und der einzelnen Gemeinden abgestellter Verteilungsplan unter maßgeblicher Einschaltung der Kreis- und Stadthauptleute zur Durchführung gebracht werden könne.

3. Es sei ein Generalappell des Staatssekretärs der Regierung erwünscht, wonach bei Zuwiderhandlungen gegen Bewirtschaftungsvorschriften energisch vorzugehen sei. Die Haltung der Verwaltungsstrafbehörden, Polizeibehörden und Gerichtsbehörden müsse in der Ahndung von solchen Verstößen aufeinander abgestimmt sein.

4. Die maßgebenden Bestimmungen für die Einbürgerung der Volksdeutschen müßten auch den Kreis- und Stadthauptleuten bekanntgegeben werden; es sei nicht empfehlenswert über solche Einbürgerungen lediglich in der Regierungsinstanz zu entscheiden.

5. Soweit in Verordnungen, Anordnungen und Erlassen den Gouverneuren der Distrikte und den Kreis- und Stadthauptleuten Zuständigkeiten und Aufgaben übertragen werden, solle jeweils die Distriktsverwaltung gehört werden, ob die genannten Instanzen zur Übernahme der Aufgaben überhaupt in der Lage seien. Der Personalstand der Außenbehörden sei derart zurückgegangen, daß sie von allen nicht unbedingt kriegswichtigen Aufgaben entlastet werden müßten. Die Zuweisung neuer Aufgaben könne nur in ganz dringlichen Fällen in Betracht kommen. Als Beispiel einer nichttragbaren Belastung führt Gouverneur Kundt die Anordnung Nr.4 des Leiters der Bewirtschaftungsstelle für Alt- und Abfallstoffe im Generalgouvernement vom 30.November 1942 an.

6. Für erleichterte Beförderungsbedingungen zugunsten der seit 1939 im Generalgouvernement tätigen Beamten müsse mit allem Nachdruck eingetreten werden. Es sei sonst unmöglich, daß zahlreiche Anwärter für die Inspektorenlaufbahn, die sich im Generalgouvernement bestens bewährt hätten, wirklich in diese Laufbahn einrücken könnten, da sie zumeist das eine oder andere der in den normalen Laufbahnvorschriften vorgesehene Erfordernis nicht erfüllten.

7. Der Vollzug der Anordnung, wonach Frauen und Mädchen unter 21 Jahren das Generalgouvernement zu verlassen haben, wirke sich vor allem auf dem Gebiet der Schulverwaltung sehr nachteilig aus. Es sei dringend erwünscht, wenn hier Ausnahmen zugelassen werden könnten.

8. Die Bestrebungen, für die nichtdeutsche Gefolgschaft der Dienststellen täglich ein warmes Mittagessen zu verabreichen, scheiterten daran, daß die Hauptabteilung Finanzen die erforderlichen Mittel ablehne. Gouverneur Kundt ist der Meinung, daß hier finanzielle Erwägungen nicht ausschlaggebend sein dürften, zumal ein Zuschuß von 50 Groschen pro Kopf und Tag ausreichend sein dürfte.

9. Auf Weisung des Amtmanns Süßmann gelegentlich der Haushaltsbesprechungen müßten hinsichtlich der Besoldung von Pförtnern und Amtsboten Umstufungen nach unten stattfinden. Die Betroffenen würden in Zukunft statt 430 Zloty nur noch 250 Zloty Gehalt erhalten. Gerade bei diesen niedrigen Einkommen wirke sich die Umstufung nachteilig aus. Gouverneur Kundt bittet, diese Weisung zu widerrufen.

IV. Gouverneur Dr. W e n d l e r hebt in seinem Bericht über die Lage im Distrikt Krakau vor allem folgende Punkte hervor:

1. Die Beurlaubungen von polnischen Arbeitskräften aus dem Deutschen Reich haben sich nach den Erfahrungen der Kreis- und Stadthauptleute sehr günstig ausgewirkt. Es sei zu erwägen, von dieser Maßnahme im Interesse der Propaganda für die Werbung neuer Arbeitskräfte in vermehrtem Umfange Gebrauch zu machen.

2. Bei den bevorstehenden Maßnahmen zur Verwaltungsvereinfachung sei vor allem an die Einstellung minder wichtiger Aufgabenbereiche, z.B. des Fremdenverkehrs zu denken. Es sei aber nicht damit getan, wenn nur die staatlichen Dienststellen solche Einschränkungen vornähmen. Es müsse auch im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP entsprechend verfahren werden. Die Neueinstellung hauptamtlicher Kräfte für den Fremdenverkehr im Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP scheine ihm nicht vertretbar zu sein.

V. Gouverneur Z ö r n e r erklärt, daß für den Distrikt Lublin im Vordergrund die Frage des Sicherheitswesens und der Siedlung stehe.

Der Herr Generalgouverneur verweist die Ausführungen zu diesen Punkten in die am Montag stattfindende Polizeisitzung.

1. Staatssekretär Dr. B ü h l e r nimmt Gelegenheit, zu den von den Gouverneuren aufgeworfenen Fragen im einzelnen Stellung zu nehmen.

2. Anschließend gibt Staatssekretär Dr.Bühler den Führererlaß vom 13.Januar 1943 über die Vereinfachung der Verwaltung bekannt und kündigt Maßnahmen zur Durchkämmung sämtlicher im Generalgouvernement sich aufhaltender Deutscher an. Er hält die von den Behörden des Reiches vielfach in Unkenntnis der Sachverhältnisse erteilten Durchlaßscheine nicht für ein ausreichendes Legitimationspapier, sondern hält eine besondere Aufenthaltsbescheinigung neben dem Durchlaßschein für erforderlich. Für alle Deutschen müsse eine solche Aufenthaltsbescheinigung gefordert werden. Wer nach Ablauf einer bestimmten Frist ohne solche Aufenthaltsbescheinigung im Generalgouvernement betroffen werde, sei strenger gerichtlicher Bestrafung zuzuführen. Im

übrigen schlage er vor, daß der Herr Generalgouverneur einen Sonderbeauftragten zur Durchführung des Führererlasses vom 13.Januar 1943 ernenne; zweckmäßig werde dieser Sonderauftrag dem Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung übertragen.

3. Die möglichst lückenlose Erfassung von gewerblichen Erzeugnissen sei unbedingt notwendig. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür seien gegeben, die Arbeit müsse in Zukunft noch mehr intensiviert werden. Ergänzend könne die Zentralstelle für öffentliche Aufträge wirken.

4. Die Ausdehnung des Propaganda-Apparates auf die Kreis- und Stadthauptleute sei erforderlich; dem insoweit von der Hauptabteilung Finanzen erhobene Widerspruch könne nicht gefolgt werden.

5. Die Bildung deutscher Viertel solle nicht überstürzt werden. Die bei der Evakuierung der nichtdeutschen Bevölkerung ihres Obdachs Beraubten gingen vielfach zu Banden und sonstigen asozialen Elementen über.

1, Staatssekretär Dr. B o e p p l e erklärt sich bereit, die Erfassung von Alt- und Abfallstoffen durch die Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung durchführen zu lassen.

2. Der freie Aufkauf von Lebensmitteln durch Rüstungsbetriebe könne nicht gebilligt werden. Würde hier kein Einhalt geboten, so würden auch noch die letzten Saatgutvorräte verschwinden.

Der Herr Generalgouverneur erklärt abschließend zu diesem Thema, daß ein freier Lebensmittelaufkauf bei der derzeitigen Versorgungslage nicht verantwortet werden könne; er lehne den Antrag der Firmen daher ab.

Der Leiter des Arbeitsbereichs Generalgouvernement der NSDAP (V.i.A.) Pg.Stahl nimmt zu den von denGouverneuren hinsichtlich der Parteiarbeit vorgetragenen Punkten Stellung. Die Personalvermehrung bei der NSDAP sei durch die Vermehrung der Standorte von 20 auf 165 eine unabweisbare Notwendigkeit. Für die Angelegenheiten der Fremdvölkischen interessiere sich die NSDAP nur am Rande. Wenn seitens einzelner Amtsträger verschiedentlich andere

Grundsätze vertreten worden seien, so handele es sich um Ansichten, die von der Leitung des Arbeitsbereichs nicht gebilligt würden.

Der Leiter der Hauptabteilung Innere Verwaltung, Präsident Dr. L o s a c k e r , äußert sich vom Standpunkt der Inneren Verwaltung aus zu den von den Gouverneuren vorgetragenen Punkten. Oberster Grundsatz müsse sein, jede Doppelarbeit zu vermeiden; Regierung, Staatssekretariat für das Sicherheitswesen und NSDAP müßten eine gemeinsame Lösung finden.

Hinsichtlich der von Herrn Staatssekretär Dr. Bühler angekündigten Durchkämmaktion in Bezug auf alle Deutschen des Generalgouvernements werde er nähere Richtlinien ausarbeiten. Er stelle sich vor, daß vor einer Distriktskommission sämtliche Deutschen zur Nachprüfung ihres Einsatzes zu erscheinen hätten. Hand in Hand damit müsse eine sorgfältige Nachprüfung aller Meldevorschriften stattfinden.

Der Herr Generalgouverneur, der seine abschließenden Ausführungen für den Schluß der Tagung in Aussicht stellt, schließt die Sitzung um 13,30 Uhr.

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Anlage zur Niederschrift über die Gouverneursbesprechung am 24.1.1943 im Belvedere zu Warschau.

Frank
Bühler
Krüger
Dr. Fischer
Dr. Wendler
Dr. Heuber
Dr. Weh
Losacker
Dr. Wächter
Kundt
Stahl
Dr. Boepple
Zoerner

Gouverneurssitzung am 24.I.1943
10 Uhr 30

Teilnehmerliste:

Frank

Bühler

Müller

Seyß-Inquart

Schmidt

Fischer

Wächter

Lasch

Boepple

Bauer

G o u v e r n e u r s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu Warschau,

Sonntag, den 24. Januar 1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Staatssekretär K r ü g e r
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur Dr. W ä c h t e r
Gouverneur Dr. W e n d l e r
Gouverneur K u n d t
Gouverneur Z ö r n e r
Bevollmächtigter Dr. H e u b e r
Hauptabschnittsleiter S t a h l
Präsident Dr. L o s a c k e r
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h

Ausgefertigt in 3 Exempl.:

1. z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs

2. Staatssekretär Dr.Bühler

3. Hauptabschnittsleiter Stahl

Beginn der Sitzung 1o Uhr 3o Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Generalgouverneur Dr. Frank gibt Gouverneur Dr. Fischer einen Überblick über die Lage im Distrikt Warschau. Er führt aus, daß im vergangenen Jahre im Distrikt Warschau im allgemeinen die Lage befriedigend gewesen sei. Die Wirtschaft sei voll beschäftigt und habe einen gewaltigen Aufschwung genommen, auch sei die Rohstofflage der Wirtschaft durchaus zufriedenstellend abgesehen natürlich von der Kohlenfrage, die ja nach wie vor ein Problem für das gesamte Generalgouvernement darstelle.

In Warschau beständen 3 ooo Industriebetriebe, 2o ooo Handelsbetriebe und 1o ooo Handwerksbetriebe, daneben vielleicht noch 5 ooo Handwerksbetriebe und 5 ooo Handelsbetriebe, die sich ohne jede Genehmigung betätigten. Die Handwerksbetriebe beschäftigten insgesamt etwa 17 ooo Menschen. Sie seien zum großen Teil in Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt und arbeiteten für die Rüstungsindustrie. Der überwiegende Teil der Industrie sei heute für die Rüstung eingesetzt. Zur Zeit seien 65 ooo Menschen in der Rüstungsindustrie voll beschäftigt. Ende 1939 hätten die Aufträge 1o Millionen Reichsmark ausgemacht, Ende 1942 über 2oo Millionen Reichsmark. In Warschau gäbe es zur Zeit über 3oo ooo in der Wirtschaft Beschäftigte. Angesichts der starken Abzweigung von Arbeitskräften nach dem Reich sei diese Zahl in der letzten Zeit etwas gesunken. Der Höchststand habe 317 ooo betragen.

Die Rohstofflage der Wirtschaft sei an sich nicht ungünstig. Man habe Schrottvorräte für 4 Monate, Textilvorräte für mindestens 3 Monate.

Ebenso schwierig wie die Kohlenversorgung sei nach wie vor die Frage der Ernährung. Dadurch daß man im vorigen Jahre den Rüstungsbetrieben die Möglichkeit gegeben habe,

nach Beendigung der Kontingentserfüllung auf dem freien Markt einzukaufen, habe man es erreicht, daß der Prozentsatz der Arbeiter, die unentschuldigt vom Betrieb fernblieben, um Lebensmittel einzukaufen auf 4 - 5 % gesunken sei. Er bitte die Regierung, den freien Einkauf wenigstens von Brot-und Getreideerzeugnissen zu genehmigen. Diese Genehmigung sei auch dem polnischen Hilfskomitee erteilt worden. Mängel würden durch eine solche Maßnahme nicht eintreten, denn die Ernteerfassung sei auf diesen Gebieten der Ernährung vollkommen beendet. Es seien an Getreide 112 % des alten Kontingents erfaßt worden, das seien 91,2 % des neuen Kontingents mit dem 25 %igen Zuschlag. An Kartoffeln seien 110 % des Kontingents erfaßt worden.

Staatssekretär Dr. Bühler würde keine Bedenken gegen den freien Einkauf erheben, wenn die Erfassung auf den entsprechenden Gebieten der Erzeugung abgeschlossen sei.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt fest, daß dieser Antrag des Gouverneurs Dr. Fischer zur Kenntnis genommen worden sei.

Gouverneur Dr. Fischer führt weiter aus, daß die Eiererfassung mit 29 Millionen Stück 2 Millionen Stück mehr gebracht habe als im vorigen Jahr. Auch auf dem Gebiet der Viehwirtschaft seien die Kontingente erfüllt worden, ebenso wie bei Obst und Gemüse. Daß die Getreidekontigente nicht voll erfüllt werden konnten, sei von vornherein klar gewesen. Die Ware fehle bei den Kleinbauern auf dem Lande so sehr, daß damit zu rechnen sei, daß die Kleinbauern spätestens im Monat März keine Vorräte an Mehl, Kartoffeln mehr hätten

Was die Arbeitererfassung angehe, so seien im Distrikt Warschau von dem im letzten Vierteljahr 1942 auferlegten Kontingent 17 192 Menschen gestellt worden. Das Kontingent habe 27 ooo Arbeiter betragen. Leider aber hätten

9 6o7 Arbeiter wegen Krankheit zurückgestellt werden müssen. Daraus sei zu erkennen, wie stark die Gesundheitslage im Distrikt gefallen sei. Die Tuberkulose stiege unaufhaltsam weiter. Für den Monat Januar 1943 habe der Distrikt 5 4oo Menschen zu stellen. Davon seien bereits 3 ooo ins Reich geschickt worden, und man hoffe, daß das Kontingent erfüllt werden könne. Außerdem müsse der Distrikt laufend lo ooo Mann für die Ostbahn und 8 597 für die Rüstungsindustrie stellen. Allen diesen Forderungen könne nur Genüge geschehen, wenn nicht von dritter Stelle in die Maßnahmen der Distriktsverwaltung eingegriffen werde.

Staatssekretär Krüger nimmt zu der Frage der ärztlichen Untersuchung der Arbeiter Stellung, die ins Reich geschickt werden sollen. Bekanntlich würden die Untersuchungen praktisch von polnischen Ärzten vorgenommen. Diese Maßnahme halte er nicht für glücklich. Selbstverständlich würden die polnischen Ärzte versuchen möglichst viele Menschen krank zu schreiben. Er empfehle deshalb, für den Transport der Arbeiter ins Reich Auffanglager einzurichten, in denen sie gesammelt würden, um dann geschlossen abtransportiert zu werden. In diesen Lagern müßten dann deutsche Ärzte die Untersuchung vornehmen. Sonst sei zu befürchten, daß bei dem Entgegenkommen der polnischen Ärzte ein großer Prozentsatz der Arbeiter krank geschrieben werde. Im übrigen handele es sich vielfach um Krankheiten, die sich im Reich im Hinblick auf die dortige Ernährungslage leichter beheben ließen. Die Sätze der polnischen Arbeiter gleichen sich dort fast an diejenigen an, die die deutschen Arbeiter erhielten.

Generalgouverneur Dr. Frank bezeichnet diesen Hinweis des Staatssekretärs Krüger als sehr beachtenswert und beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, dazu Stellung zu nehmen.

In seinem Bericht weist Gouverneur Dr. Fischer weiter darauf hin, daß sich die Arbeitererfassung infolge der Einschaltung der Kreishauptmänner wesentlich gebessert habe.

Man habe hier mittlerweile ein System gefunden, das sich zu bewähren scheine.

Ein schwieriges Problem sei nach wie vor der große Schleichhandel. Man habe leider feststellen müssen, daß die Reichsbahn und Organisation Todt die eigentlichen Auftraggeber für den Schleichhandel seien. Sie bezögen Eisen, Holz und alle anderen möglichen Waren nur im Schleichhandel und bezahlten die teuersten Preise dafür. Welche Verhältnisse auf diesem Gebiet herrschten, zeige ein Vorkommnis, daß sich im Bereiche der Generaldirektion Osten zugetragen habe. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde in der nächsten Zeit in diesem Zusammenhang eine ganze Reihe von Verhaftungen stattfinden. Durch solche Machenschaften werde die Arbeit der Distriktsverwaltung in der Bekämpfung des Schleichhandels illusorisch gemacht. Auch im Bereiche der Wehrmacht sei es zu ähnlichen Dingen gekommen, bei denen z.B. die Stahlwerke im Distrikt Radom eine Rolle spielten.

Gouverneur Dr. Fischer geht dann auf die Gestaltung der Lebensmittelpreise ein, die trotz der Tätigkeit des Amtes für Preisüberwachung ständig stiegen, und überreicht dem Herrn Generalgouverneur einige Preistabellen.

Trotzdem sei auch heute die Lage noch nicht ungünstig. Inden Rüstungsbetrieben seien bis heute noch keine Sabotagefälle vorgekommen.

Volkstumsfragen spielten im Distrikt Warschau kaum eine Rolle. Inmitten der polnischen Bevölkerung lebten ungefähr 8 ooo Russen, 4 ooo Ukrainer, 6 ooo Weißruthenen.

Infolge der ungünstigen Preisverhältnisse sie die finänzielle Lage der Deutschen in Warschau ziemlich schwierig geworden. Man habe aber fpr die Angestellten soziale Einrichtungen getroffen, die sie im allgemeinen die ungünstigen Preisverhältnisse nicht so stark fühlen ließen.

man mit dauernden Erfolgen rechnen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang auf die Tatsache hin, daß der Distrikt Lublin im Vergleich zu den anderen Distrikten prozentual die schlechteste Leistung vollbracht habe. Der Distrikt Galizien habe noch nicht die dreijährige Entwicklung hinter sich wie die übrigen Distrikte, so daß auf diesem Konto schon ein gewisser Betrag abgeschrieben werden müßte. Immerhin bestände die Möglichkeit, daß angesichts der Tatsache, daß die Kontingente nicht voll erfüllt worden seien, im Distrikt Galizien noch etwas mehr Lebensmittel erfaßt seien als in den übrigen Distrikten.

Gouverneur Dr. Wächter gibt zu bedenken, daß 117 % des neuen Solls ohne Metze erfaßt seien. Wenn man die Metze dabei mit in Rechnung stelle, dann stehe man allerdings erst bei ungefähr 85 %. Für die Erfassungsziffer sei wesentlich, daß die Organe der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft den Eindruck hätten, daß die Bevölkerung entsprechend der örtlichen Saatenbestandslage wirklich alles geleistet habe. Diese Lage sei außerordentlich unterschiedlich, und man müsse die Beobachtung machen, daß vieles von Dingen abhänge, auf die niemand Einfluß habe. Unter dem Frost habe gerade der fette Boden am meisten gelitten.

Hinsichtlich der Arbeitererfassung stehe der Distrikt Galizien immer noch mit Abstand den anderen weit voran. Leider sei von einer propagandistischen Arbeit auf dem Sektor der Fremdvölkischen kaum etwas zu merken. Man halte es offenbar für richtig, auf dem Gebiet der Propaganda lediglich nach dem Schema des Reiches zu arbeiten, das nur für Deutsche bestimmt sei.

Generalgouverneur Dr. Frank ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, dieser Frage mit Präsident Ohlenbusch zu besprechen.

In dem neugebildeten deutschen Wohnviertel seien bisher 25 ooo Reichs- und Volksdeutsche untergebracht, in einer schönen Gegend, die sich an die Weichsel anschließe und in der Nähe des Belvedere-Parks und des Agricola—Parkes liege. 3 ooo Deutsche wohnten vorläufig noch außerhalb dieser Wohnviertel, würden aber ebenfalls bald dort Unterkunft finden. Die Einrichtung des deutschen Wohnbezirks habe sich als sehr segensreich erwiesen, da dort die Deutschen mit ihren Frauen und Kindern in größerer Sicherheit lebten. Angriffe auf Deutsche seien bisher auch immer nur außerhalb des deutschen Wohnbezirks vorgekommen.

Gouverneur Dr. Wächter berichtet, daß die politische Lage im Distrikt Galizien im allgemeinen noch zufriedenstellend sei. Allerdings sei eine gewisse Zurückhaltung der breiten Bevölkerungsmassen festzustellen. Andererseits könne man aber auch die Beobachtung machen, daß die Ukrainische Intelligenz zur intensiven Mitarbeit bereit sei, offenbar aus einem Gefühl der Angst heraus, daß die Sowjets wieder nach Galizien kommen könnten. Aus der ukrainischen Bevölkerung heraus werde auch immer wieder der Wunsch laut, man möge sie zum Waffeneinsatz einberufen.

Generalgouverneur Dr. Frank weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß der Führer bisher jedenfalls keinen Befehl zur Aushebung von Ukrainern erlassen habe.

Gouverneur Dr. Wächter geht dann auf die Ernährungssituation ein, die in Galizien besser sei als im vorigen Jahr, besonders angesichts der guten Kartoffelernte. Er bitte die Regierung, damit einverstanden zu sein, daß von dem Getreideaufbringen der Teil im Gebiet Galizien bleiben könne, der für die Ernährung der Bevölkerung notwendig sei. Aus Galizien seien 15o ooo to Getreide geliefert worden. Er habe über diese Frage mit Präsident Naumann verhandelt und dieser habe ihm mitgeteilt, wenn das Soll nicht zu loo % erfüllt werde, so werde sich das bei der Ernährung der Bevölkerung auswirken. Die Ernährung der Bevölkerung müsse aber einigermaßen garantiert werden, damit

Gouverneur Dr. Wächter weist dann darauf hin, daß die in Aussicht stehenden Maßnahmen zu einer immer weiteren Personalverknappung führen müßten. Auch jetzt schon würden der Verwaltung viele Kräfte wegegenommen. Deshalb wolle man im Distrikt Galizien Angehörige des Fremdvolkes in zunehmendem Maße heranziehen. Bei den kommenden Personalentnahmen müsse vor allem darauf Bedacht genommen werden, daß man die mittlere Verwaltung entsprechend schütze. Von den loo Deutschen Beamten und Angestellten, die vom Distrikt für die Wehrmacht zur Verfügung gestellt worden sollten, habe er 42 der Distriktsverwaltung selbst entnommen und die Kreishauptmannschaften entsprechend geschont. Ämter und Abteilungen, deren Tätigkeit im Distrikt Galizien nicht als kriegsnotwendig angesehen werden könne, könnten wesentlich eingeschränkt, vielleicht auch beseitigt werden. Er denke hier an die Abteilung Raumordnung, an das Amt für Preisüberwachung, an die Propagandaabteilung.

Gouverneur Kundt bezeichnet die politische Stimmung im Distrikt Radom als zur Zeit nicht ungünstig.

Die Ernährungslage habe sich verschlechtert. Die totale Erfassung und volle Erfüllung der Kontingente müsse sich naturgemäß in einem Distrikt, der vorwiegend Industriearbeiterschaft habe und landwirtschaftlich nur mittelmäßig sei, ungünstig auswirken. Aus dem unkontrollierten Handel könne nicht mehr soviel zur Ernährung der städtischen Bevölkerung beigetragen werden, wie es bei einer geringeren Erfassung möglich wäre.

Die Vorbereitungen für eine Steigerung der gesamten Ernährungsleistung im Sinne der Erzeugungsschlacht seien im Gange. Wieweit hier die Forderungen erfüllt werden könnten hänge davon ab, ob man die entsprechenden Mittel zum Ausbau der Landwirtschaft in Gestalt von Düngemitteln, Maschinen, Ausbau der Molkereien usw. erhalte.

Was die Erfassung der Arbeitskräfte angehe, so habe man das dem Distrikt auferlegte Kontingent fast zu loo % erfüllen können. Durch die Distriktsverwaltung seien 7 % der

Einwohner erfaßt und in den Arbeitsbereich gebracht worden. Entsprechend dem von Staatssekretär Krüger gemachten Vorschlag, habe er bereits dafür Sorge getragen, daß deutsche Ärzte für die Untersuchung der Polen eingesetzt würden, die von polnischen Ärzten zurückgestellt worden seien.

Er habe versucht, zum Zwecke der besseren Erfassung der Arbeitskräfte das Prämiensystem, wie es in der Landwirtschaft bestehe, einzuschalten. Er habe die Anordnung getroffen, daß bewirtschaftete Waren wie Leder, Textilien usw., die ihren normalen Verteilerweg durch die Bewirtschaftungsstellen gingen, bevorzugt an Leute gegeben würden, die den Nachweis erbrächten, daß sie für das deutsche Interesse arbeiteten oder andererseits Arbeitskräfte für das Reich gestellt hätten. Bei diesem Prämiensystem könne man sich nur auf die Menschen konzentrieren, die bei der Erfassung der Arbeiterschaft aktiv und erfolgreich mitwirkten. Für den Zweck der Arbeitererfassung müßten auch die Erzeugnisse der Generaldirektion der Monopole herangezogen werden. Leider arbeite seiner Ansicht nach die Monopolverwaltung bei ihrem Verteilersystem zu stark nach kapitalistischen Gesichtspunkten. Man müsse danach streben, daß sämtliche Produkte der Monopolverwaltung nicht den normalen Verbraucherweg gingen, sondern dahin dirigiert würden, wo jeweils ein politisches Interesse bestehe. Deshalb müßten Alkoholika, Zündhölzer, Salz und sonstige Monopolerzeugnisse ebenso wie sie zu einem bestimmten Prozentsatz für die Ernteerfassung und für die Wehrmacht zur Verfügung gestellt würden, auch für Aktionen wie diejenige der Arbeitererfassung zur Verwendung kommen.

Generalgouverneur Dr. Frank faßt die Anregung des Gouverneurs Kundt so auf, daß für die Verteilung der Erzeugnisse der Generaldirektion der Monopole im Generalgouvernement ein anderer Verteilerschlüssel gewählt werden solle. Die Berechtigung zum Empfang von Monopolerzeugnissen solle auf den Gesichtspunkt abgestellt werden, daß nur die Menschen etwas erhielten, die auch gewisse Leistungen vollbrächten.

Auf eine Frage des Staatssekretärs Krüger erwidert Gouverneur Kundt, daß mit Beurlaubungen von polnischen Arbeitern aus dem Reich bisher keine ungünstigen Erfahrungen gemacht worden seien.

Staatssekretär Krüger sieht danach in solchen Beurlaubungen eine gewisse Zugkraft und empfiehlt weitere Anwendung.

Gouverneur Kundt geht dann auf die Frage ein, ob und inwieweit die Bewirtschaftsbestimmungen nicht richtig gehandhabt würden. Er halte es für notwendig, in stärkerem Maße vielleicht auch die im Generalgouvernement wohnenden Deutschen zu einer Einhaltung der Bewirtschaftsbestimmungen zu veranlassen. Leider müsse man feststellen, daß auch die deutsche Bevölkerung die Waren nehme, wo sie sie bekomme und damit natürlich der fremdvölkischen Bevölkerung ein schlechtes Vorbild gebe. Das erstrecke sich sogar auf den Beamtenapparat, der die Bewirtschaftungsbestimmungen handhabe und Anträge auf Bestrafung zu stellen habe. Deshalb müsse ein Aufruf an die gesamte Gefolgschaft, die im staatlichen Dienst stehe, von seiten der Regierung erlassen werden, und zwar mit dem Hinweis, daß von jetzt an in schärfster Weise nicht nur im disziplinar Wege, sondern auch mit Strafen gegen solche Verstöße vorgegangen werde. Für die Durchführung entsprechender Maßnahmen bedürfe es der Zusammenarbeit aller Behörden, der Polizei, der Staatsanwaltschaft und der Gerichte.

Die Verwaltung des Distrikts Radom habe sich vollauf bewährt und arbeite zufriedenstellend. Über die Vereinfachung der Verwaltung sei schon vielfach gesprochen worden, man habe auch dafür ein Programm aufgestellt, doch seien auf diesem Gebiete noch keine Anordnungen herausgegeben worden. Um ein Beispiel anzuführen: sämtliche Unterlagen der Akten über Volksdeutsche befänden sich bei der Abteilung für Bevölkerungswesen und Fürsorge in Krakau nicht aber beim Kreishauptmann, der im Zusammenhang mit der Ausgabe der Kennkarten dauernd damit zutun habe. Mit einem Erlaß vom 22. November 1942 habe der Reichsminister

des Inneren entschieden, daß die volksdeutschen Reichsbürger werden könnten. Über die Art der Vollziehung dieses Erlasses sei aber noch nichts bekannt.

Von großer Wichtigkeit sei auch die Frage der Belastung in seiner Zahl immer geringer werdenden Beamtenpersonals. Auf diese Tatsache müsse bei der gesamten Gesetzgebung, bei den Verordnungen aber auch bei Anordnungen einzelner Dienststellen, Bewirtschaftungsstellen usw. Rücksicht genommen werden.

In diesem Zusammenhang kommt Gouverneur Kundt auf die Erfassung der Altstoffe zu sprechen und weist darauf hin, daß die Sammlung des Altmaterials nunmehr dem Gouverneur übertragen worden sei.

Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh bemerkt dazu, daß der Distrikt Krakau die Erfassung von Altstoffen für so wichtig halte, daß die Ausgabe der Lebensmittelkarten von der Lieferung bestimmter Mengen abhängig gemacht werde.

Gouverneur Kundt bittet, dafür zu sorgen, daß die Kreishauptmannschaften nicht noch mehr mit solchen Aufgaben belastet werden. So solle z.B. auch der Kreishauptmann den für Frachten eingesetzten Lastkraftwagenverkehr überwachen. Gewiss müsse der Kreishauptmann verwaltungsmäßig möglichst viele Zuständigkeiten in sich vereinigen, um den Weg zur Regierung in den wichtigsten Fällen in Anspruch nehmen zu können, aber er dürfe nicht mit Dingen belastet werden, die nur im Rahmen rein privatwirtschaftlicher Methoden erledigt werden könnten. Diese Frage müßte einmal mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung und dem Amt für Gesetzgebung besprochen werden.

Aufgabe der Hauptabteilung Innere Verwaltung werde es sein, dafür zu sorgen, daß die mittleren und unteren Beamten, die seit 1939 ununterbrochen ihren Dienst täten, befördert werden könnten ohne daß immer der Weg über das Reichsinnenministerium gegangen zu werden braucht. Vor allem komme hier die Beförderung zum Inspektor infrage.

Gouverneur Kundt geht dann auf den Erlaß ein, nach welchem Mädchen unter 21 Jahren bis zum 31. März endgültig das Generalgouvernement verlassen müßten. Gewiß befänden sich unter ihnen viele, die auf Grund ihres Lebenswandels nicht mehr würdig seien, im Generalgouvernement zu bleiben. Viele hätten sich aber schon Jahre hindurch voll bewährt und sich so verhalten, daß das Ausscheiden aus dem Dienst des Generalgouvernements für sie geradezu eine moralische Belastung bedeuten würde.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß das absolute Verbot der Einstellung minderjähriger Mädchen schon seit einem Jahre bestehe. Viele der jungen Mädchen, die bereits längere Zeit im Generalgouvernement tätig seien, hätten mittlerweile das Alter von 21 Jahren erreicht. Die Bestimmung habe der Führer getroffen, sie gelte nicht nur für den staatlichen Sektor, sondern auch für Partei und Wehrmacht. Im Generalgouvernement würden 1 2oo Mädchen von dieser Maßnahme getroffen. Es sei gelungen, die Frist noch um 3 Monate zu verlängern. Grundsätzlich werde man die Bestimmung durchführen müssen, wenn man auch vielleicht einzelne Ausnahmen zulassen könnte. Angesichts der Tatsache, daß 18jährige Mädchen häufig bei Polen hätten unterkommen müssen und dort sittlich verdorben seien, müsse unbedingt an dem Grundsatz festgehalten werden.

Gouverneur Kundt gibt zu bedenken, daß unter anderen auch im Generalgouvernement 2ojährige Lehrerinnen tätig seien.

Generalgouverneur Dr. Frank äußert ebenfalls Bedenken gegen die allgemeineDurchführung dieses Grundsatzes.

Gouverneur Kundt kommt sodann auf die Verhältnisse der polnischen Beamtenschaft zu sprechen. Er habe beantragt, daß eine Kriegsbeihilfe für die Organisierung von Küchen zugunsten des polnischen Personals gegeben werde. Man müsse dem polnischen Dienstpersonal, auf das man stark angewiesen sei, ein warmes Mittagessen verabreichen.

Mit den geringen Gehaltsabzügen könne der Polnische Beamte nicht die notwendigen Lebensmittel für sich und seine Familie beschaffen. Die Hauptabteilung Finanzen habe entsprechende Vorschläge mit dem Hinweis abgetan, daß sich angeblich die Partei gegen eine solche Versorgung der polnischen Beamtenschaft wende. Er bitte die Regierung, die Hauptabteilung Finanzen zu veranlassen, baldmöglichst für eine Hilfe auf diesem Gebiete zu sorgen. Da es sich nur um einen Zuschuß von 5o Groschen pro Mann und Tag handle, komme voraussichtlich eine große finanzielle Belastung nicht infrage.

Die Kriegsmaßnahmen der <u>Gehaltsumstufungen für deutsches Personal</u> habe z.B. im Verfolg einer Anordnung der Hauptabteilung Finanzen zu starken Gehaltsminderungen bei Pförtnern und Amtsboten geführt: beispielsweise seien die Gehälter von 42o auf 296 Zloty im Monat herabgesetzt worden. Man könne unmöglich die für das Reich geltenden Grundsätze auf das Generalgouvernement übertragen. -
Im übrigen habe die von dem Herrn Generalgouverneur hinsichtlich der Aufrechterhaltung der bisherigen <u>Ostzulage</u> getroffene Entscheidung in der Beamten- und Angestelltenschaft allgemein die günstigste Wirkung gehabt.

Gouverneur Dr. <u>Wendler</u> kann feststellen, daß die Verwaltung des <u>Distrikts Krakau</u> auf allen Gebieten ihre Pflichten voll erfüllt habe. Die Ernte sei dank des Einsatzes der Befehlsstelle und des erfreulichen Zusammenarbeitens von Beamtenschaft und Polizei zu loo % abgeliefert worden, d.h. mit Metze etwa 98 %, ohne Metze 86,7 %. Es habe soviel abgeliefert werden müssen, daß die Menge der Metze bzw. das Maß des Selbstausmahlens nicht erreicht werde. Insofern könne also das gesamte Kontingent nicht erreicht werden. Auch werde Saatgut angefordert werden müssen, weil den Bauern keine Bestände verblieben seien.

Von dem für die Arbeitererfassung dem Distrikt Krakau auferlegten Kontingent von 31 ooo Mann seien bereits 93 % ins Reich gebracht worden. Die Gestellung des Restes werde keine Schwierigkeiten machen. Am schlechtesten sei merkwürdigerweise die Arbeitergestellung in der Stadt Krakau. Was an Menschenmaterial von den polnischen Ärzten zurückgestellt werde, werde von deutschen Ärzten an Ort und Stelle noch einmal untersucht. Auffallend sei die Tatsache, daß polnische Ärzte zum Teil mehr Leute für die Arbeit freistellten, als es die deutschen Ärzte täten, insbesondere in den Südbezirken. In dieser Beziehung habe er mit Präsident Dr. Struve Verhandlungen aufgenommen.

Die Wirtschaft im Distrikt Krakau sei mit Aufträgen voll versorgt, vielleicht im Süden noch mehr als im Norden. Schwierigkeiten bereite selbstverständlich auch hier das Kohlen- und Stromproblem. In Krakau selbst seien die lebenswichtigen Betriebe bis Ende Februar oder Anfang März mit Kohlen versorgt.

Die Erteilung von Urlaub an im Reich arbeitende Polen habe ausgezeichnete Wirkungen gezeigt. Die beurlaubten Arbeiter hätten sogar zum Teil einen oder zwei Mann mit ins Reich genommen. Die Urlaubserteilung sei eigentlich das einzige wirksame Mittel der Propaganda, auf deren Gebiet für das fremde Volkstum leider nur sehr wenig oder überhaupt nichts geschehe.

Die Organisation auf dem Parteisektor arbeite zwar sehr gut, doch müsse die Tatsache Befremden erregen, daß die Zahl der hauptamtlichen Funktionäre bei der Partei langsam ansteige wie z.B. beim Amt für Soziale Betreuung, dem Hauptarbeitsgebiet des Parteigenossen Stahr, wo zu den bisherigen drei hauptamtlichen Kräften noch 5 oder 6 hinzugekommen seien. Er habe auch gehört, daß hier manches an Aufgaben geleistet werde, was schon in anderen Sektoren durchgeführt werde. So betätigten sich auch z.B. fünf Stellen im Fremdenverkehr. Auch die Organisation "Kraft durch Freude" wolle ihre Arbeit im Generalgouvernement aufnehmen, und dafür solle eine eigene hauptamtliche Kraft

gestellt werden. So gut und zweckmäßig die Einrichtung der Betriebsobmänner sein möge, so seien sie doch fehl am Platze, wo in einem Betriebe nur ein oder zwei Deutsche und sonst nur Polen beschäftigt seien. Man könne unmöglich Bestimmungen und Anweisungen, die für das Reich Geltung hätten, im Bereich des Generalgouvernements anwenden.

Angesichts der Tatsache, daß noch wesentliche Kräfte der Beamten- und Angestelltenschaft für den Wehrdienst einberufen würden und es außerordentlich schwer, wenn nicht unmöglich sei, irgendeinen Ersatz zu bekommen, werde man mehr als bisher auf die weibliche Arbeitskraft angewiesen sein. Deshalb sollte man bei der Ausschaltung der Mädchen unter 21 Jahren eine gewisse Vorsicht walten lassen. Junge Mädchen, die shhon längere Zeit im Generalgouvernement tätig seien und einen einwandfreien Lebenswandel führten, müßten es als persönliche Kränkung ansehen, wenn sie nun plötzlich in die Heimat geschickt würden. Zu bedenken sei ja auch, daß damit die Partei viele Helferinnen verliefen würde.

Generalgouverneur Dr. Frank sieht in dem Vorbringen des Gouverneurs Dr. Wendler den Antrag, daß in dieser Frage irgendein Schritt getan werden möge.

Gouverneur Kundt weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß im Distrikt Radom, Kreisstandort Tomaschow, die Aufgaben von KdF durch die Parteiorganisation, also den Standortleiter und den ehrenamtlichen Sachwalter für Sozialpolitik durchgeführt worden seien. Wenn jetzt eine besondere Stelle für KdF errichtet werde, vor allem für Zwecke der Verwundetenbetreuung, so verlange das wieder die Einstellung hauptamtlicher Kräfte.

Gouverneur Dr. Wendler bittet die Regierung, zu prüfen, ob nicht im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung gewisse Ämter überhaupt stillgelegt werden könnten. Das gelte z.B. für das Amt für Raumordnung.

Für die Altstoffsammlung habe sich mangels anderer geeigneter Kräfte die Distriktsverwaltung Krakau zur Verfügung gestellt. Man sei allerdings davon ausgegangen, daß dies nur ein Versuch sein könne, weil ja eigentlich eine solche Sammlung Aufgabe der gewerblichen Wirtschaft wäre. Man habe zum Teil die Ausgabe der Lebensmittelkarten an die ordnungsmäßige Ablieferung von Altstoffen geknüpft, zum Teil auch den Vögten und Schulzen diese Aufgabe übertragen und ihnen bei befriedigenden Ergebnissen Wodka zur Verfügung gestellt. Den Firmen, denen die gesammelten Altstoffe zugeführt würden, erwachse daraus so gut wie keine Arbeit oder Belastung, sie zögen lediglich den Gewinn daraus. Er bitte deshalb Staatssekretär Dr.Boepple, die Frage zu prüfen, ob nicht die gewerbliche Wirtschaft mit ihrer Organisation für diese Aufgabe eingespannt werden könne.

Generalgouverneur Dr. Frank erwähnt die Tatsache, daß Gouverneur Dr. Wendler an die Beamten- und Angestelltenschaft des Distrikts Krakau Kaffee habe verteilen lassen. Ausdiesem Anlaß seien zahlreiche Beschwerden an ihn gelangt.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß er den beim Distrikt noch lagernden Kaffee habe erfassen lassen. Er werde an alle Deutschen verteilt werden, soweit nicht Lazarette und Krankenhäuser mit ihm versorgt würden.

Gouverneur Dr. Wendler erklärt, daß ihm der Kaffee vonGouverneur Dr. Fischer zur Verfügung gestellt worden sei. Nachdem im vorigen Jahre Bezugscheine für alle möglichen Waren ausgegeben woden seien, habe er keine Bedenken getragen, das Anerbieten des Gouverneurs Dr. Fischer anzunehmen.

Generalgouverneur Dr. Frank beauftragt StaatssekretÄr Dr. Bühler, mit den beteiligten Herren einen Modus für die Regelung dieser Frage zu finden.

StaatssekretÄr Dr. Bühler nimmt nunmehr zu den von Gouverneuren vorgebrachten Wünschen und Anregungen Stellung. Man habe zunächst Beschwerde darüber geführt, daß die im vorigen Jahre vom Führer angekündigte und befohlene Verwaltungsvereinfachung nicht in dem erforderlichen und erwarteten Ausmaß durchgeführt worden sei. Demgegenüber müsse er darauf hinweisen, daß man auf Grund des seinerzeit entworfenen Programms fortwährend gesetzlich verarbeitete Vorschläge und Maßnahmen herausgebe und so doch allmählich zu der von den Außenstellen geforderten Dezentralisation komme. Ein Musterbeispiel sei die Altmaterialerfassung. Diese Verordnung sei sicher nicht so gedacht, daß der Gouverneur oder Kreishauptmann selber diese Stoffe sammeln lassen solle, sondern es sei ihnen überlassen, sich dafür wirtschaftliche Instrumente zu schaffen oder sich vorhandener wirtschaftlicher Einrichtungen im Zusammenwirken mit der Zentralkammer zu bedienen. Wenn der Kreishauptmann oder Distriktschef sich dieses Instrumentes bedienen und der Apparat reibungslos funktioniere, dann könne er sich auf die Aufsicht beschränken.

Dasselbe gelte für die Zusammenfassung der Transportleistung. Auch im Reich gebe es bei jedem Landratsamt einen Nahverkehrsbevollmächtigten, der den vorhandenen Laderaum lokal auszunutzen versuche, immer im Interesse der Einschränkung des Verbrauchs von Brennstoff.

Unter dem 13. Januar 1943 habe der Führer einen Erlaß über den umfassenden Einsatz von Männern und Frauen im Dienste des Krieges herausgegeben.

(Präsident Lossacker verliest den Erlaß).

Generalgouverneur Dr. Frank stellt auf Grund des Wortlautes des Erlasses fest, daß er als Reichsverteidigungskommissar für das Generalgouvernement Anordnungen zu vollziehen in der Lage sei.

Staatssekretär Dr. Bühler führt weiter aus, daß die erste Auswirkung dieses Erlasses sich bereits in der Richtung für das Generalgouvernement geltend mache, daß bis zum 1.Februar 4oo Männer aus den Jahrgängen 19o6 und 19o5 der Wehrmacht zur Verfügung zu stellen sei. Darüber hinaus würden weitere einschneidende Maßnahmen getroffen werden müssen. Insbesondere würden wohl die jüngeren Jahrgänge, die man bisher mit großer Mühe in Schlüsselstellungen habe halten können, eingezogen werden. Voraussetzung für diese Maßnahmen sei eine totale Durchprüfung des gesamten Verwaltungsapparats. Man werde ganze Verwaltungszweige und Dienststellen umorganisieren, auf einen Notdienst einrichten oder stillegen müssen, um den Anforderungen gerecht zu werden. Er habe auch die Absicht, im Rahmen dieser Aktion eine Durchkämmung sämtlicher im Generalgouvernement vorhandenen Deutschen vornehmen zu lassen. Er folge da einer Anregung des Präsidenten Dr. Lasacker, der ihn darauf aufmerksam gemacht habe, daß sich im Generalgouvernement vielfach deutsche Elemente unangemeldet herumtrieben, die offenbar dem Kriegseinsatz ausweichen wollten, und die auf Lebensmittelzuteilung usw. nicht reflektierten. Diese Elemente betätigten sich in üblen Schiebergeschäften. Man werde ihnen das Handwerk legen und sie ins Reich zurückschicken. Der Einreiseschein, der mit irgendeiner Begründung erwirkt werden könne, dürfe für den Aufenthalt im Generalgouvernement lediglich als Einreisepapier gelten. Für den Fall von Zuwiderhandlung seien Zuchthausstrafen anzukündigen.

Generalgouverneur Dr. Frank ersucht Staatssekretär Dr. Bühler, im Einvernehmen mit den beiden anderen Staatssekretären eine Anordnung zur Erfüllung dieses Führererlasses auszuarbeiten und ihm vorzulegen. Diese Anordnung werde er dann als Reichsverteidigungskommissar unterzeichnen. Dabei würden die von den Gouverneuren gegebenen Anregungen Berücksichtigung finden.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt die Herausgabe eines Erlasses in Aussicht, auf Grund dessen zur Durchführung der Maßnahmen auf dem staatlichen Sektor ein besonderer Auftrag an den Hauptabteilungsleiter Dr. Losacker erteilt wird, der dann systematisch die gesamten Vorarbeiten zu leisten hätte.

Weiter weist Staatssekretär Dr. Bühler darauf hin, daß auch die Partei bemüht sein müsse, ihr Personal nach Möglichkeit einzuschränken. Die Tatsache, daß für den Parteisektor 164 Räume als Arbeiterräume angefordert würden, deute darauf hin, daß der Parteiapparat wesentlich vergrößert werden solle. Er müsse sich dagegen wenden, daß die Partei sich zunehmend mit Fragen der polnischen Bevölkerung und Volkstumsfragen beschäftige.

Nachdem die Erfassung der Ernte beendet sei, zeige sich, daß da und dort die Ernährungsdecke zu schmal sei. Er nehme an, daß man mit dem Reich in Verhandlungen darüber eintreten werde, ob und inwieweit eine Ermäßigung der Lieferungen an das Reich eintretenkönne. Zu befürchten sei, daß im Frühjahr nicht die erforderlichen Düngemittel für die Leistungssteigerung der Landwirtschaft vorhanden seien, daß insbesondere das Saatgut fast restlos aufgebraucht sei. Und selbst wenn das Saatgut mengenmäßig zur Verfügung gestellt werden könnte, so fehle es doch für die Verteilung an dem erforderlichen Transportapparat.

Für den Arbeitseinsatz könne die Einführung eines Prämiensystems gewiß sehr förderlich sein; die Prämien müßten sich aber im wesentlichen erstrecken auf Dinge, die nicht zu den eigentlichen Nahrungsmitteln gehörten. Hier kämen also gewerbliche Produkte wie z.B. Salz infrage. Monopolwaren würden schon heute nur noch dem Zweck, für die sie geschaffen seien, zugeleitet. Er werde jedoch mit Präsident Dr. Senkowsky nochmals über das Verteilungssystem sprechen.

Auf dem Gebiete der Durchführung der Wirtschaftsbestimmungen seien allgemein noch sehr große Mängel festzustellen. Man sei durchaus bemüht, die Waren zu erfassen, jedoch zeige sich, daß einige Deutsche und Polen es verständen, in die Verteilung dieser Waren einzudringen.

Das liege jedoch zum großen Teil an der Bedürftigkeit des für diese Zwecke zur Verfügung stehenden Apparats. Er habe die Schließung dieser Lücken des Verteilungssystems bereits als einen Programmpunkt für die künftige Arbeit vorgemerkt.

Gouverneur Dr. Wächter weist auf die im Ernährungssektor erzielten großen Erfolge hin, die es ermöglichten, mit den erfaßten Mengen so zu disponieren, daß das Reich große Zuteilungen erhalte und andererseits der Distrikt die ganze Verwaltungsapparatur aufrecht erhalte. Praktisch lebe ja der ukrainische und polnische Beamte nicht mehr von seinem Gehalt, sondern von dem Essen, das er zusätzlich bekomme. Leider müsse festgestellt werden, daß im Wirtschaftssektor ein ähnliches Erfassungssystem fehle. Auch hier werde man zu einer gerechten Verteilung nur kommmen können, wenn man ordentlich erfassen könne. Wenn man den Bauern Produkte aus der gewerblichen Wirtschaft, die er auf Grund des Prämiensystems nicht erhalte, gebe, so werde man seine Leistung dadurch steigern können. Entscheidend sei immer, daß man die gewerblichen Güter im Generalgouvernement vollkommen erfasse, und gerade hier scheine eine große Lücke zu bestehen. Während sich der Schleichhandel im Ernährungssektor nicht mehr allzuviel betätigen könne, sei es ihm im wirtschaftlichen Sektor immer noch möglich.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, daß entsprechende Maßnahmen bereits im Gange seien. Dem Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft sei die Befugnis gegeben worden, alle nicht bewirtschafteten Waren beim Fabrikanten zu erfassen und nach politischen und Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten zu verteilen. Vor kurzem sei die Verordnung über die Stillegung von Betrieben unterzeichnet worden, nach welcher nur noch kontrollierbare Unternehmungen bestehen bleiben dürften. Leider seien die großen Reichsinstitutionen vielfach diejenigen, die jede Wirtschaftsordnung zerschlügen, so insbesondere die Reichsbahn, die Wehrmacht und die Organisation Todt. Durch die Schaffung der Zentralstelle für öffentliche Aufträge wolle man sämtliche öffentlichen Aufträge an einer Stelle konzentrieren, sie kontrollieren und andererseits durch den Nachweis von Produktionsmöglichkeiten

die Durchführung der Aufträge erleichtern. Die Zahl der Aufträge sei aber so gestiegen, daß sie heute noch unkontrolliert vom Reich hergegeben, daß viele dieserAufträge gestrichen werden müßten und deshalb die großen Organisationen sich dieser Ordnung widersetzten.

Die Anregung, den polnischenBeamten ein Mittagessen zu geben, halte er für sehr glücklich; wenn diese Beamten weiter zufriedenstellende Arbeit leisten sollten, dann könnten sie mit ihren geringen Bezügen, die weit unter der Vorkriegshöhe lägen, einfach nicht durchkommen, geschweige denn ihre Familien miternähren. Was die Frage der Kontrolle der polnischen Arbeitskräfte durch deutsche Ärzte angehe, so habe er häufig das Empfinden gehabt, wie wenn die Polen und Ukrainer darauf ausgingen, ihr schlechtestes Menschenmaterial aus den Dörfern ins Reich abzugeben. Es sei durchaus denkbar, daß der ukrainische oder polnische Arzt bestrebt sei, unfähige Menschen als geeignet für den Dienst im Reiche hinzustellen, während die besseren Kräfte aus irgendwelchen Gründen krank schreibe. Eine Untersuchung durch deutsche Ärzte sei doch wohl die wirksamste Methode, damit diesem Übelstand abgeholfen werden könne.

Für den <u>Ausbau der Propaganda</u> unter den Fremdvölkischen habe Präsident Ohlenbusch lo Kräfte zur Verfügung stellen wollen. Je fünf Kreise sollten danach einen Propagandisten erhalten. Die Durchführung dieses Vorschlages sei aber an dem Widerstand der Hauptabteilung Finanzen gescheitert.

Generalgouverneur Dr. <u>Frank</u> stellt ausdrücklich fest, daß die Durchführung dessen, was für das Land politisch wichtig sei, an dem Widerstande der Hauptabteilung Finanzen nicht scheitern dürfe.

Staatssekretär Dr. <u>Bühler</u> geht dann auf die Bildung <u>deutscher Wohnviertel</u> ein. Mit dieser Frage beschäftige man sich schon seit langem. Auch in Krakau habe Gouverneur Dr. Wächter nach dieser Richtung entsprechende Schritte unternommen. Dieses Problem lasse sich nicht von heute auf morgen lösen, sondern es bedürfe einer ausgedehnten

Kleinarbeit, um einerseits die Polen aus den deutschen Vierteln abzudrängen und andererseits zu verhindern, daß die Zahl der Banditen, der Obdachlosen und derjenigen, die nichts zu verlieren hätten, durch willkürliche Aussiedlungsmaßnahmen vermehrt werde.

Staatssekretär Dr. Boepple bezeichnet die Kammerorganisation als ein für die Durchführung der Altmaterialsammlung geeignetes Instrument. Er werde dem Präsidenten von Gergory und dem Geschäftsführer der Zentralkammer einen entsprechenden Auftrag geben. - Gegen die Freigabe des Schwarzhandels, wie sie Gouverneur Dr. Fischer empfehle, werde die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft scharf opponieren. Wenn man dem Reiche gegenüber erkläre, daß die scharfe Erfassung der Erntevorräte im Generalgouvernement nichts mehr übrig gelassen habe, dann dürfe man andererseits nicht den Firmen den freien Aufkauf erlauben. Das würde nur zu einer weiteren Steigerung der Preise führen und das letzte Saatgut verschwinden lassen. Man müsse vielmehr den Weg der Verhandlungen mit dem Reich gehen und es darum bitten, daß dem Generalgouvernement ein gewisses Kontingent von Nahrungsmitteln gelassen werde.

Gouverneur Dr. Fischer hält eine sofortige Regelung dieser Frage für unbedingt notwendig. Verhandlungen mit dem Reich hätten keinen großen Nutzen, da die Frage schon seit anderthalb Jahren akut sei. Er habe jedenfalls durch seine Maßnahmen erreicht, daß die Rüstungsbetriebe arbeiten könnten.

Gouverneur Kundt befürchtet, daß damit eine vollkommene Verwirrung der Wirtschaftsordnung auf dem Ernährungssektor Platz greifen würde. Die Betriebe müßten eben versuchen, mit den zugeteilten Mengen auszukommen. Entscheidend sei immer, ob die Produktion der Rüstungsbetriebe voll erfüllt werde.

Auch Gouverneur Dr. Wendler warnt davor, den Betrieben eine solche Genehmigung zu geben. Vielfach werde auch nicht mit Geld bezahlt, sondern z.B. mit Kunstdünger, der gegen bewirtschaftete Waren eingetauscht werde.

Generalgouverneur Dr. Frank ist unter keinen Umständen gewillt, zur Zeit eine Entscheidung in dieser Frage zu treffen. Wenn ein konkreter Antrag gestellt werden solle, dann müsse er ihm schriftlich gegeben werden. Die dreijährige mühevolle Arbeit der Regierung des Generalgouvernements wäre umsonst gewesen, wollte man solche Einbrüche in die Wirtschaft legalisieren. Er verbiete also die Erteilung solcher Sondergenehmigungen.

Staatssekretär Dr. Boepple weist dann darauf hin, daß die Tatsache, daß gewerbliche Güter, die nicht bewirtschaftet seien, zumeist in den Schleichhandel mündeten, einer der Krebsschäden der Wirtschaft des Generalgouvernements sei. Die Arbeit der Kammer, die seit einem Jahr laufe, sei darauf gerichtet, diese Dinge zu erfassen und Betriebe, die nicht für das Reich arbeiteten, gegebenenfalls zu schließen. Über kurz oder lang werde man dann vor allem über die Zentralstelle für öffentliche Aufträge in der Lage sein, über das entsprechende Material, das benötigt werde, zu verfügen. Andererseits sei es dann auch möglich, die Arbeitskräfte solcher Betriebe für das Reich zur Verfügung zu stellen. Die Verhältnisse auf diesem Gebiete besserten sich von Monat zu Monat; denn die Arbeit der Kammer sei gut.

Hauptabschnittsleiter Stahl gibt einen Überblick über die Parteiarbeit. Der Arbeitsbereich habe vor ungefähr einem Jahr 3o Standorte gezählt, heute seien es 165, die den Ortsgruppen im Reiche entsprächen. Die Aufgabenstellung sei infolgedessen größer geworden. Auch die Befehlsstelle im Arbeitsbereich in Krakau müsse sich etwas ausdehnen. Daraus ergebe sich die Anforderung von 164 neuen Diensträumen. Er sei sich dessen bewußt, daß diese Forderungen nicht zu hoch gestellt werden dürften und sei auch sofort dagegen

eingeschritten.

Wenn sich die Partei auch mit anderen Dingen beschäftige, so deswegen, weil sich der Parteigenosse Stahr in der Führung auch des volksdeutschen Elements und Menschenmaterials mehr oder minder mit den Fremdvölkischen befassen müsse; denn hier lägen gewisse Arbeitsbedingungen ähnlicher Art vor. Wenn Parteigenosse Stahr etwas übers Ziel geschossen sei, so schade das nicht; denn schließlich sei ja der Leiter des Arbeitsbereiches in der Lage, ihn auf seine eigentliche Aufgabenstellung zu beschränken. Das werde auch geschehen.

Wenn sich die Partei auch mit Fremdenverkehrsfragen befasse, so deshalb, weil sie die deutschen Leiter der Gaststätten zu einer gewissen moralischen Haltung bringen wollte. In den technischen Betrieb der Gaststätten wolle sie selbstverständlich nicht eingreifen.

Daß die Organisation KdF selbständige oder hauptamtliche Mitarbeiter in den Distrikten habe, sei darauf zurückzuführen, daß bisher die Truppenbetreuung Aufgabe der angrenzenden Gaue gewesen sei. Im Auftrage des Herrn Generalgouverneurs habe er sich mit den Gauen Oberschlesien, Posen und anderen sowie mit der Reichsleitung der Organisation KdF ins Benehmen gesetzt, die im Gebiete des Generalgouvernements lo Beauftragte gehabt hätten. Die Aufgabe, die man auf Grund dieses Übereinkommens jetzt übernommen habe, könne restlos erfüllt werden. Danach habe nun die Abteilung "Arbeit und Sozialpolitik" für die hier lebenden Volksdeutschen und Reichsdeutschen die Aufgaben der KdF übernommen. Vor dem sei diese Aufgabe von der Abteilung Propaganda durchgeführt worden. Es sei aber keine Aufgabe des Staates, sondern der Partei, die seinerzeit nur deshalb von der Propaganda übernommen worden sei, weil zunächst keine Parteiorganisation bestanden habe. Man arbeite jetzt mit der Hauptabteilung Propaganda auf diesem Gebiete im engsten Einvernehmen.

Mit der Betreuung der für die reichsdeutschen und volksdeutschen Arbeiter errichteten Lager sei ursprünglich die benachbarten Gaue beauftragt gewesen. Er habe dann

den Auftrag erhalten, in dieser Beziehung eine Änderung herbeizuführen, und so habe die Partei ungefähr 35 ooo Menschen in die Lagerbetreuung genommen. Auch hier sei Parteigenosse Stahr etwas zu weit gegangen und habe hinsichtlich eines Judenlagers einen Fehlgriff getan, indem er Reichsgesetze auf das Generalgouvernement angewendet habe.

In einem Falle habe sich ein Betriebsführer rein privatkapitalistisch betätigt, und zwar in einer Weise, daß man ihn eigentlich der Staatspolizei hätte übergeben müssen. Deshalb habe man einen Mann dort hinsetzen müssen, der nicht nur fachmännisch, sondern auch nationalsozialistische Führungsqualitäten hatte. Das habe nur dadurch geschehen können, daß man einen Betriebsobmann ernannte, der dem Betriebsführer Anweisungen über die Erziehung der Gefolgschaft geben konnte. Also auch unter solchen Umständen sei die Ernennung eines Betriebsobmanns dringend notwendig. Nach der Verfügung des Leiters des Arbeitsbereichs müsse für einen Betrieb mit lo volks- und reichsdeutschen Arbeitern ein Betriebsobmann eingesetzt werden. Leider legten die Betriebsobmänner vielfach die Maßstäbe des Reiches zu Grunde und seien deshalb auch der Auffassung, daß sie sich um die Fremdvölkischen kümmern müßten. Schwierigkeiten grundsätzlicher Art könnten durch Vereinbarungen zwischen dem Chef der Regierung und dem Leiter des Arbeitsbereichs beseitigt werden. Man sei sich darüber klar, daß die Partei mit fremdvölkischen Belangen nichts zu tun habe, sondern sich nur um die Reichsdeutschen und Volksdeutschen kümmern müsse.

Die Frage der Unzulässigkeit der Beschäftigung von Mädchen von unter 21 Jahren im Generalgouvernement sei von den besetzten Gebieten an die Reichsfrauenführerin und an den SS-Obergruppenführer Heyderich herangetragen worden. Sie hätten sich seinerzeit zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, um der Gefährdung dieser Jugend Einhalt zu gebieten. Dann sei der Führererlaß gekommen. Die Frauenschaftsführerin des Arbeitsbereiches Parteigenossin Aldinger stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß diese jungen Mädchen trotz der sich ergebenden Schwierigkeiten nicht

länger im Generalgouvernement bleiben dürften.

Generalgouverneur Dr. Frank will zwar an dem Grundsatz festgehalten wissen, glaubt aber nicht, daß er in dieser Einseitigkeit durchgeführt werden müßte.

Hauptabschnittsleiter Stahl geht dann auf die Frage der Frauenwohnheime ein. Nach den bisher auch bei der Regierung gemachten Erfahrungen hätten sie sich bewährt. Dem Vernehmen nach sollten auf Grund einer Führeranordnung sämtliche Frauen in Frauenwohnheime zusammengefaßt werden, schon allein um der Sicherheit willen. Diese Frage sei auch mit Staatssekretär Krüger besprochen worden. Mit der Einrichtung solcher Frauenwohnheime wäre allerdings die Möglichkeit gegeben, eine moralische Gefährdung der Mädchen unter 21 Jahren zu vermeiden. Solcher Frauenwohnheime gebe es schon eine Zahl, und sie könnten gegebenenfalls als Unterkunft für Mädchen unter 21 Jahren dienen.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt abschließend fest, daß er an dem Grundsatz nicht gerüttelt wissen wolle, daß aber gewisse offensichtliche Härten vermieden werden müßten, wie es auch dem Wunsch der Gouverneure entspreche.

Präsident Dr. Lossacker führt aus, daß ihn vor allen die Sorgen und Nöte bewegten, die er als Kreishauptmann und in der Distriktsinstanz kennengelernt habe. Es zeige sich, daß die Regierungsebene und auchdie daran gehängten verschiedenen Sparten wie Parteiorganisation und gewerbliche Wirtschaft im Verhältnis zum Unterbau zu breit seien, daß man statt eines breiten Unterbaues eine breite Spitze habe. Aufgaben der nächsten Wochen werden es sein, auf Grund der Vollmachten alle Sparten zusammenzufassen, die nur irgendwie zusammenzufassen seien. Alle Überschneidungen, die heute noch auf diesem Gebiete beständen, müßten ausgemerzt werden. Auf dem Gebiet des Bevölkerungswesens und der Bevölkerungsfürsorge sei schon etwas geschehen. Angelegenheiten, die bereits im staatlichen Sektor behandelt würden, würden nochmals bei der Partei behandelt.

Der Geschäftsverteilungsplan der Hitler-Jugend sei so ausgiebig, daß man fast von einer eigenen Staatsverwaltung auf dem Gebiet der Jugend sprechen könne.

Im ersten Jahr des Bestehens des Generalgouvernements habe sich in der Verwaltung keiner darum gekümmert, ob er in den Geschäftsbereich eines anderen eingreife. Heute sei es so, daß überall, wo etwas geschehen müsse, eine Fülle von Organisationen und Stellen vorhanden sei, die irgendwie das gleiche täten. Wenn auch in der unteren Instanz der Kreishauptmann noch frisch zupacken könne, umso zäher werde, je höher man komme, dieser Brei. Am zähesten sei er eigentlich in der Regierung, wo man vor lauter Ressorts nicht mehr zu festen Willensbildungen kommen könne. Deshalb werde er den ihm von dem Herrn Generalgouverneur in seiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar auf Grund des Führererlasses erteilten Auftrag darin erblicken, daß er sich mit allen diesen Stellen ins Benehmen setze und in Verhandlungen und Vorschlägen die Dinge auszuarbeiten, die zu einer harmonischen und klaren Regelung führten. Die Sorgen der Gouverneure und Kreishauptleute gingen darauf hinaus, daß sie von oben her eine Unmenge von Material zur Bearbeitung erhielten und dadurch die Schlagfertigkeit der unteren Verwaltungsinstanz gehemmt werde. In der Zeit 1939/4o Kreishauptmann gewesen zu sein, sei eigentlich befriedigend gewesen, weil man als Kreishauptmann nur irgend eine Weisung erhalten und einem die Art der Durchführung überlassen worden sei. Heute erhielten die Kreishauptmänner und Gouverneure ganze Bücher von Anweisungen, Anordnungen, Verordnungen usw.. Wenn ein Gouverneur seine Aufgabe ernst nehmen wollte, wäre er den ganzen Tag damit beschäftigt, diese Fülle des Materials zu bearbeiten. Wenn es gelänge, einige der zuviel eingesetzten Kräfte in der oberen Instanz nach unten zu geben, würde das zu einem großen Erfolge führen.

Auf Grund der Tätigkeit der Kommissionen des Generals von Unruh habe sich herausgestellt, daß die Methoden, so vernünftig an sich gewesen seien, nur zu einem negativen Erfolge geführt haben. Seines Wissens seien im ganzen Generalgouvernement etwa im ganzen 3 300 Männer für die Einziehung zur Wehrmacht bestimmt worden, von denen 1 800 Personen überhaupt unauffindbar seien. Er habe seinerzeit an den Verhandlungen über diese Frage in Lemberg teilgenommen und festgestellt, daß es in Lemberg allein 58 Baufirmen gebe. Diese Firmen könnten selbstverständlich angesichts der gegenwärtigen Baubeschränkung überhaupt nicht existieren. Diese Baufirmen beschäftigten zu einem wesentlichen Teil Leute aus Jahrgängen, die einziehungsbedürftig seien. Außerdem habe der begründete Verdacht bestanden, daß diese Leute vielfach Schiebergeschäfte machten. Daß ein großer Teil der Transportunternehmungen große Mengen von Benzin im Schleichhandel kaufe, sei bekannt. Er würde es für zweckmäßig halten, wenn auf Grund eines Erlasses des Herrn Generalgouverneurs in den Distriktsstädten Kommissionen gebildet würden, denen der Gouverneur, der Amtschef und auch Vertreter der freien Wirtschaft wie der örtlichen Wirtschaft angehörten, ferner auch Vertreter der Wehrmacht wie der SS- und Polizeiführer. Diese Kommission müßte dann eine Durchkämmungsaktion für die Deutschen durchführen. Hier müsse jedenfalls mit sehr scharfen Maßnahmen vorgegangen werden, gegebenenfalls unter Androhung der Todesstrafe. Erst wenn feststehe, daß der Betreffende notwendig sei, könne er eine Aufenthaltserlaubnis erhalten. Wenn er ohne eine entsprechende Bescheinigung angetroffen werde, könne er als Kriegsverbrecher behandelt werden.

Die Distriktsverwaltung und die Kreishauptleute hätten schwere Sorgen, wie sie ihrem fremdvölkischen Personal eine Lebensmöglichkeit bieten könnten. Von dem Beauftragten für Arbeitseinsatz sei jetzt eine Anordnung des Inhalts herausgegeben worden, daß die ukrainischen Arbeiter die gleichen Lebensmittelrationen erhielten wie die deutschen. Auch im Generalgouvernement werde man allgemein

die Rationen etwas erhöhen müssen. Nur auf diese Weise werde man den Schleichhandel bekämpfen können. Die Tätigkeit der Preisbildungsstelle müßte auf den Satz hinauslaufen: macht vernünftige Rationen, dann werden die Preise nicht so in die Höhe gehen, und die Leute werden nicht gezwungen sein, außerhalb zu kaufen. Im übrigen werde nach den Erfahrungen im Reiche bei einer straffen Bewirtschaftung weniger verbraucht werden, als wenn ein hemmungsloser Schleichhandel bestehe, der es immerhin manchen Kreisen ermögliche, ein Mehrfaches dessen zu erwerben, was im Reich an Nahrungsmitteln zugeteilt werde.

Mit dieser Verwaltungsvereinfachung werde die Voraussetzung verbunden sein müssen, daß das Generalgouvernement in Zukunft mehr als bisher vom Reich wieder abgeschirmt werde, damit die Einflüsse, die auf ressortmäßig vielleicht begründete Vorgänge zurückgingen, hintangehalten werden könnten.

Generalgouverneur Dr. Frank hält es für wesentlich, daß die Ausführungsbestimmungen und der Vorschlag für die Bildung der Kommissionen bei den Gouverneuren möglichst bald vorgelegt würden. Dabei müßten auch die Parteiorgane entsprechend berücksichtigt werden.

Gouverneur Zörner erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß das Ablieferungsergebnis im Distrikt Lublin durchaus nicht schlecht gewesen sei, sondern daß der Distrikt Lublin in dieser Beziehung an der Spitze stehe. - Im übrigen biete im Distrikt Lublin die Sicherheitsfrage die größten Schwierigkeiten. Weiter werde die Volksstimmung von der Umsiedlung schwer getroffen. Die Folgen seien bisher solche gewesen, daß wohl die Verantwortung für eine weitere Umsiedlung nicht länger getragen werden könne. - Man beabsichtige jetzt im Distrikt Lublin, eine strenge Kontrolle der Zivilautofahrzeuge durchzuführen.

Vielfach bedienten sich auch Polen, die im Schleichhandel Einkäufe tätigten, Personenkraftwagen. Die Kontrolle müsse sich weiter auf die Behördenwagen erstrecken, bestehe doch der Verdacht, daß Behördenwagen und Wagen der Wehrmacht von den Fahrern zu Schwarzfahrten vermietet würden. - Für die behördliche Arbeit wirke sich die Einziehung von Beamten und Angestellten sehr ungünstig aus. Zur Zeit sei es schon so, daß weder der Gouverneur noch der Amtschef einen höheren Beamten zur Verfügung habe. Vor allem verfüge die Abteilung Innere Verwaltung nur über ein geringes Beamtenpersonal. Man habe sich deshalb schon die Frage überlegt, welche Arbeiten als nicht besonders dringlich eingestellt werden müßten. Es könnten in Zukunft nur solche Aufgaben in Angriff genommen und nach unten weitergegeben werden, die wirklich mit dem vorhandenen Personal durchzuführen seien - Eine Bestandsaufnahme der Bevölkerung, über die kürzlich ein Vertreter des statistischen Amtes einen Vortrag gehalten habe, werde sich durchführen lassen, da ja die Hauptarbeit bei den Polen liege. Selbstverständlich bestehe ein Interesse daran, eine einigermaßen zuverlässige Zahl zu erhalten. - Mit der Frage der Holzversorgung und der Forstnutzung stehe es besonders in einzelnen dünn bevölkerten Kreisen ziemlich schlecht. Man habe z.B. aus den nördlichen Kreisen für die Holzabfuhr Gespanne herbeiholen müssen. Das für die Zwecke der Einsiedlung der Volksdeutschen benötigte Holz stehe nicht zur Verfügung. - Für den zweigleisigen Ausbau der Strecke Warschau-Lublin-Cholm-Rostow-Kiew fehle es nur noch an Schotter.

Generalgouverneur Dr. Frank schließt die Sitzung mit folgenden Worten:

Ich möchte meine abschließenden Bemerkungen zu dem heute Gesagten für morgen nach Schluß der Sicherheitssitzung zurückstellen, da ich annehme, daß Sie alle an dieser Sitzung teilnehmen werden. ~~Da ich annehme, daß~~ Ich möchte Ihnen aber dafür danken, daß Sie mir heute erneut Ihre Einsatzbereitschaft versprochen haben.

Die Zeiten, in denen wir leben, sind ungewöhnlich ernst und schwierig. Ich habe vor zwei Stunden die Nachricht erhalten, daß Stalingrad aufgegeben worden ist. Damit ist eins der schwersten kriegerischen Ereignisse eingetreten, das einen ungewöhnlichen auch weite über das rein Militärische hinausgehenden Einfluß ausüben wird. Der Sinn der Aufgabe Stalingrads ist offensichtlich der, daß nur noch kleine Bestände unserer Truppen bis zum Tode weiterkämpfen werden. Von der Reichspressestelle sind aber angesichts dieser Ereignisse schon die Vorbereitungen getroffen, damit diese Situation irgendwie durch Anderes ausgeglichen werden kann.

Im Zusammenhang mit diesen allgemeinen Auswirkungen ist es erklärlich, daß ein weiterer Erlaß des Führers ergehen wird, und zwar des Inhalts, daß für den 30. Januar sämtliche Feiern einschließlich des Flaggenhissens unterbleiben werden. Auch ist es klar, daß es zu einer ganzen Reihe von Maßnahmen kommen wird, die sehr tief in unser hiesiges Leben eingreifen, die aber lediglichdazu dienen sollen, das Letzte aus der Zeit, aus der Lage und aus den Menschen herauszuholen. Wir stehen zweifellos vor dem schwierigsten, deshalb aber auch gerade entscheidungsreichsten Abschnitt des Krieges. Es kommt alles darauf an, die Haltung zu bewahren, besonders in diesem Gebiet, das dem Osten gegenüber das letzte noch einigermaßen geordnete Gebiet ist.

Alles, was bisher im Generalgouvernement schön und gemütlich war, was wir bisher großzügig ansehen konnten, was irgendwie noch aus dem allgemeinen Gesichtspunkt der unterschiedlichen Haltung von Reich und besetzten Gebieten erträglich war, wird in Zukunft in ganz wesentlichem Umfange wegfallen. Wir werden nunmehr in weitem Maße in den Krieg hineingezogen werden. Unsere Aufgabe wird es sein, die für das Deutsche Volk und die Stimmung unseres Volkes dringend notwendig gewordenen Propagandamaßnahmen zu erörtern. Aber so schwer und ernst auch die Lage aussehen mag, so dürfen wir doch den Mut nicht verlieren. Gewiß,

die Kaukasus-Armee befindet sich im geordneten Rückzug, Stalingrad ist aufgegeben, der Vormarsch der Russen ist an keiner Stelle zum Stehen gebracht, die Offensive geht weiter, Tripolis ist eingenommen, - aber wir müssen doch auf der anderen Seite bedenken, daß wir alle durch den bisherigen Kriegsverlauf verwöhntsind. Zum ersten Mal trifft uns einschwarzes Geschick. Es wäre lächerlich, wenn wir es mit größerer Schwäche und mit weniger Optimismus beantworten würden als die Engländer. Es kann kein Zweifel sein, daß sich die russische Kraft erschöpfen wird und daß daher die deutsche Kraft unbedingt zunimmt.

Im Zusammenhang damit steht der Führererlaß als erste Ankündigung weiterer Maßnahmen. Es wird eine völlige und totale Mobilisierung aller Kräfte des deutschen Volkes im Dienste des Krieges eintreten. Umso mehr muß es unsere Aufgabe sein, im Generalgouvernement alle unsere Maßnahmen denen des Reiches anzugleichen, alles zu tun, was dem Reich Erleichterungen bringen kann. Ich habe trotz alledem den Eindruck, daß wir im Generalgouvernement jede irgendwie nur von uns geforderte Maßnahme werden durchführen können; denn der Verwaltungsapparat steht, der Führungsapparat steht und ist zuverlässig. Wir sind ja mittlerweile auch Männer mit reichsten Erfahrungen geworden. Wir wissen genau, welche Fehlerquellen vorhanden sind und wie wir die Fehler, die wir selber gemacht haben, in Zukunft vermeiden können. Darum ist es vor allem notwendig, daß wir uns immer wieder kameradschaftlich verstehen. Hier kann kein Platz für irgendwelchen inneren Krisen sein, für ressortmäßige oder sonstige Auseinandersetzungen. Wenn Sie mich vielleicht bis jetzt nur von der einen Seite kennengelernt haben, so werden Sie mich vielleicht in Zukunft von einer anderen Seite kennenlernen.

Ich bin entschlossen, dieses Land für den Führer zu halten und in jeder Form dafür zu sorgen, daß dieser Block im Osten aufgerichtet bleibt. Ich weiß, daß ich mich bei diesem Vorhaben auf Sie alle verlassen kann.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung 13 Uhr 3o Minuten.

Polizeibesprechung

im Belvedere zu Warschau

am 25.Januar 1943.

Tgb.Nr. 4 /43 g. 4481 NHK 3560-32/430

Niederschrift über die Polizeibesprechung
am 25.Januar 1943
im Belvedere zu Warschau.

Geheim.

Beginn der Sitzung: 10 Uhr
Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer; Präsident Struve und Präsident Dr.Ohlenbusch werden erst im Laufe der Sitzung zugezogen.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement und Staatssekretär für das Sicherheitswesen, General der Polizei K r ü g e r erstattet einen eingehenden Bericht über seinen gesamten Arbeitsbereich. Im einzelnen werden behandelt:

a) die Sicherheitslage des Generalgouvernements,
b) die Mitwirkung der Polizeikräfte bei der Arbeitererfassung,
c) die Polizeidienstpflicht,
d) die auf Befehl des Reichsführers SS durchgeführte Großaktion zur Erfassung asozialer Elemente,
e) die Judenevakuierung,
f) die Tätigkeit des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, insbesondere die Ansiedlung von Volksdeutschen im Distrikt Lublin, Kreishauptmannschaft Zamosc und die Binnenumsiedlung.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß die Durchführung der Großaktion zur Erfassung der asozialen Elemente ihm nicht vorher bekanntgegeben worden sei. Dieses Verfahren stehe im Widerspruch zu dem Erlass des Führers vom 7.Mai 1942, wonach vor dem Vollzug von Weisungen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei

der Staatssekretär für das Sicherheitswesen das Einverständnis des Generalgouverneurs festzustellen habe. Staatssekretär Krüger erklärt, es habe sich um eine Geheimweisung gehandelt, die schlagartig durchgeführt werden sollte. Im übrigen habe er bereits von sich aus den Reichsführer SS gebeten, die laufende Aktion zu stoppen und von weiteren Aktionen dieser Art Abstand zu nehmen. Er sagt ferner ausdrücklich zu, in Zukunft dem Führererlaß entsprechend vor dem Vollzug von Weisungen des Reichsführers SS den Herrn Generalgouverneur zu unterrichten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt damit die Aussprache über die genannte Großaktion für beendet und gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß in Zukunft ein volles Einvernehmen im Sinne des Führererlasses stattfinden werde.

Der Bericht des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen wird durch den Befehlshaber der Sicherheitspolizei, SS-Oberführer Dr. S c h ö n g a r t h im einzelnen vervollständigt. Oberführer Dr.Schöngarth referiert eingehend über die Sicherheitslage im Generalgouvernement und die Tätigkeit der ihm unterstellten Dienststellen.

Anschließend berichtet der Befehlshaber der Ordnungspolizei im Generalgouvernement, Generalleutnant der Polizei B e c k e r , über die Tätigkeit der Ordnungspolizei. Er gibt insbesondere Aufschluß über die Stärke der deutschen und polnischen Polizeikräfte und berichtet über die Erfahrungen, die mit der Bekämpfung der Banden gemacht wurden.

Staatssekretär Dr. Bühler nimmt im allgemeinen, die Gouverneure Dr.Fischer,Zörner, Dr.Wendler, Dr.Wächter und Kundt nehmen zu einzelnen Punkten der Ausführungen des Staatssekretärs für das Sicherheitswesen Stellung.

Präsident Dr. L o s a c k e r berichtet über den Erlass des Führers über die Vereinfachung der Verwaltung und bringt zum Ausdruck, daß die Maßnahmen zu seiner Verwirklichung durch enge Zusammenarbeit von Regierung, Staatssekretariat für das Sicherheitswesen und NSDAP getroffen werden müßten.

Der Herr Generalgouverneur spricht in seinem Schlußwort dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen für die verantwortungsvolle Arbeit der ihm unterstellten Dienststellen und Einheiten Dank und Anerkennung aus. Er gibt seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß der Staatssekretär für das Sicherheitswesen ihm künftig von allen bedeutenden Planungen und Aktionen rechtzeitig Kenntnis geben werde; er werde von sich aus dafür sorgen, daß die Regierung und deren nachgeordnete Dienststellen zu enger Mitarbeit zur Verfügung stehen.

Zur Besprechung der in der heutigen Generalaussprache nur grundsätzlich angeschnittenen Einzelfragen wird der 3.Februar 1943 als Termin bestimmt.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung um 15 Uhr.

Anwesenheitsliste

Anlage zur Niederschrift über die Polizeibesprechung am 25.1.1943 im Belvedere zu Warschau.

Frank
Bühler
Dr.Boepple
Stahl
Dr.Wendler
Zoerner
Dr. Fischer
Dr.Sammern
Schöngarth
Krüger
Becker
Katzmann
Scherner
Dr.Böttcher
Kundt
Dr.Wächter
Dr.Heuber
Ohlenbusch
Globocnik
Dr.Weh
Losacker
W.Struve

P o l i z e i s i t z u n g

am 25.Januar 1943, Vormittag
lo Uhr, Schloß Belvedere zu
Warschau

Teilnehmerliste:

Wertheim

H. Mc

Lindenberg.

Thomas

„Geheime Reichssache"

NSFK 3560-NZ 143 910

A r b e i t s s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu Warschau am 25.1.1943.

Ausgef. in 3 Exemplaren:

1. z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Herrn Staatssekretär Dr. B ü h l e r
3. Hauptabschnittsleiter S t a h l

Arbeitssitzung

im Schloß Belvedere zu Warschau am 25.1.1943.

Thema: Polizei- und Sicherheitsfragen.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. Frank
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant d. Ordnungspolizei Becker
Befehlshaber d. Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Schöngarth
Gouverneur Dr. Fischer
Gouverneur Kundt
Gouverneur Dr. Wächter
Gouverneur Dr. Wendler
Gouverneur Zörner
Bevollmächtigter Dr. Heuber
SS- und Polizeiführer:
SS-Gruppenführer Globocnik
SS-Brigadeführer Katzmann
SS-Oberführer Scherner
SS-Oberführer von Sammern
SS-Standartenführer Dr. Böttcher
Hauptabschnittsleiter Stahl
Präsident Ohlenbusch
Präsident Dr. Losacker
Präsident Dr. Struve
Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh
Regierungsrat Gnauck als Protokollführer

//

Beginn der Sitzung 1o Uhr 15 Minuten.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:
Meine Herren! In einer ungewöhnlich ernsten Stunde im Kampf um des Vaterlandes Freiheit habe ich Sie hier zusammengebeten, um die grundsätzlichen Fragen der Sicherheit und des Polizeiwesens mit Ihnen zu besprechen. Anhand der reichen Erfahrungen von über drei Jahren wollen wir vor allem zu einer Art Einigung darüber kommen, wie die Arbeit der allgemeinen Verwaltung und der Polizeiorgane so gestaltet werden kann, daß wir den schwersten Problemen der Zeit, des Krieges, die nun wirklich vor uns aufsteigen, uns gewachsen zeigen.

Nach meinen Besprechungen, die ich mit Herrn Staatssekretär Dr. Bühler als dem Chef der Regierung und dem Herrn Staatssekretär für das Sicherheitswesen gehabt habe, ist es heute meine Absicht, alle Fragen, die sich irgendwie hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Polizei und Verwaltung in einem Distrikt gebildet haben sollten, aber auch restlos zur Besprechung zu bringen. Meine Herren, ich bin Ihnen dankbar, daß Sie erschienen sind.

Zunächst wird der Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger allgemein referieren, und im Anschluß daran wird sich entsprechend unseren Absichten eine rege Aussprache ergeben.

Staatssekretär Krüger:
Herr Generalgouverneur! Ich darf Ihnen zunächst meinen Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß Sie uns Gelegenheit geben, in Anwesenheit der Herren Gouverneure über die Gesamtfragen der Sicherheit und über die Fragen des Volkstums zu sprechen. Ich begrüße es ganz besonders, daß die Herren Gouverneure an dieser Sitzung teilnehmen. Es ist heute praktisch die zwite Sitzung, die wir in diesen dreieinhalb Jahren haben, in der mir und auch den SS- und Polizeiführern

die Möglichkeit gegeben wird, über diese wesentlichste Frage der Sicherheit im Generalgouvernement zu sprechen. Ich bin Ihnen, Herr Generalgouverneur, dafür dankbar, daß mir gestern Gelegenheit gegeben wurde, an der Sitzung der Herren Gouverneure teilzunehmen. Ich habe manche Anregung mitgenommen und freue mich, als Chef des Sicherheitswesens im Generalgouvernement auf einige gestern besprochene Punkte zurückkommen zu können.

Ich habe von der gestrigen Sitzung den Eindruck gewonnen, daß im Generalgouvernement die Sicherheitsfrage wirklich im Vordergrund steht. Sie haben gestern bewußt davon Abstand genommen, mich als Staatssekretär für das Sicherheitswesen über diese Fragen sprechen zu lassen, und haben die Herren Gouverneure gebeten, diese Besprechung auf den heutigen Tag zurückzustellen.

Wie wichtig die Sicherheitslage nach dreieinhalb Jahren des Krieges ist, konnte eigentlich nicht besser dokumentiert werden als durch die Tatsache, daß Herr Gouverneur Zörner, als er verspätet in die Sitzung kam und Sie, Herr Generalgouverneur, um ihn baten, über die Aufgaben in seinem Distrikt zu sprechen, sagte, ihn beschäftigten eigentlich nur zwei Probleme als verantwortlichen Gouverneur, einmal die Frage des Sicherheitswesens und zum anderen die Frage des Volkstums; alles andere sei mehr oder weniger unwesentlich.

Die Sicherheitslage ist eigentlich mehr oder weniger von dem fremden Volkstum abhängig, das in diesem Gebiet lebt. Es handelt sich um die Frage: ist es möglich, daß die Polen und Ukrainer, die in diesem Raum leben, ernährungsmäßig und wirtschaftlich, berufsmäßig von uns für die Aufgaben eingespannt werden können, die wir zu erfüllen haben?

Als Chef des Sicherheitswesens stehe ich den Dingen absolut nüchtern gegenüber. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, daß bei der Behandlung der gesamten Sicherheitslage die Ernährungsfrage wie die Berufsfrage der Polen und Ukrainer ausschlaggebend sind.

In den letzten Jahren hat man auf diesem Gebiete zahlreiche Versuche gemacht. Wenn wir heute die Bilanz ziehen,

wollen, dann kommen wir selber zu dem Schluß, daß es angesichts der großen Forderungen, die hinsichtlich der Ernährung an das Generalgouvernement gestellt werden, heute noch sehr schwer ist und sein wird, eine Ernährungsbilanz zu ziehen, die es uns ermöglicht, das fremdvölkische Element für unsere Aufgaben zu gewinnen.

Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise mit etwa 16 Millionen Fremdvölkischer zu rechnen. Von diesen 16 Millionen sind etwa 8 Millionen, also etwa die Hälfte , Selbstverbraucher, 8 Millionen arbeiten mehr oder minder in Interesse der Erfüllung der uns gestellten Aufgaben, d.h. also für die deutschen Belange. Bei den großen Anforderungen, die das Reich auf dem Ernährungssektor an uns stellt, ist es unendlich schwer, vielleicht auch unmöglich, diese 16 Millionen Menschen zu ernähren. Wir stützen uns selbstverständlich,auf die Menschen, die hier für unsere lebenswichtigsten Aufgaben, für die Kriegsnotwendigkeiten arbeiten. Ich habe die verschiedensten Auffassungen über diese Frage gehört und hingenommen. Es muß erreicht werden, daß die fremdvölkische Bevölkerung, die im Interesse des Deutschen Reiches, d.h. im Interesse des Generalgouvernements der Kriegswirtschaft, der Wehrwirtschaft, der Rüstungsindustrie arbeitet, unbedingt so ernährt werden kann, daß sie für uns eine Arbeitskraft darstellt. Das bezieht sich nicht nur auf die Einzelperson, die, sei es in der Rüstungsindustrie, sei es im Gewerbe, sei es im Handwerk, sei es bei den Behörden, eingesetzt ist, - ganz gleichgültig, auf welchem Sektor. Wir müssen dafür sorgen, daß dieser Mensch mit seiner Familie unbedingt das hat, was er für seinen Lebensbedarf braucht. Wenn uns das nicht gelingt, dann stehen wir der Erfüllung der uns gestellten Aufgaben hoffnungslos gegenüber. Wir sind auf die Mitarbeit dieser Fremdvölkischen angewiesen, weil wir als Deutsche die uns gestellten Aufgaben allein nicht durchführen können.

Ich darf über diese Frage ganz offen sprechen. (Mich haben neulich Vertreter des Reiches im Hinblick auf die Schwierigkeit der Ernährungsfrage angesprochen und mich gefragt: ist es möglich, daß wir 2 Millionen Menschen in

diesem Raum aus unserer Ernährungsbilanz praktisch herausnehmen und nur denen etwas zu essen geben, die für unsere deutschen Belange arbeiten? Ich habe den Herren erwidert, wenn Sie es riskieren, dann ist das Ihre Angelegenheit; ich als der verantwortliche Chef des Sicherheitswesens muß es ablehnen; denn Sie treiben damit diese 2 Millionen Menschen zwangsläufig in die Arme der Widerstandsbewegung oder zum Bandenunwesen, das in den letzten Monaten von Tag zu Tag im Ansteigen begriffen ist.) Unabhängig davon wäre auch die Frage utopisch, ob diese zwei Millionen Menschen leben und sich ernähren können, unter Umständen auch besser als die anderen, die für unsere deutschen Belange arbeiten.

(Wir haben im Raume 5o % Selbsternährer, in erster Linie die Bauern, und 5o % Normalverbraucher. Wir wollen uns darüber auch durchaus klar sein, daß diese 5o % Normalverbraucher, wenn ich alle Kategorien einschließe, die für unsere Belange arbeiten, in der Praxis ernährungsmäßig nicht das bekommen, was ihnen eigentlich zusteht. Sie erhalten eigentlich nur Brot und Kartoffeln. Alles, was sonst noch zur Ernährung gehört, wie Fleisch, Fett, Marmelade, Ersatzkaffee usw., steht ihnen zwar zu, praktisch sind wir aber gar nicht in der Lage, es ihnen zu liefern.) Wir können damit rechnen, daß schätzungsweise von diesen 8 Millionen Normalverbrauchern vielleicht 5 Millionen mit ihren Familienmitgliedern im Interesse der Deutschen arbeiten.

Es muß also unbedingt erreicht werden, daß wir nicht nur für die Menschen, die für uns arbeiten, - ob es nun Rüstungsarbeiter sind oder ob sie sich anderweitig betätigen, und auch für ihre Familien soviel liefern, daß sie tatsächlich für uns eine Arbeitskraft darstellen. Möge auch ein Rüstungsunternehmen oder ein wehrwirtschaftlicher Betrieb den Arbeitern eine Zusatzverpflegung geben, so laufen die Menschen doch fort, weil sie sagen, sie bekämen nicht genug, oder sie arbeiten nur 3 oder 4 Tage in der Woche, weil sie praktisch gezwungen sind, sich im Schleichhandel für die Ernährung ihrer Familie etwas zu holen. Diese Zustände sind auf die Dauer nicht tragbar. Die Hauptabteilung E. u. L. muß es erreichen, daß diese Menschen mit ihren

Familien so versorgt werden, daß sie für uns eine Arbeitskraft darstellen.

(Wir wissen genau, daß die Arbeitsleistung der Fremdvölkischen von Tag zu Tag zurückgeht. Es ist nicht damit getan, daß sie lohn- oder tarifmäßig von uns etwas besser gestellt werden. Letzten Endes geht ja die Arbeitskraft auch durch den Magen, sie können nur arbeiten, wenn man ihnen etwas zu essen gibt. Wir leben ja im Generalgouvernement nicht unter normalen Verhältnissen im Hinblick auf unsere Währung. (Für die 3oo Zloty, die heute vielleicht ein Fremdvölkischer im Generalgouvernement verdient, kann er sich praktisch nichts mehr kaufen. Das Geld geht ja zum großen Teil für Mieten, Licht, Kohle, Gas usw. also für das wesentlichste, was der Mensch für sich und seine Familie braucht, darauf.)

Aus allen diesen Gründen müssen wir, wenn wir unsere Aufgaben in der Wehrwirtschaft oder in der Rüstungsindustrie erfüllen wollen, bestrebt sein, den fremdvölkischen Arbeitern wenigstens soviel an Ernährung zu geben, daß er für uns eine Arbeitskraft darstellt. Arbeitskraft und Leistung dürfen nicht von Tag zu Tag zurückgehen. Wenn wir das erreichen, dann werden wir auch in der Lage sein, die uns grundsätzlich vom Reich gestellten oder im Interesse des Reiches durchzuführenden Aufgaben zu erfüllen. Die Tariffrage ist meiner Auffassung nach nur eine Frage zweiter Ordnung.

Ich komme dann zur Frage der <u>Arbeitererfassung</u>. Auf diesem Gebiete sind schon die größten Versuche gemacht worden. Man hat immer wieder zum Ausdruck gebracht, daß die Zahl der Arbeiter langsam erschöpft ist. Wir bekommen keine Arbeiter mehr, weder für die ~~Arbeiten~~ Aufgaben innerhalb des Generalgouvernements noch für die Forderungen des Reiches.

Ich stehe grundsätzlich auf dem Standpunkt: wenn wir 16 Millionen Fremdvölkische hier im Raume haben, dann muß es möglich sein, sowohl unseren Bedarf im Generalgouvernement

zu decken wie auch die Forderungen des Reiches zu erfüllen. Wenn es uns gelingt, den fremdvölkischen Arbeiter für unsere Aufgaben heranzuziehen - und das ist nur auf dem Wege der Ernährung zu erreichen -, dann werden wir in der Lage sein, die Belange des Reiches zu erfüllen wie auch den Aufgaben gerecht zu werden, die innerhalb des Generalgouvernements an uns herantreten.

Neben diesen beiden grundsätzlichen Fragen des Einsatzes der Arbeitskräfte und der Ernährung muß nun die Sicherheitslage besondere Beachtung genießen. Die Sicherheit der Deutschen steht im Vordergrunde aller Betrachtungen. Die Maßnahmen der Polizei sind in erster Linie vorbeugender Art und dienen dazu, den Deutschen, der im Generalgouvernement die Führung hat, zu sichern.

Die letzte Aktion, die vor wenigen Tagen hier auf Anweisung des Reichsführers SS durchgeführt wurde, hat unendliche Beanstandungen gefunden. Wenn auch gestern in der Gouverneurssitzung darüber nicht gesprochen wurde, so dürfte ich es nicht nur empfinden, sondern ich habe auch die verantwortlichen Herren, vor allem auch zum Teil die Herren Gouverneure darauf angesprochen.

Meine Herren! Ich bin mir durchaus darüber im klaren, daß im Hinblick auf die politische und militärische Gesamtlage eine Aktion, die andererseits wieder sicherheitspolizeilich gesprochen notwendig war, in diesem Augenblick vielleicht das Gegenteil von dem erreicht hat, was wir haben erreichen wollen. Vom sicherheitspolizeilichen Standpunkte aus wird darüber Oberführer Dr. Schöngarth nachher berichten.

Der Pole, der jedem Einfluß unterliegt, greift so etwas schnell auf, um damit Propaganda zu machen. Wir kennen diese Widerstandskräfte im Generalgouvernement. Wenn wir nun gezwungen sind, eine polizeiliche Maßnahme aus bestimmten Gründen schnell, schlagkräftig und auch praktisch geheim durchzuführen, und wenn wir in diesem Augenblick nicht das erreichen, was wir wünschen, dann kann man

natürlich darüber reden; man kann das Vorgehen beurteilen und auch verurteilen. Die Anordnung, die der Reichsführer SS für den Befehlshaber der Sicherheitspolizei gegeben hat, hatte einen ganz bestimmten Zweck: es sollte versucht werden, vor allem die asozialen Elemente zu fassen und durch eine Großaktion möglichst die Kräfte wegzunehmen, die uns am meisten stören. Die Auswertung dieser Aktion ist noch im Gange. Oberführer Dr. Schöngarth hat mir vor zwei Tagen einen Überblick über die Zahlen und die Auswirkungen als solche gegeben. Nachdem ich Oberführer Dr. Schöngarth gehört habe, habe ich sofort den Reichsführer gebeten, von weiteren Aktionen unbedingt Abstand zu nehmen.

Generalgouverneur Dr. Frank:

Herr Staatssekretär Krüger, Sie wissen, daß Anweisungen des Reichsführers SS von Ihnen erst vollzogen werden dürfen, wenn Sie mich vorher gehört haben. Das ist in diesem Falle unterblieben. Ich spreche mein Bedauern darüber aus, daß Sie einen Befehl des Reichsführers vollzogen haben ohne mich vorher entsprechend der Verordnung des Führers zu verständigen. Nach dieser Verordnung dürfen Anweisungen des Reichsführers SS hier im Generalgouvernement nur vollzogen werden, wenn ich vorher meine Einwilligung erteilt habe. Es ist hoffentlich das letzte Mal, daß das unterblieben ist; denn ich möchte nicht wegen eines jeden solchen Falles den Führer belästigen. Ich nehme an, daß Ihre Zeit zu beschränkt war oder aus anderen Gründen meine Verständigung unterblieben ist. Es ist nicht möglich, daß wir uns über Führerverordnungen hinwegsetzen, und es ist ausgeschlossen, daß auf dem Gebiet der Polizei und der Sicherheit unmittelbar Weisungen des Reichsführers befolgt werden unter Umgehung des Mannes, den der Führer hier eingesetzt hat; sonst bin ich ja völlig überflüssig. Aber ich höre zu meiner Freude, daß die Aktion ohnedies abgeschlossen ist. Ich würde bitten, daß allgemein zur Kenntnis genommen wird, daß selbstverständlich polizeiliche Weisungen des Reichsführers SS nur vollzogen werden, wenn ich entsprechend der Führerverordnung meine Zustimmung gegeben habe. Es ist mir ganz neu, daß der

Führer diese Verordnung aufgehoben haben sollte. Ich soll die politische Verantwortung in diesem Raum tragen, und ein anderer befiehlt - das ist unmöglich. Hier haben wir das typische Beispiel dafür, daß Polizeiaktionen auf Befehl des Reichsführers durchgeführt werden, über die ich entgegen der Verordnung des Führers nicht ins Bild gesetzt war und zu denen ich meine Einwilligung nicht erklärt habe. Das ist und muß für die Zukunft unmöglich sein. Daraus ergeben sich dann eben diese Schwierigkeiten. Ich möchte heute nicht dazu beitragen, die Dinge irgendwie zu erschweren. Ich muß aber mit allem Nachdruck feststellen, daß ich hier der Generalgouverneur bin, daß die Polizei- und Sicherheitsorgane mir unterstehen, daß ich die politische Verwantwortung und die Verantwortung für die Führung zu tragen habe, daß maßgebend der Inhalt des Führererlasses über die Regelung des Sicherheitswesens in diesem Gebiet ist, daß er es auch bleiben wird. In Zukunft dürfen also solche Weisungen nicht vollzogen werden, wenn sie gegen den Wortlaut und Sinn der Verordnung des Führers verstoßen. Nachdem Sie erklärt haben, Herr Staatssekretär Krüger, daß dieser Fall ohne weiteres abgeschlossen ist, darf ich wohl annehmen, daß wir uns darüber einig sind.

~~Ich~~ Es tut mir leid, daß ich diese Feststellung treffen muß. Aber für uns alle wäre es wesentlich leichter, wenn vor dieser Aktion mein Einverständnis eingeholt worden wäre; dann wären diese Schwierigkeiten auch nicht vorhanden. Alle Welt nimmt an, daß ich von den Dingen weiß und über sie ins Bild gesetzt wurde, während ich genau so überrascht war; denn ich habe von diesen Zuständen erst durch ein Telegramm des Gouverneurs Dr. Fischer gehört. Sie haben einen Befehl bekommen und haben ihn als treuer Soldat vollzogen. Das ist selbstverständlich richtig, aber als Staatssekretär für das Sicherheitswesen sind Sie der Mann, der mich entsprechend der Führerverordnung vorher verständigen muß. Wenn ich nicht einverstanden bin, dann entscheidet entsprechend dem Wortlaut der Verordnung der Führer selber. Hier hat es sich um eine so ~~ein~~- eminent politisch wichtige Frage, eine so unendlich weitgreifende Maßnahme gehandelt, daß mein Einver-

ständnis um so notwendiger gewesen wäre. Ich bedauere sehr, daß es in dieser Form geschehen ist. Das ist ja doch nicht notwendig, ich habe mich auch noch nie einer polizeilichen Maßnahme verschlossen, die erforderlich war. Ich muß darauf bestehen, daß die vom Führer getroffenen Regelungen hier eingehalten werden.

Ich nehme also an, Herr Staatssekretär Krüger, daß die Einholung meiner Einwilligung deshalb unterblieben ist, weil die Zeit so gedrängt hat und die Wichtigkeit der Aktion so im Vordergrunde stand. Wenn Sie sagen, daß die Sache abgeschlossen ist, soll sie auch für mich abgeschlossen sein. Es ist also erledigt. Ich würde nur bitte, daß wir in Zukunft den anderen Modus wählen.

Staatssekretär Krüger:
Herr Generalgouverneur, ich nehme Ihre Meinung zur Kenntnis und werde Gelegenheit haben, persönlich dem Reichsführer SS Vortrag zu halten.

Im übrigen sind wir uns wohl klar darüber, daß diese Aktion als solche sicherheitspolizeilich bestimmt notwendig war, wenn sie auch politisch zum Teil ungünstige Auswirkungen hat. Es war mir insofern ganz interessant, daß ich Gelegenheit hatte, mit dem neuen Generalmajor der Flieger über diese Aktion zu sprechen. Er hat mich darauf angesprochen. Es ist mir wirklich nichts Neues. Wir kennen ja die Methoden, mit denen wir hier arbeiten müssen. Ganz gleichgültig, ob es die Herren Gouverneure mit ihren großen Verantwortungen, ob es der Präsident der Hauptabteilung Arbeit oder auch sonstige Persönlichkeiten sind, die alle sind zu mir gekommen und haben mir gesagt: es wäre in dieser Form gar nicht möglich, auf die Dauer durchzuhalten, weil eben der Pole auf solche Maßnahmen reagiert. Ich bitte die Herren Gouverneure, bei ihrer Stellungnahme nachher auf Einzelheiten nicht einzugehen. Daß bei der Durchführung solcher Aktionen Fehler begangen werden und wurden, darüber sind wir uns einig. Wenn beispielsweise von irgendeiner Fachschule, wie mir gemeldet wurde, 118 Schüler mitgenommen worden sind, die nicht zu den asozialen Elementen gehören, so ist das selbstverständlich zu bedauern, und einen solchen Fehlgriff zu revidieren, ist für uns

eine Selbstverständlichkeit. Ich möchte Sie als die verantwortlichen Distriktschefs nur bitten, über diese Aktion, auch wenn sie in der Art der Durchführung ein Fehlgriff war, nicht zu sprechen oder davon Ihren Mitarbeitern etwas zu erzählen: mit diesen Willkürmaßnahmen der Polizei ist in der Bevölkerung eine so katastrophale Stimmung ausgelöst, daß wir spätestens in einigen Wochen mit einer Aufstandbewegung zu rechnen haben. Das können wir uns nicht leisten. Wir haben in der schweren Zeit unermüdlich gearbeitet. Wir müssen uns über die Verantwortung, die wir alle zu tragen haben, klar sein. Wenn ich als Polizeichef offen sage: es sind Fehler vorgekommen, - dann stehe ich auch dafür gerade. Wir müssen aber auch soviel Haltung bewahren, daß wir diese Maßnahme als solche verstehen. Jedenfalls ist es ausgeschlossen, daß wegen einer solchen Aktion das gesamte Polentum übermorgen ein Volk in Waffen darstellt und unsere sämtlichen Maßnahmen sabotiert. Wir sind leider immer geneigt, alles das, was wir selber an Maßnahmen treffen, zu kritisieren und, wenn eine Aktion durchgeführt wird, sie als eine illegale Angelegenheit anzusehen. Wir als Polizei wollen doch an sich der Verwaltung helfen. Wir sind doch nicht ein Staat im Staate oder ein Körper für sich, der vollkommen abgesetzt von den grundsätzlichen Anordnungen, Richtlinien und Maßnahmen der Regierung sein Eigenleben führt. Es gibt keine undankbare Aufgabe als die, die ich als Polizeichef des Generalgouvernements zu erfüllen habe. Ob es sich nun um die Arbeitererfassung, um die Judenaktion handelt, - die Menschen, die Tag aus Tag ein hier ihr Leben zur Sicherung dieses Raumes und für die ihnen gestellten Aufgaben einsetzen, sollten auch etwas mehr Verständnis finden.

Es war mir praktisch und auch zeitlich gar nicht möglich, von der erwähnten Aktion die zuständigen Dienststellen der Zivilverwaltung rechtzeitig zu verständigen. Wenn das einmal vorkommt, dann darf es nicht verallgemeinert werden.

Sonst bleibt das Odium an der Polizei hängen, und man sagt: die können sich leisten, was sie wollen. Ich habe als Polizeichef des Generalgouvernements soviel Verantwortungsbewußtsein, daß ich mir jede polizeiliche Maßnahme, die ich zu ergreifen habe, ernstlich überlege. Ich bedauere es tief, daß mir die Möglichkeit nicht gegeben war, die Herren vorher zu verständigen. Sie dürfen jedenfalls überzeugt sein, daß wir nur im deutschen Interesse arbeiten und versuchen, unserer schwierigen Aufgabe nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Generalgouverneur Dr. Frank:
Aus Ihren Worten, Herr Staatssekretär Krüger, entnehme ich dann, daß Sie fest davon überzeugt sind, daß ich Ihnen gar nicht mit Vorwürfen entgegenzutreten gewillt bin. Der Ernst der Zeit muß und wird uns zur Zusammenarbeit zwingen. Ich darf also feststellen, daß das eine Einzelmaßnahme war und daß es jetzt vergessen ist. Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen, Herr Staatssekretär, und Ihren Herren für die treue Arbeit ganz besonders danken, die Sie mir geleistet haben. Wir haben das stets anerkannt. Mir ging es nur darum, darauf hinzuweisen, daß der Führer in seiner Verordnung den Befehl gegeben hat, daß Weisungen des Reichsführers nur vollzogen werden können, wenn ich meine Zustimmung erteile. Es genügt ja auch für meine Verständigung ein nächtlicher Anruf. Sie können mich erreichen, wie und wann Sie wollen. Die ganze Sache wäre dann anders verlaufen. Unsere heutige Besprechung soll der Ausgangspunkt für die Zukunft sein. Ich nehme es voll und herzlich zur Kenntnis, was Sie eben gesagt haben, daß Sie mit der Verwaltung zusammenarbeiten wollen. Es wird mich freuen, wenn die heutige Sitzung dazu beiträgt, dieses Odium restlos zu beseitigen.

Staatssekretär Krüger: Die Lage im Generalgouvernement hängt weiter davon ab, wie sich der Pole in der Praxis unsere ganze Situation politisch und militärisch vorstellt. Die starke Erregung, die wir heute alle hier in diesem Raum empfinden, ist nicht nur eine Auslösung der Sonderaktion, die am 15ten startete und am 22ten beendet war,

sondern der Pole, vor allem die Widerstandskräfte der Polen stehen, das dürfte Ihnen völlig bekannt sein, in enger Beziehung und Verbindung mit dem Ausland. Alle Widerstandskräfte, soweit sie wirklich ernst zu nehmen sind, erhalten ihre Weisungen vom Ausland. So, wie die politische und militärische Lage für uns Deutsche zu beurteilen und anzusehen ist, bekommen diese Widerstandskräfte ihre Weisungen von außen. Und wenn wir heute diese wirklich bestehenden Spannungen empfinden, dann ist das eine zwangsläufige Reaktion auf die militärischen Verhältnisse, wie sie insgesamt bei uns liegen. Aus diesen Gründen reagiert der Pole in dieser Form. Gerade er, der an sich im konspirieren groß ist, wird jede Gelegenheit wahrnehmen, um mit allen jenen illegalen Interessen, die er verfolgt und hat, weiterzukommen.

Man redet davon, daß sehr starke innere Unruhen, unter Umständen Aufstandsbewegungen in Vorbereitung sind. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: wenn es darauf ankäme, würde der Pole das letzte wagen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß er doch wohl merkt, daß dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen ist. Von diesen Einflüssen macht sich die Widerstandsbewegung nicht frei. Wir haben kurz vor Weihnachten jene Überfälle und Attentatsversuche oder Sabotageakte, wie ich sie nennen will, besonders in Krakau erlebt. Wir haben Maßnahmen getroffen, die uns, polizeilich gesprochen, insofern gar nicht einmal liegen, als die Auswirkungen nach draußen hin nicht bekannt wurden. Wir wußten bei den ersten Mordanschlägen gegen Deutsche nicht, von welcher Seite aus sie kamen. Ich darf Oberführer Dr. Schöngarth meinen Dank dafür aussprechen, daß er die Ruhe bewahrt und nicht das getan hat, was ich mir als Polizeichef und was sich vor allem die Regierung wünschte, daß er nun mit den brutalsten Mitteln aus dem oder jenem Kreise die nächsten Hundert nahm, um sie vielleicht an die Wand stellen und erschießen zu lassen, sondern Oberführer Dr. Schöngarth hat abgewartet und ist den Dingen nachgegangen. So ist es uns gelungen, festzustellen, aus welchen Kreisen die Täter stammten. Vierzehn Tage vor Weihnachten haben in Krakau 5 Deutsche ihr Leben hingeben müssen:

Ein Hauptmann der Luftwaffe, ein Beamter der Distriktsverwaltung, ein Postbeamter, ein Polizeiwachtmeister und ein Unteroffizier der Wehrmacht.

(Die nächste grundsätzliche Frage, die auch zur Sicherheitslage gehört, ist die Aufgabe des <u>Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums</u>.)
Praktisch handelt es sich dabei um die zur Zeit stattfindenden Ansiedlungen, Umsiedlungen und Aussiedlungen. Ich erwähnte vorhin, daß Herr Gouverneur Zörner gestern eigentlich nur zwei Punkte zur Debatte stellen wollte, einmal die Sicherheitslage und zum anderen die Frage der Umsiedlung. (Ich als Vertreter des Reichskommissars habe mich oft gefragt: ist es richtig, daß diese Umsiedlungen jetzt vorgenommen werden, oder ist es auf Grund der politischen Zusammenhänge zweckmäßiger, diese Frage zurückzustellen. Daß der Raum des Generalgouvernements deutsch besiedelt werden muß und wird, darüber besteht wohl kein Zweifel. Grundsätzlich können ja überhaupt Deutschland und auch Europa nur aus dem Osten heraus leben.)
Ob das nun das

Generalgouvernement oder die Ukraine ist, sie bilden für uns, für die Deutschen, für den europäischen Raum die Voraussetzung; denn die gesamte Ernährungsfrage steht und fällt mit diesen Osträumen. Ich kenne teilweise die Auffassungen der Herren Gouverneure, mit denen ich mich unterhalten habe und die es besonders angeht. (Es handelt sich vor allem um die Distrikte Lublin und Galizien. Dort sagt man, es sei zur Zeit nicht angebracht, daß man eine Ansiedlung vornehme.) Auf der anderen Seite muß aber auch während des Krieges eine solche Aufgabe durchgeführt werden. Der Reichskommissar hat sich diese Frage sehr überlegt. Ich habe wiederholt Gelegenheit gehabt, mich mit ihm über diese Frage grundsätzlich auszusprechen. Andererseits werden wir ja auch gar nicht gefragt, sondern vor vollendete Tatsachen gestelit. Mit der Umsiedlung der Wolhyniendeutschen im Jahre 1939 und mit der Umsiedlung der Balten, die aus dem russischen Raum kamen, wurden wir einfach gezwungen, diese Menschen aufzunehmen und unterzubringen. Wenn diese Umsiedlung auf Grund der Vereinbarungen, die damals noch mit Sowjetrußland getroffen wurden, nicht vorgenommen worden wären, dann wären uns diese Menschen deutschen Blutes verloren gegangen, sie wären alle vernichtet worden. Der Reichskommissar wurde damals vor ein schweres Problem gestellt. Ob Baltendeutsche, ob Wolhyniendeutsche, - sie mußten aus den Räumen Sowjetrußlands herausgebracht und ins deutsche Reich zurückgeführt werden. Daß das als erste Etappe dieser Aufgabenstellung des Reichskommissars gelungen ist, stellt ein grosses Werk dar. Wir haben damals aus Wolhynien 18o ooo deutsche Menschen herübergenommen. Was insgesamt von Sowjetrußland zu uns herüber kam, einschließlich der Menschen aus Litauen usw., kann ich nicht genau sagen. Man spricht wohl insgesamt von 36o ooo Menschen.

Wir waren nun gezwungen, diese deutschen Menschen anzusiedeln. Wir mußten sie in den Ostgebieten ansiedeln. Als erster Gau für die Aufnahme dieser Menschen kam der Warthegau in Betracht, als nächstes Gebiet das Generalgouvernement. Wenn ich von den volksdeutschen Siedlern über-

haupt sprechen darf, so kann ich nur auf Grund unserer eigenen Erfahrungen feststellen, daß wir mit diesen Menschen das prächtigste Material herüberbekommen haben, das man sich vorstellen kann. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Volksdeutschen teilweise durch Jahrhunderte hindurch ihr Volkstum nicht aufgegeben und vielfach draußen in den Weiten des Sowjetrussischen Gebietes einen furchtbaren Kampf bestanden.

Nun mußte alles versucht werden, damit diesen Menschen eine deutsche Heimat wiedergegeben werden konnte. Wer Gelegenheit gehabt hat, mit einem Volksdeutschen zu sprechen, der ein oder zwei Jahre in diesem berühmten Umsiedlungslager zubringen mußte, der wird verstehen, wenn ich sage: es war eine starke seelische Belastung des Einzelmenschen, die ich wirklich keinem zumuten möchte. (Als wir jetzt kurzer Hand noch vor Weihnachten die ersten etwa 4 ooo im Kreis Zamosc angesiedelt haben, hatte ich Gelegenheit, mit diesen Menschen zu sprechen.) Ich muß wirklich sagen: etwas Derartiges von einer Dankbarkeit der Menschen dafür, daß sie nun endlich ihre neue Heimat gefunden haben, gibt es nicht wieder.

(Generalgouverneur Dr. Frank: Ich werde in der zweiten Hälfte des Monats Februar, wenn es mir irgend möglich ist, diese Siedlung im Distrikt Lublin besuchen.)

(Staatssekretär Krüger: Daß wir uns mit der Besiedlung dieses Raumes, zunächst also des Distrikts Lublin bzw. der Kreishauptmannschaft Zamosc nicht zu Freunden der Polen machen, ist selbstverständlich.) Von der Notwendigkeit dieser Ansiedlung habe ich schon gesprochen; wir mußten sie durchführen. Andererseits waren wir vernünftig genug, diese Maßnahme nicht zu überstürzen. Auf diesem Gebiet haben wir nun auch die ersten Erfahrungen gemacht. Wir haben es erlebt, unter welchen Schwierigkeiten die Besiedlung erfolgte, welchen Widerstand andererseits die Polen uns entgegenbrachten und welche wirtschaftlichen, politischen und

sonstigen ungünstigen Auswirkungen diese Maßnahme zum Teil hatte. ((Mit der Ansiedlung der Volksdeutschen im diesem Gebiet sind wir gezwungen, den Polen zu verjagen.)) Anderseits haben wir ein bedingtes Interesse daran, daß ein Teil der Polen hier uns erhalten bleibt. Es sind die Polen, die im Hinblick auf ihre Einstellung uns gegenüber, im Hinblick auf ihre Leistung und im Hinblick auf ihre rassischen Werte aus diesem Raume nicht herausgenommen werden dürfen. ((Wir werden diejenigen wegnehmen, die in diesem neuen Siedlungsgebiet eine Belastung darstellen. Es sind praktisch die asozialen oder minderwertigen Elemente. ,Sie werden abgeschoben, zunächst in Konzentrationslager gebracht und dann weiter für die Arbeit im Reich vermittelt.))

((So hat sich diese ganze erste Aktion, polnisch-propagandistisch gesprochen, auch wieder ungünstig ausgewirkt. Denn der Pole hat gesagt: nachdem der Jude vernichtet worden ist, versucht man mit den gleichen Methoden, den Polen aus diesem Raume herauszubringen und ihn ebenso zu liquidieren wie den Juden.)) Wir sind leider nicht in der Lage - das wäre eine Aufgabe der Propaganda, - dem Polen eine gewisse Aufklärung zu geben, damit er sich beruhigt. Dazu sind wir nicht imstande, zum mindesten nicht in der Form, wie wir es uns selber wünschen. Soweit also der Pole minderwertig ist, wird er aus diesem Gebiet herausgenommen und verschwindet im KZ, soweit er für uns im Raume wertvoll erscheint, bleibt er im Gebiet des Generalgouvernements und erhält an Grund und Boden das gleiche, was der volksdeutsche Siedler auch bekommt. Es ist Ihnen bekannt, daß das Hauptlandamt die Gesamtstruktur des Grund und Bodens praktisch ändern will, weil es untragbar ist und ernährungsmäßig einen Unsinn darstellt, daß heute noch Hunderttausende von polnischen Bauern auf einem Grund und Boden leben, der eine Fläche von 2 - 5 Hektar umfaßt. Er ist bei dieser Besitzgröße gar nicht in der Lage, aus dem Boden das herauszuholen, was er allein für sich und seine Familie zum

Lebensunterhalt braucht. Das Hauptlandamt nimmt nun von sich aus diese große Änderung vor, und zwar dergestalt, daß der Pole, der für uns im Generalgouvernement als Bauer wertvolle Arbeit leistet, hierbleiben und später das bekommen soll, was auch der volksdeutsche Siedler erhält, eine Fläche von etwa 3o bis 4o Hektar. Dieser Bauer stellt dann später für uns einen Faktor dar.

Ganz unabhängig davon kommt dann eine Wertungsgruppe in Betracht, die als Arbeitskraft im Reich benötigt wird. Hier hat der Reichsführer angeordnet, daß die arbeitsfähigen Männer und Frauen ins Reich geführt werden, zum mindesten während der Kriegszeit. Die Familie als solche, die Kinder, die Großeltern oder die nicht mehr Arbeitsfähigen bleiben hier zurück. Wir bilden dann die sogenannten Rentendörfer. Die älteren Personen, die nicht mehr zum Einsatz kommen, und die Kinder werden dann innerhalb der Familie in diese Rentendörfer verlegt, damit sie aus diesem volksdeutschen Raum herauskommen und so die Besiedlung dieses Raumes nicht stören.

Diese Maßnahmen haben natürlich eine ungeheure Unruhe erregt, was durchaus verständlich ist. Andererseits mußten wir aber diese Maßnahmen treffen, damit wir vor allem den Volksdeutschen , der neu in den Raum kommt, nun nicht äußerlich und innerlich in eine Verbindung mit dem polnischen Volkstum bringen lassen. Wir müssen den Volksdeutschen schützen und dafür sorgen, daß er in diese Verbindung hineinkommt, sonst geht er uns verloren. - Die Frage der Ansiedlung von Volksdeutschen im Distrikt Lublin war Gegenstand einer eingehenden Besprechung, die im August 1942 auf der Burg unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs und in Anwesenheit des Staatssekretärs Dr. Bühler stattfand.

Generalgouverneur Dr. Frank: Ich darf bitten, daß selbstverständlich auch solche politisch ungeheuer einschneidenden Maßnahmen nicht einseitig von Ihnen vollzogen werden, ohne daß ich dazu Stellung nehem kann. Sie haben

es im Kreise Zamosc getan. Sollte in anderen Teilen des Generalgouvernements diese Frage auch akut werden, dann würde ich Sie bitten, sich vorher mit mir zu besprechen.

(Staatssekretär Krüger: Durch diese Aussiedlung ist also, wie ihh sagte, eine große Unruhe im polnischen Raum entstanden.) Das sind aber Dinge, die wir nicht verhindern können. Wir können unmöglich die gesamte Siedlungsfrage bis nach dem Kriege zurückstellen, wie es etwa einer Anregung des Gouverneurs Zörner entsprochen hätte. Gewisse Maßnahmen müssen eben jetzt getroffen werden. Wir haben bei diesem ersten Versuch im Kreise Zamosc auch nichts überhastet, und wir werden auch in Zukunft diese Maßnahmen nach ihrer ganzen Auswirkung in politischer, wirtschaftlich und kultureller Hinsicht prüfen.

Der Reichsführer hat gewünscht, daß der Distrikt Galizien möglichst kurzfristig besiedelt wird. Er hatte schon die Menschen bestimmt, die dort angesetzt werden sollten. Wir haben darüber mit Gouverneur Dr. Wächter gesprochen. Ich hatte damals Gelegenheit gehabt, nach der Ukraine, nach der Krim und nach Transnistrien herüberzufahren, um dort die Volksdeutschen kennenzulernen. Wir haben dieses wertvolle Menschenmaterial nicht im Distrikt Galizien angesiedelt, weil es unserer Überzeugung nach unmöglich ist, an den verschiedensten Ecken gleichzeitig Umsiedlungen vorzunehmen. Das ist also abgestoppt worden, und so haben wir denn den Distrikt Lublin bzw. den KreisZamosc als erstes Gebiet in Betracht gezogen. Wann die weiteren Ansiedlungen durchgeführt werden, ist noch eine offene Frage.

(Generalgouverneur Dr. Frank: Wir werden uns über jeden einzelnen Fall der Umsiedlung fürderhin genau so unterhalten wie im Falle Zamosc, so daß also Sie, Herr Staatssekretär, bei mir erscheinen und mir Bericht erstatten.)

Staatssekretär Krüger: Unabhängig von diesen Volkstumsfragen steht die Gestaltung der Sicherheitslage im Zusammenhang mit der Propaganda des Gegners. Die Widerstandskreise im Raum sind uns bekannt. Hier muß man naturgemäß auch grundsätzliche Unterscheidungen machen. Für uns steht zunächst einmal die sogenannte Widerstandsbewegung als solche im Vordergrund. Sie setzt sich aus Kräften zusammen, die ihre Weisungen auf höheren Befehl von außen her erhalten.

Ein weiterer Faktor, der uns im Generalgouvernement am meisten beschäftigt, ist das berühmte Bandenunwesen. Dieses Bandenunwesen ist ja nicht eine Neuerscheinung des Krieges, sondern war schon vor dem Kriege im Generalgouvernement bekannt. Wenn man einen polnischen Polizeibeamten, der noch aus dieer älteren Zeit stammt, spricht, dann begrüßt er es dankbarst, daß wir als deutsche Polizei gegen das Bandenunwesen in dieser scharfen Form vorgehen und Front machen. Der polnische Polizeibeamte hat sich im Einsatz gegen dieses Bandenunwesen eigentlich jeder-zeit bewährt, immer unter der Voraussetzung, daß er unter deutscher Führung zum Einsatz kommt. Daß sich das Bandenunwesen im Laufe der Jahre immer mehr verstärkt hat, ist ja ganz zwangsläufig und letzten Endes auch logisch. Wir leben im vierten Kriegsjahr unter den erschwerten Ernährungsverhältnissen. Es ist unmöglich, daß heute der polnische Bauer mit seiner Ackerfläche von 2 Hektar für sich und seine Familienangehörigen die notwendigen Ernährungsmengen erhält. Er ist gezwungen, sich in den Schleichhandel zu begeben. Soweit es sich um das bäuerliche Proletariat wird es angesichts dieser Ernährungslage praktisch geradezu gezwungen, sich einer Bande anzuschließen.

Die Statistiken, die ich mir über das Bandenunwesen habe machen lassen, sind sehr interessant. Aus ihnen ist eine fortlaufende Steigerung dieses Unwesens zu erkennen. Das braucht man nun nicht tragisch zu nehmen, als ob wir nicht in der Lage wären, unsere Aufgabe zu erfüllen;

das liegt eben in den Verhältnissen und ist auch nicht abzustellen. Wir leben sicherungsmäßig im Generalgouvernement noch verhältnismäßig sehr günstig gegenüber den Gebieten, die unmittelbar im Anschluß an das Generalgouvernement nach Osten liegen, in denen es praktisch gesehen ganze Partisanenrepubliken gibt, wohin kein Deutscher kommt und wo Wehrmacht und dort eingesetzte Polizeikräfte unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten müssen. Wir haben mit einer Steigerung des Bandenunwesens immer wieder zu rechnen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß es uns mit unseren polizeilichen Maßnahmen gelingen wird, dieser Pest Herr zu werden.

Ich komme dann zu den eigenen Sicherungskräften. Der Schrei nach der Polizei ist selbstverständlich groß und wird mit jedem Tag größer. Das ist verständlich. Andererseits muß Ihnen allen insofern eine Enttäuschung bereiten, als ich mitzuteilen habe, daß wir niemals mit irgendwelchen Polizeiverstärkungen im Generalgouvernement werden rechnen können. Je gespannter die Verhältnisse politisch und militärisch werden, umso schwerer werden unsere eigenen Polizeikräfte in der Lage sein, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Bei meiner Reise in die Ukraine habe ich die Beobachtung gemacht, daß die gesamte Ukraine eigentlich nur von fremdvölkischer Polizei bewacht oder gesichert wird. Nur die Führungsstellen sind deutscher Polizei anvertraut. Im Generalgouvernement ist heute das Verhältnis 1 : 1 . Ich glaube aber, daß wir mehr und mehr Polizeikräfte noch aus dem Raum werden herausnehmen müssen, - sie werden uns zwangsläufig weggenommen. Alle k.v.-Unteroffiziere und -männer wie auch Offiziere werden herausgezogen. Neue Divisionen werden aufgestellt, in die diese Mannschaften gebracht werden. Meines Wissens mußte die Ordnungspolizei in diesen Tagen etwa 4oo Unteroffiziere abgeben. Wir haben fast nur Polizeireservisten, die aus allen Berufen kommen. Das sind ja nicht unsere prächtigen alten Wachtmeister, die jetzt hier dienen und sich in einem fremden Raum richtig zu benehmen wissen. Wir haben in Wahrheit mit einem Reservisten zu

das liegt eben in den Verhältnissen und ist auch nicht abzustellen. Wir leben sicherungsmäßig im Generalgouvernement noch verhältnismäßig sehr günstig gegenüber den Gebieten, die unmittelbar im Anschluß an das Generalgouvernement nach Osten liegen, in denen es praktisch gesehen ganze Partisanenrepubliken gibt, wohin kein Deutscher kommt und wo Wehrmacht und dort eingesetzte Polizeikräfte unter den schwierigsten Verhältnissen arbeiten müssen. Wir haben mit einer Steigerung des Bandenunwesens immer wieder zu rechnen. Andererseits bin ich der Überzeugung, daß es uns mit unseren polizeilichen Maßnahmen gelingen wird, dieser Pest Herr zu werden.

Ich komme dann zu den eigenen Sicherungskräften. Der Schrei nach der Polizei ist selbstverständlich groß und wird mit jedem Tag größer. Das ist verständlich. Andererseits muß Ihnen allen insofern eine Enttäuschung bereiten, als ich mitzuteilen habe, daß wir niemals mit irgendwelchen Polizeiverstärkungen im Generalgouvernement werden rechnen können. Je gespannter die Verhältnisse politisch und militärisch werden, umso schwerer werden unsere eigenen Polizeikräfte in der Lage sein, ihren Aufgaben gerecht zu werden. Bei meiner Reise in die Ukraine habe ich die Beobachtung gemacht, daß die gesamte Ukraine eigentlich nur von fremdvölkischer Polizei bewacht oder gesichert wird. Nur die Führungsstellen sind deutscher Polizei anvertraut. Im Generalgouvernement ist heute das Verhältnis 1 : 1 . Ich glaube aber, daß wir mehr und mehr Polizeikräfte noch aus dem Raum werden herausnehmen müssen, - sie werden uns zwangsläufig weggenommen. Alle k.v.-Unteroffiziere und -männer wie auch Offiziere werden herausgezogen. Neue Divisionen werden aufgestellt, in die diese Mannschaften gebracht werden. Meines Wissens mußte die Ordnungspolizei in diesen Tagen etwa 4oo Unteroffiziere abgeben. Wir haben fast nur Polizeireservisten, die aus allen Berufen kommen. Das sind ja nicht unsere prächtigen alten Wachtmeister, die jetzt hier dienen und sich in einem fremden Raum richtig zu benehmen wissen. Wir haben in Wahrheit mit einem Reservisten zu

rechnen, der heute, in eine Polizeiuniform gesteckt, - die Aufgaben des Polizeibeamten zu erfüllen hat. Man setzt viel voraus, man unterstellt sehr viel, aber praktisch ist es nicht vorhanden. Das bedeutet für uns im Raum sehr viel; denn der Befehlshaber der Ordnungspolizei muß nach dieser Richtung hin alles mögliche für die Ausbildung dieser Mannschaften tun. Wenn sich die Männer heute noch teilweise noch unbeholfen benehmen, dann ist es auf diese schwierige Ausbildung zurückzuführen, darf aber nicht tragisch genommen werden. Wir sind eben auf diese Kräfte angewiesen, und sie werden nicht stärker, sondern nur noch schwächer werden. Wir werden auch mehr und mehr die fremdvölkische Polizei einschalten müssen. Wir haben im Generalgouvernement, glaube ich, rd. 12 ooo Mann polnischer Polizei. Wir haben ferner die ukrainische Polizei.

(Gouverneur Zörner: die leider sehr schlecht besoldet ist!)

- die Besoldung ist uninteressant, maßgebend ist die Verpflegung. Ich bin der Hauptabteilung E.u.L. dafür dankbar, daß sie entsprechend unseren Wünschen nicht nur die Verpflegung des einzelnen polnischen Polizeibeamten, sondern auch die seiner Familienangehörigen erhöht hat. Daß der polnische Polizeibeamte besoldungsmäßig schlecht gestellt ist, ist uns bekannt. Aber er könnte looo Zloty im Monat verdienen, so wäre ihm damit angesichts der Überteuerung der Nahrungsmittel, die er sich unter Umständen im Schleichhandel erwerben müßte, auch nicht geholfen. Jedenfalls sind wir mehr als bisher gezwungen, auf diese fremdvölkische Polizei zurückzugreifen.

Eine wesentliche Entlastung bedeutet für uns der Sonderdienst. Er hat im Rahmen seiner Verwaltungsaufgaben Hervorragendes geleistet und bleibt in seiner Struktur so erhalten, wie ich es Ihnen, Herr Generalgouverneur, damals dargelegt habe. Hinsichtlich seiner Tätigkeit bei den Kreishauptmannschaften und der Erfüllung seiner Verwaltungsaufgaben wie auch hinsichtlich seiner Stärke darf nichts geändert werden. Er hat sich bewährt. Daß er unter die polizeiliche

Führung des Befehlshabers der Ordnungspolizei und unter die SS- und Polizeigerichtsbarkeit gekommen ist, können wir nur begrüßen; denn unter den Mannschaften des Sonderdienstes findet sich mancher, der schon mehr als straffällig geworden ist. Es ist daher gut, daß diese Disziplinargerichtsbarkeit besteht. Wir haben in Krakau nicht die dort bestehende Kammer übernommen, wohl aber die in ihr tätigen Männer.

Der Sonderdienst gilt für uns als Hilfspolizeiorgan. Die in den Kreishauptmannschaften eingesetzten Sonderdienstmänner werden jeweils ausgetauscht, sie kommen dann zum Ersatzbataillon nach Krakau, erhalten ihre Hilfspolizeiliche Ausbildung von 8 Wochen und werden dann Hilfspolizeibeamte. Als solche gehen sie wieder in die Kreishauptmannschaften und haben dann die Befugnis, Hilfspolizeiliche Maßnahmen durchzuführen.

Abgesehen von dem Sonderdienst und der polnisch-ukrainischen Polizei behelfen wir uns nun noch mit sogenannten Hilfspolizeikräften, wenn es sein muß, einsatzmäßig gesprochen, auch mit der Polizeiverstärkung, die wir seinerzeit auf Grund des bekannten Erlasses auf Wunsch des Führers gebildet haben. Das sind die Alarmkräfte der Polizei. Zweck und Sinn der Einrichtung ist, daß wir sie im letzten Notfall auf jeden Deutschen zurückgreifen können und praktisch auch müssen. Es darf kein Zweifel darüber bestehen: wenn es hart auf hart geht und es hier wirklich einmal zu inneren Unruhen kommen sollte, dann dürfen wir uns nicht auf die fremdvölkischen Polizeikräfte verlassen. Diese Erwägung ist in meinen Sicherungsplänen und Maßnahmen miteinkalkuliert. Sonst wären wir selber verlassen. Wir können uns praktisch nur auf unsere Polizeiorgane stützen, d.h. auf die Ordnungspolizei, die Sicherheitspolizei, den Sonderdienst und auf die Polizeiverstärkung der Reichsdeutschen. Daher muß nach Möglichkeit jeder Deutsche für diese Polizeidienstpflicht eingesetzt werden. Es ist nicht so, daß wir etwa daran eine Freude hätten, auf dem Wege dieser Polizeidienstpflicht den Reichsdeutschen in die Gewalt der Polizei zu bekommen,

ihn vielleicht von seiner Arbeit abzuhalten, ihn zu terrorisieren - oder wie Sie es nennen mögen. Wir sind wohl alle von Haus aus etwas darauf eingestellt, uns diesen polizeilichen Dingen zu entziehen; das ist verständlich. Wenn es aber einmal zur Entscheidung kommt, dann brauchen wir jeden Mann. Er muß mit der Waffe ausgebildet sein, er muß seinen Mann stehen und sich im Interesse der deutschen Behörden oder auch zum Schutze deutscher Frauen und deutscher Kinder betätigen. Ich kann es nur dankbar begrüßen, wenn gerade die Herren Gouverneure dieser Aufgabe Verständnis entgegenbringen. Daß wir in der Frage der Freistellung großzügig sind und diejenigen, die mit ihrer Arbeit unbedingt benötigt werden, auch freilassen, ist für uns selbstverständlich. Ich möchte nur haben, daß Prestigefragen oder ähnliche Erwägungen hier keine Rolle spielen. Ich bin überzeugt, daß der Deutsche, der zum Polizeidienst herangezogen worden ist und seine Schießausbildung erhalten hat, daran seine Freude hat. Er weiß, wozu er seine Pistole trägt, er weiß, daß er schießen und auch treffen kann, ob er nun mit dem Karabiner oder mit dem leichten bzw. schweren Maschinengewehr ausgebildet ist. Wir sind jetzt alle Soldaten; wenn der Deutsche mit der Waffe ausgebildet ist, dann steigt auch damit sein Selbstbewußtsein. Aus allen diesen Gründen bitte ich , das notwendige Verständnis für diese Aufgabe aufzubringen. Wenn sich ein Gouverneur von diesem Dienst befreien ~~lässt~~ lassen will, so ist ~~das~~ es selbstverständlich, daß einem entsprechenden Ersuchen Folge gegeben wird. Wenn es ihm aber Freude macht, auch an diesem Dienst teilzunehmen, dann wird er sich mit seinem SS_ und Polizeiführer verständigen und ihn fragen, wann das nächste Mal geschossen wird, und es wird ihn auch als Gouverneur erfreuen, seine Schießübung zu erfüllen. Ich könnte mir vorstellen, daß jeder Gouverneur davon Gebrauch macht, und nehme nicht an, daß er dadurch von der Erfüllung seiner schweren Aufgaben abgehalten wird. Wenn die Ausbildung nicht so exakt und korrekt durchgeführt werden kann, wie es sonst vielleicht

der Fall wäre, dann bitte ich auch dafür Verständnis zu haben im Hinblick auf das , was ich vorhin sagte. Wir sind leider nicht in der Lage, wirklich hervorragende Ausbilder zur Verfügung zu stellen. Mancher, der in einer Alarmkompanie Dienst tut, wird sich vielleicht als alter Soldat sagen: was ist das vür ein unmöglicher Ausbilder? - Das kenne ich ja alles, - wozu bin ich denn hierher gekommen? Ich bitte, auch dafür Verständnis aufzubringen; wir können eben nicht einen loo %igen Ausbilder stellen, der das alles leistet. Deshalb bin ich auch sehr zufrieden, daß diese Alarmkompanie ihre eigenen Führer stellt. Ich weiß, daß z.B. der Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft in Krakau ein Alarmbataillon führt und auch andere Herren der Zivilverwaltung Alarmkompanien führen. Die Polizei soll ja nur den Weg weisen und für die Ausbildung in Betracht kommen. Im Ernstfall aber soll der Führer einer Alarmkompanie in der Lage sein, seine Einheit einsatzmäßig zu führen. Ich danke den beteiligten Kreisen für das große Verständnis, das dieser Aufgabe entgegengebracht wird, die für uns eine der wesentlichsten ist. Wir werden mehr und mehr auf unsere eigenen Kräfte zurückgreifen müssen, da die Sicherheitskräfte als solche im Laufe der Zeit nicht ausreichen werden. Wir können eben nicht alles sichern und bewachen.

Meinen eigenen schwachen Polizeikräften muß ich immrer wieder für ihren selbstverständlichen und selbstlosen Einsatz danken, den sie hier auftrags- und befehlsmäßig durchzuführen haben. Für die Polizei gilt es in erster Linie, im Rahmen ihrer Möglichkeiten dieses Gebiet zu sichern. In diesem Zusammenhang darf ich vielleicht vertraulich die Zahl der Verluste angeben, die wir im Laufe des vergangenen Jahres gehabt haben. Die deutsche Ordnungspolizei und die Gendarmerie haben im Jahre 1942 7o Tote und 121 Verwundete gehabt, die Sicherheitspolizei 7 Tote und 8 Verletzte, die SS 4 Tote und 6 Verletzte, der Sonderdienst 5 Tote und 4 Verletzte, die polnische Polizei 84 Tote und 9o Verletzte,

die ukrainische Polizei 17 Tote und 11 Verletzte, sonstige polnische und ukrainische Beamte in deutschen Diensten 1o8 Tote und 3o Verletzte. Diese hohen Blutopfer mögen zeigen, daß sich jeder deutsche oder fremdvölkische Polizeibeamte rückhaltlos für unsere deutschen Interessen einsetzt und sein Leben für unsere Sache hingibt.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Dr. Schöngarth macht im Anschluß an die Ausführungen des Staatssekretärs Krüger streng vertrauliche Mitteilungen über die Sonderaktion, über die Sicherheitslage im Generalgouvernement und die Tätigkeit der Widerstandsbewegung.

Der Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalleutnant Becker macht hierauf Angaben über die Stärke der im Generalgouvernement eingesetzten Polizeikräfte. Deutsche Ordnungspolizisten gebe es im Generalgouvernement gegenwärtig 1o 19o. Die Ordnungspolizei verfüge über 11 Bataillone, 1 motorisiertes Gendarmeriebataillon, eine Reiterabteilung und einige kleinere Formationen, so u.a. zwei Schwadronen in Galizien und einigen Kompanien, die aber wieder herausgezogen werden würden. An fremdvölkischer Polizei ständen 16 337 Mann im Dienst. Betrachte man die Zahl der deutschen Ordnungspolizei, so sei sie eigentlich viel geringer als diejenige, die in den besten Zeiten vorhanden gewesen sei. Im Jahre 1939/4o seien auch nicht mehr als 13 Bataillone vorhanden gewesen. Hinzugekommen sei nun allerdings das ganze Gebiet Galiziens.

Angesichts der weiteren Entwicklung der Lage gebe es im Generalgouvernement kaum mehr ein Gebiet, das ohne Polizei bearbeitet werden könnte. Die polizeiliche Tätigkeit erschöpfe sich nicht nur in der Bekämpfung der Banden, sondern die polizeilichen Kräfte müßten auch bei der Arbeitererfassung, bei der Ernteerfassung, bei der Judenevakuierung und anderen Aufgaben eingesetzt werden. Dazu wachse die Zahl der zu bewachenden Objekte aller Art, die auch wieder infolge der Ernteerfassung eine erhebliche Vermehrung erfahren hätten. Während sich also die Stärke der Truppe vermindere, habe sich die Größe der der Polizei

gestellten Aufgaben vermehrt.

Die fremdvölkische Polizei habe sich voll bewährt. Erfreulicherweise sei es gelungen, die Ernährung für die fremdvölkische Polizei zu sichern. Auch die Fürsorge für ihre Familien hinsichtlich der Ernährung habe auf diese Polizeikräfte den besten Eindruck gemacht.

Die Arbeit der Polizeibataillone ~~ist~~ sei mit ihrem eigentlichen Einsatz nicht erschöpft, sondern sie müßten nebenher auch ausgebildet werden. Dieser fortgesetzten Wiederholung der Ausbildung könne man nicht entraten. Außerdem trage er die Verantwortung dafür, daß diese Bataillone, wenn sie an der Front eingesetzt würden, nicht durch Unkenntnis der Waffenbehandlung durch den Feind blutige Verluste erlitte. Sämtliche Bataillone würden in einem gewissen Turnus an die Front geschickt, sie hätten sich auch stets tapfer geschlagen.

Eine besonders schwierige Aufgabe, die erfolgreich durchgeführt worden sei, sei die Auffindung von Geheimsendern. In letzter Zeit seien auf diesem Gebiete Erfolge erzielt worden, die geradezu einmalig seien. Die Wehrmacht habe sich für die Durchführung dieser Aufgabe als nicht fähig erklärt und habe die Führung in dieser Angelegenheit der Ordnungspolizei überlassen, die diese Aufgabe in engster Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei durchführt. Was auf diesem Gebiete an stiller , bescheidener, aber doch zäher rücksichtsloser opfervoller Einsatztätigkeit gearbeitet und geleistet werde, allerdings oft auch unter blutigen eigenen Verlusten, sei unglaublich. Es handle sich hier um einen Kampf gegen ein Verbrecher- und Untermenschentum, das mit allen Mitteln des geübten Gewohnheitsverbrechers arbeite, wie man es sonst an keiner Stelle des polizeilichen Kampfes finde. Die letzten Erfolge berechtigten zu der Hoffnung, daß man zwar die Geheimsender nicht völlig ausrotten werde, da ihnen ja immer wieder durch Abwurf aus

Flugzeugen Hilfe werde, daß sie aber kein ruhiges Leben mehr führen könnten, weil sie von Ort zu Ort gejagt würden.

Erwähnenswert sei die Tatsache, daß im Jahre 1942 im Bandenkampf 17 386 Banditen gefallen seien. Er habe diese Zahl auf das sorgfältigste nachgeprüft und festgestellt, daß es sich nicht etwa dabei um Helfershelfer, sondern um Banditen gehandelt habe, die mit dem Karabiner in der Hand im Polizeikampf gestanden hätten und in blutigen Gefechten durch den Einsatz der Ordnungspolizei erledigt worden seien. Das Vielfache dieser Zahl entfalle auf die Verwundeten oder Beschädigten.

Was die Frage des Rückganges der Zahl der Ordnungspolizei angehe, so sei er allerdings auch der etwas vorsichtigen Annahme, daß man mit einer Schwächung dieser Kräfte zu rechnen haben werde. Durch eine stärkere Heranziehung fremdvölkischer Polizei, die man natürlich entsprechend ernähren müsse, könne ein Ersatz für die ausfallenden Polizeikräfte geschaffen werden. Vor allem biete aber die Ausbildung der Alarmkräfte des Polizeihilfsdienstes der Reichsdeutschen einen Rückhalt und gebe ein zuverlässiges Instrument, auf das man sich verlassen könne. Die Ausbildung dieser Kräfte gehe in wundervoller Kameradschaftlichkeit vor sich, und man könne annehmen, daß diese Alarmkräfte gegebenenfalls in bester Stimmung in den Kampf gehen würden. Die Leistung sowohl der Ordnungspolizeibataillone wie diejenige der nachträglich ausgebildeten Reichsdeutschen beruhe vor allem auf der vernünftigen, ruhigen, sachlichen und ernsten Arbeit der Polizeioffiziere, die damit beauftragt seien, die Bataillone sowohl wie die Alarmkräfte auszubilden, ferner auf der weltanschaulichen Ausrichtung namentlich der Bataillone. Im übrigen habe sich im Laufe der Zeit die enge Zusammenarbeit mit der Sicherheitspolizei ganz besonders bewährt. Von besonderem Nutzen sei die Erfahrung, die die Truppe allmählich mit dem Einsatz von V-Männern gewinne. Man führe den Bandenkrieg jetzt eigentlich nicht mehr nach militärischem Muster, sondern habe ein ganz spezielles fachgeschultes polizeiliches Verfahren. Es werde kein

Gefecht mehr eingeleitet und durchgeführt, ohne daß vorher durch V-Männer und Mannschaften der Sicherheitspolizei ein Netz von Überwachungen über das betreffende Gebiet oder Objekt gespannt worden sei, so daß man eigentlich bis zu einem gewissen Grade von vornherein des Erfolges sicher sein könne. Man habe auch mit dieser Kampfesmethode, die die Truppe absolut beherrsche die besten Erfolge erzielt. Daß man gleichwohl vielfach Meldungen von Raubüberfällen usw. höre, lasse sich nicht vermeiden. Es sei eben nicht möglich, überall Polizei einzusetzen. Der Mangel an Betriebsstoff stehe dem entgegen, daß man schnell an jede Stelle Polizei hinwerfen könne. So werde die Zahl der unaufgeklärten Fälle immer hoch bleiben. Die Hauptsache sei, daß man die Massen der Banditen niemals aus der Zange lasse, Tag und Nacht mit ihnen im Kampfe stehe und so das Heer der Banditen nicht zur Ruhe kommen lasse. Mit den Kräften der deutschen Ordnungspolizei und der nichtdeutschen Polizei, unterstützt von der Sicherheitspolizei, und mit dem sehr wertvollen Machtmittel der reichsdeutschen Hilfspolizei im Rücken werde man immer in der Lage sein, die Sicherheitslage zwar nicht zu verbessern, sie aber auf dem gegenwärtigen Stand zu halten, vorausgesetzt, daß die Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werde.

Generalgouverneur Dr. Frank will die Hilfspolizei nur eingesetzt wissen, wenn Alarmgefahr bestehe. Hier dürfe es sich nicht um einen regulären Dienst handeln. Wenn es zu außergewöhnlichen Zuständen kommen sollte, so müßten die Dinge vorher mit den Behörden besprochen werden.

Generalleutnant Becker glaubt, daß es gelingen werde, auch für diese Alarmbataillone, die man aus den Hilfsdienstkräften, in gewissen Umfange Waffen u. Uniformen sicherzustellen, so daß man wenigstens etwa 4 ooo Mann im Alarmfalle einkleiden und bewaffnen könne.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt als besonders wichtig die Erkenntnis heraus, daß sich das ganze Sicherheitsproblem und auch das Verwaltungsproblem um die grundsätzliche Einigkeit bei der Verwaltung und Polizei zu der Frage der Behandlung der Fremdvölkischen drehe. Zunächst einmal müßte völlige Klarheit darüber bestehen, was in diesem Raume mit seiner Bevölkerung im deutschen Interesse endgültig geplant sei. Weiter müsse geprüft werden, ob dieses Ziel schon während des Krieges ins Auge gefaßt und durchgesetzt werden könne oder ob es nicht zweckmäßiger sei, die deutschen Absichten im gegenwärtigen Augenblick zu tarnen und, ohne ihre Durchführung für die Zukunft zu verbauen, jetzt Maßnahmen zu ergreifen, die die freiwillige Mitarbeit der Bevölkerung im deutschen Interesse gewährleisteten. Wenn die Polen heute wüßten, daß sie in diesem Raume künftig nichts mehr zu bestimmen hätten, daß man sie höchstens als nützliche und dienende Elemente einsetzen, daß man sie von Haus und Hof treiben, von ihren Familien trenne, daß man sie nach guten, weniger guten, asozialen und arbeitsfähigen Elementen auseinanderreißen werde, dann könne von einer freiwilligen Mitarbeit im ganzen nicht mehr die Rede sein. Davon hänge aber auch die Frage ab, ob man die Bevölkerung ernähren könne. Wenn man die bäuerliche Bevölkerung nicht in Ruhe halte, wenn es nicht gelinge, sie zur Bestellung ihres Ackers und zur Ablieferung ihrer Produkten zu veranlassen, dann werde man auch den übrigen Teil der Bevölkerung nicht ernähren, nicht in Ruhe und Ordnung halten können. Von der Entscheidung dieser Frage und der Übereinstimmung in dieser Frage hänge die Arbeit auf sämtlichen anderen Gebieten ab. In einem fruchtbaren Gedankenaustausch müßten diese Fragen von der Verwaltung wie von der Polizei gemeinsam geklärt und vor allem verhindert werden, daß zwischen Polizeiverwaltung und allgemeiner Verwaltung eine Kluft entstehe oder eine gegenseitige Abneigung geschaffen würde. So weit dürfe der Korpsgeist nicht gehen, daß die Behandlung gemeinsamer Fragen darunter leiden könnte.

Er bitte den Herrn Generalgouverneur, häufiger in allgemeinen und Teilbesprechungen den beteiligten Kreisen Gelegenheit zu geben, ihre Maßnahmen aufeinander abzustimmen, damit/so zu einem gemeinsamen Vorgehen und ausgerichteten Handeln kommen könne. /man

In den letzten Monaten sei eine lawinenartig ansteigende Zahl von Überfällen, Beraubungen und ein Zunehmen der allgemeinen Unsicherheit im ganzen Lande zu verzeichnen. Das wirke sich nicht nur auf dem Gebiete der Sicherheit unangenehm aus, sondern durch eine weitere Verbreiterung dieser Lawine könnte Handel und Wandel, jede Ordnung, jede Arbeit unterbunden werden. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verwaltung müsse derart sein, daß die Unruhe, die infolge des Bandenunwesens und der Auswirkungen des Krieges im Osten in dieses Gebiet zwangsläufig hineingetragen worden sei, nicht noch durch polizeiliche Maßnahmen gesteigert werde.

Was die Erschließung des Raumes für das deutsche Volkstum angehe, so dürfe die durch die starken Eingriffe in gewisse Interessen hervorgerufene Unruhe und auch der Stand der militärischen Auseinandersetzung nicht unbeachtet bleiben. Die Frage, ob eine bereits bestehende Unruhe sich nicht noch in katastrophaler Weise auswirken könne, müsse auch bei der Planung größer Aussiedlungen in jedem Fall von vornherein mit in die Berechnung einbezogen werden. Die Anregung des Herrn Generalgouverneurs, daß bei künftigen größeren Umsiedlungsvorhaben zuvor eine Übereinstimmung zwischen den beteiligten Instanzen herbeizuführen sei, sei außerordentlich dankenswert, und mit ihrer Befolgung werde man eine Vereinfachung und Erleichterung dieser Maßnahmen erreichen.

Auch bei der Bekämpfung des Bandenunwesens könne die Zusammenarbeit des Kreishauptmanns mit dem Gendarmerieführer und dem Führer der polnischen Polizei dazu beitragen, daß die Unruheherde lokal zu beeinflussen wären und von einer Gesamtbeunruhigung nicht gesprochen werden könne. Auch erhalte die möglichste Vermehrung der einheimischen Polizei-

kräfte für geboten. Polnische Polizeiposten dürften wegen ihrer Gefährdung nicht zurückgenommen oder zusammengelegt werden, sondern man müsse dafür sorgen, daß auch die schwachen Posten durch eine Verstärkung ihrer Zahl erhalten bleiben könnten. Für neue große Aktionen müsse eine Ergänzung der polizeilichen Maßnahmen durch Ausbau der stationären Sicherheitsorgane erreicht werden. So könne durch ein Zusammenwirken von Verwaltung und Polizei auch auf dem Sicherheitsgebiet ein Zustand geschaffen werden, der die Arbeit im Interesse der landwirtschaftlichen Erzeugung, der Ernteerfassung, der Arbeitererfassung, der Rüstungs- und Wirtschaftsinteressen dieses Gebietes gewährleiste.

(Gouverneur Dr. Fischer) führt aus, daß die Sicherheitslage im Distrikt Warschau eigentlich bis zum Ende des vorigen Jahres recht gut gewesen sei. Der überwiegende Teil der Bevölkerung - fast die gesamte Bauern- und Arbeiterschaft - habe seine Pflichten voll und ganz erfüllt. In den Rüstungsbetrieben habe es keine Sabotageakte gegeben, und der Bauer habe seiner Ablieferungspflicht hervorragend genügt. Erst gegen Ende des Jahres seien die Banditen besonders in den Ostkreisen zahlreicher aufgetreten, um sich dann vor allem in der Stadt Warschau zu betätigen. Zur Zeit sei dort eine ganz bedenkliche Steigerung der Überfälle zu verzeichnen: im November 241, im Dezember bereits 345 , - im Januar werde sich die Zahl wohl noch erhöhen. Vermehrt seien vor allem die Überfälle mit Tötungsabsicht auf Deutsche. Insbesondere häuften sich in der Stadt Warschau die Überfälle auf Wehrmachtsangehörige, denen man die Waffen abnehmen wolle. (Zweifellos sei die Ermordung deutscher Soldaten auf die Aktion von lo. bis 18. Januar zurückzuführen. Eine unmittelbare Folge dieser Aktion seien auch die Überfälle auf die deutschen Kinos und auf den Hauptbahnhof.)

(Er sei mit der Wehrmacht und mit seinen Mitarbeitern der festen Überzeugung, daß angesichts der Art der Durchführung dieser Aktion in Warschau die Sicherheitslage zweifellos verschärft worden sei. Bei dieser Aktion seien überhaupt nicht asoziale Elemente verhaftet worden, sondern man habe die Leute von der Straße, aus den Kinos, aus Kirchen und Häusern herausgeholt. Dabei seien dann auch in

verschiedenen Fällen von deutschen Dienststellen ausgestellte Ausweise zerrissen worden. Der SS und Polizeiführer von Sammern habe erfreulicherweise diese Fälle sofort nachprüfen lassen, und eine Freilassungsaktion sei zum Teil schon durchgeführt.

Eine sehr starke Beuruhigung sei durch die Umsiedlung im Kreise Zamosc eingetreten. In diesem Zusammenhang habe auch eine Verschickung von Kindern nach Warschau eine Rolle gespielt. Diese Verschickung, die zunächst nur geringen Umfanges gewesen sei, habe zu einer großen Unruhe geführt. Zahlreiche Polen hätten sich über diesen Fall auf den Straßen unterhalten und darüber Bemerkungen gemacht. Ein im Rundfunk gegebenes Dementi habe wenigstens für die Stadt Warschau sehr gut gewirkt. Einige Tage später seien aber wieder Kinder aus Zamosc in Warschau angekommen, die ein volksdeutscher Bürgermeister in seinem Dorf nicht habe unterbringen können. 45 Kinder seien dann in ein Lazarett gelegt worden. Aus Berichten von Kreishauptmännern sei zu entnehmen, daß infolge dieser Umsiedlung die Haltung der Bauern sehr labil sei; wenn nicht bald eine Beruhigung einträte, dann könnte es möglich sein, daß der Bauer seine bisher gezeigte Willfährigkeit zur Mitarbeit aufgebe. Wenn jetzt geplant sei, im Distrikt wohnende Volksdeutsche in geschlossene Dörfer umzusiedeln, so bitte er, diese Umsiedlung nicht durchzuführen. Die in Betracht kommenden Volksdeutschen lebten schon 3 Jahre in diesen Verhältnissen, sie würden von der NSV und von der Partei intensiv betreut. Durch diesen internen Umsiedlungsakt, durch den Tausende von Polen von ihren Anwesen entfernt werden müßten, würden nur weitere Unruhen entstehen.

In diesem Zusammenhang weist Gouverneur Dr. Fischer auf die Tätigkeit der volksdeutschen Mittelstelle hin und gibt zu bedenken, daß sich im Rahmen der gegenwärtigen Organisation mindestens 3 oder 4 Stellen auf dem gleichen Gebiet betätigten: Staat, Partei, NSV und Volksdeutsche Mittelstelle. Hier müßten ganz klare Weisungen darüber ergehen, welche Stelle federführend diese Arbeiten zu erledigen habe.

Die Zusammenarbeit mit Polizei und SS sei immer ganz ausgezeichnet gewesen. Man habe bisher immer alle Fragen gemeinsam besprochen, der SS und Polizeiführer nehme an den Distriktssitzungen teil, unterrichte auch den Gouverneur über alle ihn interessierende Fragen.

Staatssekretär Krüger betont, daß die/Frage der /Für Binnenumsiedlung selbstverständlich im Vordergrunde stehe das Interesse der Volksdeutschen, nicht das der Polen. Man müsse dafür sorgen, daß nicht die ewige Unruhe auch in volksdeutschen Kreisen herrsche, auf die überhaupt niemand Rücksicht zu nehmen scheine. In den Volkstumsfragen sei man ja verpflichtet, alles zu tun, was zur Besserung der Lage der Volksdeutschen überhaupt beitragen könne. Die Lösung der Frage der Binnenumsiedlung innerhalb des Generalgouvernements sei eben durch die Not bedingt, in der sich die Volksdeutschen befänden. Das beziehe sich in erster Linie auf den Distrikt Radom und auf den Distrikt Warschau. Es müsse erreicht werden, daß endlich der Volksdeutsche wirtschaftlich zum mindesten besser gestellt werde als der Pole. Auf diesem Gebiet sei in den letzten drei Jahren nicht allzuviel getan worden. Man müsse den Volksdeutschen nicht nur in ihren Berufen, also auf dem gewerblichen, wirtschaftlichen oder Handelssektor helfen, sondern vor allem auch den Bauern. Auf Grund einer Anrdnung des Reichskommissars habe man sich nach Möglichkeit bemüht, dem Volksdeutschen, der in den 2o Jahren polnischer Herrschaft geknechtet und geknebelt worden sei, endlich das zu geben, was ihm dauernd zugesagt und was immer propagiert worden sei. Der Leiter des Hauptlandamtes SS-Obersturmbannführer Dr.Kuchenbäcker habe ihm einen Plan darüber vorgelegt, in welcher Form man den volksdeutschen Bauern helfen wolle: Nach diesem Plan solle dem volksdeutschen Bauern mehr Land gegeben werden, als ihm die Polen bis dahin gelassen hätten, ferner ein besserer Boden, und drittens wolle man ihn aus der polnischen Umgebung herausnehmen, die für ihn und seine Kinder auf die Dauer untragbar sei. Er, Staatssekretär

Krüger, habe den Leiter des Hauptlandamtes ersucht, vor der Inangriffnahme solcher Binnenumsiedlungen sich mit den Distriktschefs zu verständigen und ihnen seine Gedanken über die Umsiedlung anhand seiner Pläne zu erläutern. Man müsse jetzt zu einer Regelung dieser Fragen kommen. Über den Termin des Stattfindens einer Binnenumsiedlung habe man sich noch nicht unterhalten, nur darüber, daß das Grundprinzip durchgeführt werden müsse. Dabei werde man bestrebt sein, den volksdeutschen Bauern den besten Boden zu geben und sie auch geschlossen unterzubringen. Angesichts der Sicherheitslage könne man die Volksdeutschen unmöglich verstreut in diesem Gebiet wirtschaften lassen, sie müßten unbedingt das Gefühl der Sicherheit haben. Aus den ihm zugehenden Meldungen gehe immer wieder hervor, daß die polnischen Banden vor allem die auf dem Land allein lebenden volksdeutschen Bauern umbrächten, sie beraubten oder ihre Häuser ansteckten.

Für die Betreuung der Volksdeutschen insgesamt habe der Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums einen ganz strikten Auftrag des Führers. Er, Staatssekretär Krüger, halte es in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Reichskommissars für falsch, in Presse oder mit Hilfe des Rundfunks dauernd alle diese Aktionen zu besprechen. Dadurch würde auch die polnische Bevölkerung unnötig beunruhigt. Er habe deshalb auch bewußt davon abgesehen, sich in irgendeiner Form als Beauftragter des Reichskommissars zu melden. Man habe vor allem versucht, den Volksdeutschen möglichst praktisch zu helfen. Diese Art der Betreuung der Volksdeutschen liege ja in der Hand des Reichskommissars. Sein Auftrag gehe dahin, sich bei Durchführung der volksdeutschen Betreuungsaktion der Behörden und der Partei zu bedienen. Aus diesen Gründen habe er auch den Leiter des Hauptlandamtes angewiesen, zunächst eine Generalplanung zu machen und dann mit den Gouverneuren über diese Planung zu sprechen

Gouverneur Dr. Fischer betont, daß es auch das Bestreben der Gouverneure sei, den Volksdeutschen soviel wie möglich zu helfen. Aber die Frage der Umsiedlung dürfe nicht übers Knie gebrochen werden. Gewiß könne in einzelnen Fällen, wie es auch schon geschehen sei, mit der Umsied-

lung

begonnen werden, zu bedenken sei aber, daß auch nach Meinung landwirtschaftlicher Fachleute viele Deutsche gar nicht fähig seien, größere Güter zu verwalten; denn die besten Deutschen seien jetzt bei der Wehrmacht. Er halte es daher für zweckmäßig, zu warten, bis diese Männer wieder zurückkämen. Mit dem Material, das man heute in den Dörfern habe, sei nicht viel anzufangen. Im übrigen sei die Arbeit der NSV auf dem Gebiete der volksdeutschen Betreuung durchaus anzuerkennen.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß die NSV mit der Dienststelle des Reichskommissars zusammenarbeite. Auf dem Parteisektor stehe er auch in ständiger Verbindung mit der NSV. Die SS-Führer hätten ja keine Entscheidungen zu treffen. Sie sollten sich lediglich ein Bild über das machen, was auf dem Gebiete der Betreung der Volksdeutschen notwendig sei. So sei die Tätigkeit der SS auf diesem Gebiete lediglich richtungweisend, die Durchführung der Maßnahmen aber liege in der Hand der Gliederungen und Organisationen. Er sei bereit, die NSV in jeder Hinsicht zu unterstützen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet im Anschluß an die von den Vorrednern gemachten Ausführungen eine Besprechung der Umsiedlungsfragen in Krakau für Anfang Februar an.

Gouverneur Zörner geht kurz auf die schlechte Besoldung der polnischen Polizeikräfte ein. Sein Einwurf sei eigentlich mehr an die Adresse der Hauptabteilung Finanzen gerichtet. Über die Anweisung der Kreishauptmänner hinaus müsse man diese polnischen Polizeikräfte, die durchweg gut arbeiteten und alle möglichen Opfer gebracht hätten, fester an die Verwaltung ketten, zumal sie meistens aus dem Warthegau und aus Oberschlesien kämen und sich den Kongreßpolen gegenüber erhaben fühlten. Wenn die polnischen Polizeibeamten mit ihren Familien in der Ernährung besser gestellt würden, dann würden auch gewisse Korruptionserscheinungen bei ihnen wie z.B. die Entgegennahme von Schmiergeldern aufhören.

(Die Frage, ob die 2 Millionen Polen, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten, keine Lebensmittelkarten mehr erhalten sollten, sei Gegenstand einer Besprechung gewesen, die unter Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs stattgefunden habe. Alle Gouverneure hätten gebeten, von einer solchen Maßnahme Abstand zu nehmen, weil in ihrem Gefolge neue Unruhen entstehen würden. Zu bedenken sei dabei auch, daß die Nahrungsmittelmengen, die den Polen gegeben würden, nicht stark ins Gewicht fielen und daß die Polen im letzten Jahre auch nur einen Bruchteil dieser ihnen zustehenden Lebensmittel erhalten hätten. Psychologisch und propagandistisch wäre es also falsch, diesem Teil der Polen die Lebensmittelkarten zu nehmen. Sie würden eben versuchen, die notwendigen Nahrungsmittel im Schleichhandel zu kaufen. Jede Änderung des Ernährungssystems werde immer auf die größten Schwierigkeiten stoßen.)

Im Distrikt Lublin sei die Ernteablieferung angesichts der hervorragenden Arbeit der zuständigen Stellen ganz ausgezeichnet gewesen. Das sei aber nur möglich gewesen, daß der polnische und ukrainische Bauer bis zur Höchstgrenze seiner Leistungsfähigkeit abgeliefert habe, was ihn unter Umständen für die nächste Zeit in Ernährungsschwierigkeiten bringen werde.

(Die Sicherheitslage im Distrikt Lublin habe infolge der Aktion, die in Cholm durchgeführt worden sei, eine wesentliche Besserung erfahren. Man habe verschiedene Banden gefaßt und auch in ihrer Bekämpfung Erfahrungen sammeln können. Leider sei es bei der Aktion auch vorgekommen, daß polnische oder ukrainische Wald- und Holzarbeiter als Banditen angesehen worden seien. 18 Forstarbeiter seien sogar als Geiseln oder im Gefolge der Sühnemaßnahmen erschossen worden.)

Die Judenevakuierung sei bei den meisten Deutschen als eine notwendige Maßnahme hingenommen worden. Leider hätten zum Schluß überstürzte Maßnahmen dazu geführt, daß zahlreiche Juden in die Wälder gegangen seien und sich den Banditen angeschlossen hätten. So habe man z.B. in Pulawy

festgestellt, daß eine Bande aus 3 Russen und 24 Juden bestanden habe.) (Nach einer Besserung der Verhältnisse infolge der Polizeiaktion habe sich dann im Laufe des Sommers 1942 die Situation in den lo Kreisen des Distriktes verschieden gestaltet. Der Kreis Cholm zeige heute in dieser Beziehung vielleicht die besten Verhältnisse, während im Kreise Pulawy die Verhältnisse in dieser Beziehung sehr schlecht seien. Dort seien von gut organisierten Banden die Gemeindehäuser fast restlos zuerstört worden. Dabei seien auch alle Unterlagen vernichtet worden.)((Bei der Polizeiaktion seien leider im Kreise Pulawy 18 polnische Heger mit ihren Familien beseitigt worden. Auch sei es zu Beginn der Aktion sehr oft vorgekommen, daß Bauern,die auf den Bahnhöfen ihr Kontingent abliefern wollten, als Geiseln festgenommen worden und am nächsten Tag erschossen worden seien.)(Andererseits seien auch polnische Forstarbeiter von Angehörigen der Widerstandsbewegung umgebracht worden. Im letzten Vierteljahr 1942 sei es auch zu vermehrten Brandstiftungen gekommen.

Was das Problem der <u>Umsiedlung</u> angehe, so müsse hier selbstverständlich der Gesichtspunkt maßgebend sein, daß alles, was nur möglich sei, in den Distrikten und im ganzen Generalgouvernement geschehen müsse, damit diese Umsiedlung durchgeführt werden könne. Gleichwohl müsse man die Frage aufwerfen, was in der gegenwärtigen Zeit für die Kriegswirtschaft und die Errringung des Sieges wichtiger sei. Angesichts der Kriegsverhältnisse müsse ja manche nationalsozialistische Forderung zurückstehen. Eine der selbstverständlicher nationalsozialistischen Forderungen sei die, das Land deutsch zu machen, weil es als Ernährungsraum gebraucht werde. Im vierten Kriegsjahr werde die Sicherstellung der Ernte im Generalgouvernement von größter Bedeutung sein.

Im Herbst 1940 seien aus dem Distrikt Lublin 2o ooo Volksdeutsche nach dem Warthegau umgesiedelt worden. Andererseits seien aber auch illegal mehrere hundert Familien mit 1 5oo Menschen vom Truppenübungsplatz Radom in den Kreis Zamosc verlegt worden, ohne daß die Verwaltung etwas davon erfahren habe. Diese Tatsache zeige, wie notwendig

es sei, daß über solche Dinge vorher Besprechungen stattfänden. An sich begrüßten es ja alle Gouverneure grundsätzlich, wenn Deutsche statt Polen in die Distrikte kämen. Es müsse unter allen Umständen vermieden werden, daß solche Umsiedlungen oder Aussiedlungen die völlige Einstellung aller Bestellungs- oder Erntearbeiten zur Folge hätten. Auch die Holzabfuhr, die Milchlieferung und die weitere Gestellung von Arbeitskräften für das Reich werde durch überstürzte Maßnahmen auf dem Gebiet der Umsiedlung stark gefährdet, ganz abgesehen von den Unruhen, die dadurch in der polnischen bzw. ukrainischen Bevölkerung entstehen.

Im Kreise Zamosc blieben nach der Umsiedlung noch 5o % Polen zurück. Gleichwohl werde man dort mit der Holzabfuhr Schwierigkeiten haben, weil die Deutschen selbstverständlich ein Interesse daran hätten, zunächst ihre Häuser aufzurichten. Auch habe man ihnen sehr schlechte Pferde zur Verfügung gestellt, worunter ebenfalls die Holzabfuhr leiden werde. Da die Deutschen als Zivilisten bewaffnet seien, sei es häufiger vorgekommen, daß sie für Banditen gehalten wurden. Es würde sich deshalb empfehlen, sie durch eine Armbinde kenntlich zu machen. Während die Volksdeutschen eigentlich Räuber nicht belästigt worden seien, sei es nach der Neusiedlung verschiedentlich zu Überfällen auf Ansiedler und zu Brandstiftungen gekommen. Angesichts der Umsiedlung im Kreis Zamosc werde auch ein großer Teil der dem Distrikt zur Verfügung stehenden Ordnungspolizei und Gendarmerie der Bandenbekämpfung entzogen. Ferner sei die Auswirkung auf die Nahbbarkreise sehr schlecht, und hinsichtlich der Frühjahrsbestellung müsse man die größten Bedenken hegen. Jedenfalls müsse festgestellt werden, daß angesichts der Umsiedlung im Kreise Zamosc die Ernte nicht so günstig ausfallen werde wie im letzten Jahre. Zudem kämen noch 3oo Slowenenfamilien nach Zamosc, eine Maßnahme, durch welche die Arbeit des Reichskommissars wesentlich erschwert werde. Unter den Balkanvölkern gälten die Slowenen als einer der deutschfeindlichsten Stämme. Die Gefahr, daß sie sich zu den Polen schlügen, sei nicht von der Hand zu weisen.

(Staatssekretär Krüger) weist darauf hin, daß die Umsiedlung im Distrikt Lublin als eine erste Etappe bezeichnet werden müsse. Selbstverständlich müsse man erst eigene Erfahrungen sammeln.)(Der Befehl für diese Umsiedlung sei vom Reichskommissar gegeben worden, und über die Frage habe seinerzeit unter Vorsitz des Generalgouverneurs eine grundsätzliche Besprechung auf der Burg stattgefunden.)
(Nachdem die Umsiedlung im Kreise Zamosc stattgefunden habe, sei an der Tatsache nichts mehr zu ändern. Selbstverständlich bemühe man sich, das Schicksal dieser Volksdeutschen nach Möglichkeit zu erleichtern. Das verursache ein großes Maß von Arbeit ebenso wie die Sicherung dieses Gebietes. Wenn man einem Menschen wie dem Polen seinen Grund und Boden nehme und ihn in einen anderen Raum bringe, dann werde er versuchen, denen, die ihm den Grund und Boden genommen hätten, Schwierigkeiten zu machen. Er habe deshalb dem zuständigen SS- und Polizeiführer den Auftrag gegeben, den Schwerpunkt seiner Polizeikräfte nach Zamosc zu legen. Wenn man das Risiko der Ansiedlung Volksdeutscher eingehe, dann müsse man auch ihr Leben, ihr Hab und Gut sichern. Daß sich mit dieser Umsiedlung und Einsiedlung zahlreiche wirtschaftliche und sonstige Schwierigkeiten ergäben, sei klar. Die Volksdeutschen seien jedenfalls äußerst dankbar, man habe sie ja auch nicht noch einen Winterhindurch im Lager zubringen lassen können. Selbstverständlich werde er mit dem Reichsführer als Reichskommissar darüber sprechen, ob es im Hinblick auf die Erschwerung der Gesamtlage angebracht sei, nun bald wieder mit neuen Besiedlungen in diesem Raum zu beginnen.

Die Ansiedlung der Slowenen sei auf einen Wunsch des Reichskommissars zurückzuführen. Man habe deshalb einen Vertreter in das Gebiet geschickt, damit er sich an Ort und Stelle ein Bild von den Verhältnissen machen könne, der auch feststellen solle, wie ihre Einstellung dem deutschen Volkstum gegenüber sei. Er habe dem Reichsführer von seinen Beobachtungen in der Krim und in Transnistrien Bericht erstattet, und auf Grund dieses Berichtes habe es der Reichsführer für unzweckmäßig gehalten, diese Menschen jetzt schon

(Staatssekretär Krüger) weist darauf hin, daß die Umsiedlung im Distrikt Lublin als eine erste Etappe bezeichnet werden müsse. Selbstverständlich müsse man erst eigene Erfahrungen sammeln.)(Der Befehl für diese Umsiedlung sei vom Reichskommissar gegeben worden, und über die Frage habe seinerzeit unter Vorsitz des Generalgouverneurs eine grundsätzliche Besprechung auf der Burg stattgefunden.)

(Nachdem die Umsiedlung im Kreise Zamosc stattgefunden habe, sei an der Tatsache nichts mehr zu ändern. Selbstverständlich bemühe man sich, das Schicksal dieser Volksdeutschen nach Möglichkeit zu erleichtern. Das verursache ein großes Maß von Arbeit ebenso wie die Sicherung dieses Gebietes. Wenn man einem Menschen wie dem Polen seinen Grund und Boden nehme und ihn in einen anderen Raum bringe, dann werde er versuchen, denen, die ihm den Grund und Boden genommen hätten, Schwierigkeiten zu machen. Er habe deshalb dem zuständigen SS- und Polizeiführer den Auftrag gegeben, den Schwerpunkt seiner Polizeikräfte nach Zamosc zu legen. Wenn man das Risiko der Ansiedlung Volksdeutscher eingehe, dann müsse man auch ihr Leben, ihr Hab und Gut sichern. Daß sich mit dieser Umsiedlung und Einsiedlung zahlreiche wirtschaftliche und sonstige Schwierigkeiten ergäben, sei klar. Die Volksdeutschen seien jedenfalls äußerst dankbar, man habe sie ja auch nicht noch einen Winterhindurch im Lager zubringen lassen können. Selbstverständlich werde er mit dem Reichsführer als Reichskommissar darüber sprechen, ob es im Hinblick auf die Erschwerung der Gesamtlage angebracht sei, nun bald wieder mit neuen Besiedlungen in diesem Raum zu beginnen.

Die Ansiedlung der Slowenen sei auf einen Wunsch des Reichskommissars zurückzuführen. Man habe deshalb einen Vertreter in das Gebiet geschickt, damit er sich an Ort und Stelle ein Bild von den Verhältnissen machen könne, der auch feststellen solle, wie ihre Einstellung dem deutschen Volkstum gegenüber sei. Er habe dem Reichsführer von seinen Beobachtungen in der Krim und in Transnistrien Bericht erstattet, und auf Grund dieses Berichtes habe es der Reichsführer für unzweckmäßig gehalten, diese Menschen jetzt schon

in das Generalgouvernement zu bringen. Wenn der Vertreter des Reichskommissariats von seiner Besichtigungsreise zurückkehre, dann werde man sich überlegen, ob es überhaupt zweckdienlich sei, diese Volksgruppe herüberzunehmen, und zu welchem Zeitpunkt es geschehen solle. Er werde morgen mit dem Reichsführer in Lublin zusammentreffen und würde es begrüßen, wenn dann Gouverneur Zörner dem Reichsführer seine Sorgen vortragen würde.

Gouverneur Dr. Wendler kann berichten, daß die Sicherheitslage im Distrikt Krakau wesentlich besser sei als die aller anderen Distrikte. Erst vor wenigen Monaten sei die Tätigkeit von Banditen im Distrikt festgestellt worden. Bei diesen Banditen handele es sich im wesentlichen um Menschen, die vor der Bekämpfung im Distrikt Lublin geflohen seien, zum Teil auch um solche, die aus dem Distrikt Radom kämen. Dieses Bandenunwesen zeige sich vor allem an den Distriktsgrenzen im Norden und Nordosten. Die Polizei habe dieses Bandenunwesen aber in wirksamer Weise bekämpft, so daß abgesehen von den üblichen Überfällen und Räubereien mehr oder weniger blutiger Art eigentlich von einem Bandenunwesen in dem Umfange, wie man es in den Distrikten Lublin oder Warschau findet, nicht gesprochen werden könnte.

Die Zusammenarbeit der Distriktsverwaltung mit dem SS- und Polizeiführer sei ausgezeichnet; man finde bei ihm jede Unterstützung. Die gleich gute Zusammenarbeit sei auch in den Kreisen feststellbar. Auch bei der Judenaktion habe man vorbildlich zusammengearbeitet, und sie sei eigentlich ohne besondere Unruhe vonstatten gegangen. Bei der letzten Großaktion zur Erfassung von asozialen Elementen sei es allerdings zu einigen Fehlgriffen gekommen.

Volkstumsfragen spielten im Distrikt Krakau nicht die gleiche Rolle wie in den anderen Distrikten. In dem einzigen Fall einer Binnenumsiedlung Schönanger hätten die Maßnahmen reibungslos durchgeführt werden können. Die vorbildliche Durchführung dieser Umsiedlung könnte auch für andere Distrikte beispielhaft sein.

(Gouverneur Dr. Wächter stellt zunächst fest, daß der Distrikt Galizien in vielen Beziehungen eine Sonderstellung einnehme.) Galizien könne auf eine jahrhundertlange Zeit der Einbeziehung in die alte österreichische Monarchie zurückblicken, die von großer Einwirkung auf die gesamte Bevölkerungsstruktur gewesen sei. Die Bevölkerung erinnere sich an die Zeit einer sauberen und gerechten Verwaltung und ziehe der deutschen Führung gegenüber Konsequenzen positiver Art, die die Arbeit der Distriktsverwaltung sehr erleichterten. Weiter liege der Unterschied darin, daß man es vornehmlich mit einer ukrainischen Bevölkerung zu tun habe und diese Ukrainer nicht etwa wie der polnische Bevölkerungsteil im Generalgouvernement den deutschen Truppen als Heckenschützen entgegentreten seien, sondern sie mit Blumen und Herzlichkeit begrüßt hätten. Auf diese Einstellung der Bevölkerung der deutschen Führung gegenüber müsse man Rücksicht nehemn, sie könne sich leicht zum Negativen wenden, wenn man dieser Bevölkerung gegenüber ungeschickt vorgehe. Ferner habe der Distrikt Galizien zwei Jahre lang das Sowjetregiment kennengelernt. Diese Erinnerung , wenn sie auch im Laufe der Zeit schwächer werde, wirke sich doch für die Gesamtlage immer noch zum Positiven aus. Die führenden Ukrainer, die Vögte und andere erklären sich besonders mit Rücksicht auf die Ereignisse an der Ostfront in steigendem Maße zur Mitarbeit bereit.

(Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Polizei sei im Distrikt Galizien erfreulicherweise sehr eng. Hier gebühre vor allem dem SS- und Polizeiführer Katzmann Dank für seine kameradschaftliche und positive Mitarbeit, wie auch seine Mitarbeiter diesen Dank verdienten.)

An politischen Exzessen gegenüber der deutschen Führung könne überhaupt nichts festgestellt werden. Auch die Banditenbewegung sei in den letzten Monaten stark zurückgegangen.

Die Ernährungslage des Distrikts Galizien sei besser als im vergangenen Jahre, in welchem beinahe eine Ernährungskatastrophe infolge des Mangels an Getreide und Kartoffeln eingetreten sei. Es sei zu hoffen, daß im Laufe der Entwicklung aus Galizien Jahr für Jahr größere Erträge für das Reich

herausgeholt werden könnten. Trotz des Mangels an Düngemitteln und Maschinen.

Wenn auch die Propaganda im Generalgouvernement sehr stark auf dem deutschen Sektor arbeite und man dort durchaus positive Erfolge zu verzeichnen habe, so müsse doch andererseits darauf hingewiesen werden, daß von einer Auswirkung der Propaganda den Fremdvölkischen gegenüber wenig zu merken sei. In der Propaganda den Fremdvölkischen gegenüber müsse das Wort "Europa" mehr als bisher herausgestellt werden. Im Übrigen müsse auch der Distriktsverwaltung eine gewisse Freizügigkeit in der Propaganda belassen werden, damit sie sich der jeweiligen Situation im Distrikt anpassen könne. Nicht nur für den Distrikt Galizien, sondern auch für das Generalgouvernement sei es von großem Vorteil, daß es in Galizien verschiedene Bevölkerungslager gebe. Die polnische Bevölkerung habe Befürchtungen für den Fall, daß etwa die Deutschen aus dem Distrikt verschwinden und dann die Ukrainer sie verderben könnten; der Ukrainer hält das deutsche Regiment für unbedingt besser als das sowjetische oder polnische. Die Fragen, die sich die Bevölkerung stelle, könne man am besten mit dem Hinweis auf Europa beantworten, wobei man über die künftigen Grenzen Europas nichts zu sagen brauchte. Deshalb rege er an, daß über den Sektor der Umsiedlung nicht so viel gesprochen oder geschrieben werden sollte. Eine erhebliche Grundlage für die Haltung der Bevölkerung liege darin, daß die polizeilichen Maßnahmen im engsten Einvernehmen von Verwaltung und Polizei getroffen würden. Er weise in diesem Zusammenhang auf das Meldewesen hin. Die Ausgabe von Legitimationen für die gesamte Bevölkerung habe sich als dringend notwendig herausgestellt. Wenn die Bevölkerung im Besitze von Kennkarten sei, dann sei der Polizei die Durchführung gewisser Aktionen unter Vermeidung erheblicher Belästigungen der Bevölkerung viel eher möglich. Das gelte z.B. für die Arbeitererfassung und andere Maßnahmen.

Die Sowjets hätten innerhalb eines Vierteljahres nach der Besetzung Galiziens die gesamte Bevölkerung mit Kennkarten ausgestattet. Der Einwand des Übergroßen

Papierverschleisses könne nicht gemacht werden, und auch das Lichtbildmaterial könne leicht beschafft werden.

Staatssekretär Krüger kann hinsichtlich der Ukrainerfrage eine grundsätzliche Übereinstimmung der Auffassungen feststellen. Von einer Propaganda für die Umsiedlung habe man bewußt Abstand genommen, weil eine solche Propaganda politisch sehr ungeschickt wäre. - In der Frage der Ausstellung von Kennkarten für dieBevölkerung bestehe auch Übereinstimmung. Allerdings müßte für diesen Zweck eine Personenstandsaufnahme im Generalgouvernement erfolgen, die annähernd ein Bild von der Gesamtzahl der fremdvölkischen Bevölkerung gebe. Die zur Zeit laufende summarische Zählung könne nur als erster Ansatz gewertet werden. Voraussetzung für eine wirkliche Volkszählung wäre die Einführung der Kennkarte. Die Ausgabe von Kennkarten müsse baldmöglichst in die Hand genommen werden, und Fragen des Papiermangels dürften dabei keine Rolle spielen.

Gouverneur Kundt führt aus, daß die Sicherheitslage im Distrikt Radom im Monat November gegenüber der früheren Zeit etwas bedrohlicher zu werden schien. Angesichts der anerkennenswerten Bemühungen des SS- und Polizeiführers und der Ordnungspolizei in der Bekämpfung auftretender Banden habe sich jedoch diese Entwicklung nicht fortgesetzt. Die Bandenstärke sei vielmehr von 2o Mann auf 3 bzw. 2 Mann zurückgegangen. Die Zahl der Überfaälle habe im November den Höchststand mit etwas über 4oo erreicht. Im Januar sei die Zahl bereits um 4o % gesunken. Die allgemein befürchtete Entwicklung sei also nicht eingetreten. Auch die Zahl der Sabotagefälle sei im Distrikt Radom zurückgegangen. Eine gewisse Gefahr liege allerdings darin, daß im Gefolge gewisser Aktionen die Arbeitermassen der Großstädte in Bewegung kämen und dann manche Arbeiter in andere Distrikte überwechselten,um die dortige Arbeiterschaft zu Sabotageakten zu verführen. Doch sei ein Einfluß dieser Elemente nicht festzustellen.

Wichtig für die Stimmung der Arbeiterschaft sei vor allem ihre zureichende Ernährung. Auch müsse die deutsche Betriebsführung den Arbeitern gegenüber so gestaltet sein,

daß sie menschlich behandelt würden.

Die Sicherheit der Reichsdeutschen sei im Distrikt Radom absolut gewährleistet gewesen. Wenn der eine oder andere einmal einer Gefahr ausgesetzt sei und auch ein Todesopfer falle, so seien das Begleiterscheinungen, die angesichts der Dienstpflicht der Reichsdeutschen nicht vermieden werden könnten. Auch der Zivilbedienstete habe in Erfüllung seiner Pflichten die der Soldat an der Front Gefahren auf sich zu nehmen. Selbstverständlich dürften die Reichsdeutschen auch nicht unvorsichtig sein. Er habe deshalb strenge Weisungen gegeben, daß unnötige Nachtfahrten zu unterbleiben hätten.

Wesentlich schwieriger sei die Frage der Sicherheit der volksdeutschen Siedlungen. Zum Teil seien es geschlossene Dörfer, zum Teil auch verstreute Einzelgehöfte. Die Schwierigkeit der Beschaffung von Gewehren für die Volksdeutschen, die imstande wären, einen Hilfspolizeidienst zu versehen, stehe vorläufig noch einem ausreichenden Schutz der Siedlungen im Wege. Die Einführung einer Dorfwacht habe die Wirkung gehabt, daß zwar die Überfälle nicht verhindert, aber doch die Banditen durch das laute Rufen der Posten zurückgeschreckt würden. Erfreulich sei die Feststellung, daß ein großer Teil der Bevölkerung bei Alarmierung oder Benachrichtigung der weiter weg stationierten Ordnungspolizei mitgewirkt habe. Für die Sicherheit der Volksdeutschen wäre es vielleicht geboten, die polnischen Polizeistationen zusammen zu ziehen und Wachen mit 15 Mann einzurichten, die von einem deutschen Polizeibeamten geführt würden.

Bei allen Maßnahmen, die zur Aufrechterhaltung der Sicherheit getroffen würden, dürfe gegen Leben und Eigentum der Polen erst vorgegangen werden, wenn man genau wisse, daß es sich im gegebenen Fall auch um die wirklich Schuldigen handle.

Eine besondere Rolle spiele in seinem Distrikt die Frage der Betreuung der Volksdeutschen durch den Reichskommissar zur Festigung deutschen Volkstums. Die Mithilfe

des Reichskommissars sei aus der Tätigkeit der Distriktsverwaltung nicht mehr wegzudenken. Auch nach Ansicht der Amtswalter der Partei wie der Hitlerjugend und der NSV habe sich die Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar durchaus bewährt. Daß im übrigen mehrere Betreuungsstellen für die Volksdeutschen aufträten, sei nicht zu vermeiden.

Existenzgrundlagen für die Volkdeutschen gewerblicher oder auch landwirtschaftlicher Art seien teilweise durch Umsiedlung geschaffen worden. Allgemein werde der Wunsch nach einer zweckmäßigen Umsiedlung Volksdeutscher laut. Bei dieser Umsiedlung bestehe hinsichtlich der Arbeitergestellung für das Reich oder der Ernteerfassung keine Befürchtung, weil darüber erst immer Vereinbarungen getroffen würden. Man habe auch im Distrikt Radom im vorigen Jahr den Versuch gemacht, Volksdeutsche besser anzusiedeln. Dieser kleine Versuch, die Polen in den schlechteren Teil des Landes zurückzuführen, wobei aber tüchtige Bauern auf ihren Höfen belassen worden seien, habe im Zusammenwirken aller Faktoren der Verwaltung, des Reichskommissars und der Polizei keinerlei unangenehme Nachwirkungen psychologischer Art gezeigt. Er habe nun kürzlich mit dem Leiter des Hauptlandamtes über die nächste Umsiedlungsplanung gesprochen. Man sei sich darüber einig geworden, daß ein weiterer Versuch gemacht werden solle. Diese Versuche sollten im Ostteil des Distrikts Radom systematisch fortgesetzt werden, während der Westteil vorläufig außer Betracht bleibe. Im übrigen dürften alle diese Maßnahmen nicht überstürzt werden, und vor allem müßten für die Siedlung die Volksdeutschen ausgewählt werden, die in der Lage seien, einen besseren Boden zu bewirtschaften.

Auch er sei der Auffassung, daß die Propaganda gegenüber der polnischen Bevölkerung mehr gepflegt werden müßte. Es dürfe z.B. nicht vorkommen, daß Zeitungsartikel mit Überschriften erschienen wie: "England raubt dem Irak das Getreide" - oder: "England hängt zwanzig Juden auf" - oder: "Engländer pressen die Ägypter zur Arbeit".

Präsident Ohlenbusch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß für die Herausgabe solcher Artikel der Pressechef der Regierung zuständig sei.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt ausdrücklich fest, daß die Gouverneure selbstverständlich die Verantwortung für solche Artikel nicht tragen könnten.

Gouverneur Kundt regt dann weiter an, bei allen Verordnungen und Maßnahmen immer zu überlegen, ob bei Verstössen gegen dieselben die Todesstrafe oder etwa eine Geldstrafe auszusprechen sei) (Man habe für gewisse Verfehlungen der Baudienstpflichtigen die Todesstrafe eingeführt. So notwendig diese Strafe im gegebenen Fall auch sein möge, so sei er doch mit dem zuständigen Staatsanwalt und den Baudienstführern übereingekommen, von dieser Todesstrafe nur in bestimmten Fällen Gebrauch zu machen, damit nicht Baudienstpflichtige, die zum Tode verurteilt worden seien und sich geflüchtet hätten, frei herumliefen oder sich einer Bande anschlössen.)

(Auf dem Gebiete des Agrarstrafrechts müsse mit der sofortigen Enteignung als einer Verwaltungsstrafe sehr vorsichtig umgegangen werden. Solche Mittel dürften nur ergriffen werden, wenn Bedenken in ernährungspolitischer Beziehung nicht bestänben.

Wenn Verwaltung und Polizei von den obersten bis zu den untersten Stellen kameradschaftlich zusammenarbeiteten und ihre Ansichten gegenseitig austauschten, so steigerten sie damit nur ihre eigene Autorität. Gewiß möge es Polizeibeamte geben, die keine geschulten Polizisten seien und die sich an die Weisungen des Kreishauptmanns nicht halten wollten, wie es ja auch in der Verwaltung zu einem geringen Teil solche Ansichten gebe. Im allgemeinen sei aber die Zusammenarbeit vortrefflich, und das Verhältnis von Gendarmerie zu Kreishauptmann sei z.B. so gestaltet, daß der Gendarm sich verpflichtet fühle, seinem Kreishauptmann dauernd Bericht zu erstatten.

(Staatssekretär Krüger) gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß er im Distrikt Lublin die Polizei habe umgruppieren müssen und nur noch einen Zug habe zurücklassen können. Aber die motorisierte Gendarmerie sei eigentlich seine einzige einsatzfähige Polizeitruppe. Angesichts der geringen Brennstoffmengen, die der Polizei zur Verfügung gestellt würden, sei es sehr schwer, die Polizei bei der Bandenbekämpfung rechtzeitig zum Einsatz zu bringen. Er sei eben gezwungen gewesen, dieses motorisierte Polizeibataillon zu verteilen, und habe es an die verschiedenen Distrikte gegeben. Gerade dieses motorisierte Polizeibataillon verfüge in seinen Offizieren und Männern über ein vortreffliches Material.

Zu dem Vorschlag der Distriktsverwaltung Lublin, noch eine neue Kreishauptmannschaft zu bilden, könne er sich grundsätzlich positiv einstellen. Sandomierz, der evtl. Sitz der neuen Kreishauptmannschaft, sei als Stadt sehr wichtig, es liege in dem Winkel, in welchem drei Distrikte zusammenkämen. Als Stützpunkt für die Bandenbekämpfung würde sich diese Stadt sehr gut eignen. Aus sicherheitspolizeilichen Erwägungen heraus könne er die Bildung der neuen Kreishauptmannschaft nur begrüßen. Bisher sei es sehr schwierig gewesen, festzustellen, wo eine Bande geblieben sei. Er müsse unter Umständen drei SS- und Polizeiführer anrufen. Gerade das Dreieck gegenüber den Truppenübungsplätzen sei sehr schwer zu sichern.

Die Sicherung der volksdeutschen Siedlungen durch reichsdeutsche Polizeikräfte sei sehr schwierig. Es werde Wert darauf gelegt, daß in die polnischen Siedlungen mehr deutsche Polizei nicht aber polnische Polizei gelegt werde. Man habe nicht soviel Polizeikräfte zur Verfügung, um jedes volksdeutsche Dorf polizeilich zu sichern. Deshalb habe er auf Vorschlag des SS- und Polizeiführers Globocnik, daß die Volksdeutschen von sich aus die Landwacht bildeten. Diese Volksdeutschen würden dann bewaffnet und von der Polizei in der Bekämpfung von Banden ausgebildet.

Die Frage einer Verstärkung der polnischen Polizeistationen unter deutscher Überwachung sei schon lange Gegenstand der Eröterungen. Er habe seinerzeit geplant, über jede volksfremde Polizeistation einen oder zwei Gendarmerieposten zu setzen. Die Durchführung dieses Gedankens würde aber bei den schwachen Gendarmeriekräften ihre Restlose Zersplitterung bedeuten. Natürlich habe es viel für sich, wenn man diese volksfremde Gendarmerie ständig unter deutscher Beobachtung habe.

Die Einrichtung von Rentendörfern sei im Zusammenhang mit der Umsiedlung im Distrikt Zamosc notwendig geworden, weil man aus den rein volksdeutschen Dörfern die Polen habe herausnehmen müssen. Man habe die Arbeitseinsatzfähigen aus diesen Dörfern gleich für das Reich zur Verfügung gestellt und die Frauen und Kinder mit den alten und nicht mehr einsatzfähigen Leuten herausgenommen.

Als Mitglied der Gnadenkommission habe er zu verschiedenen Malen Todesurteile gegen Baudienstpflichtige aussprechen müssen, und zwar in Fällen, in denen eigentlich nach Auffassung der Gnadenkommission noch nicht die Möglichkeit der Anwendung der Todesstrafe gegeben gewesen sei. Deswegen habe man Oberstarbeitsdienstführer Hinkel darauf hingewiesen, daß man nicht ohne weiteres einen Baudienstpflichtigen, wenn er aus seinem Baudienstlager entwichen, dann aber nach vier Wochen freiwillig zurückgekehrt sei, ~~nicht~~ mit dem Tode bestrafen dürfe, sondern hier müßte eine regelrechte Disziplinarlagerordnung aufgestellt werden.

Präsident Dr. Losacker führt aus, daß die Hauptabteilung Innere Verwaltung in den Volkstumsfragen mit der Dienststelle des Reichskommissars zur Festigung deutschen Volkstums stets zusammengearbeitet habe. Der ihm durch den Herrn Generalgouverneur erteilte Auftrag, eine Verwaltungsvereinfachung und Dezentralisation großen Stils endgültig herbeizuführen, biete gerade die Möglichkeit, mit dieser Dienststelle besonders eng zusammenzuarbeiten. Soweit das Arbeitsgebiet der volksdeutschen Mittelstellen in Betracht komme, habe man in Galizien ausgezeichnet zusammengearbeitet, und zwar auf dem Wege, daß ein Referent

der volksdeutschen Mittelstelle gleichzeitig auch noch in der Abteilung Bevölkerungswesen- und -fürsorge tätig gewesen sei und keine Doppelarbeit geleistet zu werden brauchte. Die Umsiedlung von 5ooo polnischen Familien sei denn auch völlig reibungslos vorsich gegangen, in keinem einzigen Fall sei jemand geflüchtet,. zu Mißhandlungen oder sonstigen Unzuträglichkeiten sei es auch nicht gekommen. Man habe die Leute mit Proviant und Geldmitteln versorgt und die Umsiedlung erst dannvorgenommen, wenn der Ort bestimmt war, an dem sie eingesiedelt werden konnten. Daß die Stimmung dieser Leute durchaus zuversichtlich gewesen sei, zeige der Umstand, daß sie gerade in dem Umsiedlungsgebiet ihr Getreidekontingent vollständig abgeliefert hätten.

Ganz allgemein zwängen ja die Verhätlnisse dazu, daß Verwaltung und Polizei sich nicht vereinzelten, sondern daß hier wirklich ein unzerstörbarer Block entstehe, der die ihm gestellten Aufgaben bewältige.

Er stehe auf dem Standpunkt, daß das höchste Interesse daran bestehe, in einer Zeit, in welcher der deutsche Machtbereich einer Bberannten Festung gleichkomme, die Lebensbedingungen aller, die sich in diesem Gebiet aufhielten, ungefähr gleichmäßig zu gestalten. Es bestehe keine Möglichkeit, einen allzu großen Unterschied zwischen dem zu machen, was man den Polen und Ukrainern und was man andererseits den Volksdeutschen und Reichsdeutschen gebe. Vor allem in Galizien habe man die Beobachtung gemacht, daß die Bevölkerung immer geneigt sei, einen Vergleich mit dem anzustellen, was die Bolschewiken ihr gebracht hätten. Dieses primitive Volk, dem es mehr oder weniger auf die physische Existenz und nicht auf die Verwirklichung irgendwelcher politischer Ideale ankomme, beurteile die Tätigkeit der deutschen Verwaltung nach dem, was sie ihm bringe. Für die Behandlung der Polen und Ukrainer insbesondere derjenigen, auf deren Arbeit Wert gelegt werde, müßte der Grundsatz gelten, daß sie nicht mehr als Polen und Ukrainer bezeichnet würden, was ja auch staatsrechtlich unzutreffend sei. Der polnische Staat sei zerschlagen. Wenn man die Menschen weiter als Polen bezeichne, dann höre die Erinnerung an den bisherigen polnischen Staat nie ganz auf./

Die Einführung einer Kennkarte könne er nur als zweckmäßig bezeichnen. Man habe in Galizien bereits Vorbereitungen getroffen, die ausgewertet werden könnten. Die Legitimation, die man der Bevölkerung geben wolle, müsse einen völligen Überblick über die Leistungen des Betreffenden ergeben. Man habe deshalb vorgesehen, daß nicht nur die Ausbildung des Karteninhabers im Beruf, sondern auch, wenn es sich um einen Bauern handele, die Hektargröße, die Kontingentserfüllung, der Viehbestand usw. einer Beurteilung unterlägen, so daß der Polizeibeamte sofort seine Feststellungen treffen könne.

Auf Grund der Erfahrung bei der vor allem in Warschau gestarteten Aktion könne man der Auffassung sein, daß ein mehr individuelles Vorgehen Platz greifen möge. Man könne auch im Reich nicht mit so allgemeinen Großaktionen einen Erfolg erringen, wenn auch die Verhältnisse dort vollkommen andere seien. Die Polizeikräfte seien eben vielfach nicht in der Lage, festzustellen, ob jemand wirklich im kriegswichtigen Interesse eingesetzt oder als Asozialer anzusehen sei.

Präsident Dr. Struve weist auf die Schwierigkeiten hin, die der Arbeitererfassung im Generalgouvernement durch Aktionen wie derjenigen, die in den letzten Tagen stattgefunden habe, bereitet würden. Wenn diese Maßnahmen auch polizeilicher Art seien, so würden sie doch immer dem Arbeitseinsatz zur Last gelegt. In der Bevölkerung entstehe der Eindruck, daß solche Maßnahmen immer dazu dienten, Menschen für den Arbeitseinsatz ~~dem~~ im Reich zu erfassen. Er habe sich deshalb bemüht, die früher angewendete Methode zu ändern und den Männern, die draußen die Initiative hätten, die Möglichkeit zu geben, auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen und ihrer Kentnis des Raumes Entscheidungen zu treffen. Mit zentralen Anweisungen allein komme ~~auf~~ man auf diesem Gebiet nicht weiter. Mit dieser Methode hätten auch die Kreishauptmänner große Erfolge erzielt. Wenn durch polizeiliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Umsiedlung diese Arbeit gestört werde, dann störe man damit auch die Arbeit im Interesse der Erfassung der Kräfte für

das Reich./

/(Staatssekretär Krüger bezeichnet es als wünschenswert, daß endlich hinsichtlich der zu erfassenden polnischen Arbeitskräfte eine endgültige Zahl gegeben werde. Wie notwendig das sei, zeige z.B. die Tatsache, daß die Menschen auf dem Lande schon fortliefen, wenn ein Polizeibeamter erscheine. Das habe ihm auch der Bevollmächtigte Pehle bestätigt. Als er in einem Dorf erschienen sei, hätten die Bauern ihre Fahrzeuge stehen lassen und seien mit Frau und Kind geflüchtet. Auf seine Frage sei ihm geantwortet worden, daß er als derjenige angesehen werde, der die Arbeitererfassung durchzuführen habe.)/

Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß angesichts des Zwanges, den das Reich bezüglich der Hergabe von Arbeitern dem Generalgouvernement auferlege, nun nicht die Arbeitsämter in ihrer Notlage auf Arbeitskräfte zurückgriffen, die praktisch schon in Arbeit vermittelt seien.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Struve, daß dem Reich vom September 1942 bis zum April 1943 3oo ooo Arbeiter zugesagt worden seien. Davon seien 1o9 ooo gestellt, der Rest sei noch aufzubringen. Das Kontingent habe sich zugunsten des Generalgouvernements um 5o ooo Arbeiter ermäßigt.

Generalgouverneur Dr. Frank hält die Herbeiführung einer absoluten Klarheit in der Frage der Arbeiterbeschaffung für das Reich für unbedingt geboten. Man müsse endlich einmal die Absichten des Reiches kennenlernen, man müsse wissen, ob es der Wille des Reiches ist, daß das Generalgouvernement für das Reich arbeiten oder die Arbeit für das Reich einstellen solle. Wenn man von seiten des Reiches dem Generalgouvernement die größten Verpflichtungen auf dem Gebiete der Ernährung, des Transportwesens usw. auferlege, dann dürfe man ihm nicht gleichzeitig seine Arbeitskräfte wegnehmen.

Generalgouvereur Dr. Frank schließt die Sitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! ich möchte Ihnen allen angesichts des Verlaufs der heutigen Sitzung meinen aufrichtigen Dank sagen. Ich halte diese Sitzung für eine der wichtigsten

in der Verwaltungsgeschichte des Generalgouvernements, weil sie nunmehr den Abschluß der bisherigen Erfahrungen in den eigenen Bereichen darstellt und einen Ausgleich bringt. Ich bin Herrn Staatssekretär Krüger und allen Herren der Polizei und Sicherheit ganz besonders dankbar dafür , daß sie uns heute offen ihre eigenen Sorgen zur Kenntnis gebracht haben. Ich kann Ihnen nur die Erklärung abgeben, daß ich nach wie vor den Belangen der Polizei und Sicherheit das größte Interesse entgegenbringe und sie auch weiterhin leidenschaftlich vertreten werde.

Die Situation des Reiches ist jetzt sehr ernst und entscheidend. Der Krieg fängt an, außerordentlich hart zu werden und sein ernstes Gesicht zu zeigen. Der Führer hat einen Erlaß vom 16.Januar verkündet, in welchem darauf hingewiesen wird, daß alles, was nicht unmittelbar und ausschließlich dem Sieg des Deutschen Reiches dient, einzustellen ist. Alles, was irgendwie noch zu mobilisieren ist, muß in den Dienst des Reiches gestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Führererlaß wird eine ganze Reihe von Verwaltungsmaßnahmen ergriffen werden müssen.

Welche Fragen auch heute hier angeschnitten worden sind, ob sie sich auf die Siedlung, auf die Durchführung der verschiedensten Sicherheitsmaßnahmen bezogen, und ob diese Maßnahmen jetzt in dieser Form notwendig sind, - das entscheidende Ergebnis der heutigen Tagung liegt auf dem Gebiete der Verwaltung und Führung: es ist die endgültige beiderseitige Feststellung, daß irgendwelche Konflikte und Schwierigkeiten oder aus persönlichen Ressentiments kommende gegenseitige Verstimmungen innerhalb des Generalgouvernements nicht mehr bestehen sollen. Und damit die Fahrt unseres Verwaltungsschiffs nun gleich in einen stolzen Hafen geleitet werde, mögen die Herren Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger am 3. Februar auf der Burg erscheinen, damit wir gemeinsam dort die einzelnen Maßnahmen erörtern können. Herr Präsident Dr. Losacker wird von uns den Auftrag bekommen, die ersten Maßnahmen für die Durchführung des Führer-

erlasses vor allem in Erledigung dessen vorzubereiten, was uns die Herren Gouverneure gestern an Anregungen, Wünschen, Sorgen und Nöten vorgetragen haben.

Meine Herren, seien Sie überzeugt, daß dieses einheitliche Gefüge des Generalgouvernements, an dem alle, die um diesen Tisch versammelt sind, so hervorragend gearbeitet haben, auch wirklich die Kraft haben wird, diese Zeit zu bestehen. Die große Aufgabe, die uns gestellt ist, wird immer schwieriger. Uns wird niemand helfen, sondern wir sind voll und ganz nur auf uns gestellt. Der Führer kann uns nur helfen als einer Art Verwaltungsinsel oder Verwaltungsigel. Wir müssen um uns schlagen. Bei aller Kritik an den Methoden, die wir gehört haben - Sie kennen meine grundsätzliche Auffassung, ich brauche sie in diesem Kreise nicht zu sagen, - möchte ich eins betonen: zimperlich dürfen wir nicht sein, wenn wir die Zahl von 17 ooo Erschossenen hören. Diese Erschossenen sind eben auch Kriegsopfer. Wenn wir diese Zahl in ein Verhältnis setzen, zu dem, was das deutsche Volk ununterbrochen jeden Tag und jede Stunde an unersetzlichsten Blutopfern bringt, so fällt sie überhaupt nicht ins Gewicht. Wir sind jetzt verpflichtet, zusammen zu halten. Jeder muß dem anderen Verständnis entgegenbringen, er muß überzeugt sein, daß er sein Bestes tut. Voraussetzung ist immer, daß wir keine persönliche Lockerung eintreten lassen. Wir wollen uns daran erinnern, daß wir alle miteinander, die wir hier versammelt sind, in der Kriegsverbrecherliste des Herrn Roosevelt figurieren. Ich habe die Ehre, Nummer 1 zu sein. Wir sind also sozusagen Komplicen im welthistorischen Sinne geworden. Gerade deshalb müssen wir uns zusammenfinden, wir müssen zusammen fühlen, und es wäre lächerlich, wenn wir irgendwelche Streitigkeiten über Methoden austragen wollten.

Ich schließe die Sitzung.

Schluß der Sitzung 15 Uhr.,

Wirtschaftsbesprechung

im Belvedere zu Warschau

am 26. Januar 1943.

RHK 3560-3 Bl. 439

Geheim.

Niederschrift über die Wirtschaftsbesprechung am 26.Januar 1943 im Belvedere zu Warschau.

Beginn der Sitzung: 10,15 Uhr.

Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 10,15 Uhr. Er erteilt das Wort Herrn Präsidenten Dr. E m m e r i c h zu einem allgemeinen Überblick über die Wirtschaftslage des Generalgouvernements.

Präsident Dr. Emmerich fordert vor allem eine Konzentration der gewerblichen Produktion. Das Ziel sei eine Erfassungstechnik ähnlich wie sie im landwirtschaftlichen Sektor bereits durchgeführt sei und sich bewährt habe.

Mit der Gründung der Rüstungskommission des Generalgouvernements sei bereits ein wichtiger Schritt zur einheitlichen Steuerung der Wirtschaft getan.

Die Regierung müsse die Übersicht über die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements haben. Ebenso müsse die Auftragslenkung zentral über die Regierung erfolgen; die Zentralstelle für öffentliche Aufträge sei daher auch hinsichtlich der Wehrmachtsaufträge einzuschalten. Die Tätigkeit der Zentralstelle für öffentliche Aufträge reiche jedoch für sich allein nicht aus; auch die Auftragsverlagerung aus dem Reich müsse kontrolliert sein. Dazu sei es dringend erforderlich, daß den Betrieben die Verpflichtung auferlegt werde, alle aus dem Reich stammenden Aufträge zu melden.

Präsident S t r u v e berichtet über die 10.Anordnung des Generalbevollmächtigten Sauckel, die sich mit der Verlagerung der

kriegswirtschaftlichen Produktion ins Deutsche Reich befasse.

Präsident Dr. Emmerich berichtet schließlich über die in Vorbereitung befindlichen Maßnahmen, bisher nicht bewirtschaftete Güter in Bewirtschaftung zu nehmen und unter Verwendung einer besonderen Punktkarte zur Verteilung zu bringen.

Gouverneur Dr. F i s c h e r behandelt die festgestellte illegale Einkaufsorganisation der Deutschen Reichsbahn, der Organisation Todt und des Rüstungswerkes Starachowice und fordert stärkeren Ausbau der Überwachung der Großproduktionsstätten. Dazu sei eine stärkere Einschaltung der Wirtschaftsabteilungen in den Distrikten vonnöten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, er würde es sehr begrüßen, wenn eine engere Zusammenarbeit zwischen der Hauptabteilung Wirtschaft und ihren Bewirtschaftungsstellen einerseits und den Wirtschaftsabteilungen der Distrikte andererseits hergestellt würde. Es erscheine zweckmäßig, wenn die Distriktsabteilungen über die in der Regierung erteilten Pauschalkontingente an Kohle, Eisen, Stahl usw. benachrichtigt und in die Lage gesetzt würden, diese Pauschalzuteilungen in der Distriktsinstanz zu überwachen.

Präsident Dr. S e n k o w s k y nimmt Stellung zu dem von Gouverneur Kundt vorgebrachten Vorschlag der Verteilung von Monopolerzeugnissen. Aus seinem Zahlenmaterial geht einwandfrei hervor, daß für die Verteilung an polnische Konzessionäre irgendwelche Menge von Monopolerzeugnissen überhaupt nicht zur Verfügung stehen. Es würden überhaupt nur für die von Gouverneur Kundt als bevorzugt anerkannten Zwecke Monopolerzeugnisse zur Verfügung gestellt. Präsident Dr. Senkowsky beleuchtet das an dem Beispiel der Verteilung der Branntweinkontingente.

Präsident G ö r t z i s berichtet über die Transportlage, insbesondere über die Kohlenversorgung.

Zu den Anregungen, den Personenverkehr zur Bekämpfung des Schleichhandels einzuschränken, stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung des

Schließlich handele es eine ausreichende Ernährung der Bevölkerung darstelle. Im übrigen sei gegen die Einführung zweckentsprechender Ausweise (nähere Ausgestaltung der Kennkarte) nichts einzuwenden; der Ostbahn könnten jedoch besondere Kontrollen und Verkehrsbeschränkungen nicht zugemutet werden.

Präsident H a n n e m a n n berichtet kurz über die Verhandlungen seiner Hauptabteilung mit dem Reichsernährungsministerium hinsichtlich des Ablieferungskontingents des Generalgouvernements.

Der Herr Generalgouverneur stellt hierzu fest, der Versuch, das Ablieferungssoll dadurch restlos aufzubringen, daß ein Großteil der nichtdeutschen Bevölkerung von der Ernährung rundweg abgeschaltet werde, sei von allen an der Warschauer Tagung an Ort gekommenen Dienststellen, insbesondere auch von dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen und der NSDAP, als undurchführbar bezeichnet worden. Bei dieser Sachlage könnten weitere Ablieferungen z.Z. nicht durchgeführt werden. Präsident Hannemann wird ersucht, diesen einheitlichen Standpunkt sämtlicher Zweige der Generalgouvernementsverwaltung bei seinen Verhandlungen mit dem Reichsernährungsministerium immer wieder zur Geltung zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur schließt die Sitzung um 11,35 Uhr mit den Bemerken, daß zur Beratung von einzelnen Fragen noch am 3.Februar 1943 Gelegenheit sein werde.

Anwesenheitsliste

Anlage zur Niederschrift über die Wirtschaftssitzung am 26.1.1943 im Belvedere zu Warschau.

Frank
Dr.Koppie
Gertzis
V.Struve
Dr.Schulte-Wissermann
Ohlenbusch
Dr.Henber
Dr.Paersch
Emmerich
Bühler
Senkowsky
Neumann
Plodeck
Fiskeldt
Dr.Weh
Lossacker
Kundt
Dr.Fischer

Wirtschaftssitzung Schloß Belvedere
am 26.Januar 1943.

Teilnehmerliste:

W i r t s c h a f t s s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu Warschau

Dienstag, den 26. Januar 1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Präsident Dr. G e r t e i s
Präsident Dr. E m m e r i c h
Präsident Dr. S e n k o w s k y
Präsident Dr. S t r u v e
Präsident Dr. E i ß f e l d t
Präsident Dr. L o s a c k e r
Präsident N a u m a n n
Präsident O h l e n b u s c h
Gouverneur Dr. F i s c h e r
Gouverneur K u n d t
Ministerialrat Dr. S c h u l t e - Wissermann
Ministerialrat P l o d e c k
Bevollmächtigter Dr. H e u b e r
Bankdirigent Dr. P a e r s c h
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Regierungsrat G n a u c k
als Protokollführer

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:
1. z.d.A. der Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Staatssekretär Dr.Bühler
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. Weh

Beginn der Sitzung 1o Uhr 1o Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Generalgouverneur Dr. Frank führt Staatssekretär Dr. Bühler einleitend aus, daß in den Sitzungen der letzten Tage immer wieder Wirtschaftsprobleme aufgetaucht seien, die im Rahmen der allgemeinen Wirtschaftspolitischen Arbeit dringend einer Bereinigung bedürften.

Gouverneur Dr. Wächter habe es als besonders mißlich empfunden, daß im Distrikt Galizien auf dem Gebiet der Gewerblichen Wirtschaft eine ordnende Konzentration, Rationalisierung und Verteilung der Produktion trotz dreijährigen Bestehens der Verwaltung nicht vorliege und daß die gewerbliche Position der landwirtschaftlichen nicht gleichkomme. Vom Standpunkte der landwirtschaftlichen Erzeugung aus werde es als hinderlich empfunden, daß die gewerbliche Produktion nicht in eine politisch gelenkte Verteilung einmünde, daß sich auch die Produktion selbst in großen Teilen dem Schwarzhandel ausgeliefert sehe. Dadurch sei vor allem auch auf dem Gebiet der Währung ein großer Schaden entstanden.

Präsident Dr. Emmerich geht davon aus, daß man die Wirtschaftskraft des Generalgouvernements mit einem Konto vergleichen könne, auf das die verschiedensten Stellen Wechsel zögen und Schecks entnähmen. Voraussetzung für eine Festigung der Gewerblichen Wirtschaft sei eine Koordinierung der verschiedenen Stellen, die heute unabhängig voneinander arbeiteten. Für die Landwirtschaft bestehe im Generalgouvernement eine klare Erzeugungsbasis. Die Hauptabteilung E.u.L. verfüge über genaue statistische Unterlagen für die Produktion.

Die Gewerbliche Wirtschaft sei viel differenzierter. In das Generalgouvernement würden auch Aufträge vor allem auf dem Rüstungssektor hereingegeben. Die Schwierigkeit

liege vor allem darin, daß zwei Größen gegeneinander operierten, die Wehrmacht, soweit sie im Generalgouvernement Dienste für die Front versehe, und die Rüstung, beide also Exponenten eines desselben Machtfaktors, die aber unabhängig voneinander arbeiteten. Man habe gesehen, wie die Wehrmacht mit Lastzügen in das Warschauer Ghetto hineingefahren sei, um dort irgendetwas zu beschaffen. Es sei also um jeden Preis organisiert worden. Dieser Geist des sich nicht Einfügenwollens in die bestehende Ordnung sei die Wurzel dessen, was in den vergangenen anderthalb Jahren im wesentlichen die Gewerbliche Wirtschaft gestört habe.

Mit der Gründung der Rüstungsindustrie im Generalgouvernement sei ein wichtiger Schritt getan worden, um die Steuerung der hiesigen Wirtschaft in die Hand zu bekommen. In der ersten Sitzung der Rüstungskommission habe ihr Vorsitzender Generalleutnant Schindler die Ansicht vertreten, die Front sei jetzt 1 5oo Kilometer weit vom Generalgouvernement entfernt, und es sei jetzt überhaupt nicht mehr an der Zeit, mit der Wehrmacht bzw. den Wehrmachtsformationen als einem Störungsfaktor zu rechnen. Er, Präsident Dr. Emmerich, habe damals dem Generalleutnant Schindler entgegengehalten, daß die Entfernung der Front vom Generalgouvernement für dieses als rückwärtiges Gebiet gar keine Rolle spiele. Weiter habe er auf die Tatsache hingewiesen, daß sich zwischen dem Generalgouvernement als einer Ordnungszelle und der Front ein Gebiet befinde, in welchem diese Voraussetzungen nicht gegeben seien, so daß im Generalgouvernement unverhältnismäßig viele rückwärtige Dienste hängengeblieben seien, die gar nicht in der Lage wären weiter vorzurücken. Wenn die Wehrmacht, also die Formationen, vertreten etwa durch den Wehrkreisbefehlshaber, für sich in Anspruch nähmen, Aufträge an industrielle Betriebe zu vergeben, ohne sich irgendeiner Kontrolle zu unterwerfen, dann habe er als Mitglied der Regierung, das für die Gewerbliche Wirtschaft verantwortlich sei, nicht

die Möglichkeit, Steuerungsmaßnahmen durchzuführen, weil allen, was er unternehme, von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt sei. Es müsse wohl auch von den Dienststellen des Reiches zugegeben werden, daß hinsichtlich gewisser Störungserscheinungen in der Gewerblichen Wirtschaft die Regierung des Generalgouvernements kein Verschulden treffe, sondern die Verhältnisse eben stärker gewesen seien.

Voraussetzung für eine Ordnung der Verhältnisse sei, daß die Regierung eine Übersicht über die gesamte Gewerbliche Wirtschaft des Landes erhalte. Er habe es in der ersten Sitzung der Rüstungskommission abgelehnt, irgendeine Verantwortung für eine wirklich totale Rationalisierung und Lenkung der Gewerblichen Wirtschaft zu übernehmen, wenn sich nicht alle Faktoren in ein Kontrollsystem einfügten. Vor allem müsse die Auftragslenkung zentral und für die Regierung übersichtlich geführt werden. Er habe Generalleutnant Schindler anheim gegeben, zunächst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß alle Wehrmachtsteile im Generalgouvernement über den Wehrkreisbefehlshaber ihre Aufträge an die Zentralstelle für öffentliche Aufträge vergäben, die nach dem Vorbild von Holland und Belgien in Anlehnung an die gewerbliche Gruppe der Hauptabteilung Wirtschaft geschaffen worden sei. Jede Steuerung der Wirtschaft setze voraus, daß ein Gleichgewichtsverhältnis zwischen dem Produktionsapparat und dem,was man an Aufträgen in dieses Gefäß hinein tun wolle, hergestellt werde.

Das zweite Problem sei, wie innerhalb dieser Aufträge in einer Dringlichkeitsskala eine Stufenbereinigung nach wichtigen und weniger wichtigen Dingen hergestellt werden könne.

Über die Frage, ob sich das Reich auch der Zentralstelle für öffentliche Aufträge unterordnen wolle, habe er mit Präsident Kehrl besprochen. Im Reichswirtschaftsministerium bestünden Hemmungen dagegen, weil es für das Reich deprimierend sei, daß eine Stelle des Generalgouvernements darüber zu entscheiden habe, ob eine öffentliche Stelle des Reiches Aufträge vergeben dürfe oder nicht. Er habe versucht, Präsident Kehrl davon zu überzeugen, daß, wenn das

Reich Wünsche äußere, man sie nach Möglichkeit respektieren werde.

Er habe dann angeordnet, daß zunächst den Betrieben auferlegt werde, alle Aufträge, die das Reich in das Generalgouvernement vergebe, zu melden. Es gebe dafür praktisch zwei Möglichkeiten: einmal die Einführung einer Meldepflicht für die Betriebe, zum anderen die Einführung einer Meldepflicht für die auftragvergebende Stelle. Er habe Präsident Kehrl gebeten, dazu beizutragen, daß das Meldeverfahren als Voraussetzung einer vernünftigen gewerblichen Wirtschaft auch von seiten des Reichswirtschaftsministeriums als beteiligter Stelle des Reiches gutgeheißen werde. Wenn dieser Apparat stehe, habe man erstmals die Möglichkeit, im gewerblichen Sektor so etwas wie eine Produktionsplanung aufzustellen.

Die zweite Voraussetzung wäre, daß man innerhalb des bestehenden Auftragsvolumens eine Dringlichkeitsskala einführte, für die es selbstverständlich absolute Maßstäbe nicht gebe. Der Ruf nach einer Dringlichkeitsskala entspreche zunächst einem theoretischen Bedürfnis. Ihn selber habe seit anderthalb Jahren der Rüstungsinspekteur immer gedrängt, eine Dringlichkeitsskala einzuführen, vor allem hinsichtlich der Kohle als des wesentlichen Elements der Industriewirtschaft. Er habe sich gegen die Einführung einer solchen Skala immer gestreubt, weil sie ein Moment der Erstarrung in die Lenkung der Wirtschaft bringe. Natürlich bedürfe es bestimmter Erfahrungen, zu erkennen, was dringlich und nicht dringlich sei. Wenn man heute für die Kohlenversorgung der gewerblichen Wirtschaft eine Dringlichkeitsskala aufstelle, in der beispielsweise die Versorgungs- und Rüstungsbetriebe auf der obersten Stufe ständen, dann in entsprechender Abstufung nach unten schließlich Textilbetriebe und lederverarbeitende Betriebe kämen, dann müsse man versuchen, die Kohlenversorgung nach dieser Skala zu lenken. Aber die geringste Verkehrsstockung auf der Ostbahn werfe ein solches Programm über den Haufen.

Logischerweise müßte man auf Grund dieser Lage eigentlich zu dem Schluß kommen: ein Betrieb der Dringlichkeitsskala drei dürfe erst beliefert werden, wenn Betriebe der Dringlichkeitsskala 1 über einen Vorrat für 3 Wochen verfügen. Eine solche Entscheidung würde aber die einzelnen Stellen nervös machen, da sie ja dann jeweils sofort disponieren müßten. Er habe sich deshalb gegen dieses Moment der Erstarrung gewendet und halte nach wie vor das bisherige System für besser, daß ein Fachmann, der die Dinge genau kenne, beauftragt damit werde, die äußerst elastische Steuerung herbeizuführen.

Im übrigen biete die totale Lenkung der gewerblichen Wirtschaft auch die Möglichkeit einer totalen Rationalisierung. Wenn man der Regierung des Generalgouvernements entgegenhalte, daß sie nicht alles, was im Reich auf diesem Gebiete schon geschehen sei, für das Generalgouvernement übernommen habe, so sei das eine voreilige Kritik. Man habe es eben bisher nicht durchführen können. Andererseits sei auf dem Sektor schon viel geschehen. Auch durch Betriebszusammenlegungen könne die Möglichkeit einer rationelleren Produktion geschaffen werden. Wenn zum Beispiel in irgendeiner Branche 5 oder 6 Betriebe halb ausgelastet auf derselben Produktion gesessen hätten, dann könne man die Produktion auf 3 voll ausgelastete Betriebe beschränken und wirtschaftlicher arbeiten, wobei aber auch wieder mehr der Wunsch der Vater des Gedankens sei. Zu einem Betrieb, der rationell arbeite, wolle man z.B. gern loo % der Kohlenmenge schaffen, man bringe sie aber nicht durch, während man zu einem anderen Betrib der technisch viel schlechter gestaltet sei, die Kohlen hinzubringen vermöge. In einem solchen Fall müsse man sich entschließen, dem weniger rationell arbeitenden Betrieb die Kohle zu geben. Die Voraussetzungen seien eben nicht immer gegeben, daß man die Verhältnisse im Reich denen im Generalgouvernement gleichstellen könnte, also ein industrieller Standort genau so zugänglich sei wie ein anderer.

Generalgouverneur Dr. Frank weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es offenbar die Meinung des Arbeitsbeschaffungskommissars Sauckel wäre, man müsse die Rüstungsindustrie des Reiches 1oo %ig in der Kapazität halten, solle dagegen die Rüstungsindustrie in den besetzten Gebieten zum Vorteil der Rüstungsindustrie des Reiches möglichst abbauen.

Präsident Dr. Struve bemerkt, daß die Grundlage für diese Anordnung des Gauleiters Sauckel die Tatsache gewesen sei, daß die Pro-Mann-Leistung in den Betrieben der besetzten Räume ungefähr bei 4o, vielleicht auch bei 5o % liege, während sie in den deutschen Betrieben 1oo %ig sei und die Leistung der im Reich eingesetzten ausländischen Arbeiter wenigstens 9o % betrage. Daraus habe man gefolgert, daß, solange eine Aufnahmefähigkeit in der deutschen Kriegswirtschaft bestehe, diese deutsche Kriegswirtschaft bevorzugt mit Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten zu versorgen sei. Gleichzeitig solle aber auch angestrebt werden, daß durch eine scharfe Rationalisierung und Konzentration die Betriebe in den besetzten Räumen, die auch auf die höhere Pro-Mann-Leistung gebracht werden könnten, gegebenenfalls durch Zusammenlegung in eine bessere Leistungskapazität gebracht würden, die ungefähr der Leistung des Reiches entspreche. Für die Frage, was bei der Arbeitergestellung den Vorrang beanspruchen könne, sei immer maßgebend, ob die Rüstungsindustrie derjenigen des Reiches gleich zu werten sei. Solange noch Kräftereserven vorhanden seien, müßten sie hier im Raume Verwendung finden. Angenommen aber, daß diese Reserven erschöpft wären und die Leistungskapazität sich nicht besseren würde, müßte man die in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiter aus ihren Betrieben herausnehmen und ins Reich schicken.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß die Verlagerungen aus Luftschutzgründen überhaupt nicht Beachtung fänden. Man bringe eine ganze Reihe von luftschutz-

gefährdeten Betrieben nach dem Generalgouvernement. Aber die dafür zuständige Stelle sei mit derjenigen des Gauleiters Sauckel nicht koordiniert.

Generalgouverneur Dr. Frank führt solche Zustände darauf zurück, daß im Reich keine geordnete Planung bestehe. Unter diesen Schwierigkeiten müsse selbstverständlich auch die Wirtschaft des Generalgouvernements leiden. Was die Erfassung der Produktion der allgemeinen Wirtschaft angehe, so müsse man offenbar im Laufe der Zeit einen Apparat schaffen, der demjenigen der Landwirtschaft entspreche. Das Endziel müsse jedenfalls sein, daß eine Ablieferungspflicht der produzierten Gegenstände unter öffentlicher Kontrolle stattfinde, und die Waren nicht in den Schleichhandel gingen.

Präsident Dr. Emmerich hält es für schwierig, hier mit allgemeinen Formulierungen zu arbeiten, weil die gewerbliche Wirtschaft zu differenziert sei. Was vielleicht da und dort als Mangel empfunden werde, bedeute für die ganze gewerbliche Wirtschaft nur einen ganz kleinen Ausschnitt. Man habe die Textilwirtschaft im Generalgouvernement bereits rationalisiert, ohne daß es eines Anstoßes von seiten der Rüstungsinspektion bedurft hätte. Die Rationalisierung dürfe nicht überspitzt werden. Wenn ein Betrieb, der voll mit Rohstoffen versorgt ist, infolge des Kohlenmangels nicht in dem wünschenswerten Maße ausgelastet sei, dann könne man einen solchen Betrieb auf Grund einer mathematischen Überlegung nicht einfach stilllegen und die Produktion in einen anderen Betrieb geben, sondern man sei leider gezwungen, zu warten, bis die Kohlenlieferungsverhältnisse für diesen Betrieb sich gebessert hätten. Wenn man einen Überschlag über die Rohstofflage mache, dann dürfe man Kapazitäten des Generalgouvernements, die noch oder vorübergehend noch unausgelastet seien, als dauernd unausgelastet betrachten.

Man dürfe eigentlich davon sprechen, daß die Verhältnisse auf dem Gebiet der Spinnstoffwirtschaft des Generalgouvernements noch verhältnismäßig gut seien, wenn man nicht

in Betracht ziehe, wie stark die Einschränkungen im Reich seien. Auf dem Ledersektor liefen die Dinge normal. Auf dem Eisensektor sei das Generalgouvernement praktisch Kostgänger des Reiches, und hier sei die Lage außerordentlich angespannt. Die Tendenz gehe dahin, daß man hinsichtlich der Eisenzuteilung nicht mehr Herr im eigenen Hause sei. Die Kontingente würden in Berlin für einzelne Hauptkontingentträger und Verkehrsträger zentral festgesetzt. Man müsse sich dem unterordnen, was in Berlin für richtig gehalten werde. Daraus ergäben sich fühlbare Mängel auch für die Versorgung der Deutschen. Wenn z.B. keine Kochtöpfe zu erhalten seien, dann werde das als ein Fehler in der Lenkung der gewerblichen Wirtschaft betrachtet. Aber diese Erscheinungen gebe es auch im Reiche. Man habe mittlerweise im Reich eingesehen, daß das Abschneiden sogenannter unwichtiger Festigungen seine Grenzen habe. Von gewissen Gebrauchsgegenständen würden jetzt wieder soviele hergestellt, daß der dringendste Bedarf befriedigt werden könne. Auch hier komme es wieder auf eine vernünftige Zusammenarbeit mit dem Reiche an. Man habe mit der Rüstungsindustrie ein Übereinkommen getroffen, nach welchem hinsichtlich der Versorgung der Deutschen und gegebenfalls für eine Ausweitung der Ernteerfassungsaktion, schließlich auch im Interesse einer Versorgung der Rüstungsarbeiter Gegenstände, die bisher nicht bewirtschaftet waren, in Bewirtschaftung genommen würden. Es würden dann eine Produktionssteuerung und eine Verteilungslenkung nebeneinander hergehen. Man müsse damit rechnen, daß die Ware heute nicht mehr so reichlich zur Verfügung stehe wie etwa im vergangenen Jahre. Umso weiter müsse man den Kreis dieser gewerblichen Waren ziehen. Man müsse Dinge in die Ernteerfassungsaktion tragen, die bisher dafür noch nicht vorgesehen waren. Vielleicht könne man dazu kommen, eine allgemeine Bezugsberechtigung nach einem Punktsystem einzuführen. Ähnlich wolle man auch bei den Deutschen vorgehen. Man beabsichtige, für solche Bedarfsartikel eine Punktkarte besonderer Art zu schaffen, auf Grund deren es dem Einzelnen

überlassen sei, sich die von ihm benötigten Dinge zu einem bestimmten Betrage zu kaufen. Dabei sollten auch die volksdeutschen Gebiete berücksichtigt werden. Dieses Verfahren habe sich auch im Reich sehr gut eingespielt. Für das Punktsystem sei ein Reformvorschlag gemacht worden, der im Reich als vorbildlich angesehen werde und dessen Grundidee auch übernommen werden solle.

Gouverneur Dr. Fischer bezieht sich auf seine vor gestern in der Gouverneursitzung gemachten Ausführungen. Er habe darauf hingewiesen, daß die Wehrmacht, die Reichsbahn und die Organisation Todt illegaler Weise eine Einkaufsorganisation aufgezogen hätten. Sie erhielten Waren auf allen Gebieten und in beliebiger Menge. Neuerdings habe wieder die Generalbetriebsleitung ein umfangreiches Holzgeschäft mit einer deutschen Firma abgeschlossen. Immer wieder werde bei solchen Geschäften mit der Entschuldigung gearbeitet, diese Stellen müßten für die Front direkt arbeiten und bekämen die Waren nicht auf dem ordentlichen Wege. Um solchen Mißständen zu begegnen, bedürfe es der Überwachung der größeren Produktionsstätten. Vor allem müsse mehr als bisher die Abteilung Wirtschaft bei den Distrikten eingeschaltet werden.

Präsident Dr. Emmerich führt diese Mißstände darauf zurück, daß es zum Teil an den Kontrollorganen fehle. Die Bewirtschaftungsstellen wie auch die Wirtschaftsabteilungen seien personell zum Teil nicht so stark ausgestattet, um eine solche Aufgabe erfüllen zu können. Die Bewirtschaftungsstelle für Eisen könne z.B. nicht übersehen, ob auf dem landwirtschaftlichen Sektor 10 to Eisen für die Fabrikation von Pflügen oder den Reparaturbedarf einer Zuckerfabrik ausgegeben worden sei. Man habe infolgedessen das System gewählt, den Hauptbedarfsträgern Unterkontingente zu geben. Wenn das Reich im Monat 10 000 to Eisen zur Verfügung stelle, lege ihm der Leiter der Bewirtschaftungsstelle einen Verteilungsplan vor, aus dem sich ergebe, daß auf Grund der

Vergleichszahlen des vergangenen Monats die Landwirtschaft, das Bauwesen usw. eine bestimmte Menge erhalte, und zwar im Pauschale, weil man die Steuerung dieses Eisenbedarfs auf dem einzelnen Sektor unmöglich übersehen könne. Wenn jetzt Fehlerquellen auftauchten und irgendwelche Schiebungen vorkämen, dann könnten die Bewirtschaftungsstelle und die HauptabteilungWirtschaft nicht verantwortlich gemacht werden.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt teilt mit, daß die großen Hauptbedarfsträger Wehrmacht, Eisenbahn, Landwirtschaft Sammelkontingente im Pauschale zugewiesen erhielten. Diese könnten natürlich nur von der Hauptabteilung gegeben werden. Die Kontingente würden dann unterverteilt, und es sei nun Sache der Hauptbedarfsträger, die ordnungsmäßige Verwendung dieser Kontingente zu überwachen. Im übrigen werde im Generalgouvernement das Holz nicht an polnische Firmen gegeben, sondern man beliefere die ganze Kriegswirtschaft, Wehrmacht, Eisenbahn, Landwirtschaft, Oberschlesien nur über deutsche Stellen.

Generalgouverneur Dr. Frank will die gegen Angehörige der Reichsbahnzentrale eingeleitete Untersuchung abwarten, bei der festgestellt werden könne, welche Firmen bei Schiebungen beteiligt seien. Jetzt müsse die Frage geprüft werden, ob man nicht der Anregung des Gouverneurs Fischer zu folgen habe. Der Abteilung Wirtschaft beim Distrikt müsse die Möglichkeit gegeben werden, sich in die Prüfung und Kontrolle dieser Dinge einzuschalten. Der Hauptabteilung Wirtschaft bei der Regierung würde durch diese Einschaltung der unteren Dienststellen eine große Arbeit erspart werden. Für eine entsprechende Regelung müßten Vorschläge ausgearbeitet werden.

Staatssekretär Dr. Bühler weist darauf hin, daß in der Gouverneurssitzung die Verteilung der Monopolprodukte durch die Generaldirektion der Monopole einer Kritik unterstellt worden sei. Man habe behauptet, daß die Verteilung nach dem Gesichtspunkt des größten Ertrages erfolge.

Generalgouverneur Dr. Frank geht davon aus, daß die Verteilung der Monopolartikel sozusagen eine zusätzliche Anerkennung für die im deutschen Interesse tätigen Polen sein solle. Man solle nicht so vorgehen, daß derjenige, der eine Schein habe, sich etwas dafür kaufen dürfe, sondern daß er darüber hinaus noch eine besondere Bescheinigung über seine Qualifikation brauchte. DieEntscheidung über die Qualifikation des Anwärters auf die Monopolartikel solle bei den Gouverneuren liegen.

Präsident Dr. Senkowsky bemerkt, daß eine Einflußnahme der Gouverneure in dieser Beziehung auch jetzt schon jederzeit möglich sei. - Nach der Planung für das laufende Jahr, vorausgesetzt, daß man auf Grund der Kohlenlieferungen den notwendigen Sprit herstellen könne, entfielen für gewerbliche Zwecke 9 56o ooo Liter Weingeist. Das bedeute eine ganz erhebliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr. 5 ooo ooo Liter sollte allein die Pulverfabrik im Distrikt Radom erhalten. Für Konsumsprit sei eine Menge von 12,9 Millionen Liter vorgesehen, auf Trinkbranntwein entfielen 4,8 Mill.Liter, auf die Ernterfassung 3,189 Mill. Liter, für die Wehrmacht seien vorgesehen 494 ooo Liter, für die Rüstungs- und A-Betriebe über die Hauptabteilung Arbeit;3o8 ooo Liter gingen über die Hauptabteilung Eisenbahn an die polnischen Eisenbahner und die Bauarbeiter, 513 ooo Liter seien für die übrigen im deutschen Interesse in öffentlichen und privaten Betrieben arbeitenden Nichtdeutschen, zu denen auch die polnische Polizei gehöre, bestimmt. 768 ooo Liter entfielen auf die Bezugskarten, 874 ooo Liter auf die deutschen Gaststätten.

Dem Vernehmen nach habe der Führer die Durchführung eines gesteigerten Produktionsprogrammes für Sprengstoffe angeordnet. Dafür sei auch eine erhebliche Menge von Sprit erforderlich, die vom Reich, vom Protektorat und vom Generalgouvernement aufzubringen sei. Der Anteil des Protektorats-Generalgouvernements betrage etwa 9o- bis loo ooo Liter, also 9 bis lo Millionen Liter. Dafür müßte die Hauptabteilung E. u. L. loo ooo to Kartoffeln hergeben. Er sehe überhaupt keine Möglichkeit, angesichts der derzeitigen Ver-

hältnisse den Distrikten eine Verteilungsmenge zu geben, wohl aber bestehe ohne weiteres die Möglichkeit, daß die Gouverneure, der Eisenbahn, der Hauptabteilung Arbeit und den Außendienststellen die Verteilung zu überlassen.

Staatssekretär Dr. Bühler hält eine Übersicht über die noch bestehenden Bewirtschaftungslücken für notwendig. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor werde nach Möglichkeit alles erfaßt. Gleichwohl sei er der Überzeugung, daß ein Teil dieser Waren auf dem Wege der Verteilung wieder in den Schwarzhandel gleite.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann betont, daß die Bewirtschaftung nahezu bei jedem Rohstoff anders gestaltet sei. Nichtsdesto weniger sei richtig, daß die verschiedenen Systeme fast sämtlich eine gewisse Nebenlauft hätten. Man habe eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, die aber nur von denjenigen beurteilt werden könnten, die sich ausschließlich mit diesen Fragen zu befassen hätten. Es handele sich ja nicht allein um die Lücken, deren Bestehen dazu führe, daß Material falsch verwendet werde, sondern es sei vor allem der Sog, der das Material aus diesen Lücken herausnehme. Dieser Sog gehe von den öffentlichen Auftraggebern wie der Reichsbahn aus, die sich mit gewaltigen Aufträgen an die Wirtschaft wendeten. Zahlreiche Millionenaufträge würden beispielsweise auf einen Schlag in Warschau angeboten. Für die Beschaffung irgendwelchen Materials wird die gesamte Warschauer Unterwelt mobil gemacht, die solche Vorräte herbeischaffen und sie den infrage kommenden Stellen zuführen solle. Es sei völlig irrig, ~~daß~~ anzunehmen, daß diese Mengen von irgendwoher kämen, wo sie nicht gebraucht würden, sondern sie würden selbstverständlich den Rüstungsbetrieben, den eigenen Betrieben des Generalgouvernements und allen möglichen Stellen, die das Material genau so notwendig brauchten, weggenommen. Man merkt es dort vielleicht nicht so sehr, weil es sich immer nur um verhältnismäßig kleine

hältnisse den Distrikten eine Verteilungsmenge zu geben, wohl aber bestehe ohne weiteres die Möglichkeit, daß die Gouverneure, der Eisenbahn, der Hauptabteilung Arbeit und den Außendienststellen die Verteilung zu überlassen.

Staatssekretär Dr. Bühler hält eine Übersicht über die noch bestehenden Bewirtschaftungslücken für notwendig. Auf dem landwirtschaftlichen Sektor werde nach Möglichkeit alles erfaßt. Gleichwohl sei er der Überzeugung, daß ein Teil dieser Waren auf dem Wege der Verteilung wieder in den Schwarzhandel gleite.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann betont, daß die Bewirtschaftung nahezu bei jedem Rohstoff anders gestaltet sei. Nichtsdesto weniger sei richtig, daß die verschiedenen Systeme fast sämtlich eine gewisse Nebenlauft hätten. Man habe eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen gemacht, die aber nur von denjenigen beurteilt werden könnten, die sich ausschließlich mit diesen Fragen zu befassen hätten. Es handele sich ja nicht allein um die Lücken, deren Bestehen dazu führe, daß Material falsch verwendet werde, sondern es sei vor allem der Sog, der das Material aus diesen Lücken herausnehme. Dieser Sog gehe von den öffentlichen Auftraggebern wie der Reichsbahn aus, die sich mit gewaltigen Aufträgen an die Wirtschaft wendeten. Zahlreiche Millionenaufträge würden beispielsweise auf einen Schlag in Warschau angeboten. Für die Beschaffung irgendwelchen Materials wird die gesamte Warschauer Unterwelt mobil gemacht, die solche Vorräte herbeischaffen und sie den infrage kommenden Stellen zuführen solle. Es sei völlig irrig, daß anzunehmen, daß diese Mengen von irgendwoher kämen, wo sie nicht gebraucht würden, sondern sie würden selbstverständlich den Rüstungsbetrieben, den eigenen Betrieben des Generalgouvernements und allen möglichen Stellen, die das Material genau so notwendig brauchten, weggenommen. Man merkt es dort vielleicht nicht so sehr, weil es sich immer nur um verhältnismäßig kleine

Prozentsätze handele, die verschoben oder gestohlen würden, und weil es vielleicht 3 oder 4 Wochen dauere, bis man feststellen könne, daß gestohlen worden sei.

Staatssekretär Dr. Bühler bemerkt, man habe es als ein Grundübel bezeichnet, daß viele große Firmen ihren Lebensmittelbedarf im Schleichhandel deckten.

Präsident Gerteis gibt darauf einen Überblick über die gegenwärtige Lage der Ostbahn. Er führt aus, daß die Situation seit Anfang Dezember 1942 völlig schwankend gewesen sei. Damals habe man vor einer großen Krise gestanden, man habe aber beim Reichsverkehrsministerium die Forderung nach Schaffung von Vorflutern zum Osten und Westen durchgedrückt, weiter habe man die Abschirmung unnötiger Transporte durch das Generalgouvernement erreicht, die im Osten nicht abgenommen werden konnten. Nachdem diese generelle Regelung vom Reichsverkehrsministerium getroffen worden sei, sei um die Weihnachtszeit herum eine vollkommene Flüssigkeit des Verkehrs eingetreten, angesichts deren man imstande gewesen sei, alle Wagen für die notwendigen Zufuhren einschließlich derjenigen nach dem Osten zu stellen. Dieser Zustand habe bis zum Eintreten des scharfen Frostes angehalten, der den Ausfall vieler Lokomotiven im Osten zur Folge gehabt hat. Wenn im weiteren Osten die Lokomotiven technisch auf der Höhe gehalten werden sollten und an ihnen kein Mangel eintreten dürfe, so müsse das Reich Lokomotiven nach dem Osten bringen lassen. Die Ostbahn habe seit Ende November 236 Lokomotiven abgegeben und habe dafür etwa 80 gute Lokomotiven erhalten. Erst in allerletzter Zeit sei die Zufuhr nach dem Osten etwas abgedrosselt worden. Die Abnahme habe infolge der Ereignisse an der Front Not gelitten, weil die Ausladegebiete nicht mehr zur Verfügung standen. Dieser Rückschlag habe ein Ansteigen der Zahl der abgestellten Züge zur Folge

gehabt.

Zur Zeit hätte sich der Verkehr nach dem Osten wieder einigermaßen eingelaufen, auch die Wagengestellung innerhalb des Generalgouvernements sei immerhin zufriedenstellend. Das gleiche gelte für die Kohlenzufuhr. Erfreulicherweise seien die Einwirkungen der Witterung jetzt nicht mehr so erheblich wie Anfang Januar. Er halte es für möglich, daß man über die nächste Zeit einigermaßen gut hinwegkommen werde, trotz der geringen Vorräte an Kohlen im Generalgouvernement, mit dem Vorbehalt allerdings, daß man nicht wisse, wie der Osten nun weiter disponieren müsse und welche großen Aufgaben vom Reich für den Osten gestellt werden.

Er habe das Reichsverkehrsministerium gebeten, dafür zu sorgen, daß aus der Quote des Lokomotivneubaues auch dem Generalgouvernement die Möglichkeit einer Qualitätsverbesserung gegeben werden möge. Im Generalgouvernement würden Lokomotiven gebaut, und die Produktion betrage augenblicklich 25o Lokomotiven im Monat insgesamt, die aber sämtlich nach dem Osten gingen.

Staatssekretär Dr. Bühler wirft in diesem Zusammenhang die Frage auf, ob nicht durch eine Einschränkung des Eisenbahnverkehrs zu Ungunsten der polnischen Bevölkerung eine wesentliche Erleichterung der Bekämpfung auf dem Gebiete des Schleichhandels erzielt werden könnten.

Generalgouverneur Dr. Frank sieht einen Weg der Besserung vor allem darin, daß die Bevölkerung mit einem Ausweis versehen werde. Von seiten der Ostbahn werde mit Recht darauf hingewiesen, daß eine Kontrolle des Reiseverkehrs nicht von ihr ausgehen könne, sondern andere Stellen außerhalb der Ostbahn damit betraut werden müßten. Andererseits sei die Ostbahn der einzige Verkehrsträger auch für die illegale Bewegung im Lande. Man könne die Ostbahn nicht dafür verantwortlich machen, daß auf ihr Sprengstoffe transportiert würden, auch dann nicht, wenn der polnischen Bevölkerung Ausweise gegeben würden.

Staatssekretär Dr. Bühler geht sodann auf die Frage ein, ob es möglich sei, einen Ernährungsplan durchzuführen, der die Ausschaltung eines Teiles der einheimischen Bevölkerung von der Lebensmittelversorgung vorsehe. Von seiten der Gouverneure wie der Polizei und auch der Partei sei übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden, daß man eine Verantwortung für diese Maßnahme nicht zu übernehmen vermöge.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt fest, daß er sich auf keinen Fall dazu hergeben werde, 2 Millionen Menschen verhungern zu lassen. Dafür könne und werde er die Verantwortung nicht übernehmen.

Präsident Naumann geht zunächst darauf ein, daß im Reich bei vielen Dienststellen offenbar immer noch die Auffassung bestehe, im Generalgouvernement sei es möglich, sich Nahrungsmittel in nennenswertem Umfange auf schwarzem Wege zu beschaffen. Deshalb sei es nach Ansicht mancher Dienststellen im Reiche dem Generalgouvernement möglich, auch weiterhin größere Leistungen für das Reich aufzubringen. Es müsse demgegenüber von vornherein unterstellt werden, daß die Erfassung im Generalgouvernement bis an die äußerste Grenze gegangen sei. Diesen Standpunkt vertraten auch sämtliche Gouverneure und Kreishauptmänner, und einfache Erwägungen auf Grund der Ertragslage ließen diese Meinung als vollberechtigt erscheinen. Bei Getreide und Zuckerrüben z.B. sei die Erfassung loo %ig gewesen. Wenn man die Ernte des nächsten Jahres nicht gefährden wolle, sei die Möglichkeit einer Erfassung nicht gegeben. Trotzdem seien vom Reiche wieder neue Forderungen angemeldet worden.

Generalgouverneur Dr. Frank wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese vom Reich wieder neu gestellten Forderungen und erklärt, daß er unter den gegebenen Verhältnissen keine Tonne Getreide mehr abliefern werde.

Schluß der Sitzung 11 Uhr 35 Minuten.

Haushaltbesprechung

im Belvedere zu Warschau

am 26. Januar 1943

Geheim.

Niederschrift über die Haushaltsbesprechung am 26.Januar 1943 im Belvedere zu Warschau.

Beginn der Sitzung: 11,35 Uhr
Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Aufzeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenographische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 11,35 Uhr und stellt folgende Tagesordnung auf:

1. Übernahme der Wirtschaftsschulden des Reiches bei der Emissionsbank in Polen auf den Haushalt des Generalgouvernements,
2. Verkauf von Rüstungswerken,
3. Spritanforderung des Reichswirtschaftsministeriums,
4. Werke des Generalgouvernements,
5. Judeneigentum.

Zu Punkt 1 der Tagesordnung macht Präsident Dr. S e n k o w s k y den Vorschlag, die Schuld, die das Reich bei der Emissionsbank in Polen in Höhe von 3 ½ Milliarden habe, auf den Haushalt des Generalgouvernements zu übernehmen. Er begründet diesen Vorschlag eingehend. Auf Grund der anschließenden Beratung, bei der Bankdirigent Dr.Paersch , Reichsamtsleiter Dr.Heuber, Präsident Dr.Emmerich, Präsident Naumann, Ministerialrat Plodeck, Staatssekretär Dr. Boepple und Staatssekretär Dr.Bühler ihre Ansicht vortragen, stellt der Herr Generalgouverneur abschließend fest:

Zur Entlastung des Reiches muß das Generalgouvernement unter allen Umständen seinen Anteil beitragen. Das Reich hat aber selbst das größte Interesse daran, daß das Generalgouvernement nicht durch überstürzte Währungs- und Finanzmaßnahmen in Gefahr gerate. Bei Zugrundelegung dieses Leitgedankens ergebe sich folgendes:

1. Der Versuch, die Währungs- und Finanzsituation des Reiches dadurch zu bessern, daß die Schuld des Reiches auf den Haushalt des Generalgouvernements übernommen wird, muß als undurchführbar bezeichnet werden. Auch die Übernahme der laufenden Zins- und Amortisationslast auf den Haushalt des Generalgouvernements kann nicht in Frage kommen.

2. Dem Vorschlag des Leiters der Hauptabteilung Finanzen, den Wehrbeitrag des Generalgouvernements an das Deutsche Reich weiter zu erhöhen, ist zu entsprechen, soweit diese Erhöhung durch Maßnahmen bewirkt werden kann, die weder den Wirtschaftsfrieden noch das Vertrauen in die Wirtschaftssituation des Generalgouvernements zerstören oder ernstlich gefährden.

3. Die Anleihepolitik soll vorsichtig in Bewegung kommen, insbesondere erscheint die Begebung von Sachwertanleihen (Ostbahnanleihe) durchaus vertretbar.

Die Sitzung wird um 14 Uhr unterbrochen.

Die Sitzung wird um 15,35 Uhr fortgesetzt. Der Herr Generalgouverneur stellt zunächst Punkt 5 der Tagesordnung zur Aussprache. Auf Grund der Beratung beauftragt der Herr Generalgouverneur Staatssekretär Dr. B ü h l e r , den Punkt Judeneigentum zum Gegenstand einer sofortigen Unterredung mit dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen zu machen. Die diesbezügliche Anordnung des Reichsführers SS könne nicht anerkannt werden. Zweckmäßig erscheine die Bildung einer Sonderkommission, in der die Hauptabteilung Finanzen und die Hauptabteilung Wirtschaft (Abteilung Treuhandverwaltung) mit vertreten sein müßten und deren Vorsitzenden der Staatssekretär der Regierung bestimme.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung berichtet Präsident Dr. E m m e r i c h über den Wunsch der Hasag, die Gewehrfabrik Warschau, die Rüstungsfabrik Skarzysko-Kamienna und die Eisenhütte Tschenstochau vom Generalgouvernement käuflich zu erwerben. Ministerialrat Plodeck referiert über die Einzelheiten des Kaufangebots. Präsident Dr. Senkowsky äußert Bedenken gegen die angebotene Kaufsumme.

Staatssekretär Dr.Boepple tritt dafür ein, das Kaufangebot anzunehmen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich abschließend bereit, den Kauf zu den angebotenen Bedingungen abschließen zu lassen. Er hoffe zuversichtlich, daß das Reich das große Entgegenkommen, das das Generalgouvernement mit der Annahme dieses Kaufangebotes beweise, anerkennen werde.

Im Hinblick auf dieZusicherung, die von der Hasag für die spätere Umstellung auf die Friedenswirtschaft gemacht würden, erscheine ihm die Annahme des Angebots der Hasag vertretbar.

Es folgt Punkt 4 der Tagesordnung.

Präsident Dr. Emmerich, Ministerialrat Plodeck und Präsident Dr.Senkowsky berichten über die derzeitige Lage der Werke des Generalgouvernements A.G." Der Herr Generalgouverneur hält das derzeitige Interregnum für eine sehr unglückliche Lösung und bittet den Präsidenten Dr.Emmerich, den neu zu besetzenden Posten des Aufsichtsratsvorsitzers zu übernehmen. In der ersten Aufsichtsratssitzung solle dann eine Überprüfungskommission gebildet werden, die über die zurückliegende Zeit Bericht abzugeben habe.

Es folgt Punkt 3 der Tagesordnung.

Präsident Dr.Emmerich gibt bekannt, daß Präsident Kehrl vom Reichswirtschaftsministerium ihm f e r n m ü n d l i c h eine Forderung des Reiches auf 100 000 hl Feinsprit oder 100 000 t Kartoffeln übermittelt habe. Die Forderung sei kurz befristet und mit rüstungswirtschaftlichen Notwendigkeiten begründet worden.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß bisher weder ihm persönlich noch Präsidenten Naumann oder Präsidenten Dr.Emmerich eine formell einwandfreie Anforderung zugegangen sei; eine Anforderung dieses Ausmaßes könne nicht im Wege eines Ferngespräches geschehen. Im übrigen sei, wie sich aus dem Bericht des Präsidenten Naumann ergibt, das Generalgouvernements bereits derart angespannt, daß dieser zusätzlichen Anforderung nicht entsprochen werden könne.

Der Herr Generalgouverneur weist Präsident Naumann an, von weiteren Kontingentslieferungen an das Reich so lange abzusehen, bis der mit dem Herrn Reichsmarschall laufende Briefwechsel abgeschlossen sei. Im Übrigen werde auch über diese Frage noch am 3.Februar 1943 auf der Burg zu Krakau eingehend zu sprechen sein.

Der Herr Generalgouverneur schließt um 17,22 Uhr die Sitzung.

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Anlage zur Niederschrift über die Haushaltsbesprechung am 26.1.1943 im Belvedere zu Warschau.

Frank
Dr.Boepple
Gerteis
Dr.Heuber
Dr.Paersch
Emmerich
Bühler
Senkowsky
Naumann
Plodeck
Dr.Weh
Lasacker

A r b e i t s s i t z u n g

im Schloß Belvedere zu W a r s c h a u

am 26. Januar 1943.

Thema: 1. Clearing und Haushaltswesen
2. Verkauf von Rüstungswerken
3. Werke des Generalgouvernements
4. Ernährungssituation
Ablieferungen an das Reich - Spritforderung

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k
Staatssekretär Dr. B ü h l e r
Staatssekretär Dr. B o e p p l e
Präsident Dr. G e r t e i s
Präsident Dr. S e n k o w s k y
Präsident Dr. E m m e r i c h
Präsident Dr. N a u m a n n
Bevollmächtigter Dr. H e u b e r
Ministerialrat P l o d e c k
Bankdirigent Dr. P a e r s c h
Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h
Regierungsrat G n a u c k
als Protokollführer

Ausgefertigt in 3 Exempl.:
1. z.d.A. d.Kanzlei des Generalgouverneurs
2. Staatssekretär Dr. B ü h l e r
3. Oberlandesgerichtsrat Dr. W e h

Beginn der Sitzung 11 Uhr 4o Minuten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Generalgouverneur Dr. Frank, daß der Erlaß über die Enteignung des Judenvermögens am 3.Februar 1943 in einer Sitzung auf der Burg zu Krakau einer Besprechung unterzogen werden soll. Weiter stellt er fest, daß dieser Erlaß rechtsunwirksam sei, weil über seine Formulierung mit Staatssekretär Dr. Bühler nicht gesprochen worden sei. Generalgouverneur Dr. Frank weist Staatssekretär Dr. Bühler an, allen beteiligten Dienststellen von dieser Sachlage Kenntnis zu geben.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Clearing und Haushaltswesen.

Präsident Dr. Senkowsky stellt zunächst fest, daß Besorgnisse wegen der Haushaltslage des Generalgouvernements zur Zeit und auch für die nächste Zukunft nicht bestünden. Gewisse Ersparnismaßnahmen, die man beim Haushalt bereits durchgesetzt habe, gewisse Einnahmesteigerungen bei Besitz- und Verkehrssteuern ließen die Finanzverwaltung mit einer gewissen Beruhigung in die Zukunft blicken. Die Frage, ob die notwendigen Maßnahmen des Generalgouvernements zur Zeit und in der nächsten Zukunft finanziell gedeckt werden könnten, könne er unbedingt bejahen.

Über die Schuldensituation des Generalgouvernements brauche man überhaupt nicht zu sprechen. Die bisherige Geschäftsführung des Generalgouvernements habe zu einem Schuldenstand von 3oo Millionen Zloty geführt, einer Verschuldung im Laufe eines Krieges, die überhaupt nicht in Betracht gezogen zu werden brauche. Er habe Gelegenheit gehabt, festzustellen, wie sehr das Reich unter Anspannung der letzten finanziellen Mittel bestrebt sei, den Krieg weiterzuführen und das, was es an Rüstungs- und sonstigen Maßnahmen in ganz Europa für den Krieg einsetzen müsse, irgendwie zu finanzieren. Die Verschuldung des Reiches sei

Zu einer bisher noch nicht dagewesenen Höhe angestiegen. Die Verschuldung entstehe durch Aufnahme von Inlandsanleihen, durch die Clearing-Verschuldung für vorschußweise Ausgaben für Lieferungen. Auch dadurch, daß für Lieferungen verbündeter Staaten oder besetzter Gebiete die vorgesehenen Gegenwarenlieferungen nicht mehr zur Verfügung ständen, bzw. zum Teil auch aus Transportgründen nicht durchgeführt werden könnten. Die Frage, was weiter zu geschehen habe, wenn der Krieg noch länger dauere und diese Maßnahmen noch 2 oder 3 Jahren fortgeführt werden müßten, habe überhaupt nicht beantwortet werden können. Er habe in der Sitzung der Finanzabteilungsleiter der besetzten Gebiete gesagt, man müsse die Frage rechtzeitig stellen, damit man, wenn möglich, frühzeitig zu einer anderen Lösung gelange. Er sei nach reiflicher Überlegung zu der Auffassung gekommen, daß es dem Generalgouvernement möglich sei, dem Reich auf finanziellem Gebiete zur Seite zu stehen, unter der Voraussetzung, daß dadurch der Wirtschaft des Generalgouvernements keine Schaden zugefügt werde. Er sei weit davon entfernt, die Dinge nur vom rein finanziellen Gesichtspunkt anzusehen. Er sei insbesondere auch von gewissen pychologischen Momenten ausgegangen, die es in Berlin immer wieder als unangenehm empfinden liessen, daß das Reich in so hohem Maße bei den besiegten Staaten wie z.B. Polen verschuldet sein solle. Diese Mentalität in Berlin werde durch die Notenbankorganisation im Generalgouvernement gestützt. Bei der Notenbank, die immer noch Emissionsbank von Polen heiße, führten zwei polnische Direktoren unter Aufsicht des Bankdirigenten Dr. Paersch ein kümmerliches Dasein. Bei dieser Emissionsbank sei das Reich verschuldet.

Sein Vorschlag sei nun dahin gegangen, die bisher aufgelaufene Reichsschuld, die Verschuldung der deutschen Wirtschaft und die Staatsschuld des Reiches über die Notenbank auf das Generalgouvernement zu übernehmen und für die Zukunft einen den Bedürfnissen des Reiches und den Möglichkeiten des Generalgouvernements angemessenen Reichsverteil-

<u>Rüstungsbeitrag</u> zu leisten, und zwar unter der Voraussetzung, daß das Reich anerkenne, daß dieser Reichsverteidigungsbeitrag in seiner Höhe nicht präjuditiell sein dürfe, daß das Reich bereit sei, gegebenenfalls bei auftretenden Schwierigkeiten dem Generalgouvernement entsprechend zu helfen und sich über die zusätzliche Finanzierung seiner Maßnahmen und über das, was über die Möglichkeiten hinausgehe, rechtzeitig mit dem Generalgouvernement zu verständigen, damit eine unerfreuliche Finanzierung in Zukunft vermieden werden könne.

Die Höhe der Verschuldung des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement betrage 3,5 Milliarden Zloty. Entstanden sei diese Verschuldung vor allem dadurch, daß, nachdem die eingelösten Zlotynoten im Wartheland ausgegeben waren, für ihre Ausgabe keine anderen Mittel zur Verfügung gestanden hätten, als diejenigen, über die die Notenbank verfügte.

Der Reichsfinanzminister habe vor einem Jahre in einem Schreiben die Wehrmachtsausgaben und die zivilrechtlichen Ausgaben in ein Verhältnis gestellt. Er, Präsident Dr. Senkowsky, habe dann seine Einstellung zu dieser Frage dargelegt. Die im Haushaltsplan 1942 vorgesehenen 7oo Millionen Wehrmachtsbeitrag blieben sehr erheblich hinter der Summe erst zurück, die vorläufig als angemessen angesehen werde, nämlich zwei Drittel für Ausgaben für nichtmilitärische Zwecke. Danach würde sich ein Wehrbeitrag von 1,4 Milliarden Zloty ergeben.

Generalgouverneur Dr. <u>Frank</u> ist der Auffassung, daß das Reich eines Tages unter die Schuld der besetzten Gebiete einen Strich machen werde. Schon heute sei es praktisch so.

Präsident Dr. <u>Senkowsky</u> ist der Ansicht, daß das Generalgouvernement, wenn es sich zur Übernahme der Schuld bereit erklärte, bei den Verhandlungen über den Wehrbeitrag in eine bessere Situation kommen werde.

Generalgouverneur Dr. Frank erklärt es für völlig unmöglich, daß das Generalgouvernement noch weitere Belastungen auf sich nehme. Dieser Standpunkt müsse dem Reichsfinanzministerium gegenüber auch von Staatssekretär Dr. Bühler mit aller Energie vertreten werden. Dem Reichsfinanzministerium müsse klar gelegt werden, wie völlig unmöglich es aus politischen Erwägungen sei, daß das Generalgouvernement in einer Zeit, in der es in größte Schwierigkeiten geraten werde, solche Belastungen auf sich nähme. Die Forderung, daß von vornherein zwei Drittel des gesamten Haushalts an das Reich abgeliefert werden sollten, müsse unter allen Umständen abgelehnt werden. Er sei deshalb auch gewillt, ohne Rücksicht auf die Stellungnahme des Reichfinanzministers den Haushalt des Generalgouvernements in Kraft zu setzen.

Präsident Dr. Senkowsky will den politischen Entschlüssen des Herrn Generalgouverneurs nicht widersprechen, muß aber die Erklärung abgeben, daß man das, was er vorgeschlagen habe, tun könne, ohne die Interessen und Aufgaben des Generalgouvernements zu beeinträchtigen. Seiner Ansicht nach habe das Generalgouvernement die Verpflichtung, für das Reich das zu tun, was in seiner Kraft stehe. Er gehe dabei von der Feststellung aus, daß die Finanzverwaltung in der Lage sein werde, die dem Generalgouvernement gestellten Aufgaben zu erfüllen.

Präsident Dr. Paersch bezeichnet den von Präsident Dr. Senkowsky gemachten Vorschlag als nicht zweckmäßig und nicht durchführbar. Dieser Vorschlag würde bedeuten, daß die wichtigste Währungsreserve, die bei der Emissionsbank auf der Aktivseite die Guthaben des Reiches darstellten, durch Übertragung auf das Generalgouvernement zu einer Schuld des Generalgouvernements an die Notenbank werden würde. Die Notenbank sei bisher schon in Höhe von 2 Milliarden Gläubigerin des Generalgouvernements. Darin liege auch mittelbar eine Schuld des Generalgouvernements.

Präsident Dr. Senkowsky bestreitet, daß die Notenbank von der Regierung einen Schuldtitel gehabt habe. Auf dem Umwege über die 3,5 Milliarden Zloty, die eine Markschuld darstellten, habe die Notenbank dem Reich gegenüber eine Devisendeckung in Mark. Der Herr Generalgouverneur habe es selber im vorigen Jahr nicht als zutreffend bezeichnet, daß die Noten ausreichend durch Markforderungen im Reich gedeckt werden könnten. Bei den 3,5 Milliarden Zloty als Forderung gegenüber dem Reich handele es sich nicht um eine echte Deckung. Wenn aber das Reich jetzt die Schuld streiche, dann falle die ganze Deckung weg.

Generalgouverneur Dr. Frank betont, daß, wenn das Reich die Schuld streiche, das Generalgouvernement keine Verantwortung für den Zusammenbruch des Zloty treffe.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß das Reich weiter Schuldner der Notenbank dann bleiben würde, was für das Reich ziemlich gleichgültig, für die Notenbank aus psychologischen Gründen wichtig wäre. Wenn man die Last für das Reich übernehme, so ergäbe sich daraus eine Verzinsung und Tilgung in Höhe von etwa 2oo Millionen Zloty im Jahre.

Generalgouverneur Dr. Frank wendet sich entschieden dagegen, daß von einer Art Verpflichtung dem Reich gegenüber gesprochen werde.

Präsident Dr. Paersch gibt zu bedenken, daß mit einer solchen Maßnahme die Währungsgrundlage des Generalgouvernements in verhängnisvoller Weise verschoben werden könnte. Ferner wäre dafür der eine Änderung der für die Emissionsbank gegebenen Vorschriften notwendig.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Finanzpräsident Dr. Senkowsky an, über die Frage der Übernahme der Schuld des Reiches mit Reichsstellen nicht zu verhandeln. So ernst und sachlich auch die Überlegungen des Präsidenten Senkowsky sein mögen, so dürfe doch auch in der Hauptabteilung Finanzen über diese Dinge nicht gesprochen werden.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Präsident Dr. Paersch, daß die Situation der Notenbank völlig gesichert sei. Dadurch, daß das Reichsmarkguthaben bestehe, sei dokumentiert, daß die Zlotywährung auf einer liquiden, sicheren Grundlage stehe, die zur Finanzierung des Warenbedarfs für die Einfuhr nach Kriegsende herangezogen werden könne. Das bedeute eine Devisengrundlage. Daß man auf keine Ausweise in der Öffentlichkeit angewiesen sei, gebe der Währung die Stärke. Die beiden Gesichtspunkte der Verschiebung der Währungsgrundlage und der Notwendigkeit der Veränderung der Verordnung über die Emissionsbank schlössen die Berücksichtigung des Vorschlages des Präsidenten Dr. Senkowsky aus.

Weiter sei die Durchführung des Vorschlages im Reichsinteresse nicht möglich. Bei den Schulden,von denen die Rede sei, handele es sich nicht um Schulden der Finanzverwaltung des Reiches, sondern um Wirtschaftsschulden des Reiches. Als das Reich dem Generalgouvernement gegenüber nicht mehr mit Warenlieferungen habe auftreten können, sei eine Aktivität in der Zahlungsbilanz entstanden. Man habe mehr Anweisungen an das Reich erhalten, als Zahlungen für die Befriedigung der Einfuhr geleistet worden sei. Hier handele es sich um eine reine Wirtschaftsschuld.

Präsident Dr. Senkowsky ist demgegenüber der Auffassung, daß es Finanzschulden gebe. Die Summen, z.B., die die Ostbahn erhalte, seien recht erhbelich.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß es für die Ostbahn die sogenannten Auftragsbauten in Form der Ausgestaltung des Netzes, der Bahnneubauten im Generalgouvernement gebe. Hier handle es sich um Forderungen, die die Wehrmacht seinerzeit erhoben habe. Er habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Wehrmacht für die Finanzierung aufzukommen habe. Die Wehrmacht habe sich auch vom Reichsfinanzminister die Mittel für die sogenannten Otto-Bauten im Jahre 1940 in Höhe von etwa 700 Millionen,

für den Ostbau im Jahre 1942 in Höhe von 8oo Millionen Zloty erbeten und für das nächste Jahr 1 2oo Millionen, insgesamt also 2,7 Milliarden, eine Summe, die sich vielleicht noch auf 3 Milliarden erhöhe. Über die Finanzierung sei nunmehr vom Reichsfinanzminister über das Reichsverkehrsministerium mit der Ostbahn verhandelt worden. Die Ostbahn habe sich bereit erklärt, einen Zuschuß von 25 % zu geben. Man erhalte laufend einzelne Überweisungen von 3o, 4o, 5o, 6o Millionen Reichsmark, die nunmehr zum größten Teil transferiert werden müßten. Diese Markeinzahlung ehe auf das Konto der Ostbahn in Berlin. Ein großer Teil davon liege im Reiche, aber 6o bis 7o % davon liefen ins Generalgouvernement und würden mit Hilfe der Emissionsbank in Zloty umgewandelt. Durch die Bahnbauten entstehe also eine Finanzschuld des Reiches an die Emissionsbank. Nachdem die Ostbahn im Eigentum des Generalgouvernements geblieben sei, bleibe auch ihr Haushalt unter der Überwachung des Generalgouvernements.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß die Frage, wie diese Wirtschaftsschulden gegenwärtig oder zukünftig zu behandeln seien, bereits die Reichsressorts beschäftige. Entgegen dem Antrage eines bestimmten Reichsressorts habe das Reichswirtschaftsministerium jede Änderung der Umrechnungssätze der Währung als nicht im Reichsinteresse liegend abgelehnt, und zwar mit der Begründung, daß man sie leider für die Aufrechterhaltung der Kriegswirtschaft brauche. Es sei unmöglich, eine Ausnutzung der Länder mit der höchsten Potenz durchzuführen, wenn an der Währungsumrechnung etwas geändert werde. Wenn schon das Reich bei dem zuständigen Ministerium die Auffassung vertrete, daß an den Umrechnungssätzen nichts geändert werden dürfe, so könne man daraus ohne weiteres schließen, daß eine Streichung der Schulden für gänzlich außerhalb jeder Diskussion liegend betrachtet werde. Das Reich sei sich vollkommen klar darüber, daß die Wirtschaft der besetzten Gebiete vor Belastungen, die sich daraus ergeben könnten, unbedingt

bewahrt werden müsse. Das Generalgouvernement habe für das Reich einmal als Wirtschaftsgebiet zur Unterstützung des Reiches, aber auch als Hinterland für die kämpfende Truppe eine besondere Bedeutung. Das Reich werde diesen Gesichtspunkt in ganz besonderem Umfange für das Generalgouvernement zur Anwendung gebracht sehen wollen. Das Reichsinteresse erfordere es, daß jede Maßnahme unterbleibe, die die Wirtschaftsordnung des Gebietes, die ohnehin durch die großen Lieferungen an Getreide ins Reich eine erhöhte Belastung erfahren habe, noch darüber hinaus gefährdet werde. Weiter spreche der Gesichtspunkt dagegen, daß eine solche Maßnahme über die Zuständigkeit des Generalgouvernements hinausgehe. Denn bei der Bedeutung, die es für das Reich habe, werde es Wert darauf legen, in so wichtigen Fragen vorher gehört zu werden. Zuständig seien im Reich für die Wirtschaftsschulden das Reichswirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt und der Reichsmarschall. Wenn also überhaupt solche Gedankengänge jemals infrage kommen sollten, dann würde er es für richtig halten, daß sich der Herr Generalgouverneur vorher mit Reichswirtschaftsminister Funk ins Benehmen setze.

Präsident Dr. Senkowsky weist darauf hin, daß der starre Standpunkt des Reichswirtschaftsministeriums zum Teil sehr bestritten werde. Dieser Standpunkt zeige nachteilige Auswirkungen auch im Generalgouvernement. Die Festhaltung an der alten Währungsrelation und die straffe Preisregelung im Reich seien wichtige Voraussetzungen. Auch spiele der zwischenstaatliche Verkehr hier eine große Rolle. Staaten wie Rumänien und Bulgarien klammerten sich an die feste Währungsrelation, sie beriefen sich auf die großartige Organisation im Reiche und verlangten Warenlieferung zu denselben Preisen wie bisher. Auf den Einwand, daß die Preise allgemein stiegen, werde erwidert, daß man diese Preissteigerung auch mitmachen müsse. Die Folge könne nur sein, daß die Clearing-Verschuldung steige.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß das Reich in der Kriegswirtschaft gebunden sei. Es könne diese Grundsätze nicht bewußt aufgeben, weil daraus sofort Schlußfolgerungen gezogen würden und Unruhe in die besetzten Gebiete gebracht werde. Das Reich habe diese Länder weitgehend für seine Kriegsbedürfnisse ausgenutzt und habe Warenlieferungen nicht machen können. Es stehe nun vor der Notwendigkeit, auf Grund des Zwanges, weiter Waren zu erhalten, bei diesen Gebieten mit allen Mitteln darauf zu sehen, daß primär die Wirtschaftsordnung nicht unnötig gestört werde. Der höhere Gesichtspunkt der möglichst völligen Ausnutzung der Wirtschaftskraft der Gebiete habe es notwendig gemacht, die sich aus der Verschiebung im Reich ergebenden Erwägungen zurücktreten zu lassen. Im übrigen sei kaum anzunehmen, daß der Reichsmarschall anders entscheiden werde als der Reichswirtschaftsminister.

Präsident Dr. Emmerich ist der Auffassung, daß der Zloty nicht nur rein rechnungsmäßig in Reichsmark, sondern mit dem Begriff der traditionellen Währungsdeckung zu definieren sei. Es bestehe ein Devisenguthaben des Reiches bzw. habe die Notenbank ein Devisenguthaben im Reiche. Dieser Zustand sei einem Zustand der Währungsautarkie vorzuziehen, indem man lediglich aus dem Raum heraus angesichts der hier herrschenden Störungen den Zloty gewissermaßen von diesen Bindungen abschneide und sich lediglich auf die Definition eines Umrechnungskurses beschränke. Es sei ein großer Unterschied, ob ein Umrechnungskurs maßgebend sei oder ob dahinter noch so etwas wie eine Devisendeckung stehe.

Wenn die Investitionen, die das Reich vorgenommen habe oder für die vom Reich Geld gegeben worden sei, zu Investitionen im Generalgouvernement geführt hätten, die den Charakter einer Wertsteigerung von hier angelegten Wirtschaftswerten zeigten, dann könnte für das Generalgouvernement vielleicht ein Vorteil darin bestehen, daß es diese Werte gleich in sein Eigentum überführe. Wenn z.B. das Reich aus diesen Schuldpositionen Wertverbesserungen bei der Ostbahn vorgenommen habe, dann könnte man sagen: bei einer Tendenz, die etwa bestehen könnte, in Sachwerte

hineinzugehen, nehme man diese Wertverbesserungen gleich auf das Konto und verhindere dadurch, daß das Reich später dem Generalgouvernement diese Dinge zu einem mehrfachen Betrag als Schuld aufbürde.

Präsident Gerteis führt aus, daß der Reichsfinanzminister, nachdem er generell der Wehrmacht gegenüber die Verpflichtung übernommen habe, die gesamten Bauten zu bezahlen, versucht habe, einen Teil auf die Ostbahn bezw. auf das Generalgouvernement abzuwälzen. Er, Präsident Gerteis, habe sich bereit erklärt, auf die Ostbahn soviel zu übernehmen, als er nach vernünftigen Grundsätzen für Objekte angelegt hätte, die nutzbringend für die Ostbahn wären. Er habe sich weiter bereit erklärt, auch die ungeheuren Überteuerungen zu zahlen, die darin lägen, daß Anlagen nur provisorisch errichtet werden könnten und in zwei oder drei Jahren nochmals gemacht werden müßten. Er habe eine Summe von etwa 25 % der Bausumme errechnet, die die Ostbahn für die größeren Objekte im Jahre 1942 und 1943 bezahle. Wie das später abgerechnet werden solle, sei eine zweite Frage. Vom Reichsfinanzministerium sei auch anerkannt worden, daß die Ostbahn mit der Gewährung dieser 25 % ihrer Pflicht genüge. Das Generalgouvernement als solches könne aber auch im Wege des erweiterten Wehrbeitrages an diesen Dingen teilnehmen. Durch diese Ostbahnbauten trete naturgemäß auch eine ungeheure Wertsteigerung für sie ein. Vom Reich würden auch die durch das Generalgouvernement gehenden Transporte, und zwar je Achskilometer mit 22 Pfennigen, bezahlt. Die Ablösung gehe automatisch vor sich. Auch hierbei seien zahlreiche Devisentransaktionen notwendig.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß das Reich diese Summen im Verrechnungsverkehr zahlt. Hier handele es sich nicht um eine Finanzschuld des Reiches, sondern das Reich bezahle die Summen und sei damit ausgeschieden wie jeder, der im Generalgouvernement Verpflichtungen zu erfüllen habe. Damit werde die Clearingspitze zu einer Wirtschafts-

schuld des Reiches.

Wenn Präsident Dr. Senkowsky im Verhältnis des Generalgouvernements zum Reich eine Verbesserung der Verhandlungsbasis mit dem Reichsfinanzministerium hinsichtlich des Wehrbeitrages voraussusetzen glaube, so habe er dagegen Zweifel. Es handele sich nicht um eine Finanzschuld des Reiches, sondern um eine Wirtschaftsschuld, denn federführend sei hier der Reichswirtschaftsminister. Zum anderen habe man Erfahrungen darüber, wie das Reichsfinanzministerium auf solche Dinge reagiere. Er habe als Wehrbeitrag des Generalgouvernements für das Rechnungsjahr 1941 25o Millionen Zloty abgeführt. Dieser Betrag stelle nur etwa die Hälfte dessen dar, was nach dem voraussichtlichen Haushaltsanschlag für das Rechnungsjahr 1941 verlangt werden könne. Der Betrag von 25o Millionen für das Jahr 1941, von 35o Millionen für 1942 und von 4oo Millionen für 1943 sei entsprechend der Entwicklung der Finanzen für das Generalgouvernement durchaus tragbar.

In der Zielsetzung, nämlich dem Bestreben, dem Reich zu helfen, stimme er mit Präsident Dr. Senkowsky absolut überein, er sei aber der Ansicht, daß die Ausführung wirtschaftlich unmöglich und im gegenwärtigen Zeitpunkt unzweckmäßig sei und man im übrigen alle Kraft daran setzen müsse, die Wirtschaftsordnung des Generalgouvernements im Interesse des Reiches aufrecht zu erhalten.

Präsident Dr. Senkowsky verweist darauf, daß der Reichsfinanzminister schon Anfang vorigen Jahres die Forderung aufgestellt habe, der Wehrbeitrag müsse in einem gewissen Verhältnis zu dem Zivilbetrag stehen. Er habe einwandfrei festzustellen, daß der Wehrbeitrag für 1942 in Höhe von 7oo Millionen Zloty ohne irgendwelche Einschränkungen oder Nachforderungen genehmigt sei.

Gegenüber einem Hinweis des Präsidenten Dr. Paersch auf die Anleihewirtschaft im Generalgouvernement hebt Präsident Dr. Senkowsky hervor, dem Generalgouvernement werde es mit einem gewissen Recht zum Vorwurf gemacht, daß es bisher überhaupt nicht verschuldet sei. Man gebe im Reich seinem Befremden darüber Ausdruck, daß es bisher nicht möglich gewesen wäre, von den Polen auch nur einen Zloty Kredit für Kriegszwecke herauszuholen, während Frankreich und andere besetzte Gebiete eine starke Verschuldung auf sich genommen hätten.

Präsident Dr. Paersch gibt zu bedenken, daß in einem agrarischen Lande wie Polen die Gewöhnung an eine Kreditwirtschaft längst nicht so entwickelt sei wie in den westlichen Staaten. Der Hinweis auf die Westgebiete sei deshalb verfehlt, weil sie struktuell andere Verhältnisse aufwiesen. Der alte Staat Polen habe im Lande selbst keinen Kredit gehabt. Brauchte er eine Anleihe, dann hätten die Kreditinstitute vergewaltigt werden müssen. Im Übrigen wäre es ihm im Jahre 1939/4o nicht gelungen, die Währung zu stabilisieren, wenn er nicht die einheimischen Elemente zur Mitarbeit herangezogen hätte. Er habe deshalb auch gebeten, ihn nicht zum Präsidenten der Emissionsbank zu machen.

Präsident Dr. Paersch geht dann auf die Gründe ein, die dazu geführt hätten, daß bisher noch keine Verschuldung des Generalgouvernements eingetreten sei.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wird dann zu der Frage des Notenumlaufes Stellung genommen.

Während Präsident Dr. Senkowsky mit einem gegenwärtigen Notenumlauf von 5 Milliarden Zloty rechnet, beziffert ihn Präsident Dr. Paersch nur auf 4 Milliarden. Er weist darauf hin, daß die Verhältnisse sich gebessert hätten, seitdem die Wehrmacht unter normalen Verhältnissen arbeite. Maßgebend für die Steigerung des Notenumlaufes sei seinerseit die Erhöhung des Wehrsoldes in allen besetzten Gebieten ge-

wesen. Zu Beginn des Feldzuges mit Rußland seien dann die Anforderungen der Wehrmacht zunächst zurückgegangen, aber nur deshalb, weil die Truppe ihre überzähligen Zlotynoten abgegeben habe. Seit 1. Januar ds.Jrs. habe sich der Notenumlauf nicht verändert. Die Ausgabe der Zlotynoten hänge davon ab, wie sich die Giroguthaben änderten. Wenn sie gleich blieben, sei es davon abhängig, wie die Clearingspitze gestaltet sei.

Präsident Dr. Senkowsky erinnert daran, daß bei einer Besprechung auf der Burg vor etwa einem Jahre der Notenumlauf auf 2,4 Milliarden beziffert worden sei. Jetzt sei er um 6o % auf 4 Milliarden gestiegen. Wenn eine weitere Steigerung von 6o % eintrete, so könne man im Laufe dieses Jahres mit einem Notenumlauf von 6 bis 6,5 Milliarden rechnen. Die Frage sei nun, welche vorbeugenden Maßnahmen man dagegen ergreifen könne. Man könne vielleicht versuchen, lo % der Noten in Form einer Anleihe herauszuholen. Seiner Ansicht nach müsse mit zwei Mitteln gearbeitet werden, und zwar erstens mit der Abschöpfung durch straffe Erfassung des steuerlichen Apparates. Das geschehe nach seiner Ansicht in ausreichendem Maße. Soweit es nicht der Fall sei, werde er im näch Laufe der nächsten Wochen noch entsprechende Maßnahmen vofschlagen. Zweitens könne man dem Reich möglichst viele Mittel zur Verfügung stellen, die aus dem Generalgouvernement geschöpft würden, sei es aus dem Haushalt, sei es durch Aufnahme von Anleihen. Seit April vorigen Jahres habe man dem Reich rd. 1 Milliarde für die Durchführung seiner Maßnahmen zur Verfügung gestellt, und in der Höhe dieser Milliarde sei die Notenbank vom Reich nicht in Anspruch genommen worden. Das Geld, das man dem Reich zur Verfügung stelle, hole man in Gestalt der Noten aus der Bevölkerung heraus, die Noten lege man nicht in die Kasse, sondern sie flössen an die Notenbank zurück. Um diesen Betrag sei der Notenumlauf verringert. Sein Vorschlag sei dahin gegangen, die Guthaben im Reich nach Möglichkeit nicht mehr anwachsen zu lassen, daher die Verzinsung und Tilgung zu übernehmen. Man bezahle eine ganz bestimmte

Summe und verharre dem Reich gegenüber in der Forderung, daß über den Betrag, der durch den Beitrag des Generalgouvernements nicht gedeckt sei, finanzierungsgemäß eine einheitliche Linie hergestellt werden müsse, damit man von der Notenbegebung herunterkomme und für den Betrag, der in Noten ausgegeben werden müsse, eine Anleihe aufnehmen könne, was wieder Abschöpfung von Kaufkraft und zur Verfügungstellung polnischer Kaufkraft für die Erfüllung von Kriegsaufgaben bedeute.

Präsident Dr. Paersch ist der Auffassung, daß keine Möglichkeit bestehe, Anleihen in größerem Umfange aufzunehmen. Er stimme aber Präsident Dr. Senkowsky insofern zu, daß man die polnische Bevölkerung auch in ihrer Sparkraft so weit als möglich heranziehen solle. Es sei immer sein Ziel gewesen, auf diesem Gebiete das möglichste hem auszuholen, aber das Vertrauen lasse sich nun einmal nicht kommandieren. Wenn man bei den Kreditinstituten vor einer Grenze stehe, weil eben das Vertrauen eine so große Rolle spiele, dann müsse man diesen Gesichtspunkt bei der Frage der Unterbringung von Anleihen berücksichtigen. Es sei natürlich möglich, Zwangsanleihen zu machen, nur störe man damit den Kredit des Staates und die Kreditwirtschaft. Aus diesen Erwägungen heraus habe man auch im Reich ein Zwangssparen abgelehnt. Nach seiner Auffassung bestehe vom Standpunkt des Haushalts gesehen kein zwingender Grund, diese Probleme zu überlegen. Wenn sie auftauchen sollten, sei er gern bereit, die Dinge zu prüfen.

Generalgouverneur Dr. Frank glaubt danach feststellen zu können, daß Präsident Dr. Senkowsky und Bankdirigent Dr. Paersch die Übernahme der Schulden des Reiches und ihre Verzinsung ablehnten, sich aber damit einverstanden erklärten, daß der Wehrbeitrag im Interesse der gesamten Wehrwirtschaft gezahlt werde. Für ihn als Generalgouverneur sie nicht nur die Finanzierung von Wichtigkeit, sondern er müsse von seinem Standpunkt aus an die befriedete Haltung der Bevölkerung denken, er müsse den Glauben der Bevölkerung an den Wert des Zloty und die Gerechtigkeit der Verwaltung aufrecht erhalten.

Präsident Dr. Senkowsky ist der Auffassung, daß eines der schlimmsten Unruhemomente für das Generalgouvernement ein weiteres Ansteigen des Notenumlaufes sei.

Präsident Dr. Paersch will die Wichtigkeit des Notenumlaufes nicht überschätzt wissen. Man dürfe Notenumlauf und Ware nicht gleichsetzen. Die Steigerung des Notenumlaufes sei im Generalgouvernement von einer außerordentlichen Verlangsamung der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes begleitet. Das liege daran, daß die gesamte einheimische Bevölkerung vor allem in den Städten, weil sie zusätzlich vom Schleichhandel leben müsse, immer größere Barbeträge bei sich halten müsse. Zum anderen müsse in Zeiten wie den gegenwärtigen, in denen sich die Kriegswirtschaft immer mehr verstärke, der Aufrechterhaltung des Vertrauens besonderer Wert beigelegt werden. Alle Maßnahmen, die er in der Vergangenheit bis zur Gegenwart getroffen habe, habe er vorwiegend unter diesen Gesichtspunkt gestellt. An dieser bewährten Methode dürfe nichts geändert werden.

Präsident Dr. Senkowsky bittet, zu überlegen, ob man nicht bei Zugrundelegung einer bestimmten Summe von einer oder 1,2 Milliarde zweckmäßigerweise zur Verhinderung eines weiteren Ansteigens des Guthabens im Reich einen Teil zur Verzinsung und Tilgung der Reichsschuld verwenden könne. Die Auswirkung würde so sein, daß die Finanzverwaltung aus der Bevölkerung 2oo Millionen Zloty herausziehe und sie der Notenbank zur Verfügung stelle. Die Notenbank könne dann die Noten im Betrage von 2oo Millionen Zloty verbrennen.

Präsident Dr. Paersch geht davon aus, daß das Guthaben, das das Generalgouvernement im Reich habe, eine Verschuldung der deutschen Wirtschaft darstelle. Diese Verschuldung sei gegenwärtig auch von den Wehrmachtszahlungen und sonstigen Zahlungen sowie größeren Überweisungen wie derjenigen der Ostbahn usw. abhängig.

Präsident Gerteis wirft die Frage auf, ob vielleicht die Ostbahn zur Lösung dieses Problems einen Beitrag leisten könne. Das Reich habe sich entschlossen, die Ausgaben für neue Bahnbauten zu bevorschussen, und zwar werde die Ostbahn in diesem Jahr einen Vorschuß von etwa einer Milliarde Zloty erhalten, einen Betrag allerdings, der zu einem großen Teil transferiert werden müsse. Die Ostbahn werde aber einen Teil dieses Wertzuwachses unter allen Umständen selbst übernehmen müssen, - ob auch das Generalgouvernement, sei eine Frage. Vielleicht würde es sich empfehlen, wenn sich die Ostbahn bereit fände, 3o % der Kosten sofort zu bezahlen. Im Zusammenhang damit könnte die Frage erwogen werden, ob es möglich sei, für die Ostbahn eine Anleihe von loo- oder 18o ooo ooo aufzunehmen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß die Bevölkerung eher geneigt sei, für eine Sachwertgrundlage Geld herzugeben.

Präsident Dr. Paersch bemerkt, daß diese Anregung durchaus in seinem Sinne liege. Er sei sehr daran interessiert, daß vom Generalgouvernement aus möglichst große Einzahlungen ins Reich erfolgten und sei erbötig, die Voraussetzungen für eine Ostbahnanleihe zu schaffen.

Präsident Dr. Senkowsky hält es für wünschenswert, daß das, was im Lande ausgegeben werde, nach Möglichkeit im Lande verbleibe und dann der Rest im Reich kreditiert werde. Wenn eine Ostbahnanleihe im Lande aufgelegt werde, so würden die Forderungen des Reiches gegenüber dem Generalgouvernement um die entsprechende Summe von 2oo oder 4oo Millionen Zloty herabgedrückt. Diese Summe sei in dem Betrag enthalten, der finanziert werden sollte. Auf diese Weise und im Zusammenhang mit der Erhöhung des Wehrbeitrages werde es möglich sein, einen sehr hohen Prozentsatz der Reichsausgaben oder dessen, was bisher auf dem Wege zusätzlicher Notmaßnahmen ausgegeben worden sei, aus Mitteln des Generalgouvernements aufzubringen.

Man müsse sich überlegen, ob man vielleicht diese 2oo oder 3oo Millionen Zloty im Generalgouvernement aufbringen könne, und zwar so, daß es seiner Wirtschaft möglichst wenig schade. Es bestehe kein Interesse daran, daß das an sich hohe Guthaben im Reich noch weiter steige, denn früher oder später werdes dieses Guthaben doch gestrichen werden. Einen Teil des Betrages, den man dem Reich zur Verfügung gestellt habe, könne man verwenden, indem man für das Reich die Verzinsung und Tilgung übernehme.

Generalgouverneur Dr. Frank hält es für geboten, dieses ganze System nunmehr dem Reich zu offenbaren. Mit der Zahlung des Wehrbeitrages könne man an die äußerste Grenze gehen. Die weiteren Einzelheiten müßten in einer Besprechung des Staatssekretärs Dr. Bühler mit den Präsidenten Dr. Senkowsky und Dr. Paersch besprochen werden. Mit einer Erhöhung des Wehrbeitrages unter den von Präsident Dr. Paersch gegebenen Voraussetzungen erkläre er sich einverstanden. Ebenso stimme er dem Vorschlage des Präsidenten der Ostbahn bezglich der Aufnahme einer Anleihe zu.

Bevollmächtigter Dr. Heuber stimmt dem Präsidenten Dr. Senkowsky insofern zu, als für das Generalgouvernement eine Gefahr in einer Steigerung des Notenumlaufes liege. Wenn auch zur Zeit die Umlaufgeschwindigkeit geringer sei, so pflege sich doch schnell wieder zu vergrößern. Daher müsse es eine der Hauptaufgaben sein, den Zlotyumlauf wieder auf ein erträgliches Maß zurückzuführen, schon im Interesse der Deutschen, damit die feste Währungsrelation gehalten werden könne. Auf jeden Deutschen entfalle zur Zeit schon bei seiner Geburt eine Schuldenlast von 2 1oo Reichsmark. Wie hoch die entsprechende Kopfquote heute bei der polnischen Bevölkerung sei, stehe nicht fest, sie sei aber wohl verhältnismäßig unwesentlich. Deshalb könne man mit Recht der Meinung sein, daß auch die polnische Bevölkerung eine entsprechende Schuldenlast trage.

Der Weg der Zwangsanleihe werde heute im Reich in gewisser Weise beschritten. Man könne zur Zeit im Reich weder eine Hypothek erhalten noch Aktien kaufen, vielmehr müßten sämtliche Spargelder und die Lebensversicherungsprämien in Reichsanleihen angelegt werden. Wenn das vom deutschen Volke verlangt werde, dann müßte man eigentlich auch für die polnische Bevölkerung irgendeine Form finden, die es ermöglicht, den Gewinn abzuschöpfen, oder die die polnische Bevölkerung auch zum Eisernen Sparen zwinge oder sie nötige, den Anleihebedarf des Generalgouvernements irgendwie zu decken.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, daß die Zwangsanleihe als eine besondere Form der Besteuerung unter gewissen allgemeinen Wirtschaftsverhältnissen einen besonderen Reiz haben könne, weil derjenige, der sich an der Zwangsanleihe beteilige, erwarten könne, daß er sein Geld voraussichtlich eines Tages wiedersehen werde, und weil er Zinsen erhalte. Unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen könne es aber auch vorteilhafter sein, statt einer Zwangsanleihe Steuern zu erheben, weil die Zwangsanleihe dazu führe, daß den Kreditinstituten überhaupt keine Depositen mehr zuflössen. Er halte den Weg der Auflegung einer Anleihe für die Ostbahn insofern für beachtenswert, als es sich hier um Sachwerte handle, für die die Bevölkerung eher etwas zu geben gewillt sein werde. Hinsichtlich einer Zwangsanleihe seien die Verhältnisse im Reich und im Generalgouvernement völlig verschieden. Während im Reihh noch eine Spartätigkeit vorhanden sei, bestehe sie im Generalgouvernement nur im ganz geringen Umfange. Soweit es sich um die Aufbringung von Mitteln für die Erhöhung des Wehrbeitrages handle, halte er den Weg der indirekten Besteuerung immer noch für günstiger als den der direkten Steuern. Das Kontrollwesen, wie es im Reich durch die Reichsfinanzverwaltung geübt werde, funktioniere unter den im Generalgouvernement obwaltenden Verhältnissen nicht. Die Polen hätten, soweit sie von früher Staatspapiere hätten, diese Staatspapiere verloren oder

seien der Auffassung, daß sie sie verloren hätten. Für die polnische Bevölkerung lägen also die Dinge anders als im Reich, vor allem mit Rücksicht darauf, daß vor drei Jahren der Bankerott des polnischen Staates eingetreten sei. Das bedeute einen gewaltigen Aderlaß für diejenigen Kreise der Bevölkerung, die normalerweise für die Bereitstellung von Mitteln in Betracht gekommen wären.

Unter diesen Verhältnissen halte auch er es für geboten, sich einmal mit einer sachwertähnlichen Anleihe auf Staatseigentum des Generalgouvernements wirklich an die breite Öffentlichkeit zu wenden. Man dürfe nicht nur die Kreditinstitute zu einer bestimmten Zahlung verpflichten, sondern müsse versuchen, die große amorphe Masse zu einer Beteiligung an dieser Anleihe heranzuziehen.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß die Hauptabteilung E. u. L. in gewissem Umfange ein sehr guter Kunde bei der Hauptabteilung Finanzen sein könne und auch müsse, weil das Geld, das von der Hauptabteilung Finanzen gegeben werde, wieder währungsstützend wirke, weil die Hauptabteilung E. u. L. tatsächlich Sachwerte schaffe und damit die Währung untermauere. Jede Tonne Getreide, die mit finanzieller Hilfe der Hauptabteilung Finanzen mehr erzeugt werde, stütze in Gestalt der Schaffung eines Sachwertes wieder die Währung. Deshalb müsse unter allen Umständen darauf Bedacht genommen werden, daß Steuererhöhungen wenigstens auf dem Gebiete der Landwirtschaft nicht einträten, sondern die Steuern im Interesse der Aufrechterhaltung von Ruhe, Stabilität und Sicherheit in der Bevölkerung in ihrer bisherigen Höhe beibehalten würden. Ferner müsse an Geld soviel zur Verfügung stehen, daß ein Produktionsprogramm mit Rücksicht auf die vorhandenen Produktionsmittel durchgeführt werden könne. Deshalb sei es auch vom Standpunkt der Landwirtschaft nur zu begrüßen, wenn der Notenumlauf unter allen Umständen gedrosselt werde. Andererseits müßte aber auch das Reich in Gestalt von Kohlen, landwirtschaftlichen Maschinen usw. für die

Steigerung der Produktion Sorge tragen, statt daß es immer nur für die gelieferten Waren Papiergeld zahle. Im übrigen sei auch er der Auffassung, daß der Weg einer Anleihe auf Sachwerte wie diejenige der Ostbahn beschritten werden könne. Hier bestände tatsächlich eine Möglichkeit für die Geldabschöpfung.

Ministerialrat Plodeck ist der Auffassung, daß wohl über die grundsätzliche Behandlung der Frage des Wehrbeitrages Einverständnis herrsche. Vom Standpunkt der Wirtschaft wäre nur zu beachten, daß die Erhöhung des Wehrbeitrages in einer Form erfolgen müsse, die wirtschaftlich gesehen, keine allzu großen Schädigungen mit sich bringe, indem man sie etwa durhh rigorose Steuermaßnahmen zu ermöglichen suche.

Die Frage der Zwangsanleihe müsse unter Berücksichtigung der außerordentlichen Kriegsverhältnisse im Generalgouvernement von rein politischen und psychologischen Gesichtspunkten behandelt werden. Er halte die Auflage einer Zwangsanleihe im Generalgouvernement im gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Unmöglichkeit. Man müssem entscheidenden Wert darauf legen, eine Befriedung des Landes, soweit sie überhaupt noch möglich sei, durchzuführen und alle Maßnahmen dagegen zu treffen, daß es nicht zu einer offenen Revolte komme, zu der die Auflage einer Zwangsanleihe führen könnte. Er sei auch im Zweifel darüber, ob der von Präsident Gerteis vorgeschlagene Weg der Auflage einer Anleihe, der eine gewisse Kompromißlösung darstellen würde, unter den politischen Verhältnissen zur Zeit beschritten werden könne. Immerhin wäre, wenn keine anderen Mittel übrigblieben, die Beschreitung dieses Weges als noch tragbar zu erwägen.

Staatssekretär Dr. Boepple steht ebenfalls auf dem Standpunkt, daß man der Steigerung des Notenumlaufes mit allen Mitteln entgegenwirken müsse. Die Auflage einer

Zwangsanleihe sei unmöglich. Für die einzige richtige Maßnahme hinsichtlich der Finanzierung halte er die Erhöhung der direkten Steuern, während der Weg der Anleihe unter Umständen zu Ungunsten des Generalgouvernements ausschlagen könnte.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß von den indirekten Steuern die Verbrauchssteuern zur Zeit im Jahre höchstens 100 Millionen Zloty einbrächten. Verbrauchssteuern würden fast ausschließlich von Deutschen bezahlt, weil Waren wie das Bier den Polen nicht geliefert würden. Ähnlich sei es auch bei Wodka. Es gebe keine Preissteigerung für die landwirtschaftlichen Artikel und auch keine Preissteigerung für den Tauschwodka. Auf dem Gebiete der direkten Steuern würden die vorhandenen Möglichkeiten von der Finanzverwaltung vollkommen ausgeschöpft. Nach reiflicher Überlegung sei man dazu gekommen, im Interesse der Schleichhandelsbekämpfung die Grundsteuern zu erhöhen. Dieses Ziel lasse sich jedoch mit normalen Mitteln auch nicht wohne weiteres erreichen. Wie man evtl. mit einer Vermögensabgabe vorgehen könne, zeige das Beispiel der Türkei. Die Türkei verlange praktisch einen sehr hohen Prozentsatz der flüssigen Mittel und Betriebskapitals [des] großer Firmen als Sonderauflage um dadurch zu erreichen, die Warenspekulation im weitesten Sinne unmöglich zu machen. Daraus resultiere auch das vollkommene Erliegen des deutsch-türkischen Warenverkehrs.

Auf den Gedanken einer Zwangsanleihenauflage als letzten Auskunftsmittels sei er lediglich auf Grund der Debatte gekommen, zumal er kürzlich von verschiedenen Maßnahmen in anderen Staaten Europas in dieser Hinsicht gehört habe. Für die Erhebung einer Zwangsanleihe lägen die Verhältnisse in den einzelnen Ländern ganz verschieden. Bulgarien z.B. bezahle 25 % sämtlicher öffentlichen Aufträge mit seiner Staatsanleihe. Im Anleihewesen gebe es zahlreiche Möglichkeiten, und die Frage der Anleihewirt-

schaft müsse weniger bei der Finanzverwaltung als beim Bankdirigenten behandelt werden. Namens der Finanzverwaltung bitte er darum, daß im laufenden Jahr für alle möglichen Zwecke einschließlich Ostbahn und Landwirtschaft im Anleihewege 800 Millionen Zloty aufgebracht würden.

Generalgouverneur Dr. Frank weist darauf hin, daß man sich zwar endgültig einig geworden sei, daß der Weg der Anleihe immerhin gewisse Chancen biete, daß aber zunächst eine Anleihe für die Ostbahn aufgenommen werden sollte. Dafür sei ein höherer Betrag von 300 bzw. 400 Millionen Zloty genannt worden. Was sonst noch an Anleihenmöglichkeiten gegeben seien, müßte im Anschluß an dieses erste Experiment mit der Ostbahn erörtert werden.

Präsident Dr. Senkowsky schätzt unter den gegebenen Voraussetzungen einschließlich der Ostbahn den ungedeckten Bedarf an Ausgaben im Interesse des Reiches auf 800 Millionen Zloty. In dieser Summe seien auch die 300 oder 400 Millionen Zloty Anleihe für die Ostbahn enthalten.

Generalgouverneur Dr. Frank betont, daß sich zunächst nur Präsident Gerteis zur Aufnahme einer Anleihe bereit erklärt habe. Im übrigen müsse die Frage der Erhebung von Anleihen bis zur Haushaltsberatung zurückgestellt werden.

Staatssekretär Dr. Bühler stellt auf Grund der Aussprache fest, daß die Frage der Übernahme des Clearing rein negativ zu beantworten sei, daß dem Generalgouvernement auch hinsichtlich der Zinsen für die Zukunft keine Erleichterung geschaffen werde als man nicht in der Lage sei, die Gesamtmenge in Rechnung zu setzen. Sonst sei es lediglich eine leblose und unfruchtbare Verrechnung hin und her. Damit sei effektiv der Wirtschaft, den Interessen des Reiches und des Generalgouvernements in keiner Weise genutzt. Im übrigen schließe er sich den Anregungen bezügl.

Der Erhöhung des Wehrbeitrages und der Aufbringung eines Teils der Finanzierung der Ostbahnanlagen durch Anleihe an.

Generalgouverneur Dr. Frank trifft auf Grund der Aussprache folgende Feststellung:

1. Der Versuch, die Währungs- und Finanzierungssituation des Generalgouvernements gegenüber dem Reich dadurch zu bessern, daß die Schuld des Reiches auf den Haushalt des Generalgouvernements übernommen wird, wird allgemein als nicht durchführbar bezeichnet. Präsident Dr. Senkowsky wird ersucht, dieses Vorhaben keiner weiteren Erörterung zu unterziehen. Wegen der Zins- und Amortisationslast, die das Reich hat, sollen von seiten des Generalgouvernements keinerlei Maßnahmen ergriffen werden.

2. Dem Antrage der Hauptabteilung Finanzen, den Wehrbeitrag so hoch wie nur möglich zu gestalten, muß im allgemeinen Etat entsprochen werden, vor allem im Hinblick auf die Währungslage des Generalgouvernements. Die Erhöhung des Wehrbeitrages muß durch Maßnahmen bewirkt werden, die nicht irgendwie den Wirtschaftsfrieden oder das Vertrauen der Bevölkerung im wesentlichen Umfange gefährden können.

3. Die Anleihepolitik des Generalgouvernements soll vorsichtig, aber doch entschieden in Bewegung kommen. Als erste Maßnahmenist hierbei der Vorschlag des Präsidenten der Ostbahn zu berücksichtigen. Diese Anleihe der Ostbahn ist als Eigentum des Generalgouvernements unter den üblichen Voraussetzungen und der Berücksichtigung der Reichssituation zu betrachten.

4. Angesichts der drohenden ernsten Entwicklung und der Gesamtlage muß dem Reich in jeder Weise geholfen werden. Darüber hinaus hat aber das Reich das größte Interesse daran, daß das Generalgouvernement als Ausstrahlungsbecken der Reichsordnung nicht durch überstürzte Währungs-, Anleihe- und Finanzierungsmaßnahmen in eine Gefahr drohender Unruhen versetzt wird.
5. Weiter müssen alle Maßnahmen ergriffen werden, damit der hemmungslosen Anschwellung des Notenumlaufes im Generalgouvernement entgegengewirkt werden kann.

Mittagspause von 14 Uhr bis 15 Uhr 35 Minuten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird kurz zu der Frage des

Judeneigentums

Stellung genommen.

Generalgouverneur Dr. Frank beauftragt Staatssekretär Dr. Bühler, nach seiner Rückkehr nach Krakau die Frage des Judeneigentums zum Gegenstand einer sofortigen Aussprache mit dem Staatssekretär Krüger zu machen. Generalgouverneur Dr. Frank trifft dabei folgende Feststellung:

1. Ich erkenne die Anordnung des Reichsführers SS Himmler über die Regelung des Judeneigentums im Generalgouvernement nicht an. Sie ist völlig unwirksam, da im Generalgouvernement Verordnungsrecht nur der Generalgouverneur bzw. der Ministerrat für die Reichsverteidigung hat.

2. Da diese Verordnung rechtsunwirksam ist, sind selbstverständlich auch die Auf Grund dieser Verordnung erlassenen Maßnahmen und Befehle des SS-Obergruppenführers Krüger rechtsunwirksam.

3. Die Regelung der Frage des Judeneigentums kann nur so vor sich gehen, daß entsprechend einem Antrage, den die Hauptabteilung Treuhandwesen an den Präsidenten der Hauptabteilung Wirtschaft stellen wird, durch eine Verordnung des Generalgouverneurs das gesamte Judeneigentum Staatseigentum des Generalgouvernements erklärt wird. Über die Verwertung dieses Staatseigentums ist im engsten Einvernehmen mit dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums und den Polizeidienststellen zu verhandeln.

4. Für die Durchführung der Verwertung des in Staatseigentum überzuführenden Judeneigentums soll eine Sonderkommission gebildet werden, deren Vorsitz der Leiter der Abteilung Treuhandwesen in der Hauptabteilung Wirtschaft übernehmen wird.

5. Staatssekretär Dr. Bühler wird beauftragt, die endgültige Formulierung eines diesbezüglichen Erlasses in Zusammenarbeit mit Präsident Dr. Lossacker vorzubereiten.

Ministerialrat Pleideck weist darauf hin, daß nach der bestehenden Rechtsgrundlage das Judeneigentum als herrenloses Gut anzusprechen sei und als solches in das Eigentum des Generalgouvernements übergehen würde. Dieses Vermögen habe, soweit es sich dabei um Grundbesitz handle, einen Wert von etwa 1,5 Milliarde und wäre von der Treuhandstelle zu verwalten. Die bisher bestehende Unsicherheit habe dazu geführt, daß die Gouverneure nicht wüßten, was sie mit diesem Vermögen anfangen sollten. Gleichwohl hätten SS- und Polizeiführer bereits Ausführungsbestimmungen gegeben. Ein SS- und Polizeiführer stehe z.B. auf dem Standpunkt, daß künftig die deutsche Ansiedlungs-Treuhandgesellschaft allein die Aufsicht und das Weisungsrecht in diesen Dingen habe.

Generalgouverneur Dr. Frank wünscht die auf diesem Gebiet bestehende Unsicherheit möglichst bald beseitigt zu sehen und verwahrt sich entschieden dagegen, daß irgendwelche Stellen voreilige Maßnahmen träfen. Wenn eine Regelung dieser Frage im Reich bereits durchgeführt sei, müsse sie auch für das Generalgouvernement maßgebend sein.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Staatssekretär Dr. Bühler an, umgehend im Wege des Fernschreibens Staatssekretär Krüger oder seinen Vertreter zu einer Äußerung über diese Frage zu veranlassen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verkauf von Rüstungswerken.

Präsident Dr. Emmerich erinnert daran, daß die Wehrmacht schon im Jahre 1940 habe erkennen lassen, daß sie für die Betriebe, über die sie sich die Verfügung angeeignet habe, auch das Eigentum beanspruche. Daraufhin seien zwei Maßnahmen getroffen worden, einmal in Gestalt der Verordnung vom 24. September 1940, in der entgegen der Auffassung der Wehrmacht eindeutig festgelegt worden sei, daß das Eigentum des früheren polnischen Staates Eigentum des Generalgouvernements sei, daß andererseits Vermögen des früheren Heeresfiskus eo ipso der Wehrmacht gehöre. Eine zweite Maßnahme sei die Gründung der Werke des Generalgouvernements gewesen als einer Auffanggesellschaft für früheren polnischen Staatsbesitz, soweit er für eine Eingliederung in diese Gesellschaft in Betracht komme.

Die Wehrmacht habe sich formell nie mit der Verordnung vom 24. Sept. 1940 einverstanden erklärt. Praktisch sei man allerdings im Laufe des Jahres 1941 zu einer Liste der Betriebe gekommen, die die Wehrmacht besonders interessierten. Diese Liste habe hinsichtlich des Eigentumserwerbs die Werke Starachowice und Stalowa Wola eingeschlossen. In zahlreichen Verhandlungen, die in Berlin bei General Thomas und in Krakau mit dem Vertreter des OKH Ministerialdirigenten Seidelhak stattgefunden hätten, habe die Wehrmacht eine Anzahl von Betrieben des Generalgouvernements freigegeben bzw. auf sie verzichtet, während sie für andere Betriebe an ihrem Eigentumsanspruch festgehalten habe. Bezüglich der letzteren Kategorie habe er, Präsident Dr. Emmerich, den Standpunkt vertreten, daß, wenn das OKH, das in erster Linie in Betracht komme, bestimmte Betriebe in eigene Regie übernehme, dieser Umstand für die Friedenswirtschaft nicht allzu tragisch zu nehmen sei; denn im Frieden werde die Privatisierung dieser Unternehmungen wahrscheinlich sehr schnell erfolgen, so daß man hinsichtlich der Entscheidung für eine privatwirtschaftliche oder staatssozialistische Richtung diesen Dingen

keine grundsätzliche Bedeutung beizulegen brauche.

Zu den Betrieben, für die ein unmittelbarer Eigentumserwerb durch die Wehrmacht nicht in Betracht komme, gehörten Kamiena als Munitionsfabrik, die Eisenhütte Tschenstochau, die Gewehrfabrik Warschau und andere. Reichsminister Speer und vor allem auch das Oberkommando des Heeres hätten sich dafür eingesetzt, daß für Kamienna endgültige Eigentumsverhältnisse geschaffen würden, und zwar mit dem Hinweis darauf, daß die Fortführung der bisherigen Treuhandgesellschaft der Erhöhung des Rüstungspotentials abträglich sei, und man trotz aller Investitionen, die man in die Betriebe mache, auf große Schwierigkeiten stoße; man könne nicht in Betriebe hinein investieren, die einem nicht gehörten. Über diese Frage sei man dann auch auf Grund der von Berlin aus gemachten Argumentation in Verhandlungen eingetreten.

Die Hasag, Hugo-Schneider A.G., ein Munitionskonzern des Reiches, Sitz Leipzig, sei vor Gründung des Generalgouvernements vom Oberkommandoe des Heeres mit der Führung eines Teiles der Munitionsfabrik Kamiena beauftragt worden. Röchling habe mit der Führung eines anderen Teiles beauftragt. Röchling sei ausgeschieden. Die Hasag habe sich dann unter Führung des Generaldirektors Budin zunächst die Betriebsführung von Kamiena allein angeeignet und habe es verstanden, sich auch Eingang in die eisenschaffende Industrie zu verschaffen. Das Eisenhüttenwerk Tschenstochau sei ein veralteter Betrieb gewesen, den die Dienststelle für den Vierjahresplan habe verschrotten wollen. Das habe damals die Rüstungsinspektion zu verhindern gewußt. Die Rüstungsinspektion habe sodann die Hasag als Betriebsführer ain Tschenstochau eingeführt, was die oberschlesische Industrie, die jede Konkurrenz an ihrer Grenze nach Möglichkeit ausschalten wollte, sehr verärgert habe. Die Übernahme der Eisenhütte Tschenstochau durch die Hasag habe zunächst für die Wirtschaft des Generalgouvernements einen Gewinn bedeutet, sei doch durch diese Übernahme die Vernichtung eines Werkes hintangehalten worden. Kein andere

Betrieb der eisenschaffenden Industrie des Reiches hätte sich dazu bereit gefunden, diese als Bruchbude bezeichnete Hütte zu übernehmen. Die Hasag habe es aus konzernpolitischen Expansionsüberlegungen getan.

Die Pläne, die die Hasag mit diesen Betrieben der eisenschaffenden Industrie gehabt habe, hätten sich im Laufe der Zeit zu Ausbauplänen verdichtet, die dahin gingen, daß dieses weiträumige Werk zur Grundlage einer großangelegten Fabrikation von Generatorfahrzeugen im Generalgouvernement gemacht werden sollte. In dem ganzen Tschenstochaukomplex habe man einen wünschenswerten Beitrag zur Industriewirtschaft des Generalgouvernements erblicken können.

Vor dreiviertel Jahren sei die Verhandlungsgrundlage ungefähr folgende gewesen: Generaldirektor Budin habe die Absicht gehabt, das Werk Tschenstochau zu erwerben, während er für den Erwerb der Munitionsfabrik in Kamiena kein Interesse zu haben vorgab. Jedenfalls habe Generalleutnant Schindler diese Auffassung vertreten. Er, Präsident Dr. Emmerich, habe sich auf den Standpunkt gestellt, daß es, wenn ein Munitionskonzern im Generalgouvernement Fuß fasse, sehr eigenartig aussehe, wenn er ausgerechnet auf die Munitionsfabrik verzichte und sich nur auf die eisenschaffende Industrie festlegen wolle.

Die Munitionsfabrik sei im gesamten Industriekörper des Generalgouvernements ein sehr schwacher Punkt. Jedes andere auch für die Rüstung arbeitende Werk wie etwa die Gewehrfabrik Warschau lasse sich leicht auf Friedensbetrieb umstellen, etwa auf die Herstellung von Werkzeugmaschinen. Sobald aber die Aufträge für Munitionsfabrikation aufhörten, müsse man damit rechnen, daß die Belegschaft des Werkes nach Eintritt des Friedens arbeitslos werde. Deshalb habe er immer Wert darauf gelegt, eine Kombination zwischen Tschenstochau und Kamiena zu finden.

Bei den folgenden Verhandlungen habe Generaldirektor Budin als geschickter Taktiker so getan, als müsse er sich notgedrungen entschließen, die Munitionsfabrik Kamiena in seine Kaufpläne einzubeziehen. Wie sonst bei Kaufverhandlungen hätten dann die Bewertungen stattgefunden, und zwar mit dem Ergebnis, daß Kamiena einen Buchwert von 3o Millionen Zloty hatte, während die Eisenhütte Tschenstochau mit 5,5 Millionen zu Buche stand. Ein kleines Werk in Kielce habe dabei mit seinem Wert nicht besonders berücksichtigt zu werden brauchen.

Es sei nun eine Grundsatzfrage, ob, wenn bestimmte Stellen des Reiches wie das Oberkommando des Heeres den Verkauf eines Betriebes für wünschenswert hielten und im vorliegenden Fall die Hasag für den geeigneten Käufer, man sich von seiten des Generalgouvernements bereit finden könne, einen Betrieb unter einer so erheblichen Herabminderung des Wertes zu verkaufen, wie sie hier gefordert werde. Die Beantwortung dieser Frage hänge jedenfalls von dem betreffenden Betrieb ab. Kamiena sei ein Einzweck-Betrieb. Er, Präsident Dr. Emmerich, sei grundsätzlich bereiter, einer Firma Konzessionen zu machen, die später zu einer vernünftigen Friedensfertigung imstande sei. Es sei unmöglich, einen Betrieb, der einen Buchwert von 3o Millionen Zloty aufweise, für lo Millionen Zl. zu verkaufen. Die Betriebe des Generalgouvernements würden der Regierung mit Recht einen Vorwurf machen können, wenn sie, die zu loo % ihre Kapitallast trügen, der Konkurrenz mit einem Betriebe ausgesetzt seien, der nur zu einem Drittel der Kapitallast in die Wirtschaft des Generalgouvernements hineingehe.

Nach alle dem sei zunächst festzustellen, daß es eine allgemeine Formel für diese Dinge nicht geben könne. Er schlage vor, daß bezgl. Kamiena als eines absoluten Ausnahmefalles ein besonderes Entgegenkommen gezeigt werde. Bei den Verhandlungen sei auch im wesentlichen die Frage

zur Diskussion gestellt worden, ob das hier gezeigte Entgegenkommen nicht zu weit gehe.

Ministerialrat Plodeck bezieht sich auf Verhandlungen, die Ende Oktober 1942 gepflogen worden sind. Das Resultat dieser Verhandlungen sei gewesen, daß man sich auf einen Vorschlag des Generaldirektors Budin und des OKW geeignet habe, nach welchem das Angebot von 16,5 Millionen Zl. - 1o Millionen für Kamiena, 5,5 Mill. für das Eisenhüttenwerk Tschenstochau und 1 Mill. für die Granatenfabrik Kielce - von der Hauptabteilung Finanzen und von ihm als Vertreter der Hauptabteilung Wirtschaft als annehmbar bezeichnet worden sei. Voraussetzung sei gewesen, daß der Leiter der Hauptabteilung Finanzen diesem Vorschlage zustimmen würde. Ministerialrat von Streit und er seien zu ihrer Auffassung aus folgender Überlegung gekommen: In Frage stehe überhaupt nur das Projekt Kamiena; bei den anderen sei die Einigung über die Preisbemessung vorhanden. Bei Kamiena handle es sich um die große Spanne zwischen 1o Millionen Zl. Angebot und 3o Millionen Zl. errechneten Wertes. Diese 3o Millionen setzten sich zusammen aus 2o Millionen für den bebauten Raum, wobei man einen Preis von 4 Rm je Quadratmeter zu Grunde lege, 5 Millionen Zl. für Maschinenteile und 5 Millionen Zl. für Rohstoffe und Halbfabrikate. Nach dem Gang der Verhandlungen und nach dem Eindruck, den Ministerialrat von Streit und er, Ministerialrat Plodeck, gehabt hätten, liege die Besonderheit des Falles darin, daß die Hasag ein Konzern sei, dessen Hereinnahme allgemein wirtschaftlich gesehen für das Generalgouvernement von größtem Interesse sei. Charakteristisch sei auch, daß Generaldirektor Budin bei einem Zustandekommen dieses Kaufvertrages die Garantie übernehme, den Betrieb, der an sich ein reiner Einzweck-Betrieb sei, in eine normale Friedensproduktion umzuschalten, wenn es die Verhältnisse erlaubten, - eine Garantieerklärung, die Generaldirektor

Budin mit allen Mitteln zur Durchführung zu bringen versuchen werde. Diese Erklärung werde Generaldirektor Budin beim Abschluß des Kaufvertrages zu Protokoll geben.

Weiter komme für die Besonderheit dieses Falles in Frage, daß sich die Investitionen, die Budin als Generaldirektor der Hasag und das OKW als Auftraggeber in diese Betriebe, insbesondere in die Eisenhütte Tschenstochau geben würden, nach den übereinstimmenden Erklärungen dieser beiden Stellen, vor allem des OKW, in Größenordnungen von 2o bis 25 Millionen bewegen würden. Weiter sei erklärt worden, daß weder das OKW noch die Hasag wegen dieser Investitionen mit Regressansprüchen an das Generalgouvernement herantreten würden. Auch diese Erklärung würde zu Protokoll des Kaufvertrages genommen werden.

Nun werde außerdem noch darauf hingewiesen, daß bei der von seiten des Generalgouvernements vorgenommenen Kalkulation des Maschinenparks auch wesentliche Maschinen berücksichtigt worden seien, die nach dem Beutebegriff nicht in die Kalkulation hätten einbezogen werden sollen. Ferner werde geltend gemacht, daß bei Abschätzung des baulichen Teiles der Anlage viel zu hoch geschätzt worden sei. In solchen Fällen rechne man auch im Reich mit einem 3o %igen Abschlag der Gesamtschätzung. Wenn alle diese Momente in Betracht gezogen würden, würde man nach Ansicht des OKW auf eine angemessene Preissumme von 1o Millionen Zl. für Kamiena allein kommen. Der Vertreter des OKW habe die feierliche Ab Erklärung abgegeben, daß er nach eingehender Prüfung der Gesamtverhältnisse den Abschlag auf den Preis als angemessen bezeichnen müsse. Er, Ministerialrat Plodeck, sei der Auffassung, daß diese drei Momente den Fall allerdings zu einem einzigartigen machten und die Gefahr der Berufung auf diesen Fall relativ gering sei. Es könne demnach als vertretbar erscheinen, daß man dieses Angebot annehmen könne, ohne daß man besondere Befürchtungen zu hegen brauchte. Man müsse sich dabei auch von der Überlegung leiten lassen, daß Reichsminister Speer in einem Zeitpunkt wie dem gegenwärtigen dem

Willen zum Ausdruck gebracht habe, diese langwierigen Verhandlungen nicht noch weiter zu verzögern, sondern endlich zu einem Abschluß zu kommen, damit die Wehrmacht beim Hasag-Konzern ihre Aufträge realisieren könne.

Unter dem Gesamteindruck dieser Situation hätten Ministerialrat von Streit und er eine Einigung in Aussicht stellen zu können geglaubt und schließlich unter der Voraussetzung der Zustimmung des Präsidenten Dr. Senkowsky die Vorschläge akzeptiert. Er sei auch heute noch der Meinung, daß endlich Klarheit habe geschaffen werden müssen und daß andererseits das finanzielle Problem nur sekundäre Bedeutung habe. Selbstverständlich stelle der Kapitaldienst, den die einzelnen Betriebe trügen, eine Überlegung ernster Art dar. Diese Bedenken könne man aber zurückstellen, umso mehr, als die Hasag am 5.Jan.1943 ihr Unternehmen als Hasag, Eisen und Metallwerke, habe ins Handelsregister eintragen lassen.

Präsident Dr. Senkowsky hat in den Ausführungen des Vorredners gewisse Widersprüche gefunden, die ihn in seiner bisherigen ablehnenden Haltung bestärken. Es sei kein Rüstungsinteresse, daß Kamiena von der Hasag übernommen worden sei, sondern die Hasag habe Kamiena als Regiebetrieb des Oberkommandos der Wehrmacht geführt, d.h. ausschließlich nach wehrwirtschaftlich und nicht nach kommerziellen Grundsätzen. Das OKW habe bei Überprüfung dieser Dinge es auf die Dauern finanziell nicht mehr verantworten können, daß ins Ungewisse hinein gewirtschaftet werde. Aus diesem Gesichtspunkt heraus sei der Wunsch entstanden, Kamiena an die Hasag zu verkaufen. Wenn immer davon die Rede sei, daß Kamiena ein Einzweck-Betrieb sei, so werde zum mindesten das der Beauftragte für den industriellen Wirtschaftsaufbau, die Hauptabteilung Wirtschaft nicht voll bestätigt erhalten. Die Besichtigung des Werkes Kamiena sei so rasch durchgeführt worden, daß eine gründliche Überprüfung der Anlagen nicht möglich gewesen sei. Trotzdem habe man feststellen können, daß es sich bei Kamiena nicht ausschließlich um eine

reinen Einzweck-Betrieb handle, sondern die Abteilung Maschinenbau ohne weiteres auch für andere Zwecke ausgelastet werden könnte. Besonders deutlich gehe das M9S-verhältnis zwischen Angebot und Taxwert aus einer Betrachtung des Werkes Kielce hervor, für das die Hasag 3oo- bis 35o ooo Zloty biete. Er habe bei Besichtigung des Betriebes festgestellt, daß schon ein Bruchteil der maschinellen Anlagen einen höheren Wert darstelle. Auf Grund seiner Erfahrungen schätze er den Gesamtwert auf rd. 4o Millionen Zloty, von denen mit Rücksicht auf den Einzweck-Betrieb noch ein Abstrich gemacht werden könnte. Er habe daher die schwersten Bedenken, unter diesen Voraussetzungen dem Verkauf zuzustimmen.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Präsident Dr. Senkowsky: er habe Direktor Weichmann gefragt, ob das Rüstungsinteresse irgendwie gefährdet sei, wenn die Betriebe nicht verkauft würden. Er habe die Frage verneint und erklärt, daß höchstens eine Auseinandersetzung zwischen OKW und Hasag notwendig sei. Das OKW habe erklären lassen, daß das Rüstungsinteresse ganz dominierend sei, sei anzunehmen, und es werde, wenn die Schwierigkeiten nicht behoben würden, sich überlegen müssen, ob sie auf anderem Wege auszuräumen wären. Er, Präsident Dr. Senkowsky, habe vom OKW eine Bestätigung verlangt, daß der Verkauf aus kriegswichtigen Gründen notwendig sei. Diese Bestätigung habe Ministerialrat Plodeck nicht erhalten.

Ministerialrat Plodeck bemerkt, daß man sie in Form der Aufstellung eines Protokolls erhalten habe.

Präsident Dr. Senkowsky bemerkt, daß er seine Zustimmung unter der Voraussetzung erklärt hätte, daß der Kaufpreis auf 2o Millionen erhöht und die Differenz von 16,5 und 2o Millionen in Höhe von 3,5 Millionen in Hasag-Aktien bezahlt werde, damit das Generalgouvernement am Gedeihen und am Risiko dieser ganzen Unternehmung teilnehmen könne, um anders, als es normalerweise im Rahmen der Hauptabteilung Wirtschaft üblich sei, auf die Gebarung der Firma irgendeinen Einfluß auszuüben.

Staatssekretär Dr. Boepple ist ebenfalls der Auffassung, daß der gebotene Kaufpreis nicht angemessen sei. Andererseits müsse man aber bedenken, daß sowohl Tschenstochau wie Kielce, wenn sie nicht von der Hasag übernommen würden, für das Generalgouvernement wertlos seien. Das Werk Kaniena sei selbstverständlich mehr wert. Wenn man es aber nicht der Hasag übergebe, dann werde es nach wie vor Rüstungsaufträge ausführen, aber am Schluß des Krieges werde es, da es dann keine Aufträge mehr habe, wertlos sein.

Generalgouverneur Dr. Frank neigt dazu, den Kauf zu genehmigen, und zwar aus der allgemeinen Erwägung heraus, daß die Hasag im Generalgouvernement beheimatet sei und dort Steuern zahle. Er bitte deshalb auch Präsident Dr. Senkowsky, seine Bedenken zurückzustellen. Der psychologische Effekt des Neinsagens in dieser Zeit der Entwicklung bedeute eine schwere Belastung. Festgestellt müsse allerdings werden, daß das Generalgouvernemmt bereit sei, ein großes Opfer zu bringen, weiter, daß die Hasag sich verpflichte, in keiner Weise Regressansprüche zu erheben. Er billige die pflichtgemäßen Erwägungen des Präsidenten Dr. Senkowsky vollauf, sei aber aus den anderen Erwägungen heraus bereit, seine Zustimmung zu geben. Er betone ausdrücklich, daß er sich unter äußerster Zurückstellung wichtiger Gesichtspunkte zu dieser Genehmigung bebeit erklärte und mit ihr auf keinen Fall in gleicher Weise gerechnet werden könne.

Staatssekretär Dr. Bühler sieht im Hinblick darauf, daß es sich bei diesem Verkauf um ein privates Unternehmen handle, ein gewisses politisches Risiko darin liegend. Zunächst würden natürlich die Hermann-Göring-Werke hinsichtlich der Steuern die gleichen Bedingungen haben wollen wie die Hasag. Weiter frage es sich, ob die von Ministerialdirigent Seidelhak abgegebene Erklärung als verbindliche Stellungnahme des OKW gewertet werden könne. Endlich müßte auch die Garantieerklärung des Generaldirektors Budin,

daß die Hasag später eine Friedensproduktion aufnehmen werde, möglichst verbindlich gemacht werden; denn bei der von ihm abgegebenen allgemeinen Erklärung könne er sich, wenn eine Krise oder eine Verschiebung in der Auftragslenkung einträge, auf höhere Gewalt hinausreden.

Generalgouverneur Dr. Frank hält es für unmöglich, jemanden auf das festzulegen, was in Friedenszeiten geschehe Man müsse diesen Schritt wagen, auch wenn man daraus Schaden erleide. Er wünsche nicht, daß die Regierungsstellen des Generalgouvernements im Reich wegen dieser Sache angegriffen werden könnten. Ministerialrat Podeck und die anderen Beteiligten hätten das beste herausgeholt und den ursprünglich gebotenen Pries immerhin noch verdreifacht.

Staatssekretär Dr. Bühler erwähnt noch, daß er veranlaßt habe, daß der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums zu dieser Sache gehört werde. Bisher sei keine Äußerung eingegangen.

Präsident Gerteis bittet den Herrn Generalgouverneur um eine grundsätzliche Entscheidung. Die Fahrzeugindustrie die großdeutschen Machtbereiches sei in ihrer Entwicklung außerordentlich gehemmt und genüge in keinem Umfange den Verkehrsbedürfnissen. Die Industrie des Generalgouvernements genüge auch nur füe die Unterhaltung der vorhandenen Fahrzeuge. Schon seit zwei Jahren habe man mit Hilfe der Wagenbauvereinigung eine gewisse Ordnung zu schaffen versucht, und die Verhältnisse hätten sich etwas gebessert. Weiteren Fortschritten stehe aber der Umstand entgegen, daß ein Eigentümer nicht vorhanden sei und infolgedessen notwendige Investitionen nicht durchgeführt werden könnten. Aus diesen Gründen müsse man die Frage erwägen, ob man vielleicht im Generalgouvernement eine Ersatzteilwirtschaft und Zubehörwirtschaft für die Fahrzeugausbesserung in zweiter Linie auch für die Fahrzeugherstellung aufziehe und evtl. als eigenen Betrieb privatwirtschaftlicher Art durchführen könne. Möglichkeiten seien dazu zahlreich

gegeben, im Generalgouvernement seien große Fabriken vorhanden, die früher ähnliche Aufgaben erfüllt hätten. Er werfe deshalb die grundsätzliche Frage auf, ob etwa die Ostbahn den einen oder anderen Betrieb käuflich übernehmen und privatwirtschaftlich betreiben solle.

Generalgouverneur Dr. Frank, Präsident Dr. Emmerich und Präsident Dr. Senkowsky erklären ihr grundsätzliches Einverständnis mit diesem Vorschlag.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Werke des Generalgouvernements

Präsident Dr. Senkowsky führt aus, daß die Werke des Generalgouvernements das vergangene Jahr schlecht und recht überstanden hätten. Er sei mit Präsident Dr. Emmerich nach langen Überlegungen zu dem Schluß gekommen, daß die Werke des Generalgouvernements notwendig seien und man aus dem bisherigen Versagen nicht schließen dürfe, daß die Idee der Gründung der Werke falsch gewesen sei. Es komme nur darauf an, durch eine richtige Führung und Organisation diesem Gedanken auch einen wirklichen Inhalt zu geben.

Er schlage vor, daß der Aufsichtsrat, der zur Zeit infolge des Rücktretens des Gesandten a.D. Rümmelin durch den Stellvertreter Ministerialrat Plodeck geführt werde, zusammentrete und Präsident Dr. Emmerich zum Vorsitzenden wähle. Durch eine wirklich einwandfreie Dienstanweisung für den Vorstand der Werke, der aus dem Präsidenten Decker und dem Direktor Weichmann bestehe, müsse ein kraftvolles Funktionieren des Leitungsapparates der Werke gewährleistet werden. Nach Möglichkeit müsse insbesondere auch der Zweck verfolgt werden, diejenigen Betriebe, die dem Generalgouvernement gehören und für irgendeinen Rüstungsbetrieb verwendet würden, pachtmäßig vergeben würden. Unter solchen Voraussetzungen werde man ein gutes Funktionieren der Werke gewährleisten können. Vielleicht müsse man auch noch im Aufsichtsrat eine Art Aktionsausschuß bilden, der aus

Präsident Dr. Emmerich und Ministerialrat Plodeck bestehe und zu dem er,gegebenenfalls auch herangezogen werden könne. Damit werde erreicht werden können, was man sich im Herbst 1940 bei Schaffung der Werke gedacht habe.

Zunächst sei der Vorstand der Werke mit wenig Sachkunde an die Dinge herangegangen, dann habe sich der neue Aufsichtsratsvorsitzende mit Erweiterungsplänen beschäftigt. Hoffentlich würden in Zukunft auf Grund der gemachten Erfahrungen solche Fehler vermieden werden können.

Präsident Dr. Emmerich hält es für notwendig eine Reformplan für die Werke aufzustellen und sich zu überlegen, wie die Trennung zwischen der einzelnen Betriebsdirektion und der Hauptabteilung Wirtschaft eigentlich erfolgen solle. Aufgabe der Werke könne es nicht sein, eine Konzernverwaltung für Betriebe zu erstellen, die garkeinen inneren Zusammenhang miteinander hätten. Die Werke sollten ursprünglich eine Auffanggesellschaft sein, dazu bestimmt, die gesamten Staatsbetriebe durchzuschleußen. Die Werke hätten auch schon auf Grund dieser Funktion die Ostenergie A.G. geschaffen, mit der die entsprechenden Betriebe als zusammengehörig in eine Gesellschaft überführt worden seien. Diese Gesellschaft habe in der kurzen Zeit ihres Bestehens große Aufgaben zufriedenstellend gelöst.

Er schlage nun vor, daß eine Kommission zunächst einmal die organisatorischen Verhältnisse überprüfe. Er selber habe aus seiner Tätigkeit im Aufsichtsrat den Eindruck gewonnen, daß die Dinge nicht so liefen, wie sie sein sollten, könne aber nicht mit Bestimmtheit sagen, ob diese oder jene Maßnahme geändert werden mpsse. Die Werke hätten in der Vergangenheit dem Generalgouvernement nicht zur Ehre gereicht, und von dem, was bei ihnen nicht gut gegangen sei, sei vieles nach dem Reich gedrungen. Wenn man jetzt neue aufbauen wolle, dann müsse zunächst eine Eröffnungsbilanz aufgestellt werden. Es sei nicht damit getan, daß er zum Vorsitzenden des Aufsichtsrat gewählt werde, sondern die Interessen der Betriebe müßten endlich zur Geltung kommen.

Er habe schon daran gedacht, daß man einige große Betriebe zu selbständigen juristischen Personen mache, um in sie die verantwortliche Führung zu legen und sie aus der Zentralverwaltung heraus zu nehmen, gebe aber zu, daß man auch durch eine straffe Dienstanweisung die juristische Verselbständigung vermeiden könne.

Ministerialrat Plodeck ist der Auffassung, daß es, rein sachlich gesehen, im wesentlichen darauf ankomme, den Verwaltungsapparat und die Aufgabenstellung der Werke so klar zu umreißen, daß künftig eine rationelle Arbeit bei ihnen erwartet werden könne. Der Generaldirektor eines solchen Instituts dürfe mit Recht für sich in Anspruch nehmen, bei Überlegungen, die in der Vergangenheit über das, was gut oder schlecht sei, angestellt worden seien, rechtzeitig in einem Gremium gehört zu werden. Es müsse aber festgestellt werden, daß in dieser Hinsicht die notwendige Fühlungnahme mit dem bisherigen Präsidenten der Werke nicht rechtzeitig hergestellt worden sei. Gewiß habe der Präsident der Werke weitgehend die in ihn gesetzten Erwartungen enttäuscht; aber vielleicht wäre manches der Öffentlichkeit gegenüber und auch im Interesse des Generalgouvernements vermeidbar gewesen, wenn man den Weg einer loyalen Aussprache mit ihm über die schwierigen grundsätzlichen Fragen in richtiger Weise gefunden hätte. Darin liege ein gewisses Entlastungsmoment für den bisherigen Präsidenten Decker.

Er schließe sich zwar der Auffassung des Präsidenten Dr. Emmerich an, daß es keine dankenswerte Inspiration sei, den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen, aber gleichwohl sei Präsident Dr. Emmerich nach seiner ganzen Position als Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft der gegebene Mann für dieses Amt.

Im übrigen drünge die Zeit danach, daß der unglückselige und aufgeblähte Verwaltungsapparat in die richtige Form gebracht werde. Daher müsse auch hinsichtlich der personellen Besetzung der Vorstandsposten ein klares Wort gesprochen werden. Es würde durchaus genügen, wenn der

Vorstand der Werke, wie es auch im Sinne des Aktiengesetzes liege, das die Verantwortlichkeiten in verstärktem Maße in den Vorstand gelegt habe, aus drei tüchtigen Persönlichkeiten zusammengesetzt werde, die die Aufgabe hätten, wirtschafts- und finanzpolitisch wie juristisch die angeschlossenen Werke zu betreuen, aber im übrigen den tüchtigen Betriebsführern draußen in ihrer eigenen Entschlußfähigkeit freie Hand zu lassen. Das setze voraus, daß die in den Vorstand zu berufenden Persönlichkeiten alles das mitbrächten, was man von ihnen billigerweise verlangen könne. Auch Präsident Dr. Senkowsky werde sich nicht auf den Standpunkt stellen wollen, daß das Ausscheiden des bisherigen Präsidenten Voraussetzung für die Bereinigung der Situation sein müsse, sondern daß der Versuch gemacht werden könnte, mit ihm zusammen den dreigliedrigen Vorstand zu bilden, wenn er sich bereit finden sollte, die neue klar bezeichnete Aufgabenstellung zu übernehmen.

Generl gouverneur Dr. Frank bittet im Interesse des Ansehens der Werke Präsident Dr. Emmerich, den Vorsitz im Aufsichtsrat zu übernehmen. Präsident Dr. Emmerich müßte dann in dieser seiner Eigenschaft als erste Maßnahme die Einsetzung der Prüfungskommission anordnen. Für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden würde er Ministerialrat Bodeck vorschlagen. Die Prüfungskommission dürfe vor niemandem zurückschrecken, der für die Prager Aktion verantwortlich sei. Das Ergebnis der Untersuchung festzustellen, sei Aufgabe der Kommission. Sei sie der Ansicht, daß die Verantwortlichen festgestellt werden müßten, damit weitere Schwierigkeiten vermieden würden, dann könne über diese Frage noch in einer besonderen Sitzung gesprochen werden.

Präsident Dr. Emmerich schließt sich der Auffassung des Herrn Generalgouverneurs an, erklärt sich jedoch außerstande, den Posten eines Vorsitzenden des Aufsichtsrats mit irgendwie gearteten Bindungen zu übernehmen, etwa dahingehend, daß er es mit dem bisherigen Präsidenten der Werke

unter allen Umständen nochmals versuchen müsse. Denn wenn die Untersuchung ergeben sollte, daß Präsident Decker nicht die notwendige Autorität genossen habe, dann dürfe man nicht wieder neue Experimente machen, sondern müsse einen klaren Strich ziehen.

Präsident Dr. Senkowsky erklärt sich mit der Einsetzung einer Prüfungskommission einverstanden, gibt aber zu bedenken, daß durch ihre Tätigkeit keine Zeit verloren gehen dürfe. Die Tätigkeit der Untersuchungskommission müsse daher unabhängig von der Bestellung des neuen Vorstandes erfolgen.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Einsetzung der Kommission auf den Fortgang der Dinge keinen Einfluß ausüben werde.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Ernährungssituation - Ablieferungen an das Reich - Spritforderung

Präsident Naumann geht in seinen Ausführungen von dem Grundsatz aus, daß die Erzeugung in ihrer bisherigen Höhe nicht nur zu halten, sondern nach Möglichkeit noch zu steigern sei. Die Vorgänge an der Ostfront würden auch das Generalgouvernement vor neue Überraschungen auf dem Gebiet der Ernährung stellen. Wenn auch die Voraussetzungen für das Anlaufen der Erzeugungsschlacht 1943 im großen und ganzen günstig seien, so dürfe doch andererseits die polnische und ukrainische Bauernbevölkerung nicht durch eine Politik der Nadelstiche beunruhigt werden.

Generalgouverneur Dr. Frank weist darauf hin, daß in der gestrigen Polizeisitzung eine restlose Übereinstimmung zwischen Verwaltung, Polizei und Sicherheitsorganen erzielt worden sei. Das gelte vor allem auch für die Einstellung der Binnenumsiedlung.

Präsident Naumann bittet dann, für die Männer, die im Lande verstreut ihre Tätigkeit im Interesse der Landwirtschaft ausübten eine größere Sicherheit zu schaffen. Ein Rechtsanspruch an das Generalgouvernement bestehe für den Fall, daß sie das Opfer von Überfällen würden, bis heute nicht, trotzdem sich die Hauptabteilung E.u.L. ständig bemüht habe, einen solchen Rechtsanspruch zu schaffen.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt Präsident Naumann anheim, einen entsprechenden Vorschlag zu machen.

Weiter geht Präsident Naumann darauf ein, daß das Reichskommissariat Ukraine neuerdings wieder die Gestellung von 1oo ooo Panjewagen und 5o ooo Pferden gefordert habe. Nach langen Verhandlungen sei zwar diese Forderung auf 2oooo Panjewagen und 1o ooo Pferde herabgesetzt worden, er habe aber erklärt, daß er auch diese Menge nicht liefern könne. Nun solle wieder ein neuer Befehl von der Dienststelle des Vierjahresplans gekommen sein.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Präsident Naumann an, gegebenenfalls seine Entscheidung einzuholen und vorläufig keine dieser Lieferungen zu tätigen.

Präsident Naumann nimmt dann auf die Frage Bezug, welche Produktionsmittel dem Generalgouvernement in diesem Jahre zur Verfügung stehen werden. Er bittet vor allem, dafür Sorge zu tragen, daß die geringen Mengen Stickstoff, die vor allem in Moscice erzeugt würden, auch rechtzeitig zur Verfügung gestellt werden könnten.

Generalgouverneur Dr. Frank will die Besprechung dieser wichtigen Probleme der Ernährung und der Sicherung der Ernte dieses Jahres einer besonderen Sitzung vorbehalten wissen.

Präsident Naumann gibt nunmehr einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements. Man werde bis zur neuen Ernte schlecht und recht durchkommen müssen. Der ursprüngliche Plan, 2 Mill. Menschen aus der allgemeinen Versorgung auszuschalten, sei ja mittlerweile fallen gelassen worden. Das bedeute, wenn man die Leistungen für das Reich mit 76o ooo to Getreide insgesamt einsetze, bis zur Ernte 1943 eine Fehlbilanz von

160 000 to Getriede. Die Lage werde noch dadurch verschärft, daß man zuviel Hafer und zu wenig Roggen in Vorrat habe. Man habe in den letzten Wochen versucht, die Bilanz insoweit zu bereinigen, als man die Wehrmacht gebeten habe, auf die Lieferung gewisser Mengen zu verzichten. Die Verhandlungen seien auch in so weit von Erfolg begleitet gewesen, als die Wehrmacht bis zum 31. August 1943 auf 39 000 to Getreide insgesamt verzichte. Der entstehende Fehlbetrag solle durch Lieferung von Zucker, Butter und Fleisch gedeckt werden. Darüber hinaus müßten noch 35 000 to Getreide eingespart werden. Diesen Fehlbetrag hoffe man dadurch auszugleichen, daß man im Frühjahr mehr Kartoffeln zuteile und hier und da einam 14 tagelang die Brotration kürze. Diese Situation, die man mühselig aufgebaut habe, werde nun aber wieder durch eine neue Forderung des Reiches gestört, und zwar fordere das Reichswirtschaftsministerium durch Präsident Kehrl die Lieferung von 100 000 Hektoliter Feinsprit, was einer Lieferung von 100 000 to Kartoffeln entspreche.

Generalgouverneur Dr. Frank ersucht Präsident Naumann, ihm diese Forderung amtlich zuzuleiten.

Präsident Dr. Emmerich bemerkt, daß die Forderung an ihn ergangen sei, da alle Forderungen der Rüstungswirtschaft bei ihm anzumelden seien. Im vorliegenden Falle handle es sich um die Durchführung eines Sprengstoffprogramms.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt danach fest, daß zunächst nur ein Anruf bei der Hauptabteilung Wirtschaft vorliege, von dem behauptet werde, daß er von Präsident Kehrl ausgehe. Wenn dieser Antrag schriftlich eingehe, werde er sich über die Frage weiter unterrichten lassen.

Präsident Dr. Senkowsky bemerkt, daß Präsident Kehrl Antwort binnen kürzester Frist erwarte und wissen wolle, ob das Generalgouvernement Kartoffeln oder Sprit zu liefern in der Lage sei.

Generalgouverneur Dr. Frank lehnt es ab, sich überhaupt in eine Debatte über diese Frage einzulassen, und betont, daß diese Forderung für ihn vorläufig nicht existiere.

Präsident Naumann wendet sich in diesem Zusammenhang entschieden gegen jede weitere Belastung der Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements und stellt ausdrücklich fest, daß Wünsche nach Rationserhöhungen usw. jetzt nicht mehr Berücksichtigung finden könnten. Es gehe unmöglich an, daß angesichts der bestehenden Ernährungsschwierigkeiten noch noch loo ooo Menschen zusätzlich besser versorgt würden. Während man schon die Angehörigen der polnischen und ukrainischen Polizei besser versorge, sollten nun auhh die Deutschstämmigen die deutschen Lebensmittelrationen erhalten. Weiter sei mit dem Zuzug von Tausenden deutscher Kinder zu rechnen. Und wenn sich jetzt gar General Schindler auf ein Schreiben des Reichsministers Speer berufe, in welchem er ersucht werde, die Rüstungswerke anzuweisen, sie sollten Lebensmittel aus dem Lande kaufen, so seien das Dinge, die er unter keinen Umständen mehr vertreten könne.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt zur Kenntnis, daß er erst dann zu dieser Spritforderung Stellung nehmen werde, wenn an ihn ein amtliches Schreiben darüber gelangt sei. Er habe dem Reichsmarschall geschrieben, daß es ihm angesichts der erwähnten Umstände nicht möglich sei, das dem Generalgouvernement auferlegte Soll unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen zu erfüllen. Der Reichsmarschall wisse also, daß eine weitere Lieferung über das hinaus, was man bisher übernommen habe, ebenso unmöglich sei wie schon jetzt die völlige Erfüllung des dem Generalgouvernement auferlegten Solls.

Auf eine Frage des Generalgouverneurs Dr. Frank erwidert Präsident Naumann, daß von den 6oo ooo to, deren Lieferung dem Generalgouvernement auferlegt worden sei, bis jetzt insgesamt an Reich und Wehrmacht 42o ooo to geliefert worden seien.

Generalgouverneur Dr. Frank weist Präsident Naumann nochmals an, zunächst nichts mehr an das Reich zu liefern, solange die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.

Andererseits dürfe aber nicht der Anschein einer Weigerung gegenüber dem Reich erweckt werden. Er werde gegebenenfalls den Notstand deklarieren und erklären, daß auf keinen Fall mehr geleistet werden könne, wenn man die Ernährungsmöglichkeiten des Generalgouvernements aufrecht erhalten wolle. Der ungünstigste Fall sei der, daß der Reichsmarschall unbedingt auf weiteren Lieferungen bestehe; dann müßten erneut Verhandlungen eingeleitet werden. Er ersuche also die beteiligten Stellen, sich absolut an seine Weisung zu halten, die dahin gehe, daß bis zur Entscheidung des Briefwechsels mit weiteren Ablieferungen an das Reich gewartet werde.

Generalgouverneur Dr. Frank ermächtigt sodann Präsident Naumann, auf der Tagung der Kreislandwirte in Zakopane davon Mitteilung zu machen, daß über die in der Sitzung besprochenen Fragen eine restlose Übereinstimmung zwischen Regierung, Staatssekretär Krüger und Partei bestehe. Vor allem müsse der Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt werden, daß die Sicherheit des Landes nicht mehr gewährleistet sei, wenn die Ernährung eines großen Teiles der Polen aufgegeben werde.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 17 Uhr 25 Minuten.

A r b e i t s s i t z u n g

im Königssaal der Burg zu K r a k a u

Mittwoch, den 14.April 1943.

Thema: Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement.

Ausgefertigt 1.4 Exemplaren:

1. z.d.A. d.Kanzlei des GG.
2. Staatssekretär Dr.Bühler
3. Präsident Ohlenbusch
4. ~~z.d.A. d.Kanzlei des GG.~~
   O.L.G.R. Dr. Weh

Beginn der Sitzung 11 Uhr 10 Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur ergreift zunächst Staatssekretär Dr. Bühler das Wort. Er führt aus:

Das Problem der Ernährung der im deutschen Interesse arbeitenden fremdvölkischen Bevölkerung ist neben dem Sicherheitsproblem eines der brennendsten Probleme in diesem Raum geworden und erheischt gebieterisch eine Lösung.

Zunächst war dieses Problem überhaupt nicht dringend. Die einheimische Bevölkerung konnte sich aus den im Raum vorhandenen Reserven und mit einem kleinen ihr amtlich zugeteilten Zusatz ernähren. Mit Beginn des Russenfeldzuges ist aber das Problem der Versorgung der einheimischen Bevölkerung immer akuter geworden. Wir mußten unsere Anstrengungen auf den Sektoren der Produktion und der Verteilung der landwirtschaftlichen Erzeugung so forcieren, daß wir bei längerer Dauer des Krieges genötigt waren, die gesamte im Gebiet des Generalgouvernements arbeitende Bevölkerung mit einem Existenzminimum an Gütern zu versorgen. Mitten in diesen Vorbereitungen wurden wir allerdings von dem Verbot des Reiches, die Sätze der einheimischen Bevölkerung zu erhöhen, überrascht. Das Generalgouvernement wurde in einem die Leistungsfähigkeit dieses Raumes weit übersteigendem Maße vom Reich zu Leistungen herangezogen.

Dazu kommt nun der Umstand, daß die Rüstungsindustrie weitgehend eine Sonderversorgung ihrer Arbeiter und nunmehr auch der Angehörigen dieser Arbeiter verlangt, - jene Rüstungsindustrie, die in diesen Raum zusammen mit der Wehrmacht einzog, die aber auch heute

noch ihre Anstrengung, im fremden Raume für die deutsche Rüstung zu arbeiten, vervielfacht und von uns als der Regierung des Generalgouvernements die von ihr für erforderlich gehaltene Versorgung mit Rohstoffen und Lebensmitteln für die Arbeiter und ihre Angehörigen verlangt. Täglich stellen sich neue Herren vor, die vom Reich den Auftrag haben, Industrien im Generalgouvernement aufzuziehen, Industrien, die durch Luftangriffe im Reich geschädigt sind, hierher zu verlegen. Täglich höre ich von neuen Aufträgen oder von der Erweiterung alter Aufträge, die auf die bereits arbeitenden Rüstungsindustrien verlagert worden sind. Um nur einige der Anforderungen, die vom Reich an uns gestellt werden, zu erwähnen: so verlangt z.B. Reichsminister Speer die überreichliche Versorgung der in der Panzerfertigung tätigen Arbeiter. Der Rüstungsinspekteur hat auch die überreichliche Versorgung der in der Karabinerfertigung tätigen Arbeiter gefordert. Die Wehrmacht verlangt die bevorzugte Versorgung der in ihrem Sektor arbeitenden fremden Bevölkerung; das sind über 113 ooo Mann. Daneben befiehlt Generalfeldmarschall Milch die bevorzugte Versorgung der rückwärtigen Frontreparaturwerkstätten. Reichsminister Speer verlangt die Versorgung der Familienangehörigen der in der OT. tätigen Beamten, und das Reichswirtschaftsministerium will die Versorgung der in der Erdölindustrie und in den Gruben tätigen Arbeiter gesichert sehen. Gauleiter Sauckel bezeichnet die Versorgung der Angehörigen der im Reich arbeitenden Polen als dringend wünschenswert. Ebenso wird die Versorgung der Angehörigen der im deutschen Wehrinteresse arbeitenden fremden Bevölkerung heute mit größtem Nachdruck von uns gefordert. Der Reichsernährungsminister erwartet eine Erhöhung der Lieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen im nächsten Jahr.

Diese von allen Seiten an die Ernährungskraft des Generalgouvernements gestellten Forderungen geben Anlaß zur Selbstbesinnung. In dem bisherigen Tempo und mit dem bisherigen unorganischen System kann meines Erachtens nicht weitergearbeitet werden. Daher ist die Erstellung eines Systems und eines Planes für die Versorgung der Bevölkerung des Generalgouvernements eine der dringendsten Aufgaben. Ich habe deshalb mit dem Reich, insbesondere mit der Dienststelle des Vierjahresplanes Verhandlungen aufgenommen und auch eine Aufgeschlossenheit dahin gefunden, daß für das kommende Wirtschaftsjahr eine im einzelnen noch zu erörternde planvolle Regelung durchgeführt werden soll. Heute ist aber die Situation bereits so schwierig geworden, daß ich nicht darauf verzichten kann, für sofort eine anderweitige Regelung und einen entsprechenden Nachlaß der Leistungen gegenüber dem Reich zu fordern.

Ich kann schon heute sagen, daß der <u>polnische Arbeiter im Generalgouvernement</u> schlechter versorgt ist als der ausländische Arbeiter im Reich, als der Ostarbeiter in den Reichsländern, als der polnische und auch der sowjetische Kriegsgefangene, ganz zu schweigen von den Verbrauchersätzen, welche der tschechischen Bevölkerung im Protektorat und der Polnischen Bevölkerung in den eingegliederten Ostgebieten zugestanden werden. Trotzdem wird von der polnischen Bevölkerung der gleiche Arbeitserfolg verlangt wie in diesen Gebieten. Das berechtigt die Regierung des Generalgouvernements, einmal eine grundsätzliche Regelung vom Reich zu verlangen.

Man wendet immer wieder ein, daß ja im Generalgouvernement im Schleichhandel alles zu haben sei. Diese Behauptung stützt sich aber nur auf Erscheinungen, wie sie in jedem Kriegsgebiet auftreten. Man möge sich doch beim Reichsernährungsministerium danach erkundigen, ob das Generalgouvernement auf dem land-

wirtschaftlichen Sektor nicht eine Erfassung durchgeführt hat, die in keiner Weise mehr hätte gesteigert werden können. Allerdings ist zu erwarten, daß im kommenden Jahre die Erfassung kaum in der bisherigen Art aufrechterhalten werden kann.

Generalleutnant Schindler gibt seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß es ihm im Rahmen der heutigen Sitzung möglich sei, die Nöte der Rüstungsindustrie vor einem größeren Kreise vorzutragen. Das Problem der Verpflegung der Rüstungsarbeiter stehe im Zusammenhang mit dem Dilemma der Währung. Der Rüstungsarbeiter erhalte im Durchschnitt 23o Zloty Lohn im Monat. Nach Abzug der Wohnungsmiete und dessen, was er sich auf Marken kaufen könne, bleibe ihm eine Summe von 16o Zloty, für die er sich vielleicht ein halbes Kilo Butter kaufen könne. Der Rüstungsarbeiter erhalte als Schwerstarbeiter auf seine Karte das, was der Normalverbraucher im Reich erhalte. Seine Familienangehörigen erhielten nur etwas Brot, und vielleicht sei es ihm möglich, noch etwas Fleisch, etwas Zucker und etwas Marmelade zu bekommen. Angesichts der mangelhaften Ernährung bringe der Rüstungsarbeiter bei lostündiger Arbeitszeit nur eine Leistung von 5o bis 6o % auf. Im allgemeinen könne man aber wohl nur mit einer Durchschnittsleistung von 4o % rechnen. Viele Arbeiter arbeiteten auch 12 und 14 Stunden, und manche sähen sich angesichts der Notlage gezwungen, außer diesen 14 Stunden noch irgend welche Schwarzarbeit zu leisten. Dass unter solchen Umständen die Leistung der Rstungsindustrie im weiten Maße zurückgehen müsse, daß aber andererseits auch die bisherige Regelung nicht mehr aufrechterhalten werden könne, sei selbstverständlich.

Der Rüstungsarbeiter habe sich dreiundhalb Jahre lang durch diese Not durchgerungen und durchgehungert, er habe seine wenigen Wertsachen verkauft, seine Wohnung abgegeben und besitze höchstens noch einen Anzug, sei auch nicht in der Lage, sich angesichts der übermäßig hohen Preise einen neuen Anzug zu kaufen. Andererseits müsse anerkannt werden, daß dieser Rüstungsarbeiter dreieinhalb Jahre hindurch eine bedeutende Arbeit geleistet habe und daß in dieser Zeit so gut wie kein Sabotageakt vorgekommen sei. Es sei aber zu befürchten, daß diese ruhige Stimmung des Rüstungsarbeiters nicht mehr lange anhalten werde. Wenn Betriebsführer erschossen würden, wenn das Lohngeld nicht mehr herangebracht, wenn die Verbindung zwischen den einzelnen Werken nicht mehr hergestellt werden könne, dann könne man nicht mehr lange mit der Ruhe der Arbeiterschaft rechnen. Der Schutz der Werke selber sei völlig unzureichend. In einem Betriebe mit 12 ooo Fremdvölkischen bestehe vielleicht ein Werkschutz von 12o Mann, von denen nur 2o Deutsche seien. Wenn eine Änderung in diesen Verhältnissen nicht eintrete, dann könne er die Verantwortung für die weitere Sicherung der Arbeit der Rüstungsindustrie nicht mehr übernehmen.

Das erste, was geschehen müsse, sei nach alledem eine Besserung der Versorgung. Er habe vor einiger Zeit vorgeschlagen, daß sich die beteiligten Stellen einmal über die Sätze einigen sollten, die sie verlangen wollten. Die Regierung müsste sich dann darüber klar werden, für welche Bereiche von Arbeitskräften diese Sätze gefordert werden sollten. Es müßte eine gemeinsame Aktion etwa dergestalt erfolgen, daß er sich als Rüstungsinspekteur an den Reichsminister für Waffen und Munition wende, daß der Generalgouverneur an das

Reichsernährungsministerium herantrete, daß die Hauptabteilung Arbeit an Gauleiter Sauckel und die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an den Reichsernährungsminister sich wende. Jedenfalls müsse eine generelle und für längere Dauer wirkende Regelung erreicht werden.

Nach seinen bisherigen Erfahrungen könne er feststellen, daß die Polen, wenn sie einigermaßen zufriedenstellend ernährt würden, zu jeder Arbeit sich bereit fänden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Schindler, daß insgesamt 1o7 ooo Arbeiter in der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements beschäftigt seien. Dazu kämen noch 126 ooo Angehörige dieser Arbeiter, so daß also insgesamt 233 ooo Personen für die Neuregelung der Verpflegung infrage kämen. Als Maßstab für die Verpflegung könnten die Warthegausätze oder die Reichssätze minus 1o % gelten.

Präsident Gerteis führt aus, daß im Bereiche der Ostbahn die Verhältnisse ähnlich lägen wie in der Rüstungsindustrie. Die Zahl der bei der Ostbahn beschäftigten fremdvölkischen Bediensteten betrage ohne Angehörige 145 ooo. Dazu komme noch eine Zahl von etwa 55 ooo Arbeitern, die für Wehrmachtsbauten eingesetzt sei. Auch bei der Ostbahn sei die Verpflegung der Arbeiter nicht ausreichend. Wenn man die Angehörigen zur Zahl der Bediensteten hinzurechne, so seien es insgesamt 6oo ooo Menschen. Man sei sich nun darüber einig geworden, daß man als Mindestsatz den Satz des Warthegaues fordern müsse, der aber auch den Familienangehörigen zu geben wäre. Für die polnischen Bediensteten habe man in Gestalt der Werkküchen eine Zusatzverpflegung eingeführt, die aber wieder den Angehörigen

nicht zugute komme. Auch bei der Ostbahn müsse man die Beobachtung machen, daß die Bediensteten oft aus den Betrieben wegblieben, um für sich und ihre Angehörigen Lebensmittel einzukaufen. Nach alledem könne er sich nur den Ausführungen des Generalleutnants Schindler anschließen und darum bitten, daß baldmöglichst eine Neuregelung der Verpflegung der polnischen Bediensteten getroffen werde. Auch er könne im übrigen feststellen, daß innerhalb des Betriebes nur ganz wenige Sabotagefälle vorgekommen seien.

Präsident Dr. Lauxmann kann mitteilen, daß die Lage bei der deutschen Post Osten im allgemeinen derjenigen in der Rüstungsindustrie und der Ostbahn ähnlich seien. Bei der Post lägen nur die Verhältnisse insofern etwas günstiger, als sie nur 25 ooo polnische Bedienstete mit 5o ooo Angehörigen habe. Auch hier liege der Hauptmangel darin, daß die Familienangehörigen gar nichts erhielten und daher die Bediensteten genötigt seien, außerhalb ihrer Dienstzeit Lebensmittel im Schleichhandel zu kaufen. Die Postämter meldeten ganz allgemein eine große Dienstwilligkeit des polnischen Personals, das trotz der schlechten Ernährungslage geradezu erstaunliche Leistungen vollbringe. Immer wieder werde aber darüber geklagt, daß gerade im Fernmeldesektor die gesamten Verbindungen zwischen Ostfront, Ostgebieten und Reich von den Polen abhängig seien.

Oberlandforstmeister Dr. Eißfeldt weist daraufhin, daß für die Forstverwaltung eine besondere Schwierigkeit darin liege, daß die polnischen Bediensteten zumeist draußen im Walde arbeiteten, wo sie sich keine Mahlzeit bereiten könnten. Sie seien daher genötigt, Brot, Mehl usw. mitzunehmen. Die Forstverwaltung habe mit der Hauptabteilung E.u.L. bisher sehr gut zusammengearbeitet, die Hauptabteilung E.u.L. habe auch gegeben,

was ihr zu geben möglich gewesen sei. Gleichwohl wäre aus den schon angeführten Gründen auch eine Erhöhung der Sätze für die polnischen Bediensteten der Forstverwaltung wünschenswert. Abgesehen von den in den Sägewerken und in der Holzindustrie beschäftigten Arbeitern hätten bisher die Arbeiter in der Forstwirtschaft kein Fleisch und kein Fett erhalten.

Im ganzen beschäftige die Forstverwaltung 18o ooo polnische Arbeiter. Dabei sei zu berücksichtigen, daß ein Teil dieser Arbeiter auf dem Lande lebe und als Selbstversorger anzusprechen sei. 5o ooo Arbeiter erhielten die vollen Sätze. Andererseits müsse man auch bedenken, daß die Selbstversorger angesichts der strafferen Erfassung immer schlechter daran seien. Aus diesem Grunde müßte vielleicht die Selbstversorgergrenze nach Möglichkeit herabgesetzt werden. Angesichts der allgemeinen Unsicherheit besonders im Distrikt Lublin sei es erstaunlich, daß man die Leute immer noch zur Arbeit heranziehen könne. Sie würden oft überfallen, man nehme ihnen die Gespanne weg usw.. Er könne mit den Leistungen, die heute immer noch im Walde vollbracht würden, im allgemeinen ~~immer~~ recht zufrieden sein.

Präsident Bauder kann berichten, daß auch im Rahmen der Hauptabteilung Bauwesen die Verhältnisse ähnlich lägen. Eine Erleichterung liege allerdings darin, daß die Arbeiter zu einem Teil Selbstversorger seien. Insgesamt beschäftige die Hauptabteilung einschließlich Rüstungsbauten 45 ooo Fremdvölkische ohne Angehörige.

Präsident Dr. Senkowsky beschäftigt in der ihm unterstellten Verwaltung rd. 21 ooo nichtdeutsche Arbeitskräfte, in der Hauptsache Werkarbeiter. Bei der

Monopolverwaltung seien viele Frauen beschäftigt, deren Männer als Rüstungsarbeiter oder in anderer Eigenschaft schon einmal erfaßt seien. Es sei sehr schwer für jede Verwaltung, genau anzugeben, wieviel Familienangehörige sie nachweisen solle, damit Doppelerfassungen vermieden würden. Er könne schätzungsweise erklären, daß der Zahl von 21 ooo Arbeitskräften etwa 5o ooo Familienangehörige gegenüberständen, sei aber überzeugt, daß ein hoher Prozentsatz anderwärts in Arbeit stehe und dort auch erfaßt werde.

Generalintendant Reiß dankt zunächst der Regierung des Generalgouvernements für die Fürsorge, die sie den im Bereiche der Wehrmacht beschäftigten fremdvölkischen Arbeitern im vergangenen Jahre gewährt habe. So sei es auch möglich gewesen, größere Sabotageakte zu vermeiden. Ebenso dankbar sei er dafür, daß es möglich gewesen sei, in besonders wichtigen Werkstätten den Familienangehörigen die Verpflegung zu gewährleisten, sofern die Familienangehörigen auf bestimmte Geschäfte angewiesen seien. Insgesamt beschäftige die Wehrmacht 1o8 oqo fremdvölkische Arbeiter, von denen 35 ooo Schwerstarbeiter seien. Er bitte, zu genehmigen, daß diesen Arbeitern dieselben Sätze gewährt würden wie den Arbeitern bei der Rüstungsinspektion. Entsprechend einem Sonderwunsche des Wehrkreisbefehlshabers bitte er dann, daß die 8o ooo Familienangehörigen genau so versorgt würden wie die Familienangehörigen der in den Volkreparaturwerkstätten beschäftigten Arbeiter. Für eine genaue Nachprüfung der Verhältnisse übernehme seine Dienststelle die Gewähr.

Generalleutnant Becker teilt mit, daß die Polizei durch die Hauptabteilung E.u.L. einigermaßen besser gestellt sei. Durch die gewährten Sätze seien auch die Angehörigen der ukrainischen und polnischen Polizei bis zu einem gewissen Grade gesichert, so daß sowohl die

im Dienst stehenden Beamten wie auch ihre Familienangehörigen ernährt werden könnten. Anträge besonderer Art habe er daher nicht zu stellen.

Präsident Dr.Losacker weist darauf hin, daß der gesamte Unterbau der allgemeinen Verwaltung sich aus fremdvölkischen Kräften zusammensetze. Es gebe eine polnische bzw. ukrainische Selbstverwaltung. Hier eröffneten sich dieselben Schwierigkeiten, wie sie Generalleutnant Schindler dargetan habe. Es sei bisher immer unmöglich gewesen, die im deutschen Interesse arbeitenden Polen, insbesondere die städtischen Beamten auskömmlich zu versorgen. Nach den Berichten seie die Versorgung der Lehrer ganz besonders schlecht. Deshalb hätten die Kreishauptmänner von sich aus die ihnen überantworteten Beamten und Angestellten einigermaßen auskömmlich mit Lebensmitteln versorgt. Entsprechende Anweisungen seien stets im Einvernehmen mit der Hauptabteilung E.u.L. hinausgegangen.

Das zur Behandlung stehende Problem stelle ein Kernproblem der Verwaltung dar. Die Sicherheitslage, die Leistung der gewerblichen Wirtschaft, die Fragen der Währung, die Durchsetzung von Anordnungen usw. nähmen sämtlich ihren Ausgang in der völlig unzureichenden Versorgung der polnischen Bevölkerung mit Lebensmitteln. Sie habe dazu geführt, daß im Laufe der dreieinhalb Jahre die Erfindungskraft des polnischen Volkes ganz besonders gesteigert worden sei. Die Polen hätten es verstanden, mehr und mehr das ihnen zugemutete offizielle Verhungern durch Mittel auszugleichen, die wiederum auf dem Rücken der deutschen Verwaltung ausgetragen würden. Zweifellos werde die Leistungsfähigkeit infolge der unzureichenden Ernährung sehr stark gehemmt. Aus Berichten gehen hervor, daß ein großer Teil der gewerblichen Wirtschaft dazu benutzt würde, Gegenstände herzustellen, die im Tauschweg gegen Lebensmittel eingetauscht würden. Auf diese Weise gehe

kriegswichtigstes Material wie Kupfer, Spinnstoff, Leder usw. der deutschen Kriegswirtschaft verloren. Eine Folge der Zuteilungsmethode sei es, daß die Wirtschaft mehr und mehr in eine Ausweichfunktion hinübergeleitet worden sei.

Von besonderer Wichtigkeit sei immer die Frage gewesen, wie der Schleichhandel energisch bekämpft werden solle. In Zeiten, in denen die Ernteerfassung durchgeführt werde, sei eine Schleichhandelsbekämpfung durchaus am Platze. Andererseits habe man aber die Frage aufgeworfen, ob nicht nach Durchführung der Ernteerfassung ein freier Lebensmittelmarkt eingeführt werden solle. In dieser Forderung liege doch wohl eine gewisse Logik. Man könne unmöglich Zuteilungen, die man selber für ungenügend halte, dadurch sanktionieren, daß man wieder gegen die Ausflüchte, die das polnische Volk und der polnische Arbeiter um ihrer Existenz willen suchen, mit aller Gewalt vorgehe. Daß rein verwaltungsmäßig diese Scheinzuteilungen enorm geschadet hätten, liege auf der Hand. Wenn feststehe, daß das polnische Volk mit diesen Zuteilungen nicht durchgekommen sei und sich illegal einigermaßen versorgen müsse, dann leide unter diesem Tatbestand auch die übrige Moral: dann würden eben die übrigen Anordnungen auch nicht so befolgt, wie es erforderlich wäre, weil man eine mangelnde Ernsthaftigkeit auch in anderen Dingen voraussetze.

Zweifellos bestehe zwischen der Ernährungspolitik und der Wirtschaftspolitik ein engerer Zusammenhang, als das zumeist beachtet worden sei. Deshalb müßte ein enges Zusammenarbeiten auf dem gewerblichen, wirtschaftlichen und industriellen Sektor mit der Ernährung und Landwirtschaft herbeigeführt werden.

Er habe diese allgemeinen Gedanken herausgestellt, weil er insbesondere bei seiner Tätigkeit als Beauftragter für die Verwaltungsvereinfachung immer wieder auf diesen Punkt stoße. Bei Besprechungen in Berlin vertrete er diese Auffassung auch, und bei polizeilichen Kreisen habe er Verständnis dafür gefunden, daß diese Frage einer endgültigen Klärung zugeführt werden müsse. Auch von seiten des Reichssicherheitshauptamtes werde die Forderung vertreten, daß die Ernährungssätze erhöht werden müßten. Wenn eine Normierung auf etwa 1o % unter den reichsdeutschen Sätzen vorgeschlagen werde, dann könne er nur betonen, daß nach in seiner Abteilung getroffenen Feststellungen eine Normierung auf etwa 2o % unter den reichsdeutschen Sätzen schon einen ganz gewaltigen Widerhall finden würde.

Hauptabschnittsleiter Stahl weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die Parteiarbeit infolge der sehr starken Unsicherheit in Mitleidenschaft gezogen werde. Man könne kaum noch Parteiveranstaltungen durchführen; Abendveranstaltungen seien so gut wie unmöglich. Diese allgemeine Unsicherheitslage sei in erster Linie durch die Ernährungslage bestimmt.

Bereichsleiter Stahr erinnert daran, daß er bereits vor einigen Wochen dem Herrn Generalgouverneur Bericht über die Lage gegeben habe. Er habe in den letzten Monaten mit Betriebsführern fast aller Wirtschaftszweige Besprechungen durchgeführt und dabei die Leistungssteigerung in den Vordergrund gestellt. Wenn in der gewerblichen Wirtschaft die Leistung um 5o bis 6o % zurückgehe, so sei das in erster Linie auf die ungenügende Verpflegung der Arbeiter zurückzuführen.

Viele Arbeitskräfte arbeiteten in der Woche nur 2 oder 3 Tage, weil sie an den anderen Tagen sich im Schleichhandel Lebensmittel besorgten. In einem Betriebe mit 12oo Arbeitskräften seien in einer Woche 1 5oo Arbeitsstunden ausgefallen. Die fremdvölkischen Arbeiter hätten eben kein Interesse, in der gewerblichen Wirtschaft zu arbeiten, weil sie dort keine Lebensmittel erhielten.

Um diesen Schwierigkeiten zu steuern, würde es sich empfehlen, alle Betriebe sofort zu schließen, die nicht kriegswichtige Arbeit leisteten, und dann die freiwerdenden Arbeitskräfte dem Reich zur Verfügung zu stellen. Ferner müsse dem Betriebsführer die Möglichkeit gegeben werden, die Verteilung der Lebensmittelmengen unter die Arbeiter selber vorzunehmen. Für die kleineren Betriebe müßten gegebenenfalls Genossenschaften organisiert werden. Endlich müßten alle Kanäle verstopft werden, aus denen noch unkontrolliert Lebensmittel flössen.

Präsident Dr. Emmerich erinnert daran, daß er bereits im vergangenen Jahre vorgeschlagen habe, eine Liste der Kriegsleistungen des Generalgouvernements aufzustellen, auf Grund deren dann die Reichsressorts die Kriegswichtigkeit gewisser Betriebe anerkennen könnten, um dann gleichzeitig auch festzustellen, daß diese Betriebe ohne eine entsprechende Ernährung der Arbeiter nicht aufrecht erhalten werden könnten. Eine solche Liste der kriegswichtigen Eigenleistungen des Generalgouvernements würde etwa umfassen: 1. die Rüstungsbetriebe, 2. die sogenannten A- und B-Betriebe. Die A-Betriebe müßten dieselben Grundrationen für den Arbeiter erhalten wie die Rüstungsbetriebe, hätten aber nicht die Werksverpflegung in Gestalt der Mittagsmahlzeiten, die in den Rüstungsbetrieben ausgegeben wir den. Die B-Betriebe würden entsprechend schlechter gestellt

sein.

Die Rüstungsbetriebe zählten 1o7 ooo Arbeiter, die A- und B-Betriebe 125 ooo. Insgesamt werde von der Hauptabteilung Arbeit die Zahl der Industriearbeiter mit 56o ooo angegeben. Das wäre etwas mehr als die Hälfte der gesamten industriellen Arbeiterschaft. Die restlichen Betriebe erhielten keinerlei Zusatzverpflegung, es sei denn, daß sie in einer nicht kontrollierten Weise von öffentlichen Bedarfsträgern mit Verpflegung versorgt würden.

Aufgabe der Hauptabteilung Wirtschaft sei es nun, diese restlichen Betriebe uneingeschränkt dem kriegswichtigen Arbeitseinsatz zuzuführen. Diese Aufgabe werde von der Rüstungskommission unter Leitung des Generalleutnants Schindler erfüllt. Die Hauptabteilung Wirtschaft habe den besonderen Auftrag, die notwendigen Umstellungen durchzuführen.

Voraussetzung für die Erfassung der Industrien für kriegswichtige Arbeit sei die Auftragslenkung. Sie sei praktisch erst seit einigen Monaten angelaufen. Sie hänge davon ab, daß sich sämtliche Bedarfsträger des Generalgouvernements und des Reiches in sie einfügten, also auch die Wehrmacht, und daß das bisherige freie Schalten und Walten einzelner Stellen aufhöre. Diese Auftragslenkung löse dann eine Produktionslenkung aus. Es werde also nach restloser Durchführung dieses Planes jedem einzelnen Industriebetrieb die Auflage gemacht, was er an kriegswichtigen Dingen herzustellen habe, genau anzugeben. Dieses sogenannte Auflagenprogramm entspreche dem Kriegsauflageprogramm des Reiches. Die dafür geltende Verordnung gebe der Verwaltung die Möglichkeit, die Durchführung kriegswichtiger Aufträge zu erzwingen und jedem einzelnen Betriebe die freie Disposition über seine Produktionskapazitäten zu entziehen. Danach solle also in der Industrie des Generalgouvernements nichts Kriegsunwichtiges mehr hergestellt,

auch nichts mehr für den schwarzen Markt produziert werden.

Auf Grund der Ernährungsschwierigkeiten habe selbs verständlich für den einzelnen Unternehmer die Versuchung bestanden, Dinge zu produzieren, die er dann gleich mit 2o % über dem normalen Preis in den Handel bzw. direkt an den Verbraucher bringe. Wolle man diesen Mißständen steuern, dann müsse neben der Regelung der Auftrags- und Produktionslenkung das Entstehen jeder "Beiluft", jeder nicht kriegswichtigen Produktion unterbunden werden. Zu diesem Zweck müsse die Ernährung der Angehörigen solcher Betriebe genau so gesichert werden wie für die Rüstungsbetriebe bzw. die A-Betriebe. Das bedeute, daß für rd. 3oo ooo Arbeiter, die noch in keiner Weise systematisch mit einer Ernährung versehen worden seien, nun die Ernährungssicherung nach genau denselben Regeln durchgeführt werden müsse, wie sie zumindesten für die A-Betriebe gälten. Dann werde man auch dem Reich gegenüber den Nachweis erbringen können, daß diese 3oo ooo Arbeiter für kriegswichtige Zwecke arbeiteten. An den Rohstoffen für Aufträge werde es dann auch im Generalgouvernement nicht fehlen.

Zähle man nun zu den im industriellen Sektor Arbeitenden die Familienangehörigen etwa nach dem für die Rüstungsarbeiter gegebenen Schlüssel, so komme man leicht auf eine Zahl von 1,5 Millionen Menschen, die insgesamt in der Industrie zu versorgen seien. Dabei handle es sich aber nur um die Industrie und noch nicht ur den gewerblichen Sektor. Das weit verzweigte Handwerk werde mit der Ausschaltung der Juden schon in den kriegswichtigen Einsatz einbezogen. Der Handwerkereinsatz sei außerordentlich dünn, und darum müsse alles getan werden, um das Handwerk weiter zu entwickeln, was aber wieder auch nur möglich sei, wenn man dafür ernährungsmäßig die Grundlagen schaffe. Neben dem

Handwerk stehe der Handel und manche anderen Wirtschaftsformen, die aus einer funktionierenden Wirtschaft nicht weg zu denken seien.

Nach der vollzogenen Umstellung werde es praktisch kaum möglich sein, aus den gewerblich Tätigen irgendwelche Kategorien herauszuschälen, von denen man sagen könnte, sie seien vollständig unwichtig und könnten ernährungsmäßig aus der Fürsorge entlassen werden.

Bei der Frage nach der Durchführung dieser Ernährungsbetreuung handle es sich einmal um ein Mengenproblem und zum anderen um ein Organisationsproblem.

Für die Durchführung der Ernährungskontrolle seien zweifellos noch Verbesserungen im größten Umfange möglich und notwendig. Er habe dem Staatssekretär wie auch der Rüstungskommission darüber schon Vorschläge gemacht, die darauf hinausliefen, daß sich jeder einzelne Betrieb nunmehr einer genauen Kontrolle unterwerfen müsse, aus der sich dann das Gesamtbild des betrieblichen Schaffens ergebe, was er für Aufträge habe, in welche Dringlichkeitsstufe diese Aufträge fielen, wieviele Arbeiter er dafür unbedingt brauche und wie es mit der Ernährung dieser Arbeiter aussehe. Er habe dafür einen Fragebogen entworfen, der gewissermaßen für jeden Monat ein Ernährungsnationale darstelle: jeder Betrieb werde angehalten, an einem bestimmten Stichtag einen genauen Überblick über das zu geben, was er tue, weil nur der Nachweis einer wichtigen Leistung die entsprechende Ernährung gewährleiste. Den von Bereichsleiter Stahr aufgestellten Grundsatz, daß der Betrieb die Stelle sein solle, die die Ernährung regele, halte auch er für richtig. Mit einer Verfeinerung der bisherigen Zuteilungstechnik werde man auch ganz wesentliche Ersparnisse erzielen. Wenn auch das System als solches anzuerkennen sei, so werde doch die Ernährung immer knapp sein. Aber es komme darauf an, daß in Interesse der kriegswirtschaftlihhen Gesamtleistung die Zuteilungen nicht nach einem bestimmten Schema erfolgten,

sondern diejenigen Stellen die Ernährungsmengen erhielten, deren sie unbedingt bedürften.

Die Tatsache lasse sich nicht übersehen, daß das Generalgouvernement in seiner Grundstruktur ein Agrarland sei und 7o % der Bevölkerung auf dem Lande lebten. Deshalb sei es ein großer Unterschied, ob ein Betrieb sich in der Großstadt Warschau befinde, oder auf dem flachen Lande, wo die Arbeiter mit dem Rade zur Produktionsstätte führen, und wo wie beispielsweise in der Erdölwirtschaft Westgaliziens ein Notstand nicht in dem Sinne vorhanden sei wie etwa in der Stadt Warschau. In der Erdölindustrie habe z.B. ein Betriebskonsumverein unter einer gewissen Selbstverwaltung der polnischen Arbeiter die Zuteilung vorgenommen; dort kenne jeder Arbeiter die häuslichen Verhältnisse des anderen. So habe erreicht werden können, daß derjenige, von dem man gewußt habe, daß er zu Hause eine vernünftige Ernährungsgrundlage habe, zugunsten des anderen Arbeiters auf eine Zusatzration verzichte, von dem man wisse, daß er diesen Rückhalt nicht habe. Wenn so vorgangen werde, dann werde auch das Problem der Versorgung der Angehörigen in einer wesentlich verfeinerten Art gelöst werden können. Mit einer solchen einheitlichen Regelung werde die Grundlage für ein Kontrollsystem geschaffen, welches wahrscheinlich auch das Reich als eine Voraussetzung für das endgültige Ergebnis ansehen wird, daß die Verpflegungsrationen für den kriegswichtigen Eigenverbrauch des Generalgouvernements dem Lande belassen werden müssen. Diese Kontrolle werde bei einer Stelle zusammenzufassen sein. Für die Industrie werde vorgeschlagen, daß hier die Hauptabteilung Wirtschaft die Federführung übernehme. Damit würde dann auch das bisherige System abgestellt werden müssen, daß etwa der Wehrkreisbefehlshaber im Generalgouvernement mit dem Auftrag, den er einem

Betriebe gebe, die Lebensmittelrationen zuteile, damit nicht die Gefahr einer Doppelversorgung entstehe. Wenn der einzelne Betrieb bei 3 verschiedenen Stellen Zuteilungen für Angehörige beantragen könne, dann sei leicht einzusehen, daß er dabei ein Plus mache und letzten Endes mit solchen Überanforderungen eine ungerechte Verteilung zustande komme. Laufe aber dieses Kontrollsystem der industriellen Leistung mit der Zuteilung für die Angehörigen zusammen, so werde damit eine Ordnung aufgestellt, die man auch im Reich als eine wirkliche Ordnung der Ernährungswirtschaft im Generalgouvernement anerkennen werde.

Die <u>Textilsituation</u> habe sich im Reich außerordentlich verschärft. Die für das laufende Jahr ausgegebene Jahr-a Kleiderkarte sehe viel geringere Leistungen vor als die Kleiderkarte des vergangenen Jahres. Auch würden diese Leistungen wahrscheinlich nicht im vollen Umfange erfüllt werden können, weil die Versorgung der Bombengeschädigten an erster Stelle stehen müsse und man erklärlicher Weise den nicht geschädigten Normalverbraucher zur Bescheidung auffordere. Da das Generalgouvernement mit seinen Zuteilungen auf einen Zuschuß des Reiches angewiesen sei, wirke sich diese Situation auch für das Generalgouvernement aus.

Dem stehe nun die Tatsache gegenüber, daß man erhöhte Leistungen zu erstellen habe. Die Textilversorgung sei das Rückgrat der Ernteerfassungsaktion. Es sei schon im vorigen Herbst nur mit großen Schwierigkeiten gelungen, die zusätzlichen Ablieferungsauflagen auf Grund des Befehls des Reichsmarschalls auch auf der gewerblichen Seite mit den entsprechenden Prämienwaren auszustatten. Einige Prämienwaren wie z.B. Petroleum seien ohnehin notleidend geworden. Das sei aber noch irgendwie zu verkraften, wenn man diese Dinge für Haushaltsartikel usw. einlösbar mache. Wenn es aber nicht gelungen wäre, bei diesen zusätzlichen Auflagen im vorigen Herbst noch Textilwaren in die Ernteerfassungsaktion hineinzuwerfen, dann wäre die Ernteerfassung

als System mit allen sich daraus ergebenden Folgerungen zusammengebrochen. Man arbeite jetzt an einem Ernteerfassungsplan für das laufende Jahr und lasse die hiesigen Fabriken auf vollen Touren arbeiten, um den Anforderungen der Ernährung gerecht werden zu können. Es lasse sich aber nicht vermeiden, daß bei dieser Gesamtlage die Zuteilungen für den gewerblichen Sektor verhältnismäßig dürftig seien. In der Vergangenheit wei man den Weg gegangen, gerade bei den Rüstungsbetrieben die Zuteilung den Betrieben zu überlassen. Der Betrieb habe die Möglichkeit, dem bedürftigsten Arbeiter oder der bedürftigsten Arbeiterkategorie Zuteilungen zu machen, im übrigen auch dafür zu sorgen, daß Berufskleidung bereitgestellt werde, bei der nicht die Gefahr bestehe, daß sie nun gleich wieder vom Arbeiter in den Schleichhandel gebracht werde. Man habe sich bemüht, die Rüstungsindustrie weiterhin mit Textilwaren und Schuhwerk zu versorgen; die Grenzen seien aber sehr eng gezogen.

Die Kohlenversorgung sei in den letzten Monaten sehr viel flüssiger geworden. Präsident Gerteis glaube auch hinsichtlich der Flüssigkeit des Verkehrs für die Zukunft Hoffnungen machen zu können. Andererseits habe aber dieses Plus im Vergleich zum vergangenen Jahre nun auch ein entsprechendes Plus an Anforderungen zur Folge; denn die Rüstungsindustrie erweitere ihr Programm. Über das, was zusätzlich hereinkomme, sei schon vorweg für kriegswichtige Zwecke disponiert und könne keine größere Freiheit geben, etwa in dem Sinne, daß man hinsichtlich der Hausbrandversorgung der polnischen Bevölkerung für den kommenden Winter irgendwelche Aussichten machen könne.

(Präsident Naumann führt aus:) Was die Ernährungslage und die Höhe der Rationssätze angehe, so sei das vierte Kriegswirtschaftsjahr, das am 31.August 1943 ablaufe, dadurch gekennzeichnet, daß man durch einen Befehl des Reichsmarschalls vom 15.August 1942 praktisch gezwungen worden sei, das Pferd beim Schwanze aufzuzäumen. Man habe in die Ernährungsbilanz die Mengen an Nahrungsmitteln aller Art einsetzen müssen, die mit Befehl des Reichsmarschalls angefordert worden seien. Erst das, was danach zu erfassen möglibh gewesen sei, habe für die Ernährung des Generalgouvernements aller einzelnen Sparten und Arbeitskräfte zur Verfügung gestanden. Trotz dieser Schwierigkeiten habe man noch im gewissen Umfange zusätzliche Anforderungen verkraften können, soz.B. die Zusatzforderung des Reiches auf dem Spritsektor, die zusätzlichen Forderungen der Rüstungsindustrie und anderer Bedarfsträger für ernährungswirtschaftliche Güter.

Um nun für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr nicht wieder dieselbe Situation heraufzubeschwören, habe der Staatssekretär schon vor längerer Zeit die Aufstellung eines Ernährungsplanes für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr angeordnet. Nunmehr seien Verhandlungen mit dem Reich zu dem Zwecke angeknüpft worden, in erster Linie dem Generalgouvernement den lebensnotwendigen Bedarf zu belassen und erst dann aus dem Rest die Lieferungen an das Reich und die Wehrmacht zu erstellen.

Man habe eine Vorbilanz aufgestellt. Die dafür gegebenen Zahlen habe man aus der Entwicklung der letzten Jahre und aus der Kenntnis der Notwendigkeiten der Versorgungssitution erarbeitet. In die Verbraucherbilanz habe man für das Wirtschaftsjahr 1943/44 35o ooo Deutsche eingestellt. Bisher habe man mit 25o ooo Deutschen gerechnet; aber die Einsiedlung, die im Laufe ds.Jrs. erfolgt sei und noch weiter erfolge, die Maßnahmen hinsichtlich der Deutschstämmigkeitsmachung usw.

brächten fortgesetzt größere Zugänge bei den Deutschen, so daß wohl die Zahl von 35o ooo zugrunde gelegt werden könnte.

Weiter habe er nunmehr für 3,5 Millionen nichtdeutsche Normalverbraucher die Warthegau-Sätze berechnen lassen: pro Woche 2 28o gr Brotwert, d.h. Brot, Mehl und Nährmittel zusammen, 225 gr. Zucker, 175 gr Marmelade, 3 - 7 kg Kartoffeln, loo gr Fleisch und 125 Gramm Fett pro Woche. Diese 3,5 Millionen Menschen sollten die Familienangehörigen der irgendwie im deutschen Interesse arbeitenden Polen oder Ukrainer sein. Weiter habe er 1 Million Menschen mit den gegenwärtigen nichtdeutschen Normalverbrauchersätzen eingesetzt und dabei unterstellt, daß sie nicht im deutschen Interesse arbeiteten.

Ferner habe er dann 8oo ooo Arbeitskräfte eingesetzt, die entsprechend der Warthegauregelung erhalten sollten: 2 86o gr Brotwert pro Woche, 225 gr Zucker 175 gr Marmelade, 7 kg Kartoffeln, 3oo gr Fleisch, 145 gr Fett. Weiter habe er 7oo ooo Arbeitskräfte eingesetzt, die entsprechend der Warthegauregelung den sogenannten Schwerarbeitersatz erhielten: 3 65o gr Brotwert, 225 gr Zucker, 175 gr Marmelade, 7 kg Kartoffeln, 4oo gr Fleisch, 185 gr Fett.

Die sich daraus ergebenden Mengen sowie ein gewisser Teil von Sonderzuweisungen - z.B. an den polnischen und ukrainischen Hilfsausschuß, an noch vorhandene 23o ooo Juden, an eine Anzahl nichtdeutscher Selbstversorger in den Beskiden - machten insgesamt bei den einzelnen Produkten für das Wirtschaftsjahr 1943/44 folgende Summen aus:

726	ooo to Getreide
66	7oo to Zucker
58	ooo to Marmelade
2	olo ooo to Kartoffeln
1	5oo to Süßwaren für die Deutschen
82	ooo to Fleisch
66	ooo ooo Stück Eier
36	ooo ooo Ltr. entrahmter Frischmilch
15	loo ooo Ltr. Vollmilch für die Deutschen
42	4oo to Öl und Fette.

Dazu kämen noch 9o ooo to Getreide für Brauereien, Nährmittelfabriken usw., 52o ooo to Kartoffeln, 8o ooo Tonnen Zucker und 1 ooo to Fett für gewerbliche Zwecke. Wenn die Warthegausätze für die genannte Menge von Verbrauchern eingesetzt würden, dann würden für das Generalgouvernement im fünften Kriegswirtschaftsjahr benötigt: 8o7 ooo to Getreide, 2 33o ooo to Kartoffeln, 147 ooo to Zucker, 58 ooo to Marmelade, 81 ooo to Fleisch, 43 ooo to Fett.

Von entscheidender Bedeutung seien nun die Forderungen von Wehrmacht und Reich. Bei den demnächst in Berlin stattfindenden Verhandlungen müsse erreicht werden, daß die Forderungen für die Versorgung der im deutschen Interesse arbeitenden Fremdvölkischen und ihrer Familienangehörigen den Vorrang erhielten vor den Forderungen, die das Reich und die Wehrmacht stellten. Endgültige Absprachen über die Höhe der Forderungen von Reich und Wehrmacht seien noch nicht erfolgt. In den Vorverhandlungen seien jedenfalls folgende Mengen angefordert worden: für Getreide 57o ooo to, für Kartoffeln 425 ooo to, für Zucker 36 ooo to, für Marmelade 16 ooo to, für Fleisch 62 ooo to, für Fett 6 ooo Tonnen.

Wenn man nun sowohl die Forderungen des Reiches und der Wehrmacht wie die Mengen für den Ernährungsplan 1943/44 zusammenstelle und andererseits die Möglichkeiten untersuche, welche Mengen sich aus der Ernte 1943 im Generalgouvernement erfassen ließen, dann müsse man dabei drei Unbekannte in Rechnung stellen: die erste Unbekannte liege in der Frage, wieweit der Apparat der Hauptabteilung E.u.L. noch arbeitsfähig bleibe, wenn ihm die besten Gefolgschaftsmitglieder in gestalt der jungen Leute weggenommen würden. Die zweite Unbekannte sei die Sicherheitslage. Im Laufe der letzten Monate seien in immer größerem Umfange Produktionsstätten wie Molkereien, Brennereien usw. nicht nur beraubt, sondern von den Banditen zerschlagen worden.

Damit werde die

Ernährungswirtschaft am meisten geschädigt, weil die gesamte Produktion für ein Teilgebiet wegfalle. Man könne noch von großem Glück sprechen, daß bis vor wenigen Wochen die Getreideläger nicht angezündet worden seien. Vor 14 Tagen sei aber in Warschau der erste große Brand erfolgt: das erst 1940 errichtete große Zuckerlager mit einer Lagerfähigkeit von 25 ooo to sei verbrannt. Man müsse befürchten, daß mit der weiteren Entwicklung die Widerstandsbewegung, die Partisanen oder Banden dazu übergingen, empfindliche Schäden zu verursachen.

Der dritte Unsicherheitsfaktor sei das Gelingen der Erzeugungsschlacht. Der Erlaß des Generalgouverneurs vom 2o.Nov.1942, der die Grundlage für die Erzeugungsschlacht bilde, sei hervorragend in die Tat umgesetzt worden. Es geschehe alles, was möglich sei, um die Erzeugungsschlacht durchzuführen. Auf dem Gebiet der Schaffung von Naturdünger, der Kompostierung, der Pflege des natürlichen Jauche und des Stapelmistes usw. sei man ein großes Stück vorwärts gekommen. Leider ständen andere Produktionsmittel wie Baumaterialien, Zement für die Herstellung von Jauchegruben usw., Eisen für Pflugschar und andere Geräte fast nicht mehr zur Verfügung, Treibstoff nur im ganz begrenzten Rahmen. Ferner seien große Mengen von Pferden wieder an die Wehrmacht zu liefern. Arbeitskräfte würden nach wie vor abgezogen usw. Alle diese Faktoren, die der Produktions im Wege ständen, stellten sich einem Gelingen der Erzeugungsschlacht entgegen.

Unter Berücksichtigung dieser drei Unbekannten habe er nun die Zahlen errechnet, die man auf Grund der Ernte 1943 im Generalgouvernement annehmen zu können glaube. Danach sollten erfaßt werden: 1,4 Millionen Tonnen Getreide gegenüber 1,2 Millionen im vorigen Jahr, 2,6 Millionen to Kartoffeln gegenüber 1,7 Millionen im vorigen Jahr, 146 ooo to Zucker gegenüber 12o ooo to im vorigen Jahr, 7o ooo to Marmelade, 12o ooo to Fleisch

gegenüber 11o ooo to im Vorjahr. Man habe im vergangenen Jahre einen echten Eingriff in die Viehbestände des Generalgouvernements von über 2o % gemacht. Rinder, die eigentlich für die Produktion von Milch und Butter notwendig seien, habe man im vergangenen Jahre abgeschlachtet, um die Lieferungen an Reich und Wehrmacht und die Fleischversorgung einigermaßen aufrecht erhalten zu können. Wenn man 12o ooo to Fleisch erfassen wolle, dann müsse man in die verbleibende Menge von Vieh einen echten Eingriff von 4o % vornehmen. Das würde bedeuten, daß am Ende des Wirtschaftsjahres 1944 nur noch 6oo ooo Rinder im Generalgouvernement vorhanden wären. Zur Zeit gebe es noch 2,4 Millionen Kühe. Selbstverständlich bemühe man sich, auf dem Gebiet der Schweinehaltung und Schweinemast voran zu kommen. Man könne aber die Schweinehaltung nur insoweit ausdehnen, als Kartoffeln aus der Ernte übrig blieben und die Sommergetreideernte an Hafer und Gerste so gut ausfalle, daß man noch gewisse Mengen in den Schweinetrog geben könne.

Nach alledem könne er diese 12o ooo to Fleisch als Erfassung für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr nur unter größtem Vorbehalt nennen und sie unter keinen Umständen bei den Verhandlungen in Berlin in die Wagschale werfen, sondern müsse eine wesentlich niedrigere Zahl zugrunde legen, weil sonst die Produktion des Jahres 1944 und des Jahres 1945 angesichts der Erschöpfung auf dem Fettsektor ernstlich gefährdet werde. Auch könne die Lieferung von Kunstdünger nicht in dem erforderlichen Maße erreicht werden.

In seine Kalkulation habe er dann 25 ooo to Fett eingesetzt.

Wenn man die Forderungen von Wehrmacht und Reich und die Bedürfnisse des Generalgouvernements auf dem Ernährungssektor berücksichtige, dann ergebe sich folgende Situation: bei Getreide bliebe ein Überschuß von 22 ooo to. Wenn es gelinge, 1,5 Millionen Brot- und

Futtergetreide zu erfassen, dann lasse sich die Warthegauregelung durchführen und die unverbindliche Absprache mit dem Reich erfüllen. Bei Kartoffeln würde ein Minus von 155 ooo to entstehen, bei Zucker ein Minus von 42 7oo to, bei Marmelade ein Plus von 2 ooo to, bei Fleisch ein Minus von 23 ooo to, bei Fett ein Minus von 24 ooo to.

Auf dem Gebiet der Brotversorgung könnte man die Versorgung nach den Sätzen des Warthegaues realisieren. Auch bei Kartoffeln seien gewisse Abstriche möglich, da eine Menge von 35o kg pro Jahr um 5o % höher sei als die im Reich gelieferte Kartoffelmenge. Bei Zucker könne man entweder die Reichsforderungen erfüllen oder die Warthegausätze einführen; andernfalls sei eine ausreichende Belieferung unmöglich. Dasselbe trifft für Fleisch und Fett zu: bei beiden sei eine gleichzeitige Erfüllung der Forderungen des Reiches und der Wehrmacht und eine Versorgung der polnischen und ukrainischen Bevölkerung nach den Sätzen des Warthegaues unmöglich.

Für die Abwicklung der letzten Monate des vierten Kriegswirtschaftsjahres sei es praktisch nicht möglich, höhere Rationen herauszuwirtschaften, weil bei Fett die Produktion nur ausreiche, um die heute vorhandenen Mengen sicherzustellen, und man Reichslieferungen in dem Umfange nicht habe, bis auf die Wehrmachtsleiferung von etwa 5 ooo to. Da große Mengen von Vieh ins Reich transportiert worden seien, seien nur bescheidene Mengen Fleisch im Lande vorhanden, die nicht ins Gewicht fielen.

Was die Brotgetreidesituation angehe, so habe man zur Zeit noch 14o ooo to Brotgetreide im Lande, das aber zur Erfüllung der Reichsleistungen entsprechend der Forderung des Reichsmarschalls ins Reich transportiert werden solle. Es frage sich nun, ob es gelinge, von diesen 14o ooo to noch irgendwelche Mengen

frei zu bekommen. Man habe ja nicht alle Forderungen des Reichsmarschalls in der von ihm vorgeschriebenen Weise erfüllen können, sondern einen gewissen Tausch vornehmen müssen. Man habe Zucker in einer etwas größeren Menge geliefert und dafür Getreide erlassen bekommen, das gleiche sei mit Fett und Fleisch geschehen. Die Tatsache, daß dieses Verfahren vom Reichsmarschall genehmigt worden sei, lasse die Frage aufwerfen, ob man erneut an den Reichsmarschall herantreten solle, von den 14o ooo to Brotgetreide etwas abzulassen. Dann wäre es unter Umständen möglich, für die letzten Monate des laufenden Wirtschaftsjahres eine gewisse Brotrationserhöhung durchzuführen. Wenn aber der Weg zum Reichsmarschall nicht gegangen werden wolle oder gar irgendwelche neuen Forderungen kämen, dann müsse ein gewisser Teil nichtdeutscher Normalverbraucher, die nicht im deutschen Interesse arbeiteten, aus der Verpflegung vollständig entlassen werden. Nicht nur die Rüstungsindustrie, sondern auch verschiedene Bedarfsträger träten jetzt wieder mit Forderungen an die Hauptabteilung E. u. L. heran, so vor kurzem auch der SS-Truppenwirtschafter. Die Siedlung Zamocs erfordere die Zurverfügungstellung einiger Tausend Doppelzentner Nahrungsmittel, weil die dort Eingesiedelten nach deutschen Rationssätzen verpflegt werden müßten. Auch könnten gewisse Forderungen der Wehrmacht nur aus diesen 14o ooo Tonnen Brotgetreide realisiert werden.

Selbstverständlich habe man in die Kalkulation gewisse Reserven eingebaut, so z.B. für den Fall, daß die Zahl der Rüstungsarbeiter, der Arbeiter der Ostbahn vermehrt werden sollten.

Von entscheidender Bedeutung sei die Frage, ob es gelinge, bevorrechtigt die Ernährungsbilanz des Generalgouvernements in Ordnung zu halten und erst den Rest der Erfassung aus der Ernte 1943 dem Reich zur Verfügung zu stellen. Das taktische Vorgehen bei der

Verteilung sei eine Frage von minderer Bedeutung.

Seit Monaten habe er allen beteiligten Dienststellen gegenüber immer wieder darauf hingewiesen, daß mit dem Märchen von der "Beiluft", also mit der Behauptung, daß im Schleichhandel noch nennenswerte Mengen Nahrungsmittel zu erhalten seien, endlich Schluß gemacht werden müsse.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt demgegenüber zu bedenken, daß diese Behauptung nach wie vor aufgestellt werde.

Generalleutnant Schindler führt ein Beispiel für die Begründung dieser Behauptung an. Im Bezirk Radom gebe es 17 Soo Angehörige von Rüstungsarbeitern, die weder Selbstversorger seien, noch eine Lebensmittelkarten hätten noch sonst etwas zum Essen bekämen. Die Tatsache, daß diese Menschen noch leben, lasse darauf schließen, daß sie sich Lebensmittel im Schleichhandel verschafften. Im übrigen gebe es offenbar noch Lücken in der Erfassung. Ein Kabelwerk in der Nähe von Petrikau z.B. besitze ein Gut, dessen Verwaltung imstande sei, neben den abzuliefernden Mengen reichliche Kontingente an die Arbeiter zu verteilen. Offenbar behalte es noch 5o bis 55 % der Produktion übrig. Ähnliche Erscheinungen solle man auch in der Lubliner Gegend feststellen können. Außerdem sei es ja kein Geheimnis, daß fast jede Bauersfrau in der Stadt landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Butter, Speck und Fleisch verkaufe.

Präsident Naumann gibt zu, daß es für den Sektor Milch und Fett bzw. für die Molkereien eine Ausnahme gebe. Leider sei man bisher noch nicht in der Lage gewesen, diese Produkte restlos zu erfassen, weil nicht genügend Molkereien vorhanden seien. - Was den Fall Radom anlange, so wohnten die Menschen dort zumeist auf

dem flachen Lande und würden als Teilselbstversorger betrachtet.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, welche Richtlinien für die Anwendung des Begriffes "Selbstversorger" maßgebend seien, erwidert Präsident Naumann mit folgendem Hinweis: man habe bisher mit einer Bevölkerungszahl von 17 Millionen Menschen im Generalgouvernement gerechnet. Die bisherigen Ergebnisse der Volkszählung hätten eine wesentlich niedrigere Zahl erbracht. Man habe bisher von nichtdeutschen Normalverbrauchern 6,4 Millionen verpflegt und eine Zahl von 9,2 Selbstversorgern unterstellt, ausgehend von den Mahlkarten. Wenn man die 6,4 Mill. Normalverbraucher und die 9,2 Mill. Selbstversorger zusammenrechne, dann komme man ungefähr auf die Zahl, die sich aus der neuen Volkszählung ergebe. - Im Übrigen sei der Schleichhandel heute beim Getreide nur noch in folgender Richtung möglich. Man habe eine Gesamternte von etwa 4 Millionen Tonnen Getreide angenommen. Erfaßt worden seien 1,2 Mill. to Getreide. Als Saatgut im Dienste der Erstellung der neuen Ernte, ferner als Futtergetreide und für die Selbstversorgung der 9,2 Millionen Menschen habe man davon gewisse Mengen abgezweigt. Wenn man das gesamte Ernteergebnis dem Bedarf gegenüberstelle, dann seien tatsächlich noch 160 000 to zu wenig gewachsen. Man verfüge über ein Netz von über 5 000 Betrieben, von denen 2 200 in der Liegenschaftsverwaltung deutsch bewirtschaftet seien und von denen eine große Reihe polnischer Betriebe ihr gesamtes Zahlenmaterial der Statistik lieferten. Aus diesen 5 000 Betrieben seien die durchschnittlichen Ernteergebnisse zu ersehen. Wenn man diese Zahl mit der Anbaufläche multipliziere, erhalte man einen Überblick über die Ernteergebnisse genau so, wie dies auch im Reich der Fall sei. - Seit Bestehen der deutschen

Verwaltung seien laufend Molkereien erstellt worden. Schwierigkeiten bereiteten leider die Beschaffung der notwendigen Maschinen, der Baumaterialien, der Arbeitskräfte und vor allem der erforderlichen Transportgefäße, von denen man etwa 4oo ooo brauchte und von denen pro Jahr höchstens 7o ooo hergestellt würden. Das Eisenkontingent sei für die Landwirtschaft auf ein Viertel herabgedrückt. Man kaufe deshalb schon seit Monaten vor allem in den Provinzen Schlesien, Ostpreussen und Sachsen alte Maschinen und Gefäße auf, transportiere sie nach dem Generalgouvernement und errichte hier primitive Molkereien, die unter keinen Umständen als deutschen Verhältnissen entsprechend bezeichnet werden könnten, aber immerhin die Gewähr gäben, daß in ihnen unter denkbar ungünstigen Verhältnissen Butter produziert werden könne. Bekanntlich sei im Jahre 1939 im Generalgouvernement fast überhaupt keine Molkerei vorhanden gewesen, und die vorhandenen wären nach deutschen Ansichten wegen Überalterung und völliger Unzulänglichkeit polizeilich geschlossen worden. Die Erfassung der Butter sei von Jahr zu Jahr gesteigert worden: 194o habe man 3 ooo to erfaßt, 1941 7 ooo to, 1942 13 ooo to, und 1943 wolle man 25 ooo to erfassen.

- Was die Behauptung des Generalleutnants Schindler angehe, daß die erwähnten 17 ooo Menschen in der Radomer Gegend nicht Selbstversorger seien, so gehörten sie auf Grund des Mahlkartensystems zu den 9,2 Millionen Selbstversorgern. Genaue Feststellungen darüber seien selbstverständlich nicht möglich. Er habe aber seinen Dienststellen den Auftrag gegeben, eine Untersuchung einzuleiten, und festzustellen, inwieweit es notwendig sei, diese 17 ooo Menschen in eine Verpflegung hineinzunehmen. Bisher sei ihm weder von der Abteilung Wirtschaft noch von der Abteilung Ernährung und Landwirtschaft im Distrikt Radom ein Ergebnis gemeldet worden.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, weshalb im Deutschen Reich soviel von einem Schleichhandel im Generalgouvernement die Rede sei, erwidert Präsident Naumann, daß er schon seit Beginn der deutschen Verwaltung immer auf diese Schwierigkeiten hingewiesen habe. Vertreter aus Berlin, die das Generalgouvernement besucht hätten, hätten ihm gegenüber zumeist ihrer Bewunderung darüber Ausdruck gegeben, daß es angesichts der verworrenen Verhältnisse, die man im Jahre 1939 angetroffen habe, immerhin möglich gewesen sei, eine solche Ordnung zu schaffen und so große Aufbauarbeit zu leisten. Man habe damals ein Land übernommen, das auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft um 100 Jahre gegenüber dem Stande in Deutschland zurück gelegen habe. Für die Beurteilung der Frage, ob es im Generalgouvernement einen Schleichhandel gebe, müßten folgende Gesichtspunkte in Betracht gezogen werden. Zunächst einmal werde ein gewisser Teil der erfaßten Produkte wieder gestohlen, und zwar in ganz beachtlichen Mengen. Es stehe fest, daß allein aus der Ernte 1941 auf den Transportwegen 27 000 to Getreide gestohlen worden seien, was dem Brotbedarf des gesamten Generalgouvernements für 22 Tage entspreche. Wenn man diese Diebstähle verhindern wollte, dann müßte man praktisch für jeden Waggon und jedes Lastauto einen deutschen Polizisten oder einen Angestellten der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft bereitstellen. Die ganze Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft verfüge bis hinab in den letzten Kreis heute über eine Zahl von 887 deutschen Männern. Bei diesem riesigen Apparat, der in der Hauptsache von Polen gehandhabt werde, könnten diese wenigen deutschen Männer keine bis ins letzte gehende Überprüfung durchführen. - Weiter habe er bei seinen Schätzungen einen Teil des Getreides berücksichtigt, das der polnische Bauer als Selbstversorger erhalte. Nun könne man sehr

häufig beobachten, daß der polnische Bauer, um überhaupt in den Besitz von Produktionsmitteln wie z.B. Eisen zu kommen, lieber hungere und noch lo kg von seinem Brotgetreide gegen Hufnägel, gegen irgendeine Maschine oder irgendetwas, was er für die Erstellung der neuen Ernte und die Fortführung seines Betriebes brauche, hergebe. Wenn das nun 2 Millionen polnische Panjebetriebe täten, dann erscheine plötzlich auf dem Schleichhandelsmarkt eine Menge von Getreide, die aber praktisch nicht erfaßbar sei. Wieweit man übrigens in der Erfassung gerade des Getreides gegangen sei, bewiesen die Hilferufe, die aus verschiedenen Kreisen des Generalgouvernements an ihn gelangt seien und in denen er dringend gebeten werde, für die polnischen Bauern etwa 3 3oo to herzugeben, die unbedingt notwendig seien, wenn die Ernte 1943 durchgeführt werden solle. Aus alledem sei zu ekennen, daß die Behauptung von dem Vorhandensein einer "Beiluft" ein Märchen sei. Daß von seiner Hauptabteilung alles getan werde, damit dem Schleichhandel gesteuert werden könne, sei schon durch seinen Willen zur Steigerung der Erfassung bewiesen. Er werde versuchen, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln auch das letzte aus den Betrieben herauszuholen. Damit müsse der Sektor des Schleichhandels immer kleiner werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß bei Getreide im Jahre 194o 383 ooo to, im Jahre 1941 685 ooo to und im Jahre 1942 1,2 Millionen to erfaßt worden seien. Daraus sei schon zu erkennen, daß man von Jahr zu Jahr die Erfassung verschärft habe und immer mehr an die Grenze des Möglichen herankomme. Man wolle jetzt wieder 2oo ooo to mehr erfassen und werde damit an die äußerste Grenze angelangt sein. Man könne den Hunger des polnischen Bauern nur noch so weit verstärken,

daß er kräftig genug bleibe, um sein Feld zu bestellen und die daneben noch von ihm verlangten Arbeiten wie z.B. die Holzabfuhr für die Forstverwaltung durchzuführen.) Die Entwicklung der Schleichhandelspreise gebe einen deutlichen Fingerzeig, daß fast tatsächlich die Grenze der Erfassung erreicht sei. Wenn es noch viel Schleichhandel gäbe, dann würden die Schleichhandelspreise nicht so hoch sein.

Bankdirigent Dr. Paersch legt einige Tabellen vor, in denen die Entwicklugg des Schleichhandels mit Kurven dargestellt ist. Aus diesen Kurven ergebe sich, daß die auf dem Schleichhandelsmarkt angebotene Warenmenge sehr gering sei. Ein anderer schlüssiger Beweis für die Richtigkeit dieser Behauptung ergebe sich aus der Entwicklung der Schleichhandelspreise für die großen Verbrauchszentren, die Mittelstädte und die Landstädte, auf einen Gesamtindex abgestellt. Hier zeige sich nicht etwa eine unterschiedliche Entwicklung nach der Richtung, daß in den großen Verbrauchszentren allein die Schleichhandelspreise stark anstiegen, sondern in den Landstädten sei die Steigerung genau so groß. Das ergebe sich auch aus dem weiteren Gesichtspunkt, daß in zunehmenden Maße die Ernährung des Gebietes zu einem offenen Problem werde. Der Umstand, daß es für die nichtbelieferten Angehörigen der Rüstungsarbeiter immer schwerer werde, den Lebensbedarf auf dem freien Markt zu decken, zeige, daß man die Leute auf Grund amtlicher Preise unzureichend beliefere und es ihnen überlasse, ihren lebensnotwendigen Bedarf im freien Markt zu decken. Die Dinge würden umso unhaltbarer werden, als die größten Schwierigkeiten erst in dem Monaten Mai, Juni und Anfang Juli auftreten würden, weil dann der Anschluß an die neue Ernte gefunden werden müsse. Die Preissteigerungen auf dem freien Markt würden dann noch viel stärker werden und dazu führen, daß die Aufrechterhaltung der gesamten Ordnung der Wirtschaft, vor allem

was die Ernährung und das Lohnproblem angehe, infrage gestellt sei, wenn es nicht möglich werde, in die Löhne etwas mehr Kaufkarft zu bringen, sei es, daß man die Rationssätze allgemein erhöhe, durch Sonderzuteilungen die Mißstände vermindere oder bis zur neuen Ernte die Schleichhandelsbekämpfung aufhebe.

Präsident Naumann geht auf den von Generalleutnant Schindler erwähnten Fall ein, daß ein Gut trotz Ablieferung seines Kontingents noch eine gewisse Menge von Produkten habe zur Verfügung stellen können. Das sei darauf zurückzuführen, daß solche Betriebe immer noch die Möglichkeit hätten, sich Produktionsmittel zu beschaffen, während das Gros der polnischen wie überhaupt der landwirtschaftlichen Betriebe diese Möglichkeit nicht habe, sondern einfach auf die Zuteilung von Produktionsmitteln aller Art angewiesen sei.

Auf den Hinweis des Generalgouverneurs, daß man im Reich an den Forderungen gegenüber dem Generalgouvernement festhalten zu müssen glaube, weil es nach Ansicht des Reiches ohne weiteres möglich sei, die notwendigen Mengen zu erhalten, also offenbar die Erfassungsorganisation des Generalgouvernements noch nicht gut genug sei, erwidert Präsident Naumann, er müsse sich leidenschaftlich dagegen wenden, daß im Schleichhandel noch Ware in so ausreichendem Umfange zur Verfügung stehe, daß man eine Versorgung auf diesen Schleichhandel aufbauen könne.

Ingenieur Kobold weist darauf hin, daß sogar polnische Betriebe es verständen, sich Nahrungsmittel für ihre Arbeiter zu verschaffen. Ihm sei z.B. ein hochwertiger polnischer Elektro-Industriebetrieb bekannt, der Messing verarbeite und augenscheinlich imstande sei, von ihm hergestellte Artikel gegen Nahrungsmittel umzusetzen.

Auf die Frage des Herrn Generalgouveneurs, ob vielleicht der Vorwurf berechtigt sei, daß die Hauptabteilung E.u.L. ihre Auflagen zu gering halte, erwidert Präsident Naumann mit dem Hinweis darauf, daß es im Generalgouvernement über 2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe gebe. Es sei natürlich durchaus möglich, daß für eine gewisse Anzahl dieser Betriebe das Soll nicht hoch genug eingesetzt sei. Eine gerechte Kontingentierung sei noch nicht einmal in Deutschland möglich. Seit 1939 seien in Deutschland 1,2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe kontingentiert worden. Auch heute sei es im Reich noch nicht gelungen, eine absolut gerechte Kontingentierung durchzuführen.
Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe sich allerdings zu schützen gesucht, indem sie erklärt habe: wenn ein Kontingent, das für einen Betrieb festgesetzt sei, nicht hoch genug sei, so bedeute ja das Kontingent nur die Mindestlieferung. Jeder Doppelzentner Brotgetreide und jede Menge anderer Produkte sei ablieferungspflichtig, uund jeder Betrieb mache sich strafbar, der nach Erfüllung des Kontingents verbleibende Produkte verschiebe oder zurückhalte.

Auf eine Frage des Ingenieurs Kobold erwidert Präsident Naumann, daß zur Zeit in der Liegenschaftsverwaltung 3o Betriebe von einem Deutschen bewirtschaftet würden. Praktisch werde von diesem einen Manne das Menschenmögliche getan. Schon seit Beginn des Erntesausnahmezustandes sei auf die besondere Pflicht jedes Deutschen hingewiesen worden, in seinem Betrieb unter allen Umständen mit gutem Beispiel voran zu gehen. Je schwächer aber die Zahl der deutschen Elemente, die diese Aufgabe zu erfüllen haben, werde, umso schwieriger werde die Kontrolle der zahlreichen Betriebe sein.

Stabsleiter Hain (Arbeitsbereich) kann auf Grund seiner Arbeit vor allem mit deutschen Baufirmen feststellen, daß gerade die deutschen Gefolgschaftsmitglieder ebenfalls gezwungen seien, sich aus dem sogenannten Schleichhandel zu versorgen. Befremdlich sei die Tatsache, daß in gewissen Gaststätten in Warschau und auch in Krakau Fleischportionen ohne Marken zu entsprechend hohen Preisen verabfolgt würden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Polizei von diesen Dingen benachrichtigt worden sei, verneint Stabsleiter Hain mit dem Bemerken, daß diese Gaststätten auch von Angehörigen der Polizei, SS und Wehrmacht besucht würden.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, daß die geschilderten Vorgänge absolut polizei-, gesetz- und verordnungswidrig seien. Meldungen von solchen Vorgängen müßten an die zuständigen Polizeidienststellen gerichtet werden, nicht aber an das zur Zeit hier tagende Gremium.

Stabsleiter Hain teilt dann weiter mit, daß in gewissen Gaststätten auch Schweinefleisch verabfolgt würde, das sonst auch gegen Marken kaum zu kaufen wäre. In der Warschauer Markthalle würden auch Schweinespeck, Schweinefleisch und Schweineschinken zu horrenden Preisen angeboten.

Präsident Naumann stellt zu dem Vorbringen des Stabsleiters Hain fest, daß allerdings geringere Mengen von Schweinefleisch aus Schlachtungen der Bauern übrigblieben und dann auf den Markt kämen. Im Übrigen sei seines Erachtens kein Deutscher gezwungen, solche Gaststätten aufzusuchen, da er auf Grund der ihm gewährten Rationssätze, die wesentlich höher seien als im Reich, sich ausreichend ernähren könne. Zudem sei es unbedingt

notwendig, daß Vorfälle wie die von Stabsleiter Hain geschilderten unverzüglich der Polizei gemeldet würden.

Stabsleiter Hain bemerkt, daß er einen Bericht darüber an Reichsleiter Stahr gegeben habe.

Bereichsleiter Stahr weist darauf hin, daß er den Bericht dem Staatssekretär Dr.Boepple übergeben habe.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Dr.Boepple, ihm diesen Bericht zur Verfügung zu stellen. Im übrigen würde es sich empfehlen, sich in solchen Angelegenheiten an den Staatsanwalt bzw. die Polizei zu wenden. Es gehe unter keinen Umständen an, daß gewissermaßen eine latente Dauerkritik an dem Versagen der staatlichen Instanzen geübt werde und solche Vorwürfe lediglich in einer Sitzung erhoben würden.

Stabsleiter Hain geht dann auf die Frage ein, wie eine bessere Verpflegung der polnischen Arbeiter gewährleistet werden könne. Er habe feststellen können, daß die bei Baufirmen beschäftigten polnischen Arbeitskräfte oft der Arbeit fernblieben, weil sie dem Schleichhandel nachgingen. Der ihnen gezahlte Tariflohn reiche nicht aus, um ihnen die notwendige Ernährung zu schaffen. Im Warthegau hätten seinerzeit ähnliche Verhältnisse geherrscht. Dort habe man, nachdem die Ernährungsgrundlage geschaffen worden sei, den Leistungslohn eingeführt und dadurch die Leistungen der Arbeiter wesentlich steigern können. Im übrigen sei er der Ansicht, daß man angesichts der gegenwärtig obwaltenden Zustände durch entsprechende Einschränkungen 800 000 bis 1 Million polnischer Arbeitskräfte für das Reich freimachen könne. Er habe bei der Hauptabteilung Arbeit Vorschläge für eine Zusammenlegung kleinerer Betriebe

gemacht, vor allem im Sinne einer Einsparung von Arbeitskräften. Eine solche Regelung müßte sich auf sämtliche Betriebe in Handel, Gewerbe und Landwirtschaft erstrecken. Gerade die polnischen Unternehmer hielten sich vielfach nicht an die Tarifordnung und wüßten die bestehenden Bestimmungen irgendwie zu umgehen.

Der Herr Generalgouverneur kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Vorschläge des Stabsleiters Hain wenig Neues brächten. Auf Grund einer schon bestehenden Verordnung sei dieses völlige Durchkämmen der Betriebe bereits in die Wege geleitet.

Ministerialrat Rhetz betont, daß die Hauptabteilung Arbeit schon seit Jahren die Betriebe durchkämmen lasse. Die Vorschläge des Pg.Hain seien von den Mitarbeitern der Hauptabteilung schon des öfteren in langen Sitzungen durchgesprochen worden. Was dabei irgendwie beachtlich gewesen sei, habe auch die Hauptabteilung berücksichtigt. Zur Zeit seien in Zusammenarbeit mit der Rüstungskommission und der Hauptabteilung Wirtschaft erneut Zusammenlegungen in Vorbereitung bzw. in der Durchführung. Die von Pg.Hain angegebene Zahl etwa noch zu erfassender Arbeitskräfte liege viel zu hoch. Selbst bei weitgehender Durchkämmung sei im Laufe der nächsten Zeit höchstens noch mit etwa 500 000 Arbeitskräften zu rechnen. Daß es an Energie seitens der damit befaßten Behörden gefehlt haben sollte, sei wohl nicht anzunehmen. Das sei am besten aus der Art zu erkennen, wie die Widerstandsbewegung auf das Arbeitsgebiet der Hauptabteilung Arbeit reagiere. Sie habe in der letzten Zeit sehr wertvolle Mitarbeiter verloren, so vor allem den Leiter der Abteilung Arbeit im Distrikt Warschau. Gestern sei wieder der Leiter d. Nebenstelle erschossen worden, und man habe fast täglich mit solchen Angriffen zu rechnen.

Generalleutnant der Polizei Becker bemerkt, daß er von den von Stabsleiter Hain erwähnten Gaststätten bisher nichts gehört habe. Er werde diesen Dingen nachgehen, könne sich aber nicht denken, daß solche Mißstände in größerem Umfange vorhanden seien. Es werde sich wohl lediglich um Ausnahmefälle handlen.

Präsident Naumann bezeichnet es als die Pflicht jedes Deutschen, von solchen Vorfällen die nächst zuständige Dienststelle zu unterrichten, damit eingeschritten werden könne. Leider gebe es zu wenig polizeiliche Kontrollorgane, und deshalb müsse jeder Deutsche helfen, daß solchen Übelständen entgegengewirkt werde.

Generalleutnant d.Polizei Becker gibt zu bedenken, daß die Kräfte der Polizei im Generalgouvernement aufs äußerste beschränkt seien, weil sie an der Front und an anderen Stellen gebraucht würden. Das Reich habe Polizeikräfte an die besetzten Gebiete, besonders an das Generalgouvernement und an die Front abgegeben, so daß es z.B. in Berlin überhaupt kein Polizeibataillon mehr gäbe. Daraus ergebe sich auch die weitere Folge, daß eben für die Durchführung solcher Wünsche, wie sie hier geäußert worden seien, kaum Polizeikräfte zur Verfügung ständen. So könne man auch auf dem wirtschaftlichen Sektor nicht alles durchkämmen, was durchgekämmt werden müßte. Was an Kräften des Einzeldienstes in Städten wie Warschau und Krakau vorhanden sei, sei so gering, daß die Polizisten vom frühen Morgen bis zum späten Abend Dienst zu tun hätten. Was daneben noch an Truppenpolizei vorhanden sei, habe in der Bandenbekämpfung eingesetzt werden müssen. Die Gewerbeaufsicht in den Städten werde von ganz wenigen Männern durchgeführt, die ihrer Aufgabe auch gerecht würden.

Daß Fälle wie die geschilderten vorkämen, liege nun einmal in den tatsächlichen Verhältnissen begründet. Was dagegen geschehen könne, werde geschehen. Aber es werde sich wohl erweisen, daß es sich um Fälle von geringerer Bedeutung handle.

Präsident Dr.Losacker gibt hierauf einen Bericht über die bisher durchgeführten Freistellungen zur Wehrmacht. Seit dem 1.Januar 1942 seien aus der Verwaltung des Generalgouvernements 1 951 Kräfte der Jahrgänge 1901 und jünger mit dem Tauglichkeitsgrad k.v. und g.v.F. eingezogen worden. In den letzten Monaten, vom 1.Febfuar 1943 an seien 1 243 Kräfte aus der Verwaltung herausgezogen worden, etwa 7o % der insgesamt bisher herausgezogenen Kräfte. Dieser Zustand in der Verwaltung habe jetzt zu sehr ernsten Vorstellungen gegenüber der Kommission des Generals von Unruh geführt mit der Feststellung, daß ein weiterer Abzug von Kräften die Verwaltung nicht mehr arbeitsfähig erhalten würde. Demgemäß werde erwogen, in einer Liste diejenigen Beamten und Angestellten schützen zu lassen, auf die die Verwaltung nicht mehr verzichten könne. Für die gesamte Verwaltung des Generalgouvernements wolle man nunmehr 851 Kräfte schützen lassen.

Der Herr Generalgouverneur faßt abschließend das Ergebnis der Beratung zusammen. Er führt dabei aus: Der Sitzung habe nicht so sehr ein markantes Ernährungsproblem zugrunde gelegen als vielmehr das gesamte politische Problem des Verhältnisses des Deutschen Reiches zu den besetzten Gebieten überhaupt, insbesondere zum Generalgouvernement, wie des Verhältnisses des deutschen Volkes als Rassekörpers zum polnisch-fremdvölkischen Volkstum.

Angesichts der Entwicklung des Krieges sehe sich das Deutsche Reich vor Schwierigkeiten gestellt, deren Lösung nicht mit normalen Mitteln möglich sei. Die Situation sei heute so, daß man mit allen noch so logisch begründeten Gesichtspunkten nichts werde erreichen können gegenüber der Frage: hat die Front Waffen, hat der Soldat zu essen, ist er bekleidet, kann der Transport weitergeführt werden? Was im nächsten Jahre geschehen werde, könne man heute nicht berücksichtigen. Angesichts der völligen Ausschaltung jeglicher ökonomischer Planung werde es sehr schwierig sein, in dieses Gesamtverhältnis des Deutschen Reiches zu den besetzten Gebieten auf die Dauer irgendein ökonomisch-rationelles Verfahren hineinzubringen.

Neben den Aufgaben der Siegessicherung haben hätte heute noch mitten im Kriege die Volkstumsauseinandersetzungen zu treten. Aber ohne Rücksicht darauf, was in dieser Beziehung auch geschehen möge, müsse man doch versuchen, den Belangen des polnischen Volktums irgendwie zu entsprechen. Das seien alles Momente, die nichts mit rationellen, ökonomischen Betrachtungen zu tun hätten und keine Vorwegnahme politischer Einstellungen bedeuteten, über die zu sprechen nach dem Siege mehr und besser Gelegenheit sein werde.

Leider trete das Reich heute nicht mehr als einheitliches Gefüge auf, sondern in einzelnen Machtgebilden wie der Parteikanzlei, dem Reichskommissariat für die Festigung deutschen Volkstums, der Polizei, der Wehrmacht, der Rüstungsinspektion, der Ernährungszentrale des Reiches. Alle diese voneinander irgendwie unabhängig arbeitenden Faktoren träfen sich hinsichtlich des Generalgouvernements mit untereinander nicht ausgleichbaren Forderungen und versuchten nach dem berühmten Ellenbogensystem, losgelöst von den anderen Stellen des Reiches, ihre Vorstöße durchzuführen. Man habe es hier mit einer Anarchie der Vollmachten im Reiche zu tun. Es gebe lauter Willensfaktoren, die so

potent seien, daß sie sich unter Umständen mit Gewalt durchsetzen könnten und sich dann um die dadurch entstehenden schweren chaotischen Schäden nicht mehr zu bekümmern brauchten.

Die Forderungen, die das Reich an das Generalgouvernement auf dem Gebiet der Ernährung gestellt habe, seien ungewöhnlich übersetzt. Sie seien ohne jedes irgendwie geartetes Verständnis für den Leistungsstand des Generalgouvernements erhoben worden. Trotz Darlegung der durch diese überhöhten Forderungen entstandenen Notsituation des Generalgouvernements würden diese Forderungen vom Reich unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Steigerung des Rüstungspotentials weiter gestellt. Dadurch treten nun eine fortgesetzte innere Verschlechterung der Nahrungssituation des Generalgouvernements ein.

Das in der heutigen Beratung zur Besprechung stehende Thema erstrecke sich auf zwei Gebiete: auf ein Sofortprogramm und ein Dauerprogramm. Das Sofortprogramm laufe auf die Frage hinaus: gibt es eine Möglichkeit, aus irgendwie noch zur Verfügung stehenden Mitteln den Nahrungsstand der Rüstungsarbeiter und der sonstigen im Vordergrund der Arbeit für das deutsche Interesse stehenden Bevölkerungskategorien zu heben? Festzustellen sei, daß nach den Ausführungen des Präsidenten Naumann diese Möglichkeit nur unter Bedingungen gegeben wäre, die zu starken Bedenken Anlaß gäben. Es wäre die Möglichkeit vorhanden, daß man die 14o ooo to Getreide, auf die das Reich nach seinem Plan angewiesen sei, dem Reich nicht gebe oder daß man, wenn man sie dem Reich liefere, die Ernährungssituation eines großen unbestimmbaren Teiles der Bevölkerung völlig auf den Nullpunkt herabsetze. Er, der Generalgouverneur, müsse sich vorbehalten, zu diesen Möglichkeiten noch Stellung zu nehmen, könne aber in diesem Augenblick noch nicht sagen, welchen von den beiden Wegen man gehen müsse. Man könne weder dem Reich die 14o ooo to vorenthalten, noch könne man eine

große Bevölkerungsschicht des Generalgouvernements außerhalb jeglicher Sicherheit der Ernährung stellen; denn das wäre angesichts der bestehenden Sicherheitslage unmöglich und könnte nur unter den furchtbarsten Aspekten erfolgen.

Er habe geplant, die Reichsstellen selbst untereinander in Einklang zu bringen. Er habe den Versuch gemacht, zu erreichen, daß sich Reichsminister Speer als der Hauptinteressierte direkt mit dem Reichsmarschall in Verbindung setze, umso die Möglichkeit zu schaffen, daß die 14o ooo to, die das Reich noch im Generalgouvernement gelagert habe, an die Rüstungsarbeiter verteilen zu können. Diese seine Bemühungen seien gescheitert. Er habe die Meldung erhalten, daß man sich im Reich außerstande sähe, diesen Weg zu beschreiten, und daß man die Verantwortung für die Ernährungslage im Generalgouvernement der Regierung des Generalgouvernements überlassen müsse. Daraus entnehme er, daß auf diesem Teilgebiet ebenso wenig eine Zusammenarbeit der Reichsinstanzen möglich sei, wie auf allen anderen Gebieten. Die bequeme Methode, daß man sage, die besetzten Gebiete sollten aus eigenen Kräften dafür sorgen, wie sie mit den Dingen fertig würden, solle also weiter beschritten werden. Hinsichtlich des Sofortprogramms müsse er demnach zu dem Ergebnis kommen, kaum Hoffnung haben zu können, daß sich etwas in der Situation ändere.

Umso wichtiger sei das <u>Dauerprogramm</u>. Hier werde er den Verhandlungen, die Präsident Naumann wegen Bereinigung der Ernährungswirtschaft führe, mit allem Nachdruck seine Zustimmung geben. Er bitte die einzelnen Ressorts, in dieser Richtung eine paralell laufende Aktion durchzuführen. Das würde dann in der Form vor sich gehen können, daß ein Sammelprogramm aufgestellt werde und er an Reichsmarschall Göring einen Brief richte, dessen Durchschlag dem Führer und Reichsminister Dr.Lammers zur Kenntnisnahme vorgelegt werde. Die anderen Beteiligten würden ebenfalls einen

Durchschlag dieses Briefes erhalten. Die Parteikanzlei würde von Hauptabschnittsleiter Stahl zu unterrichten sein.

Voraussetzung für das nunmehr einzuschlagende Verfahren sei selbstverständlich, daß von seiten der Regierung des Generalgouvernements alles getan werden müsse, was im Interesse einer Bereinigung dieser Situation getan werden könnte. Er wolle dabei nicht vergessen zu erwähnen, daß doch auch der Reichsmarschall ihm in einem Schreiben seine Anerkennung für die Leistungen des Generalgouvernements ausgesprochen habe. Das Generalgouvernement sei nun einmal ein Gebiet in einem sehr umstrittenen Winkel. Den Mitgliedern der Regierung des Generalgouvernemeents liege es ob, auch ohne jede Anerkennung ihre Pflicht nach deutsch-preussischer Art zu erfüllen.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

Schluß der Sitzung 14 Uhr 3o Minuten.

Anwesenheitsliste

Sitzung (Thema: Ernährung, Rüstungswirtschaft)

Mittwoch, den 14.April 1943

Königssaal

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	
[illegible]	[illegible]	Amt f. Gesetzgebung
[illegible]	Präsident	Hauptabt. E. u. L.
[illegible]	Min. R.	"
[illegible]	Präsident	" [illegible]
[illegible]	Präsident	" [illegible]
[illegible]	[illegible]	"
[illegible]	[illegible]	[illegible] Arbeit.
[illegible]	Präsident	Hauptabt. [illegible]
[illegible]	[illegible]	Hauptstelle [illegible]
[illegible]	Präsident	Hauptstelle Finanzen

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Präsident	[illegible]
[illegible]	Generalintendant	[illegible]
Jost	Min. Verw. Rat	"
[illegible]	Landesdirigent	[illegible]
[illegible]	Oberst Inspekteur i. G.G.	Rü In [illegible]
[illegible]	[illegible]	d. Reichsminister [illegible]
Matthes	Abteilungsleiter Amt	[illegible]
[illegible]	Generalleutnant d. Ps.	Staatssekretär für die [illegible]
J. F. Ahr.	Stellv. Leiter	Arbeitsbereich der N.S.D.A.P.
Bodo Staler	Bereichsleiter	"
Langmann	Präsident	Hauptabt. [illegible]
Fritz Hain	Geschäftsstellenleiter	d. N.S.D.A.P.
[illegible]	Oberstlt.	Rü In [illegible]
Vollmacher.	Oberstltn.	Rüstg. i. G.G.
[illegible]	Vizepräsident	Hauptabt. [illegible] Verwaltung
[illegible]	Präsident	HK [illegible]

[illegible]	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Fiebe		

Hft 2500 - 9/1/42 g

Der Leiter
für Gesetzgebung in der
des Generalgouvernements
Tgb.Nr.20/43 g.

Geheim.

Niederschrift

über die Arbeitssitzung im Königssaal auf der Burg zu Krakau am Mittwoch, den 14.4.1943

zu dem Thema

"Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement".

Anwesenheitsliste: s. Anlage.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet um 11,10 Uhr die Arbeitssitzung und erteilt Staatssekretär Dr. Bühler das Wort.

A. Staatssekretär Dr. B ü h l e r legt eingehend dar, daß das Problem der Ernährung der im deutschen Interesse arbeitenden fremdvölkischen Bevölkerung zu einer der brennendsten Fragen im Generalgouvernement geworden sei und gebieterisch eine Lösung erheische. Der nichtdeutsche Arbeiter im Generalgouvernement sei vergleichsweise am schlechtesten versorgt, trotzdem werde von ihm derselbe Arbeitserfolg verlangt wie von den weit besser ernährten Arbeitern im Reich und in den übrigen besetzten Gebieten.

Generalleutnant S c h i n d l e r schildert die Not des polnischen Rüstungsarbeiters im einzelnen und verlangt dringend eine Besserung seiner Versorgung, andernfalls könne die Verantwortung für die weitere Sicherung der Arbeits- und Leistungserfolge der Rüstungsindustrie nicht mehr getragen werden.

B. Der Herr Generalgouverneur läßt anschließend die Zahlen der nichtdeutschen Arbeitskräfte und ihrer Familienangehörigen, die für eine bessere Versorgung in Betracht kommen, ermitteln. Es wird eine bevorzugte Versorgung gefordert

a) von Generallt. Schindler für 170 000 Arbeiter der Rüstungsindustrie und 126 000 Angehörige;

b) von Präsident Gerteis für 145 000 Ostbahnbedienstete und 55 000 Arbeiter, die für Wehrmachtsbauten eingesetzt sind, dazu 400 000 Angehörige;

c) von Präsident Dr. Lauxmann für 25 000 Postbedienstete mit 50 000 Angehörigen;

d) von Präsident Dr. Eißfeldt für 180 000 Arbeiter der Forstverwaltung; hierbei sei jedoch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil als Selbstversorger angesehen werden müsse;

e) von Präsident Bauder für 45 000 Arbeiter bei Rüstungsbauten;

f) von Präsident Dr. Senkowsky für 21 000 Monopolarbeiter (in der Hauptsache Werkarbeiter) und 50 000 Angehörige;

g) von Generalintendant Reitz für 108 000 Wehrmachtarbeiter (davon 35 000 Schwerstarbeiter) und 80 000 Angehörige .

Hinsichtlich der nichtdeutschen Polizeikräfte erklärt Generallt. Becker, daß die zur Zeit gewährte Versorgung als ausreichend angesehen werden könne.

Präsident Dr. L o s a c k e r fordert eine bessere Versorgung für die fremdvölkischen Kräfte im Dienst der Verwaltung.

Hauptabschnittsleiter S t a h l und Bereichsleiter S t a h r unterstützen vom Standpunkt der NSDAP aus die Forderung nach ausreichender Ernährung der fremdvölkischen Arbeitskräfte.

C. Präsident Dr. E m m e r i c h schlägt vor, eine Liste der Kriegsleistungen des Generalgouvernements aufzustellen. Auf Grund dieser Liste könnten dann die Reichsressorts die Kriegswichtigkeit gewisser Betriebe anerkennen und bestätigen, daß ohne ausreichende Ernährung der Arbeitskräfte eine Fortführung der Betriebe nicht möglich sei. Eine solche Liste müßte umfassen

a) die Rüstungsbetriebe

b) die sogen. A- und B-Betriebe.

Die ersteren beschäftigten 107 000 Arbeiter, die letzteren 125 000 Arbeiter. Die Gesamtzahl der Industriearbeiter betrage 560 000. Die nicht zu den Rüstungs-, A- und B-Betrieben gehörenden Betriebe seien uneingeschränkt dem kriegswichtigen Arbeitseinsatz zuzuführen. Diese Aktion sei bereits im Gange.

Voraussetzung für den Einsatz der Industrie für kriegswichtige Arbeit sei die staatliche Auftragslenkung, die eine entsprechende Produktionslenkung ermögliche. Diese Lenkungsmaßnahmen seien seit einigen Monaten angelaufen. Das Endergebnis sei dann, daß

für weitere etwa 418 000 Arbeitskräfte die Sätze mindestens der A-Betriebe bewilligt werden müßten. Die Gesamtzahl der Familienangehörigen im industriellen Sektor müsse dann etwa auf 1,5 Millionen Menschen veranschlagt werden. Das Handwerk sei dabei noch nicht berücksichtigt.

Die Ernährungskontrolle lasse sich noch verbessern und verfeinern. Er empfehle, einen von der Hauptabteilung Wirtschaft entworfenen Fragebogen durch die einzelnen Betriebe monatlich ausfüllen und einreichen zu lassen. Dann sei ohne weiteres ersichtlich, ob eine Leistung erbracht werde, die eine bevorzugte Ernährung rechtfertige. Es sei auch zweckmäßig, die Ernährungskontrolle bei einer Stelle zusammenzufassen, die Zuweisung von Kontingenten an die einzelnen Auftraggebergruppen (z.B. Wehrmacht), die immer die Gefahr von Doppelversorgungen in sich schließe, sei dann ausgeschaltet. Die Produktion von Prämienware sei im Rahmen des Möglichen ausgebaut worden, um der kommenden Ernteerfassung zu größtem Erfolge zu verhelfen.

D. Der Herr Generalgouverneur erteilt anschließend dem Präsidenten Naumann das Wort zu dem grundlegenden Vortrag des Ernährungsplanes für das (fünfte) Kriegswirtschaftsjahr 1943/44.

Präsident N a u m a n n berichtet über die von seiner Hauptabteilung aufgestellte Vorbilanz, die aus der Entwicklung der letzten Jahre und aus der Kenntnis der Notwendigkeit der Versorgungssituation heraus erarbeitet sei.

Im einzelnen seien in diese Vorbilanz folgende Positionen eingestellt:

I. Verbrauchergruppen:

1. 350 000 Deutsche
2. 3 500 000 nichtdeutsche Normalverbraucher (zu Warthegau-Sätzen)
3. 1 000 000 nichtdeutsche Verbraucher (zu den gegenwärtigen Normalverbraucher-Sätzen)
4. 800 000 Lang- und Nachtarbeiter (zu Warthegau-Sätzen)
5. 700 000 Schwerarbeiter (zu Warthegau-Sätzen)

II. Bedarf:

1. Unter Berücksichtigung von Sonderzuweisungen (z.B. an den polnischen und ukrainischen Hilfsausschuß, an Juden und an eine

Anzahl nichtdeutscher Selbstversorger in den Beskiden) ergeben sich folgende Endsummen des Bedarfs für Einzelverbraucher:

726 000 t Getreide
66 700 t Zucker
58 000 t Marmelade
2 010 000 t Kartoffel
1 500 t Süßwaren (für Deutsche)
82 000 t Fleisch
66 000 000 Stück Eier
36 000 000 l entrahmte Frischmilch
15 100 000 l Vollmilch (für Deutsche)
42 400 t Öle und Fette

2. Für Industriezwecke sind erforderlich:

90 000 t Getreide (Brauereien,Nährmittelfabriken)
520 000 t Kartoffel
80 000 t Zucker
1 000 t Fett

3. Als Gesamtbedarfssummen für das Generalgouvernement ergeben sich sonach:

887 000 t Getreide
2 330 000 t Kartoffel
147 000 t Zucker
58 000 t Marmelade
81 000 t Fleisch
43 000 t Fett.

III. Diesen Summen stehen folgende Anforderungen von Reich und Wehrmacht gegenüber:

570 000 t Getreide
425 000 t Kartoffel
36 000 t Zucker
16 000 t Marmelade
62 000 t Fleisch
6 000 t Fett.

IV. Unter Berücksichtigung der unbekannten Faktoren

a) Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des gesamten Apparates der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft,

b) Sicherheitslage,

c) Gelingen der Erzeugungsschlacht

seien folgende Erfassungszahlen für die Ernte 1943 zugrunde gelegt worden:

1 400 000 t Getreide (1942: 1 200 000 t)
2 600 000 t Kartoffel (1942: 1 700 000 t)

146 000 t Zucker (1942: 120 000 t)
70 000 t Marmelade
120 000 t Fleisch (1942: 110 000 t)
- dieser Satz sei bereits gleichbedeutend mit einem Eingriff von 40% in die Substanz des vorhandenen Viehes -
25 000 t Fett (1942: 13 000 t).

V. Bei Gegenüberstellung der Verbrauchszahlen (II 3 + III) und Erfassungszahlen (IV) ergebe sich bei

a) Getreide - ein Überschuß von . . . . . 22 000 t
b) Kartoffel - ein Fehlbetrag von. . . . . 155 000 t
c) Zucker - ein Fehlbetrag von. . . . . 42 700 t
d) Marmelade - ein Überschuß von . . . . . 2 000 t
e) Fleisch - ein Fehlbetrag von. . . . . 23 000 t
f) Fett - ein Fehlbetrag von. . . . . 24 000 t .

VI. Zu der Frage, ob sich noch für den Rest des laufenden (vierten) Kriegswirtschaftsjahres eine Erhöhung der Rationen ermöglichen lasse, nimmt Präsident Naumann wie folgt Stellung:

Auf dem Gebiet der Brotversorgung könne eine Verbesserung stattfinden, wenn von dem s.Zt. noch im Generalgouvernement befindlichen Bestand von 140 000 t Brotgetreide, der zur Erfüllung der Reichsleistungen entsprechend der Forderung des Reichsmarschalls bestimmt sei, ein Teil freigegeben werden könne. Bei Zucker, Fleisch und Fett könne eine Erhöhung von Rationen angesichts der Reichslieferungen in keinem Falle stattfinden.

VII. Die Behauptung, daß im Schleichhandel des Generalgouvernements noch ausreichende Nahrungsmittelmengen zu beschaffen seien, entspreche in keiner Weise den Tatsachen. Es müsse mit allen Mitteln versucht werden, diese Gerüchte endgültig zu zerstören. Die unbestreitbare Tatsache, daß im gewissen Umfang noch Schleichhandelswaren angeboten werden, erkläre sich folgendermaßen:

1. die bisher zugrunde gelegte Bevölkerungszahl von 17 Millionen Menschen sei nach der kürzlich durchgeführten Summarischen Bestandsaufnahme nicht bestätigt worden. Diese habe eine wesentlich geringere Zahl erbracht. Infolgedessen sei auch die bisherige Annahme, die mit 9,2 Millionen Selbstversorgern gerechnet habe, nicht zutreffend.

2. Die Erzeugungszahlen konnten auch bei größter Sorgfalt nur annähernd ermittelt werden. Es sei immerhin möglich, daß hier zum Teil größere Ergebnisse vorlagen als sie im Wege der Schätzung zugrundegelegt werden konnten.
3. Ein großer Teil der erfaßten Produkte werde wieder gestohlen und könne auf illegalen Wegen im Schleichhandel angeboten werden.

Von der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft werde jedenfalls das Menschenmögliche getan, durch Steigerung der Erfassung auch das Letzte aus den Betrieben herauszuholen; die Möglichkeit, daß Erzeugnisse in den Schleichhandel abwandern können, wird dadurch immer mehr vermindert.

Bankdirigent Dr. P a e r s c h belegt an Hand der Schleichhandelstabelle die Richtigkeit der Darlegungen des Präsidenten Naumann. Aus den rapide ansteigenden Schleichhandelspreisen ergebe sich einwandfrei, daß die für die illegale Bedarfsdeckung zur Verfügung stehende Menge an landwirtschaftlichen Erzeugnissen immer geringer werde.

E. Nach Erörterung verschiedener Einzelfragen und Hinweise zur Schleichhandelsbekämpfung, die von Obering. Kobold und Hauptstellenleiter Hain vorgebracht werden, faßt der Herr Generalgouverneur das Ergebnis der Sitzung wie folgt zusammen:

Die Besprechung habe zwei Programme zum Gegenstand gehabt:

a) ein Sofortprogramm,
b) ein Dauerprogramm.

Das Sofortprogramm betreffe die Frage, ob der Ernährungsstand der nichtdeutschen Arbeitskräfte und ihrer Angehörigen noch für das laufende Kriegswirtschaftsjahr erhöht werden könne. Diese Frage könne er unter Berücksichtigung der zahlreichen bisher beschrittenen Wege, den Reichsbedarf und die eigenen Notwendigkeiten des Generalgouvernements aufeinander abzustimmen, mit keinen großen Hoffnungen beantworten.

Umso wichtiger sei das Dauerprogramm, für die Zukunft von vornherein eine Lösung zu finden, die Reichsforderungen und Eigenbedarf des Generalgouvernements miteinander in Einklang zu bringe. Er bitte hierzu alle Ressorts, in der Richtung der Durchsetzung eines sol-

chen Dauerprogramms zu arbeiten. Dies würde in der Form vor sich gehen, daß ein Sammelprogramm aufgestellt werde, das er mit einem Begleitbrief dem Herrn Reichsmarschall übermitteln werde. Einen Durchschlag dieses Briefes werde er dem Führer und dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei vorlegen. Die Parteikanzlei würde von Hauptabschnittsleiter Stahl zu unterrichten sein. Er erwarte, daß von der Regierung und den übrigen Dienststellen des Generalgouvernements alles getan werden, die Ernährungslage der fremdvölkischen Bevölkerung im Generalgouvernement einer einigermaßen tragbaren Lösung zuzuführen.

Der Herr Generalgouverneur schließt um 14,30 Uhr die Arbeitssitzung.

Anwesenheitsliste

für die S i t z u n g (Thema: Ernährung, Rüstungswirtschaft)
am Mittwoch, dem 14.April 1943
im Königssaal

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
F r a n k		
Dr.Boepple	OLGR	Amt f.Gesetzgebung
Dr.Weh	Präsident	Hauptabt.E. u.L.
Naumann	Min.R.	"
Behr	Präsident	" Propaganda
Ohlenbusch	Präsident	" Eisenbahnen
Gerteis	Reichsbahnrat	"
Raspe	Min.R. stellv.Leiter	" Arbeit
Rhetz	Präsident	" Forsten
Eißfeldt	Min.R.	" Wirtschaft
Plodeck	Präsident	" Finanzen
Dr.Senkowsky	Präsident	" Bauwesen
Bauer	Generalintendant	Wehrkreisverw.GG.
Reiß	Kr.Verw.Rat	"
Koff	Bankdirigent	Emissionsbank
Paersch	Genlt.Rüst.Inspekteur	Rü.Insp.i.GG.
Schindler	Wehrkreisbeauftragt.	d.Reichsmin.f.Bewaffn. u.Munition
Kobold	Oberstleutnant	Rüstungs-Inspektion
Matthes	Generalleutnant d.P.	Staats.f.Sicher.Wesen
Becker	Stell.Leiter	Arbeitsbereich NSDAP
Stahl	Bereichsleiter	"
Bodo Stahr	Präsident	Hauptabt.Post
Lauxmann	Hpt.Stellenleiter	NSDAP
Fritz Hain	Oberstlt.	Rü.Insp.im GG.
Dehla	"	"
Vollmacher	Vizegouverneur	Hauptabt.Inn.Verw.
Losacker	Präsident	" Wirtschaft
Emmerich		
Bühler		

A r b e i t s s i t z u n g

am 15. April 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau.

Thema: Sicherheitslage des Generalgouvernements

Teilnehmer:

Der Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant von Hartlieb
Generalleutnant d.Polizei Becker
Oberst Fischer
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Dr. Losacker
Präsident Ohlenbusch
Präsident Dr. Struve
Präsident Naumann
SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth
Hauptabschnittsleiter Stahl
Landesoberverwaltungsrat Weihrauch
Major Dr. Jünglings

--

Ausgefertigt 1. 3 Exemplaren:
1. z.d.A. d. Kanzl. des GG.eure
2. O.L.G.R. Dr. Weh
3. Präsident Ohlenbusch

Beginn der Sitzung 15 Uhr

Nach Eröffnung der Sitzung leitet der Herr Generalgouverneur die Beratungen mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Ich habe Sie heute zu einer ernsten Sitzung zusammengebeten, um einmal in einem größeren Rahmen und dazu noch im engsten vertraulichen Gremium die Sicherheitslage des Generalgouvernements im allgemeinen und besonderen zu besprechen. Wir müssen uns über gewisse Erkenntnisse klar werden und versuchen, aus den Gesagten Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ich möchte an die Ergebnisse der letzten Sitzung in Warschau anknüpfen, die uns einen weitreichenden Einblick in die auf diesem Gebiete bestehenden Schwierigkeiten gegeben hat. In der letzten Zeit haben sich nun gerade in der Richtung der Verluste deutscher Männer in diesem Raum sehr drastische Ereignisse abgespielt. Auch sonst zeigt sich natürlich im Zusammenhang mit der propagandistisch nicht gerade günstig auszuwertenden Entwicklung der Kriegslage in den letzten Wochen eine Versteifung der Stimmung der Fremdvölkischen in diesem Raum mit wiederum schweren Auswirkungen auf die gesamte Sicherheitslage. In den letzten Wochen sind von Polen prominente Mitglieder der Verwaltung unter Umständen getötet worden, die zum mindesten vermuten lassen, daß hinter diesen Mordplänen eine weitreichende Aktion steht. Ich habe vom Luftgaukommando vertrauliche Meldungen über das Hereinbringen von Ausrüstungen, Aufrufen, Plakaten, Zeitungen usw. in unser Gebiet erhalten, so daß ich mich nunmehr veranlaßt sehe, über die gesamte Sicherheitslage im Generalgouvernement mit Ihnen zu sprechen.

Ich darf zunächst die Gelegenheit benutzen, um allen an der Aufrechterhaltung der Sicherheit beteiligten Organen zu versichern, daß wir nur die eine Aufgabe haben, kameradschaftlich und im gegenseitigen Einsatz die Dinge zu meistern. Als ich bei meinem letzten Besuch im Führerhauptquartier wiederum auf die Sicherheitsfrage angesprochen wurde, konnte ich nur sagen, daß es ein Wunder ist, daß wir mit diesem denkbar geringen Einsatz von Kräften überhaupt seit 1939 die Lage in diesem Raum beherrscht haben. Man muß unentwegt darauf hinweisen, daß infolge der jetzt durchgeführten weiteren Einziehungen von gerade im kampffähigen Alter stehenden Männern aus unserer Verwaltung eine weitere Schwächung der Autorität in diesem Gebiet eintritt.

All' das verpflichtet mich als den obersten Reichschef in diesem Raum zu der Mahnung, in einer so ernsten Zeit wirklich alle irgendwie gearteten persönlichen oder dienstlichen Differenzen in Zuständigkeitsfragen und sonstigen Dingen hinter der großen Aufgabe zurücktreten zu lassen, die verlangt, daß allen drohenden Schwierigkeiten zum Trotz das deutsche Leben, der deutsche Aufbau und die deutsche Ordnung in diesem Raum im Interesse der Kriegführung aufrecht erhalten werden.

Staatssekretär Krüger betont, daß er vor allem die letzten Worte des Herrn Generalgouverneurs nur unterstreichen könne. Er habe bereits in der letzten SS- und Polizeiführertagung in Warschau eingehend über die Sicherheitslage des Generalgouvernements gesprochen. Man müsse, wenn man die Dinge richtig beurteilen wolle, auf die gesamtpolitische und militärische Lage eingehen, die zur Zeit ihren Ausfluß dahin habe, daß sich die Widerstandskräfte in den besetzten Gebieten im allgemeinen und vor allem im Generalgouvernement versteiften.

Bekanntlich sei gerade von außen, von der Regierung Sikorski her der polnischen Widerstandsbewegung der Vorwurf gemacht worden, daß sie in ihrem Kampf gegen das Deutschtum besonders im Hinblick auf den Nachschub für die im Osten kämpfenden Heere versagt habe. Das habe zur Folge gehabt, daß sich das Ausland praktisch um die Widerstandsbewegung intensiver bekümmere als bisher. Diese Auswirkung könne man in den ständigen Einflügen erkennen, in der Tatsache, daß Fallschirmabspringer und Agenten abgesetzt würden, auch führende Persönlichkeiten, die die Widerstandsbewegung tatkräftig unterstützen sollten.

Von größter Wichtigkeit sei weiter die wesentliche Verschlechterung der Ernährunglage der Fremdvölkischen. Zahlreiche Polen hätten sich mehr und mehr zu Banden zusammengeschlossen, teilweise unter der Führung von Russen oder sonstigen Agenten. Was sicherheitsmäßig gegen dieses Fortschreiten der Widerstandsbewegung habe getan werden können, sei geschehen. Vor Jahren habe man mit der Exekutive, vor allem mit den Polizeibataillonen- und -regimentern noch verhältnismäßig günstig gestanden. Was aber jetzt an Polizeikräften zur Verfügung stehe, setze sich zumeist aus Polizeireservisten zusammen, die niemals jene Ausbildung genossen hätten und einsatzmäßig so zu verwenden seien wie eine aktive Truppe. Bisher sei es gelungen, ernstliche Schäden von seiten der Widerstandsbewegung aufzuhalten. Auf die Dauer werde das aber wahrscheinlich nicht mehr möglich sein. Er habe mit dem Wehrkreisbefehlshaber und mit dem Befehlshaber der Luftwaffe darüber gesprochen, daß nunmehr ein gemeinsamer Einsatz nötig sei. Soweit örtlich eine solche Notwendigkeit vorgelegen habe, sei dieser gemeinsame Einsatz auch erfolgt: Kräfte von Polizei und Wehrmacht seien in bestimmten Gebieten geschlossen zum Einsatz gekommen. Großaktionen, wie man sie früher unternommen habe, wären

angesichts der augenblicklichen Lage falsch. Eine Aktion sei niemals so schlagartig und geheim durchzuführen, daß die Gegenseite nicht davon erführe. In dem Augenblick, in dem Polizeikräfte in ein Gebiet kämen, um es abzuriegeln, werde es selbstverständlich sofort bekannt, und die Banden, die bisher in einer Höchststärke von 100 Mann aufgetreten seien, zögen sich aus diesem Gebiet zurück. Man sei deshalb immer gezwungen, mit kleineren, beweglichen Formationen schlagartig in eingebiet einzudringen und dort aufzuräumen.

Die Ernährungslage als solche zeige selbstverständlich ihre starke Wirkung auf diese Erscheinungen. In der Landwirtschaft gebe es in den Gebieten, die teilweise für die Arbeitererfassung freigemacht werden sollten, sehr viel Proletariat, das an sich keinen Grund und Boden habe. Diese Menschen verzögen sich bei der Inangriffnahme solcher Aktionen sofort in den Wäldern und erhielten dort von seiten der Banden Unterstützung.

Schwierigkeiten ergäben sich auch aus der Tatsache, daß es den Banden jetzt gelinge, alleinstehende Deutsche und ihre Familien zu überfallen. Andererseits sei die Situation so zu beurteilen, daß auf den großen Strecken zwischen den Hauptstädten an sich das Gebiet einigermaßen frei von Banden sei. Sobald man aber in die Gebiete abseits der großen Straßen komme, würden die Sicherheitsverhältnisse sehr schwierig. Angesichts dieser Lage müsse darauf hingewiesen werden, daß die Polizei unmöglich den Schutz jedes einzelnen Deutschen übernehmen könne. Er habe schon vorgeschlagen, in den Hauptstädten die sogenannten deutschen Viertel zu bilden. Dieser Vorschlag habe bisher nicht durchgeführt werden können, was zu bedauern sei, da sonst mancher Mord an Reichsdeutschen hätte verhindert werden können.

SS-Brigadeführer Generalmajor d.Polizei Dr. Schöngarth gibt in längeren Ausführungen ein Bild von der gegenwärtigen Sicherheitslage im Generalgouvernement und macht dabei streng vertrauliche Angaben über die Methoden, mit denen die Widerstandsbewegung zur Zeit arbeitet.

Generalleutnant d. Polizei Becker weist darauf hin, daß sich die zunehmende Unsicherheit im Kampfe der Truppe insbesondere dadurch auswirke, daß die Führung des Gegners offensichtlich in letzter Zeit straffer und militärischer geworden sei. Daß auch eine höchste Führung bestehe, die klare und wohl überlegte Anordnungen treffe, erweise sich durch eine Reihe von aufgefundenen Befehlen. Auf der Gegenseite sei auch eine Zunahme der Bewaffung mit schweren Maschinengewehren, Handgranaten usw. festzustellen. Es gebe sogar beritteme Formationen bei den Gegnern. Offenbar würden auch die Einheiten des Feindes zahlenmäßig verstärkt. Man könne hier und da doch schon Banden bis zu 1oo Mann antreffen, die natürlich in ihrer Bekämpfung einen gewissen polizeilichen Aufwand erforderten.

Die Methode der Bekämpfung dieser Banden durch die Polizei habe sich in den letzten Monaten eigentlich durchaus bewährt. Da gerade in der allerletzten Zeit weniger Wechsel in den Bataillonen stattgefunden habe und die Bataillone im wesentlichen an Ort und Stelle geblieben seien, hätten sie sich auch sehr gut einleben können, sie hätten sich eine gewisse Waldläufer- und Truppenpraxis erworben, die doch erhebliche Erfolge gezeitigt habe. Man verfüge auch über einige Kompaniechefs und Zugführer, die geradezu als Fachspezialisten und Künstler auf diesem Gebiet bezeichnet werden könnten und denen man die Führung der Truppe mit großer Zuversicht überlassen könne. Auch die Truppe schlage sich gut, und das gelte ebenso, von wenigen Ausnahmen

abgesehen, von der polnischen und ukrainischen Polizei, die alle Schwierigkeiten und Unannehmlichkeiten der Lage auf sich nähme und sich im allgemeinen durchaus in den Rahmen der Bandenbekämpfung eingliedere.

Was in der letzten Zeit truppen- und führungsmäßig gewisse Sorgen gemacht habe, sei die Feststellung gewesen, daß der Feind seine Einflüge auf gewisse Punkte festlege und sie immer wiederhole. Aus der Registrierung jedes einzelnen Einfluges habe sich ergeben, daß wiederholt Einflüge in die Gegend von Radom, Warschau und Lublin stattgefunden hätten. Mit dem Luftgau seien gewisse Abmachungen getroffen worden, zu dem Zwecke, eine schärfere Überwachung dieser Luftlandungen herbeizuführen. In letzter Zeit hätten sich diese Einflüge aus den genannten Gebieten gänzlich verzogen und seien in anderes Gelände gegangen, so daß man darüber noch weitere Feststellungen treffen müsse.

Staatssekretär Dr.Bühler kann vom Standpunkt der aktiven Bekämpfung dieser Unruheherde aus eigener Erfahrung nichts sagen, sieht allerdings mit steigender Sorge dieser Entwicklung der Unsicherheit entgegen. Was den Fall der Tötung des Arbeitsamtsdirektors Hoffmann in Warschau angehe, so sei ihm ein Attentat auf einen polnischen Angestellten des Arbeitsamtes in Warschau vorangegangen, dem eine besonders loyale Haltung gegenüber den Deutschen nachgesagt worden sei. Er sei zusammen mit einem Offizier der polnischen Polizei erledigt worden. Bemerkenswert sei in diesem Zusammenhang die Feststellung, daß die vollzogene "Einrichtung" dieser beiden Leute eines Morgens auf in Warschau angeschlagenen Plakaten zu lesen war. Daß der Arbeitsamtsdirektor Hoffmann bedroht gewesen sei, sei ihm lange vor diesem Attentat bekannt gewesen. Am folgenden Tage sei dann der Stellvertreter des Direktors Hoffmann, der Angestellte Dietz, gleichfalls getötet worden.

Diese Reihe von Attentaten setze sich auch bei Kreishauptleuten und Landkommissaren fort. Ob es sich um die Umlegung von deutschen Funktionären oder um die Zerstörung von Aufbaueinrichtungen handle, die man in mühevoller Arbeit erstellt habe, er sehe in diesen Dingen eine schlimme Entwicklung. Er sei nicht der Überzeugung, daß man zur Zeit schon den Höhepunkt der Unruhe erreicht habe, sondern daß sich, wenn nicht besondere Maßnahmen eingeleitet würden, diese Überfälle noch auf breiterer Basis erweitern würden. Nach einer Meldung seien im Distrikt Lublin im Monat März über 1 800 Raubüberfälle vorgekommen. Da es im Monat Februar noch 1 100 Fälle gewesen seien, lasse sich überall eine sprunghafte Entwicklung feststellen. Auch auf den Hauptverkehrsstraßen bestehe heute keine Sicherheit mehr. Vor 10 Tagen noch sei der Kreishauptmann von Miechow auf der Straße nach Krakau erschossen worden. In den letzten Tagen sei ein Bautrupp, der an der Herstellung einer Leitung arbeitete, mit samt seiner Bedeckung von 14 Mann auseinander getrieben worden.

Zu dem letzt erwähnten Fall fügt Präsident Dr. Lasemsky ergänzend hinzu, daß es sich hier um den Bau einer Fernleitung von Stalowa Wola nach Lublin für die Ostenergie zur Versorgung der Heinkel-Werke handle. Unter dem Eindruck dieses Überfalles sei der Bau vorübergehend eingestellt worden, die Arbeit sei aber heute wieder aufgenommen. Den Arbeitern selber sei nichts geschehen, zwei leitende deutsche Angestellte seien schwer verletzt worden, 14 Mann Polizei, zwei Deutsche und 12 Ukrainer seien von der Bande verschleppt worden. Die Bande solle angeblich bis zu 400 Mann stark und mit schweren Infanteriewaffen einschließlich Granatwerfern ausgerüstet gewesen sein. Den Angehörigen des Bautrupps sei, falls sie wieder zur Arbeit kämen, mit dem Tode gedroht worden. Hier handle es sich offenbar um einen wohl angelegten Sabotageversuch gegen die Heinkel-Werke.

Staatssekretär Dr. Bühler führt weiter aus, daß entsprechend der Ausbreitung der Unsicherheit zahllose Überfälle auf Molkereien, Brennereien, Liegenschaftsgüter und sonstige staatliche Einrichtungen stattfänden. In der kurzen Zeit der Durchführung der Volkszählung seien 11 Gemeindeämter überfallen und ausgeraubt worden. Die Polizei habe auf diese vermehrten Bandenüberfälle damit antworten müssen, daß sie die gefährdeten Einzelposten auf dem Lande in Kompaniestärke zusammengezogen habe. Praktisch habe man damit aber wieder den Raum, der von polizeilicher Besetzung frei geworden sei, den Banden als Spielfeld überlassen müssen.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß man gezwungen sei, vor allem in den fremdvölkischen Stationen die Männer mehr zusammenzuziehen, damit sie, wenn eine stärkere Bande einen Polizeiposten überfalle, in der Lage seien, sich zu wehren. Auf dem Lande ergäben sich Schwierigkeiten, wenn die fremdvölkische Polizei sich selber überlassen sei; denn sie sei an sich unter deutscher Führung gut, gehe aber auch unter Umständen mit der Widerstandsbewegung. Wenn auf die Polizisten kein Verlaß sei, dann sei ein kleiner Posten schwer zu halten und könne leicht entwaffnet werden.

(Staatssekretär Dr. Bühler will auch die Gendarmeriestationen in Rücksicht gezogen wissen. Die übrigen Mittel der Bekämpfung seien wohl nicht von Dauererfolg begleitet. Die Durchkämmaktionen schüfen wohl für einige Tage ruhe, nach kurzer Zeit aber baue sich die Widerstandsbewegung neu auf. - Das System der Geiselfestnahmen- und -erschießungen, das immer noch geübt werde, könne keine grundsätzliche Beruhigung bringen.)

Auf den Einwand des SS-Brigadeführers Dr. Schöngarth, daß er keine Geiselerschießungen angeordnet habe, erwidert Staatssekretär Dr. Bühler, daß nach ihm gewordenen Berichten sowohl im Falle der Tötung eines Landkommissars wie eines Kreishauptmanns 3o Geiseln erschossen worden seien.

Staatssekretär Krüger bittet, ihm das Material zur Verfügung zu stellen.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt zu bedenken, daß die Arbeit der Regierung wie die Arbeitererfassung und die im Dienste des Reiches stehende Wirtschaft, insbesondere die Landwirtschaft, nicht den vom Reich erwarteten Erfolg haben könne. Er halte die Zeit für gekommen, in der man entweder Maßnahmen treffen müsse, um eine verstärkte Bekämpfung dieses Banditenunwesens vielleicht durch weitgehende Heranziehung der Wehrmacht und der Luftwaffe einzuleiten, oder aber mit politischen Mitteln auf eine Beruhigung der Situation hinwirken müsse. Hierfür scheine ihm die Lage zur Zeit nicht ungünstig zu sein. Die Auffindung des Massengrabes der ermordeten polnischen Offiziere bei Smolensk und der dadurch bei den Polen hervorgerufene Stimmungswechsel könnten einen Ansatzpunkt bilden, auch die Bevölkerung bei der Bekämpfung der Banditen erfolgreich einzuschalten. Ohne Mitwirkung der Bevölkerung lasse sich das Banditenwesen und auch das politische Wesen nicht ausrotten. Sonst wäre es nur möglich, wenn entsprechend starke Exekutivorgane in den Raum des Generalgouvernements gelegt würden, wie man sie aber jetzt nicht erhalten könne.

(Staatssekretär Krüger) weist darauf hin, daß örtlich durchführbare Einsätze teilweise zusammen mit Heer oder Luftwaffe vorgenommen würden. Das sei aber nicht gerade der Idealzustand. (Eine politische Beruhigung der Bevölkerung liege durchaus im Rahmen des Möglichen, wenn vor allem denjenigen Teil der Bevölkerung, der in deutschen Diensten stehe, die Ernährung ihrer Familien sichergestellt werde. Heute werde der polnische Arbeiter von den ihm zugeteilten Nahrungsmitteln nicht satt, seine Arbeitsleistung lasse immer mehr nach, und er sei gezwungen, zwei oder drei Tage in der Woche mit seiner Arbeit auszusetzen, um sich Nahrungsmittel auf illegalem Wege zu beschaffen.) - Weiter müsse geprüft werden, wie man vielleicht Gruppen der Widerstandsbewegung auch gegeneinander auszuspielen vermöchte, da ihr ja neben nationalen auch bolschewistische Elemente angehörten. Selbstverständlich müsse auch der Fall Smolensk entsprechend ausgewertet werden. - Wenn man es mit Widerstandsnestern der Banditen wie z.B. in den Wäldern von Bilgoraj und im Gebiet von Konskie zu tun habe, dann werde dort ein Einsatz durchgeführt. Im allgemeinen verspreche man sich aber von den sogenannten Großaktionen keinen besonderen praktischen Erfolg, da solche Aktionen neben dem großen Aufwand an Zeit und Kräften auch leicht verraten würden.

Staatssekretär Dr. Boepple ist ebenfalls der Ansicht, daß man die Smolensk-Funde als Ansatzpunkt benutzen könnte, um die chauvinistischen und bolschewistischen Bevölkerungsteile gegeneinander auszuspielen.

Staatssekretär Krüger will vor allem verhindert wissen, daß mit Unterstützung von außen her Gebiete besetzt und vor dort aus Aktionen unternommen würden. Durch Erkundungen müsse festgestellt werden, ob es sich

dann wirklich um rein militärische Gebiete handle, und darauf hin müßten dann entsprechende Vorbereitungen getroffen werden. Man werde die Frage prüfen, ob es möglich sei, vielleicht durch Verstärkung von Truppenteilen und durch die Tatsache des Vorhandenseins dieser Truppen dazu beizutragen, daß etwas mehr Ruhe eintrete. Im übrigen aber müsse man vor allem versuchen, durch geschickte politische Maßnahmen die einzelnen Gruppen der Bevölkerung gegeneinander auszuspielen, so daß sie im Ungewissen seien, wie sie vorzugehen hätten.

(Präsident Dr. Struve) ist der Auffassung, daß im Hinblick auf die Angriffe gegen die Arbeitseinsatz-Verwaltung eine gewisse Planmäßigkeit festzustellen sei. Es seien allein 11 Arbeitsämter bzw. ihre Karteien durch Überfälle zerstört worden. Angriffe auf polnische Werber in Form von Erschiessungen, tätlichen Beleidigungen und Bedrohungen seien an der Tagesordnung. - Zu den Fällen Hoffmann und Dietz in Warschau sei wieder ein neuer Fall getreten: ein in der Nähe von Warschau wohnender Reichsdeutscher sei seit 8 Tagen verschollen. Übrigens gehe die Planmäßigkeit der Überfälle auch daraus hervor, daß dem Arbeitsamtsdirektor Hoffmann zunächst ein Sprengstoffpaket zugeschickt worden sei, bei dessen Öffnung kurz danach ein Feuerwerker getötet worden sei. Wie der Fall Hoffmann zeige, gingen die Banditen bei ihren Überfällen ganz planmäßig und unbekümmert vor und führten ihr Vorhaben fast genau zur angekündigten Stunde durch. Wie frech und rabiat die Banden vorgingen, zeige wieder ein kürzlich erfolgter Überfall auf einen Gefangenentransport in Warschau. Die Systematik der Überfälle auf die Arbeitsämter ergebe sich auch daraus, daß sie in einem dreiseitigen Flugblatt angekündigt worden seien. (Präsident Dr.Struve gibt den Inhalt eines solchen Flugblattes bekannt).

Im Übrigen sei die Tatsache festzustellen, daß eine Reihe von Polizeimaßnahmen den Arbeitsämtern zur Last gelegt werde, für die diese keine Verantwortung trügen.

Der Herr Generalgouverneur erinnert daran, daß seinerzeit bei der Arbeitsverwaltung teilweise die Meinung vertreten gewesen sei, man könne wirksame Maßnahmen nur mit Hilfe der Polizei durchführen. Dieser Auffassung sei man vor allem bei den Berlindr Stellen gewesen.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Dr. Struve, daß dem Wunsche der Arbeitsverwaltung entsprechend keine Massenaktionen mehr durchgeführt würden.

Präsident Dr. Senkowsky will den zahlreichen Drohbriefen, die die verschiedensten Persönlichkeiten und auch er erhalten hätten, kein besonderes Gewicht beigelegt wissen. Im Falle des Ministerialrats Rogge und in einem anderen Falle habe es sich um ein Femeurteil gehandelt: es sei handschriftlich ausgefertigt und von einem Sekretär und zwei Beisitzern unterschrieben, auch sei eine Bewährungsfrist in diesem Urteil angegeben.

Was die Auswirkungen einer gewissen Unsicherheit auf die Grundlagen der Einnahmen angehe, so müsse man vor allem im Hinblick auf die Überfälle auf Brennereien mit einer großen finanziellen Einbuße rechnen, wenn dieser Zustand der Unsicherheit weiter bestehen bleiben solle. Bis jetzt hätten sich allerdings im Lubliner Bezirk, der besonders hierfür in Betracht komme, noch keine nachteiligen Folgen gezeigt: es sei vorgekommen, daß Außenbeamte Angriffen ausgesetzt waren, aber schwerwiegende Fälle seien nicht aufgetreten. Wohl aber sei

ein

Anzahl von Brennereien nicht nur Überfallen und ausgeraubt, sondern zum Teil auch bis auf die Grundmauern niedergebrannt, und die Apparaturen seien zerstört worden. Diese Zerstörung von Brennereien könne auch für die Ernteerfassung, für die man 3o Millionen Ltr. Wodka erwarte, noch weitgehende Folgen haben.

Präsident Naumann betont, er habe schon bei Übernahme der Reichsleistungen darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen auf dem Gebiet der Lieferungen großer Mengen ans Reich nicht spurlos an der Wirtschaft des Generalgouvernements vorübergehen würden. Er habe bereits im September 1942 erklärt, daß diese Lieferungen eine große Herabsetzung der Rationssätze im Generalgouvernement zur Folge haben müßten, umso mehr, als der Schleichhandel durch die fast loo %ige Erfassung so gut wie restlos zerstört wäre und daher von der polnischen Bevölkerung kaum noch Nahrungsmittel in irgendeiner Form angekauft werden könnten. Die landwirtschaftliche Verwaltung habe damals darauf hingewiesen, daß es, wenn die Reichsleistungen durchgeführt würden, mit der Sicherheitslage immer schlechter werden würde. Was damals auch den Berliner Stellen zur Kenntnis gebracht worden sei, sei auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Verwaltung im steigenden Maße eingetreten. Wenn bis gegen Weihnachten die Überfälle noch in der Form geschehen seien, daß Gruppen und einzelne Kommandos der Banditen nur das genommen hätten, was sie für ihre Nahrung gebrauchen konnten, so sei von Weihnachten an festzustellen, daß immer mehr System in diese Dinge hineingekommen sei. Die Banditen vernichteten jetzt alles, was sie nicht mitnehmen oder gebrauchen könnten, sie machten Produktionsmaschinen der Molkereien, Brennereien, Zuckerfabriken unbrauchbar, so daß sich nun auch nachhaltige Wirkungen für die Weiterführung der Ernährung und die Sicherung der Erfassung von Produkten zeigten. Daneben seien auch mehr und mehr die auf dem

Lande verstreut angesetzten landwirtschaftlichen Beamten und Angestellten Angriffen ausgesetzt. Man habe sich wegen dieser Überfälle mit den örtlichen Dienststellen der Wehrmacht in Verbindung gesetzt, sie hätten auch, soweit möglich, geholfen. Gleichwohl mache sich immer bemerkbar, daß die Widerstandsbewegung erkannt habe, wie entscheidend sie die landwirtschaftliche Verwaltung treffe, wenn sie den mühsam aufgebauten Apparat der Ernährung und Landwirtschaft so weit lahmlege, daß die polnischen Angestellten nicht mehr in der Weise arbeiteten, wie es unbedingt notwendig wäre. Leider habe die umfangreiche Einziehung von im besten Mannesalter stehenden Deutschen zu einer Schwächung der landwirtschaftlichen Außenstellen geführt und der Widerstandsbewegung neuen Auftrieb gegeben. Für die Betriebe der Molkereien, Zuckerfabriken, Brauereien usw. müsse deshalb ein Werkschutz aus der Zahl der dort angestellten Polen erstellt werden, der auch irgendwie bewaffnet sein müsse. Auch sei es dringend notwendig, den deutschen Oberleitern eine bessere Bewaffnung zu geben, wenn möglich, ihnen Handgranaten zur Verfügung zu stellen.

(Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Präsident Naumann, daß angesichts der Tatsache, daß die Umsiedlung große Unruhe in die polnische Landbevölkerung bringe, diese Umsiedlung besser nicht durchgeführt worden wäre und man sie jedenfalls jetzt abstoppen müsse.) Übereinstimmend werde ihm von den Kreislandwirten berichtet, daß zwar überall die Maßnahmen für eine Ernestesteigerung eingeleitet seien, daß sie aber von der polnischen Seite immer mit der Frage beantwortet würden, was denn mit ihnen geschehen werde, und ob es ihnen ebenso gehen solle wie den polnischen Bauern im Kreise Zamosc. Er habe schon verschiedentlich auf diese Schwierigkeiten hingewiesen, die sich seinen Maßnahmen entgegenstellten. Jedenfalls wäre es auch im Hinblick auf die Tatsache, daß wieder Gerüchte von neuen

Einsiedlungen und Umsiedlungen umliefen, richtiger, die Siedlung nicht weiter fortzusetzen. Es sei anzunehmen, daß ein polnischer Bauer, der von seinem Hofe vertrieben werde, nicht Frumnd der Deutschen sein, sondern versuchen werde, sich zu rächen oder vielleicht Anschluß an Gruppen zu finden, die der deutschen Führung mit der Waffe in der Hand gegenüberständen. - Für die deutschen Siedler im Kreise Zamosc sei auf Grund einer Anordnung des Reichskommissars eine Landwacht geschaffen worden. Die Siedler seien verhältnismäßig gut bewaffnet, und in letzter Zeit hätten dort Überfälle nicht mehr stattgefunden, weil die Banditen wüßten, daß ihnen dort aktiver Widerstand entgegengesetzt werde.

Staatssekretär Krüger erinnert daran, daß Mitte Februar in einer Sitzung über die Absichten und Gedankengänge des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums gesprochen worden sei. Nach Ansicht des Reichskommissars habe man nach Möglichkeit versuchen müssen, den Kreis Zamosc ganz mit Volksdeutschen zu füllen, damit die Deutschen in sich geschlossen seien und nicht mehr eine Streusiedlung darstellten, um so auch sicherheitsmäßig für das deutsche Interesse arbeiten zu können. Diese Deutschen hätten dann auch selber den Schutz der Siedlung übernommen, es sei eine Landwacht von der Polizei bewaffnet und ausgebildet worden. Daß die Stadt Lublin mit Volksdeutschen besiedelt werden sollte, sei auch bekannt. Er habe den Reichskommissar gebeten, weitere Siedlungen vorerst abzustoppen, damit in die polnische Bevölkerung wieder eine gewisse Ruhe einkehre. Seinerseit sei angeordnet worden, daß auch die Polen nach gewissen Wertungsgrundsätzen umgesiedelt werden sollten: ein Teil sollte dort bleiben, ein Teil umgesiedelt und ein Teil in Arbeit vermittelt werden. Von dieser

sogenannten Klassifizierung werde abgesehen. Seines Wissens beabsichtige der Reichskommissar einen Teil der dort befindlichen Volksdeutschen innerhalb des Kreises Zamosc einzusiedeln, damit man in diesem Kreis ein geschlossenes volksdeutsches Gebiet habe. Man habe dann zwangsweise aus dem Dnjepr-Bogen rund 12 ooo Köpfe hereingenommen. Sie seien im Distrikt Galizien untergebracht und würden dort etwa ab Mitte Mai angesiedelt, und zwar in den leerstehenden deutschen Höfen, die im Jahre 1939 auf Grund der Vereinbarung mit der Sowjetunion ausgesiedelt worden seien. Man habe dort soviel Platz, daß man den Ukrainern oder auch Polen kein Land wegzunehmen brauche. Das lasse sich ohne weiteres durchführen, so daß man nicht mit einer Unruhe zu rechnen brauche.

Hauptabschnittsleiter Stahl führt aus, daß die Partei unter der Versteifung der Sicherheitslage sehr zu leiden habe. Von Parteigenossen und Hoheitsträgern würden ihm alle möglichen Vorschläge gemacht, die aber zum Teil sehr übertrieben seien. Einer der wichtigsten Vorschläge gehe dahin, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Polizei örtlich besser auswirken müßte. So sei ihm z.B. mitgeteilt worden, daß in Ostrowiec der zuständige Hauptmann auf eine an ihn gerichtete Frage erwidert habe, er müsse erst für ein Eingreifen seinerseits auf einen Befehl seines vorgesetzten Kommandos warten; er habe seine Hilfe schon der Polizei angeboten, aber der örtlich zuständige Polizeioffizier habe sie als unnötig bezeichnet.

Staatssekretär Krüger bittet, ihm nach Abschluß der Ermittlungen die Unterlagen zuzuleiten.

Hauptabschnittsleiter Stahl teilt dann weiter mit, daß er angesichts der Unsicherheit auf den Landstraßen angeordnet habe, daß die politischen Leiter, soweit sie dienstlich unterwegs sein müßten, in der Dunkelheit nicht mehr fahren dürften. Auch erwäge er, ihnen das Tragen der Uniform zu verbieten, da offenbar die Widerstandsbewegung gesteigerten Wert darauf lege, in den Besitz von Uniformen politischer Leiter zu gelangen. An dem Überfall auf die Staatsdruckerei z.B. solle ein Mann in der Uniform eines politischen Leiters beteiligt gewesen sein.

Von gegen Parteiführer verhängten "Todesurteilen" habe er dem SD sofort Meldung gemacht, ebenso von dem Auffinden einer Höllenmaschine, die im Parteihause abgegeben und für SA-Oberführer Peltz bestimmt gewesen sei. Im Übrigen sei er der Ansicht, daß man die Angstpsychose, die bei den Deutschen im Lande bestehe, mit allen Mitteln bekämpfen müsse, und er schlage vor, daß der Leiter des Arbeitsbereiches eine entsprechende Verfügung hinausgehen lasse. Durch gesteigerte Aktivität in Versammlungen, Aufmärschen usw. müsse dem fremden Volkstum gezeigt werden, daß sich die Deutschen stark genug fühlten. Daß schon eine Angstpsychose bestehe, sei nicht zu bestreiten, und verschiedene Deutsche hätten schon ihre Koffer gepackt; das wirke sich natürlich im negativen Sinne für diejenigen aus, die nicht ängstlich seien. Wenn sich in den Standorten, in denen Überfälle vorgekommen seien, die Deutschen in Gruppen wiederum zusammenfänden, so sei das im Interesse der Parteiarbeit nur zu begrüßen. Auch müßte die zuständige Kreishauptmannschaft ein Überfallkommando zur Verfügung haben, das schnell an den Ort eines Überfalles geschickt werden könne. Andererseits dürften auch wieder die Dinge im Wege des Gerüchts nicht übertrieben werden. Deswegen sei es notwendig, die Führung

der Partei über die obwaltende Situation zu informieren, damit man gegebenenfalls mit dem Apparat der Partei gegen Gerüchte arbeiten könne. Von Leuten, die vielleicht zwei oder drei Tage im Generalgouvernement gewesen seien, sei z.B. in Berlin alles Mögliche über die Unsicherheitslage im Generalgouvernement erzählt worden. Die Parteiführung müßte mehr als bisher über gewisse Dinge ins Bild gesetzt werden, damit sie solchen Gerüchten entgegentreten könne.

Ihm seien auch manche Vorschläge gemacht worden, was zu geschehen habe, um wieder eine gewisse Beruhigung ins Generalgouvernement zu bringen. So wünschten z.B. die Standortführer, daß keine Um- und Neusiedlungen mehr vorgenommen würden. Auch habe man vorgeschlagen, keine Polen mehr aus ihren Häusern auszuweisen, damit Deutsche dort hineingelegt werden könnten. Ferner wolle man den Zuzug der Deutschen irgendwie gesperrt wissen. Die Hoheitsträger wiesen darauf hin, daß sie mehr Selbstverteidigungswaffen haben müßten. Für die gesamten Amtsleiter ständen nur 2oo Pistolen zur Verfügung. Die anderen 1 5oo politischen Leiter hätten keine Waffe. Die Beschaffung von Waffen sei so gut wie unmöglich, und die vom Reichsschatzmeister versprochenen seien noch nicht eingetroffen. Angesichts der Tatsache, daß bisher drei hauptamtliche Parteiführer getötet worden seien, müßten den politischen Leitern Karabiner und Handgranaten zur Verfügung gestellt werden.

Generalleutnant <u>von Hartlieb</u> weist darauf hin, daß im Gegensatz zur Polizei, die nach Verbrechern zu fahnden habe, Aufgabe der Wehrmacht die Sicherung der militärischen wichtigen Objekte, der Bahnlinien und Straßen, die der Versorgung der Ostfront dienten, sei. Die Wehrmacht könne sich also nicht so an der

Bekämpfung der Banden beteiligen, wie es wohl in ihrem Sinne läge. Immerhin sei es möglich, für jedes Bataillon einen Bereitsschaftsdienst einzurichten. Nach einer Verordnung des Führers vom August 1942 sei allein der Führer der Polizei für die Bekämpfung der Banden verantwortlich. In besonderen Fällen, wenn die Kräfte der Polizei nicht ausreichten, um Unruheherde zu beseitigen, habe allerdings die Wehrmacht Anträgen der Polizei auf Gestellung von Truppen zu entsprechen. Hier bleibe dann immer die Leitung noch in den Händen der Polizei. Diese Fälle müßten aber zu den Ausnahmen gehören, weil die Banden darauf ausgingen, die militärischen Kräfte zu zersplittern und sie von ihren eigentlichen Objekten, die sie zu sichern hätten, abzuziehen. Deshalb sei es der Wehrmacht grundsätzlich untersagt, auf Anforderung von Zivilstellen usw. einzugreifen. Das schließe natürlich nicht aus, daß den deutschen Einwohnern eines Ortes sofort Schutz gewährt werde. Was den von Hauptabschnittsleiter Stahl erwähnten Fall angehe, so werde man wohl hier in der ersten Aufregung gleich an die Wehrmacht herangetreten sein. Wenn solchen Anforderungen überall entsprochen würde, dann würde bei der geringen Besetzung mit Militär im ganzen Lande eine solche Zersplitterung der Truppe eintreten, wie sie den Banden nur erwünscht sein könne. Wenn in Fällen geringerer Bedeutung gleich Militär zugezogen würde, so würde damit nur das Ansehen der Polizei geschädigt und das Bild der Wehrmacht als soldatischer Truppe verwischt werden.

Präsident Dr. Losacker teilt mit, daß der Vorsitzende des Ukrainischen Hilfskomitees Prof.Kubijowitsch in einem Schreiben vom 6.April zum Ausdruck gebracht habe, daß sich in den gemischten Gebieten wie dem des Distrikts Lublin in der letzten Zeit die Banditen auch sehr stark gegen die ukrainische Bevölkerung gewendet hätten. Ende März seien der Leiter des Ukrainischen Hilfskomitees in Rubieschow und sein Vertreter ermordet worden, ebenso am 1o. April 1o Ukrainer. Man habe denn den Antrag gestellt, die ukrainische Polizei in diesen gemischten Gebieten etwas zu verstärken, und darüber hinaus die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich sei, die unmittelbar im deutschen Interesse tätigen Ukrainer, insbesondere die Vorsitzenden der örtlichen Hilfskomitees mit Waffen auszurüsten, und zwar in ähnlicher Form wie bei der deutschen Landwacht.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß man beabsichtige, in den ukrainischen Gebieten des Distrikts Lublin ein nur aus Ukrainern bestehendes Regiment zusammen zu stellen, geführt und durchsetzt von deutschen Unteroffizieren und Offizieren. Mit der Werbung solle in kurzer Zeit begonnen werden.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Generalleutnant Becker, daß im Generalgouvernement zur Zeit 11 Polizeibataillone stationiert seien, mit der Gendarmerie zusammen etwa 14 ooo Mann.

Oberst Fischer hält es für notwendig, die Autostreifen der Wehrmacht und Polizei anzuweisen, sie mögen die Autos nicht auf freier Strecke anhalten, sondern in den Ortschaften.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß Weisungen in diesem Sinne schon ergangen seien.

<Präsident Ohlenbusch geht in längerer Ausführungen auf die Auffindung der Massengräber ermorderter polnischer Offiziere bei Smolensk ein. Für das Generalgouvernement sei diese Auffindung von besonderer Bedeutung, weil es sich bei diesen Morden um Angehörige des polnischen Volkstums handle. Auf Befehl des Führers sei deshalb am 10. und 11. April eine polnische Delegation mit dem Flugzeug nach Smolensk gebracht worden, der ein Vertreter des Polnischen Hauptausschusses, der Präsident der früheren polnischen Dichterakademie, einige Journalisten angehörten. Leider sei es nicht möglich gewesen, daß ein Vertreter der Geistlichkeit an diesem Fluge teilnahm, weil der Erzbischof Sapieha, der seine Genehmigung hätte erteilen müssen, in Krakau nicht anwesend gewesen sei.> Der Vertreter des Bischofs von Warschau sei zunächst bereit gewesen, mitzufliegen, aber nach einer Stunde sei ein schriftlicher Bescheid des Bischofs eingegangen, in welchem zwar für die Einladung gedankt und darauf hingewiesen werde, daß die katholische Geistlichkeit von der bolschewistischen Barbarei überzeugt sei, gleichzeitig aber auch gesagt werden, daß der Bischof die Genehmigung leider nicht erteilen könne, weil ~~die Mitwirkung eines Priesters an einer solchen Besichtigung mit~~ es sich hier um eine politische Angelegenheit handle, in die sich Geistliche nicht einmischen dürften. Am nächsten Vormittag habe dann die Besichtigung der Massengräber stattgefunden, die 14 km westlich von Smolensk in der Nähe des Eisenbahnhofes Katyn, und zwar auf einem "Ziegenberg" genannten Waldstück. Dort sei die Delegation von einer militärischen Kommission unter Führung eines Obersten begrüßt worden. Als dann die Polen die Böschung des ersten Massengrabes betraten, seien sie erschüttert und derart gebannt gewesen, ~~als~~ daß sie, als sie die Leichen durcheinander liegen sahen, die Hände zum Gebet falteten. Den Polen

seien dann im Beisein eines Gerichtsmediziners zwei Leichen gezeigt und an ihnen nachgewiesen worden, daß sie durch Genickschuß getötet worden seien und daß es sich tatsächlich um Polen handle. Bei Durchsuchung der Taschen dieser beiden Leichen, derjenigen eines Stabsarztes und eines Hauptmanns, habe man Dokumente, Briefe, Geldbörsen gefunden. Die bis jetzt auch bei anderen Leichen gefundenen Briefe trügen sämtlich das Datum des 15. April 1940. Von besonderem Interesse sei gewesen, daß der Präsident der Dichterakademie genau gewußt habe, daß die Verbindung mit dem Gefangenenlager in der Nähe von Orel vom Mai an aufgehört habe. Dieses Datum decke sich genau mit dem Zeitpunkt, den man festgestellt habe, als man bei dem Besuch einer Auslandsjournalistengruppe am Tage zuvor die Leiche eines polnischen Brigadegenerals geborgen habe. Anschließend seien die bisher schon festgestellten, sauber geordneten und nummerierten Dokumente besichtigt worden. Unter anderem sei ein goldenes Zigarrettenetui des polnischen Brigadegenerals in seiner Kleidung gefunden worden, während alle Uhren, Ringe und sonstige Schmucksachen nicht mehr vorhanden waren. Nach Auffassung der Wehrmachtsstellen lägen in dem einen Grab allein 4 ooo, in einem anderen Grab 6 ooo Leichen, und zwar in 12 Schichten, wobei die oberste Schicht 25o Leichen zähle. Wenn man den ganzen Umfang dieser Gräber abmesse, dann ergebe sich ein Feld von 4oo x 4oo Metern. Wenn die ganze Fläche eine entsprechende Menge Ermorderter enthalte, komme man auf eine Zahl von 4o- bis 5o ooo.

Es brauche nicht besonders betont zu werden, daß die Auffindung dieses Massengrabes von größtem Wert für eine propagandistische Auswertung sei. Es handle sich hier tatsächlich um ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Sowjets hätten offenbar

von der Auffindung des Grabes Wind bekommen und sich bereits vor einer Woche dazu geäußert und wollten den Deutschen die Schuld an der Tötung dieser Offiziere zuschieben. Es lasse sich aber nachweisen, daß diese Gräber schon vor drei Jahren angelegt worden seien, und zwar an dem Wchs der Fichten auf dieser Fläche, an Briefen und an dem Verwesungszustand der Leichen.

Die propagandistische Auswertung geschehe in engster Zusammenarbeit mit dem Reichspropagandaministerium, und zwar unter Heranziehung von Film, Rundfunk, polnischer Wochenschau, Schallplatten mit Kurzberichten, Broschüren, Flugblättern und Plakaten. Auch seien die Durchführung eines Volkstrauertages und die Errichtung je eines Mahnmales in Lublin, Warschau und Krakau geplant. Die propagandistische Auswertung müsse selbstverständlich mit der allgemeinen politischen Lage im Generalgouvernement abgestimmt werden. Dabei würden die Fragen der Umsiedlung, der Arbeitererfassung, der Ernährungslage im Vordergrund stehen. Auch werde der polnischen Geistlichkeit die Möglichkeit gegeben werden, eine Betreuung der Leichen durchzuführen.

Bis jetzt sei die Propaganda im Raume des Generalgouvernements schwierig gewesen, weil keine politische Zielsetzung vorhanden gewesen sei. Wenn man auch auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft, der Arbeitererfassung und Arbeiterwerbung eine gewisse Propaganda getrieben habe, so könne doch bisher von einer politischen Führung der im Generalgouvernement lebenden Polen keine Rede sein. Die politische Führung dieses Raumes müßte, um überhaupt eine zielklare und erfolgversprechende Propaganda einsetzen zu können, der Propaganda bestimmte Leitsätze zur Verfügung stellen. Wenn man es verstehe, die bolschewistischen Kreise der Bevölkerung gegen die chauvinistischen richtig auszuspielen, würde man damit einen gewissen Erfolg haben.

Das setze aber eine klare Zielsetzung voraus. Dieses Ziel könne er nur erreichen, wenn sowohl für die bolschwistischen wie die chauvinistischen Kreise gewisse Leitsätze der Propaganda aufgestellt würden und damit ohne weiteres eine Aktivierung der nationalen Elemente verbunden werde. Die Teilung des polnischen Volkes stelle somit, politisch und propagandistisch gesehen, ein Novum dar. Vor allem müßten sich die maßgebenden Stellen in Berlin darüber klar sein, in welcher Form jetzt eine politische Zielsetzung gegeben werde.

Er halte es für geboten, daß sich die deutschen Dienststellen möglichst aus dieser ganzen Aktion heraushielten und die Dinge durch das polnische Rote Kreuz und den Polnischen Hauptausschuß bearbeiten ließen. Zu diesem Zweck solle eine Kommission gegründet werden, und er habe vorgeschlagen, in diese Kommission möglichst noch einen Vertreter des Internationalen Roten Kreuzes aufzunehmen.> Weiter habe er vorgeschlagen, daß man die polnische Delegation ins Reich schicke, damit sie sich davon überzeugen könne, wie die polnischen Kriegsgefangenen in Deutschland behandelt würden.

< Der Herr <u>Generalgouverneur</u> will die Sitzung nicht zu einer Besprechung der allgemeinen Polenpolitik ausgeweitet wissen, da die Voraussetzungen dafür nicht gegeben seien. Anhand eines eingehenden Sammelberichtes könnten diese Fragen in einer besonderen Sitzung nochmals besprochen werden. Bekanntlich bestehe bei ganz bestimmten prominenten Kreisen des Reiches nicht die Neigung, an der bisherigen Polenpolitik irgendetwas zu ändern. >

should be: Präsident Ohlenbusch

Die von (Staatssekretär <u>Krüger</u>) aufgeworfene Frage, wie weit die Polen nun von sich aus Propaganda machen dürften, was natürlich wieder eine Abstimmung mit der deutschen Propaganda zur Voraussetzung hätte und wobei auch der polnische Klerus irgendwie eingeschaltet werden

müßte, will der Herr Generalgouverneur einer Sondersitzung vorbehalten wissen. Ihm liege daran, daß diese Angelegenheit nicht nebenher laufe, sondern im Mittelpunkt des Interesses stehe. Daß man jetzt einen Volkstrauertag der Polen gestatten, die Einsegnung der Leichen zulassen und unter dem Druck der Situation eine Wandlung vorbereiten wolle, sei schon ungeheuer wichtig, weil ja gerade das Generalgouvernement als der unmittelbare Zeuge dieses Ereignisses angesprochen werden könne.

Nach den Ausführungen der maßgeblichen Sicherheitsorgane des Generalgouvernements könne man den Eindurck haben, daß eine unmittelbar drohende generelle Gefahr für das Gebiet des Generalgouvernements und seine Sicherheit nicht bestände. Allerdings scheine es angesichts der Ereignisse der letzten Zeit, der zahlreichen Überfälle, des Auftretens von Banden usw., die eine Versteifung der Situation deutlich erkennbar werden ließen, doch geboten, sich über gewisse Grundsätze klar zu werden.

Erster Grundsatz müsse sein, daß die Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes nach außen hin in jeder Form in Erscheinung trete. Es gebe hier nicht zwei Willensmeinungen der Repräsentanz des Deutschtums, sondern nur eine. Aus Spannungen könnten im Reich auf eine Bruchstelle innerhalb der gesamten Verwaltung dieses Raumes Rückschlüsse gezogen werden. Notwendig werde es vor allem sein, daß die Zusammenarbeit von Polizei und allen Sicherheitsorganen mit der Verwaltung noch intensiver werde als jetzt. Er höre immer wieder von der einen oder anderen Regierungsstelle, daß Polizeiberichte usw. nicht so unmittelbar ausgetauscht würden, wie das wünschenswert wäre. Er bitte daher die Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger, so intensiv wie möglich zusammen zu arbeiten, damit die einheitliche Führung des Generalgouvernements mehr als bisher gewährleistet werde. Als verantwortlicher Chef der

Regierung des Generalgouvernements erwarte er diese Zusammenarbeit nicht nur in den Spitzen der Verwaltung, sondern ebenso hinsichtlich eines Kontaktes zwischen Kreishauptmann und Polizeichef. Diese Zusammenarbeit sei umso notwendiger, als es in einem Gebiet, in welchem 14,5 Millionen fremdvölkischer Menschen lebten, nur 3- bis 4ooo deutsche Beamte und Reichsangestellte gebe. Je mehr der Verwaltung die frischen jungen Kräfte genommen und an ihre Stelle alte Kräfte gesetzt würden, umso intensiver müße die Zusammenarbeit zwischen Sicherheits- und Verwaltungsorganen sein. Er wäre den beiden Staatssekretären dankbar, wenn sie als maßgebende Chefs der beiden großen Repräsentanzen des Reiches, der allgemeinen Verwaltung und der Sicherheit, mit dem besten Beispiel vorangingen und dafür sorgten, daß dieser Kontakt so eng wie nur möglich gestaltet werde. In der Sitzung in Warschau habe sich das beachtliche Ergebnis gezeigt, daß sowohl die Vertreter der Sicherheitsorgane des Generalgouvernements wie auch diejenigen der allgemeinen Verwaltung sich auf gewisse Grundsätze geeinigt hätten.

Vollkommene Klarheit bestehe darüber, daß sich die Behandlung der fremdvölkischen Elemente des Generalgouvernements in der bisherigen Form auf die Dauer nicht werde durchhalten lassen. In dieses Gebiet gehöre vor allem die Sicherung der Ernährung. Präsident Naumann müsse das Ergebnis der heutigen Sitzung mit dem, was in der gestrigen Sitzung gesagt worden sei, kombinieren und bei den Verhandlungen in Berlin feststellen, daß auch unter dem Gesichtspunkt der Sicherung dieses Raumes die absolut einhellige Meinung bei allen Repräsentanten von Verwaltung und Sicherheit bestehe, daß in einem gewissen Umfange die Sicherung der Ernährung auch für die Familienangehörigen der im deutschen Interesse arbeitenden Fremdvölkischen durchgeführt werden müsse und die Auffassung, daß die Ernährungssätze für die Bevölkerung nicht erhöht werden sollten, unbedingt aufzugeben sei.

Darüber hinaus müßten die Bemühungen, mit der fremdvölkischen Bevölkerung irgendwie in einen vernünftigen Kontakt zu kommen, letzten Endes von dem Gesichtspunkt getragen werden, der in der Frage gipfele: was wird letzten Endes mit der polnischen Bevölkerung im Gesamtrahmen der europäischen Neuordnung? Daß den Polen ein Ziel gesetzt werden müsse, sei klar. Er habe leider feststellen müssen, daß bei den Berliner Stellen ein großes Maß von Unverständnis über das vorhanden sei, was auf diesem Gebiebe selbst im sparsamsten Rahmen als richtig erscheinen müsse. Man habe offenbar an manchen Zentralen des Reiches immer noch die Befürchtung, daß durch polenfreundliche oder fremdvolkfördernde Maßnahmen ein Sicherheitskoeffizient des Reiches zerstört werden könne. Aber der Sicherheitskoeffizient dieses Raumes werde umso stärker sein, je mehr man in gewissen Bereichen, die nicht unmittelbar Staatsgefährliches in sich bärgen, dem fremden Volkstum entgegenkomme. Er erwähne hier z.B. neben der Ernährung die Frage der Bildung eines eigenen polnischen Werkschutzes. Schon an diesem Beispiel könne man erkennen, wie janusköpfig alle diese Maßnahmen seien. Im Generalgouvernement sei eben im Hinblick auf das Bestehen der Widerstandsbewegung alles gefahrbringend, ob es in der einen oder anderen Form geschehe, etwa so, daß man den Polen kulturell entgegenkomme wie z.B. in der bekannten Frage, ob polnische Kunstmaler Gemälde für Zwecke des Roten Kreuzes zur Verfügung stellen dürften. Gleichwohl müßten alle diese Fragen in der nächsten Zeit entschieden werden. So wie bisher könne es jedenfalls nicht weitergehen, daß die Auswirkungen insgesamt negativ seien. Wenn man heute die gesamteuropäische Lage in allen besetzten Gebieten betrachte, so könne man eine einfache Schlußfolgerung ziehen, daß nämlich das Generalgouvernement so ziemlich von allen besetzten Gebieten

am meisten gehaßt werde. Daß ein Verständnis für das im Generalgouvernement geübte System im wesentlichen nicht bestehe, hänge mit den notwendigen Folgerungen des Kriegsregimes zusammen, vielleicht auch damit, daß man zu wenig positive Gesichtspunkte herausgestellt habe. Jedenfalls könne die Feststellung getroffen werden, daß das Generalgouvernement sicherheitsmäßig heute immer noch einigermaßen bestehen könne. Festgestellt werden müsse nur, welche konkreten Maßnahmen notwendig seien, um den Schutz der Deutschen dieses Raumes als Personen, als Träger von Dienstobliegenheiten und den Schutz der von Deutschen geführten Betriebe so intensiv wie nur möglich zu gestalten. Aus den Darlegungen der Vorredner gehe hervor, daß dieser Schutz in keiner Weise so ausreichend gewährleistet werden könne, um ihn als vollgültig betrachten zu können. Das hänge mit dem Mangel an Personal, mit der Überalterung der Beamten und Angestellten und auch damit zusammen, daß zu wenig Militär im Gebiete des Generalgouvernements vorhanden sei. Es frage sich also, welche Maßnahmen hier zweckmäßig zu ergreifen seien. Die von Staatssekretär Krüger angeregte Bildung von deutschen Vierteln in den Städten müsse unter dem Druck der Zeit nach Möglichkeit gefördert werden.

Staatssekretär Krüger setzt bei dieser Bildung von deutschen Vierteln voraus, daß im Interesse der Aufrechterhaltung der Sicherheit nur dann eine Gewähr übernommen werden könne, wenn tatsächlich diese deutsche Viertel fast ausnahmslos von Deutschen bewohnt würden und nur ganz wenige Polen in ihnen lebten, die als Bedienstete gebraucht würden. Jedenfalls würde man mit der Bildung der deutschen Viertel eine größere Sicherheit schaffen, als sie mit den verhältnismäßig geringen Polizeikräften gewährleistet werden.

könne.

Der Herr Generalgouverneur würde es begrüßen, wenn ihm die Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger eine einheitliche grundsätzliche Anordnung an alle Dienststellen darüber vorgeschlagen würden, was nun auf Grund des Ergebnisses der Beratungen und auf Grund der Erklärungen der Sicherheitsorgane sogar unter Androhung schärfster Strafen durchgeführt werden müsse, um vor allem die Sicherung auch des Dienstgeheimnisses usw. zu gewährleisten. Er habe stets die Nachlässigkeiten der Deutschen im Verkehr mit Polen besonders mit Rücksicht auf das Liegenlassen von dienstlichen Schriftstücken gerügt, und diese Nachlässigkeit trete auch bei der Beurteilung der Sicherheitslage auf.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth, daß grundsätzlich bei Vorliegen von Sabotagefällen zunächst der Täter gefaßt werden solle, wenn da s nicht möglich sei, der Täterkreis und schließlich der Lebenskreis des Täters. Hier würden aber keine Erschiesungen ohne weiteres durchgeführt, sondern die betreffenden Personen würden zunächst festgenommen. Man habe hier mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen umso mehr, da nach einem solchen Sabotageakt oder Überfall die gesamte deutsche Bevölkerung sofort Sühnemaßnahmen verlange.

Der Herr Generalgouverneur verweist in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Berichte, die ihm zugingen. Ein großer zusammenfassender Bericht sei ganz ausgezeichnet abgefaßt und ehthalte ganz detaillierte Angaben, in denen doch einwandfrei von zahlreichen Geiselerschießungen gesprochen werde. Es wäre eigentlich selbstverständlich, daß alle diese Erschiesungen, die ohne Gerichtsverfahren durchgeführt würden,

in einem regulären Verfahren ihren Unterbau fänden, was zur Folge haben würde, daß nicht jene große Unruhe in die Bevölkerung getragen würde. Als verantwortlicher Leiter der Regierung des Generalgouvernements sei er der Auffassung, daß man nunmehr unbedingt zu einer Änderung der Methode kommen müsse. Diese Massenerschiessungen ohne Urteil, bei denen manchmal die Bewohner ganzer Ortschaften erschossen würden, seien auf die Dauer unmöglich. Selbstverständlich dürfe die Änderung dieses Verfahrens von der Gegenseite nicht als Schwäche des deutschen Willens, in diesem Raum zu bleiben, ausgelegt werden können, und daher müßten solche Maßnahmen sehr wohl überlegt werden, umso mehr, da man befürchten müsse, daß die Nachricht von ihnen entstellt ins Reich komme.

Staatssekretär Krüger gibt zu bedenken, daß hinsichtlich der Frage der Geiselgestellung der Vorwurf erhoben werde, daß man nicht scharf genug zugreife. Man müsse bedenken, daß es in manchen Gebieten richtige Verbrecherdörfer gebe, in denen die Bandenangehörigen mit Frau und Kind wohnten. Hier müsse unter Umständen scharf zugegriffen werden. Was in den Berichten über die Geiselerschießungen, dürfe nicht verallgemeinert werden. /gesagt werde

Der Herr Generalgouverneur hält es für geboten, daß ein solches Regulativ hinausgehe, mit dem dann auch falsche Eindrücke vermieden werden könnten. Jedenfalls müsse eine Sicherheit dagegen geschaffen werden, daß nicht absolut unschuldige Menschen getötet würden. Deshalb müsse man unbedingt zu irgendwelchen Grundsätzen kommen, die dann den einzelnen Dienststellen bekannt gegeben werden könnten. Er gebe ohne weiteres zu, daß die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Generalgouvernement eine der schwierigsten Aufgaben sei.

Hier könne im weitesten Sinne des Wortes von einer über das normale Maß weit hinaus gehenden Verantwortlichkeit gesprochen werden. Einigkeit bestehe darüber, daß die Tätigkeit der Sicherheitsfaktoren und die gesamten Sicherheitsfragen davon abhingen, wieviel Sicherheitsträger im Generalgouvernement vorhanden seien.

Staatssekretär Dr. Boepple bemerkt, daß sich jetzt Fremde beim Eintritt in das Regierungsgebäude ausweisen müßten. Es sei ja auch nicht zu verantworten, daß etwa Polen, ohne sich auszuweisen, in das Regierungsgebäude hineingelassen würden. Seine Forderung, daß für die Wache 25 Mann des Sonderdienstes abgeordnet würden, sei leider vom Sonderdienst abgelehnt worden.

Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob die Sicherung der Dienstgebäude und insbesondere des Regierungsgebäudes gewährleistet sei, verneint Staatssekretär Dr. Bühler mit dem Hinweis, daß wohl eine Wache im Regierungsgebäude vorhanden sei, man sich aber vorstellen könne, daß es eine Leichtigkeit für Bewaffnete sei, dort einzudringen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet an, daß die Frage der Bewachung der Dienstgebäude in gemeinsamer Besprechung der Staatssekretäre Dr. Bühler und Krüger einer Klärung zugeführt wird.

Auf die Frage des Herrn Generalgouverneurs, wie es zur Zeit mit der Geheimhaltung von Akten usw. stehe, erwidert SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth, daß er in der letzten Zeit keine Klagen darüber mehr gehört habe. Nach wie vor müsse aber mit in Papierkörben befindlichen Abschriften, Löschpapier usw. sehr vorsichtig umgegangen werden, denn gerade dort lägen die größten Gefahren.

Staatssekretär Dr. Bühler weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß deutsche Viertel in allen Distriktsstädten gebildet würden. Diese Maßnahme lasse sich leider nicht schnell genug durchführen, auch nicht restlos, da sich ihr während des Krieges mancherlei Schwierigkeiten entgegenstellten. Für Krakau habe man mit Gouverneur Dr. Wendler die bestehenden Möglichkeiten genau geprüft und sei zu der Feststellung gekommen, daß die Bildung deutscher Viertel in Krakau einfach nicht möglich sei, auch wenn man sämtliche Polen sofort aus ihren Wohnungen entferne. Der durch eine solche Maßnahme entstehende Leerraum würde die Unsicherheit nur vergrößern, da sich in ihm eben Elemente festsetzen würden, die die Sicherheit gefährdeten, - und für Deutsche wäre dieser Leerraum ohnehin nicht nutzbar zu machen.

Der Herr Generalgouverneur ordnet nach Fertigstellung des Regulativs eine nochmalige Sitzung an, in der dann über diese Dinge eingehend gesprochen werden könne. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß der Kontakt zwischen den einzelnen Dienststellen möglichst eng gestaltet werde.

Generalleutnant von Hartlieb weist nochmals darauf hin, daß Aufgabe der Wehrmacht vor allem die Bewachung wichtiger militärischer Objekte sei und diese Aufgabe mehr Aufwand an Kräften erfordere, als daß sich die Wehrmacht erfolgreich an der Banditenbekämpfung beteiligen könne. Ein Eingreifen der Wehrmacht käme erst in Frage, wenn die Polizeikräfte nicht mehr ausreichten.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß die Wehrmacht auf Anforderung jeder Zeit zur Verfügung stehe und in dieser Beziehung das beste Einvernehmen zwischen Polizei und Wehrmacht herrsche.

Abschließend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß er mit dem Ergebnis der Beratungen der Meinungsbildung habe entgegen wirken wollen, als ob es im Generalgouvernement mit der Sicherheit absolut bergab ginge. Es könne wohl mit Fug und Recht behauptet werden, daß trotz aller Einzelfälle, die zu Bedenken Anlaß gäben, die Sicherheit im Generalgouvernement absolut gewährleistet sei.

Schluß der Sitzung 18 Uhr.

Anwesenheitsliste

für die A r b e i t s s i t z u n g (Sicherheitslage)

am Donnerstag, dem 15.April 1943 um 15 Uhr

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Dawid	Reg.-Präsident	Hauptabteilung Arbeit
Bühler	SS-Brigadeführer	Das
Buhl		
Reimer	Generalleutnant d.P.	
Lasemann	Präsident der	Hauptabteilung Finanzen
Schmidt		
Frank	Stellv. Leiter V:4	NSDAP.
Fischer	[illegible]	Hauptabt. E u. L.
Naumann		

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Major	Ia b. OFK.
Hartlieb	Gen. Lt. u. Ob. d. Pol. Abt.	Ob. d. Pol. Abt. i. RJM.
Boegele		
[illegible]	L. Oberregierungsbaurat	Stellvertr. Leiter d. Abt. Straßenbau

E r n ä h r u n g s s i t z u n g

am 4. Mai 1943
im Königssaal der Burg zu Krakau.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. Frank
Staatssekretär Dr.Bühler
Staatssekretär Krüger
Staatssekretär Dr. Boepple
Generalleutnant Schindler
Bankdirigent Dr. Paersch
Präsident Naumann
Oberstleutnant Matthis
Sonderbeauftragter Müller

Ausgefertigt 1. 3 Exemplaren:
1.z.d.A.d.Kanzl. des GG.
2.Staatssekretär Dr. Bühler
3.z.d.A.d.Kanzl. des GG.

Anwesenheitsliste

für die Ernährungssitzung

am Dienstag, dem 4.Mai 1943 um 12 Uhr

im im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler	Staatssekretär	
Naumann		
Schmidt		
Bauer		
Meier		
Müller		

Beginn der Sitzung 12 Uhr 10 Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung durch den Herrn Generalgouverneur nimmt Präsident Naumann zunächst Bezug auf die Ausführungen, die er in der Sitzung vom 14.April 1943 über die Ernährungslage und die Versorgung der im deutschen Interesse arbeitenden polnischen Bevölkerung und ihrer Angehörigen gemacht hat. Er habe es damals als Voraussetzung für einen günstigen Verlauf der Verhandlungen mit den Berliner Stellen bezeichnet, daß in den Distrikten und Kreisen die Erfassung bis an die äußerste Grenze des Möglichen getrieben werde. Er habe weiter gebeten, daß die Schleichhandelsbekämpfung mit Hilfe der Polizei in erhöhtem Maße durchgeführt werden müsse.

Wenige Tage später habe nun Generalleutnant Schindler eine Weisung an seine Rüstungsbetriebe herausgehen lassen des Inhalts, daß nunmehr mit allen Mitteln versucht werden müsse, die Ernährung der Rüstungsarbeiter sicherzustellen, und zwar in der Weise, daß ein großer Teil der Nahrungsmittel legal zugeteilt werde; der Teil, der dann noch für die Durchführung der Warthegau-Regelung übrig bleibe, solle auf dem freien Markt d.h. dem Schwarzmarkt aufgekauft werden. Weiter habe Generalleutnant Schindler an die Gouverneure ein Schreiben gerichtet, in welchem sie gebeten würden, ihrerseits die Betriebe in der Durchführung dieser Maßnahmen zu unterstützen.

Die Angelegenheit sei dann sofort bei Staatssekretär Dr. Bühler zur Sprache gebracht worden, und Staatssekretär Dr. Bühler habe sich darauf entschlossen, die Durchführung solcher Maßnahmen unter keinen Umständen zu unterstützen und auch weiterhin Verstöße gegen die bestehenden Verordnungen mit Strafen verfolgen zu lassen. Dabei sei ausdrücklich festgestellt worden, daß die Weisung des Generalleutnants Schindler

ohne Wissen der Hauptabteilung E.u. L. ergangen sei und daß sich bei Durchführung solcher Maßnahmen außerordentliche Schwierigkeiten bei der Erfassung von Ernährungsgütern ergeben würden. Darauf habe dann Generalleutnant Schindler dargelegt, daß der Forderung Staatssekretärs Dr. Bühler nicht in der Form Rechnung getragen werden könne, da das Fernschreiben des Staatssekretärs Dr. Bühler wieder nach einer Mitteilung des Gouverneurs Kundt durch eine erneute Weisung des Generalleutnants Schindler in etwa illusorisch gemacht werde.

Bestärkt werde die Hauptabteilung E.u.L. in ihrer Ansicht durch ein Geheimschreiben des Reichsmarschalls Göring. Der Reichsmarschall habe unter dem 15.März 1943 auf ausdrücklichen Wunsch des Staatssekretärs Backe eine Rundverfügung an sämtliche Wehrmachtsdienststellen in ganz Europa hinausgehen lassen. In dieser Rundverfügung heiße es u.a., daß die angespannte Ernährungslage nur durch straffste Bewirtschaftung gemeistert werden könne. Dazu gehöre die rücksichtslose Bekämpfung des Schwarzhandels, des Schwarzschlachtens usw.. Die hierfür erlassenen Vorschriften hätten bisher die Einheiten und Angehörigen der Wehrmacht vielfach unbeachtet gelassen. Wenn man sich auch bisher mit der nachsichtigen Behandlung solcher Verstösse einverstanden erklärt habe, so sei es jetzt nicht mehr möglich, und nunmehr müßten von den Truppenteilen und Einheiten der Wehrmacht die geltenden Vorschriften ohne jede Ausnahme beachtet werden. Alle in Frage kommenden Dienststellen müßten daher mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß in Zukunft jeder Verstoß gegen die in den besetzten Gebieten geltenden Vorschriften über die Lebensmittelbewirtschaftung ohne Ansehen der Person und des Ranges des Täters unnachsichtig vor ein Kriegsgericht gebracht und strengstens bestraft werde.

Dieses Fernschreiben sei den einzelnen Wehrmachtsdienststellen zugegangen. Zur Zeit fänden mit den militärischen Stellen Besprechungen darüber statt, wie man auf Grund dieses neuen Erlasses des Reichsmarschalls die Dinge meistern solle. Schon im Oktober 1942 habe die Hauptabteilung E.u.L. ihre großen Bedenken gegen den Erlaß des Reichsmarschalls erhoben, nach welchem es Angehörigen der Wehrmacht erlaubt worden sei, möglichst viel Lebensmittel mit ins Reich zu nehmen, weil dadurch die Erfassung sehr gefährdet würde.

Nachdem dieser eindeutige Erlaß des Reichsmarschalls nunmehr herausgegeben worden sei, in dem man die Wünsche der Hauptabteilung E.u.L. berücksichtigt habe, müsse es großes Befremden erregen, daß der Rüstungsinspekteur Generalleutnant Schindler eine derartige Weisung an die Rüstungsbetriebe ergehen lasse. Unter solchen Umständen könne die Ernährungswirtschaft nicht mehr die ihr gestellten Aufgaben erfüllen, werde doch auf diese Weise mit Billigung der Behörden praktisch ein Schwarzmarkt geschaffen. Mit den geringen Mitteln und den wenigen Mitarbeitern, die ihm als Leiter der Hauptabteilung E.u.L. zur Verfügung ständen, könne er dann einen Erfolg für die Erfassung nicht mehr garantieren. Einmal eingerissene Schwarzhandelsgepflogenheiten ließen sich sehr schwer rückgängig machen. Würde die Weisung des Generalleutnants Schindler, deren Geltung bis zum 31.August 1943 befristet sei, weiter Bestand haben, dann bleibe ihm als Leiter der Hauptabteilung nichts weiter übrig, als den gleichen Weg zu gehen. Auch er müßte sich dann gezwungen sehen, eine bestimmte Menge von Nahrungsmitteln für den Schwarzankauf von in der Landwirtschaft benötigten Produktionsmitteln wie etwa Eisen, Aluminium, Holz usw. einzusetzen und diese Produktionsmittel der Landwirtschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Produktion zur Verfügung stellen. Diesen Weg könne er aber nicht gehen, da er ins Chaos führe.

Generalleutnant Schindler betont, daß der Grund für die von ihm ergriffenen Maßnahmen in seinem Bestreben liege, das so ungeheuer wichtige Problem der Ernährung der polnischen Rüstungsarbeiter endlich einer Lösung entgegenzuführen. Er habe vor kurzem die Notlage der Rüstungsarbeiter eingehend geschildert. Aber schon im März des Jahres 1940 habe er ähnliche Ausführungen gemacht und darauf hingewiesen, daß die Dinge wahrscheinlich diesen Verlauf nehmen würden.

Generalleutnant Schindler wiederholt die Ausführungen, die er bereits in der Sitzung vom 14.April 1943 gemacht hat. Er geht dabei insbesondere auf die völlig unzureichende Entlohnung des polnischen Rüstungsarbeiters und auf die ebenso unzureichende Ernährung dieses Rüstungsarbeiters und seiner Familie ein. Diese Notlage zwinge den Rüstungsarbeiter, sich im Schleichhandel zu betätigen und der Arbeit für einige Tage der Woche fernzubleiben. Festzustellen sei ferner ein starkes Nachlassen der Leistungsfähigkeit,und sehr fühlbar machesich auch der immer größer werdende Mangel an tüchtigen Facharbeitern. Da man vielfach mit angelernten Arbeitern auskommen müsse, nehme der Ausschuß unter den hergestellten Produkten immer mehr zu.

Aus allen diesen Gründen sei er der Ansicht gewesen, daß irgendeine Änderung in dem bisherigen System eintreten müsse. Betriebe, die sich auf den Weg der Selbsthilfe begeben hätten, arbeiteten wesentlich besser als die anderen. Weiter sei die Befürchtung nicht von der Hand zu weisen, daß die Propaganda der Widerstandsbewegung und der Bolschewisten im Laufe der Zeit auf die Rüstungsarbeiterschaft Eindruck machen werde. Von Wichtigkeit sei übrigens auch die Feststellung, daß man einzelne Arbeiter schon dabei erwischt habe, daß sie in fremdem Auftrag irgendwelche

Gegenstände in der Arbeitszeit herstellen. Aber angesichts der völlig ungenügenden Aufsicht durch reichsdeutsches Personal ließen sich solche Dinge eben kaum vermeiden.

Anzeichen für ein starkes Absinken der Stimmung bei den Rüstungsarbeitern zeigten sich in mürrischem Wesen, in einer gewissen Gehässigkeit usw.. Welche Gefahr ein Streik etwa in einer Sprengstoff- oder in einer Gewehrfabrik für die Versorgung der Front mit sich bringen würde, sei leicht erkennbar.

Seiner Überzeugung nach sei alles von einer richtigen Regelung der Frage der Ernährung abhängig. Wenn auch die polnischen Rüstungsarbeiter 4 Jahre lang keine Kohle und nur ganz wenig Bekleidung erhalten hätten, so sei dies immerhin für den Polen weniger wichtig als eine einigermaßen ausreichende Ernährung. Es müsse deshalb erreicht werden, daß dem Rüstungsarbeiter das gegeben wird, was im Wege des Schleichhandels verschafft werden könne. Seit 2 Jahren bemühe er sich in jeder Sitzung der Rüstungskommission eine Lösung zu finden, habe sie aber bisher nicht erreichen können. Der Vorschlag, den er nunmehr gemacht habe, sei ihm vor ungefähr 7 Monaten von der Regierung des Generalgouvernements gemacht worden. Damals habe man die Betriebe ermächtigen wollen, selber die von ihnen benötigten Nahrungsmittelmengen einzukaufen. Diejenigen Betriebe, die sich über die Schleichhandelsbestimmungen hinweggesetzt und eingekauft hätten, hätten im allgemeinen Ruhe. Übrigens hätten die Gouverneure von diesen Maßnahmen vielfach Kenntnis gehabt und sie im allgemeinen auch nicht erschwert. Die Mengen, die die Betriebe gekauft hätten, seien recht erheblich gewesen, wovon er sich durch eigene Nachprüfung habe überzeugen können. Der Erfolg

dieser Maßnahmen sei jedenfalls recht groß gewesen. Man könne deshalb wohl mit einer gewissen Berechtigung davon sprechen, daß im Schleichhandel noch allerlei Ware zu beschaffen sei.

Mit der von ihm erlassenen Weisung verfolge er lediglich das Ziel, daß die Rüstungsarbeiter das erhielten, was sie im Interesse der Aufrechterhaltung der Betriebe nötig hätten. Er habe seinen Schritt auch nicht ohne Zusammenhang mit den vom Reichsmarschall ergriffenen Maßnahmen getan. Der erwähnte Erlaß sei ihm dienstlich nicht zugegangen, da er mit der Rüstungsinspektion dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition unterstehe.

Er nehme auch an, daß bis zum 1.September 1943 eine Regelung getroffen sei, auf Grund deren die Rüstungsarbeiter ausreichend versorgt werden könnten. Bis dahin werde die Erfassung im allgemeinen schon abgeschlossen sein, das Saatgutgetreide sei in der Erde, und besondere Beeinträchtigungen könnten durch die von ihm ergriffenen Maßnahmen nicht eintreten. Er sei durchaus bereit, die Maßnahme sofort zurückzunehmen, wenn dem Rüstungsarbeiter eine entsprechende Ernährung gewährleistet werde.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> weist auf die schwierige wirtschaftliche und ernährungspolitische Lage des Generalgouvernements hin und gibt zu bedenken, daß auch die Währung durch Maßnahmen, die entgegen den Anordnungen der Regierung des Generalgouvernements getroffen würden, Schaden leiden könne. Angesichts des Umstandes, daß vom Reich 600 000 to Brotgetreide verlangt würden, und zwar ohne Rücksicht darauf, wie sich die Ernährungslage der polnischen Bevölkerung gestalte, sei es unbedingt notwendig, daß nicht von gewissen Stellen im Generalgouvernement gegen die von der Regierung des Generalgouvernements geführte Ernährungspolitik verstoßen werde. Es müsse unbedingt dafür gesorgt werden, daß nicht Anordnungen der

Regierung des Generalgouvernements, die im Interesse der Versorgung der Bevölkerung und der Sicherstellung der Lieferungen an das Reich erlassen seien, amtlich umgangen werden könnten.

Staatssekretär Dr. Bühler hält es für zwecklos, jetzt bereits für Kontingente, die an das Reich zu liefern seien, irgendwelche Ziffern zu geben, bevor nicht die Voraussetzungen für die Erfassung der künftigen Ernte geschaffen seien. Diese Voraussetzungen lägen auf dem Gebiet der Sicherheit, die Erschütterungen ausgesetzt sei, sie bezögen sich weiter darauf, daß die amtliche Erfassungstätigkeit nicht durch unkontrollierte Erfassung oder durch unkontrollierte Maßnahmen anderer Stellen gefährdet werde. Maßnahmen wie die von Generalleutnant Schindler ergriffenen müßten zu einer weiteren Verschlechterung der Lage führen.

Präsident Naumann betont, daß jede von zweiter oder dritter Seite durchgeführte Erfassung große Schädigungen für die normale und legale Erfassung mit sich bringe. Deswegen werde auch besonders während des Ernteausnahmezustandes rücksichtslos gegen die Betriebe vorgegangen, die sich Verstöße zu Schulden kommen ließen. Im Laufe der letzten 2 Jahre hätten wiederholt Besprechungen mit der Rüstungsinspektion stattgefunden. Was im Interesse der Rüstungsbetriebe überhaupt durchzuführen möglich gewesen sei, sei durchgeführt worden, was sich an der Steigerung der Zuteilungen für den einzelnen Arbeiter nachweisen lasse. Von Vierteljahr zu Vierteljahr habe man neue Zugeständnisse gemacht. Man habe eine Versorgung der Rüstungsarbeiter zu den deutschen Normalverbraucher-Sätzen erreicht, habe auch den Familienangehörigen der Rüstungsarbeiter Sonderzuteilungen in Gestalt von Kunsthonig und Kartoffeln gegeben. Diese

fortwährenden Zugeständnisse seien zu Lasten der übrigen polnischen Verbraucher gegangen. Andererseits müsse auch berücksichtigt werden, daß die Reichs- und Wehrmachtsleistungen zu erfüllen seien. Das Steuer müsse jetzt herumgeworfen werden, die berechtigten Forderungen der Rüstungsarbeiterschaft, anderer Institutionen und Unternehmen müßten jetzt gleichrangmäßig den Leistungen für Reich und Wehrmacht an die Seite gestellt werden. Man habe jedenfalls mit allen Mitteln versucht, die Rüstungsarbeiter so zu behandeln, wie sie nach Lage der Dinge behandelt werden müßten und könnten. Die Tatsache, daß z.B. gewisse, wenn auch geringe Getreidemengen im Schleichhandel gekauft werden könnten, bringe naturgemäß eine starke Beunruhigung und Mißstimmung in die bäuerliche Bevölkerung, die ihr Getreide zu den festgesetzten Höchstpreisen abgeben müsse, wenn auch unter Aufrechterhaltung eines gewissen Prämiensystems. Im übrigen solle man sich über die Mengen, die auf dem Schwarzmarkt noch zu kaufen wären, nicht täuschen; sie spielten für die allgemeine Wirtschaft kaum eine wesentliche Rolle.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß die gesamte Sicherheitslage praktisch von der Ernährungslage abhängig sei. Im Gebiete des Generalgouvernements werde man nur Ruhe haben, wenn man dem im deutschen Interesse tätigen fremdvölkischen Arbeiter das gebe, was er an Nahrungsmitteln für sich und seine Familie unbedingt brauche. Solange der polnischen Bevölkerung keine genügende Ernährung gewährleistet sei, werde es immer wieder zu Unruhen kommen. Nicht etwa eine Aktion wie die im Kreise Zamosc habe die Sicherheit gefährdet, sondern die Unruhe sei auf die Entwicklung zurückzuführen, die man schon lange verfolgen könne.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß die Hauptabteilung E.u.L. ihre Maßnahmen für die Erfassung des Getreides entsprechend der Entwicklung des vergangenen Jahres sehr frühzeitig einleiten müsse. Man sei deshalb gezwungen, schon jetzt die Vorarbeiten für die Getreideernte 1943 ohne Rücksicht auf die Gestaltung der Sicherheitslage in Angriff zu nehmen. Nachdem man mit dem Reichsernährungsministerium in Verhandlungen eingetreten sei, habe man sich im Mai bzw. Anfang Juni 1942 einen Plan gemacht, und zwar mit Rücksicht auf die Frage, welche Mengen für Reich und Wehrmacht gefordert würden. Man habe den Bedarf des Generalgouvernements mit 15o- bis 2oo ooo to mehr in Anschlag gebracht. Auf dieser Grundlage seien dann auch die ersten Umlagen gemacht worden. Nach friedensmäßiger Beurteilung und nach dem Erfassungsergebnis des Jahres 194o habe man die Dinge so vorbereitet, daß diese höhere Menge an Getreide erfaßt werden sollte. Man habe dann Mitte Juli ein Schreiben des Staatssekretärs Backe erhalten, nach welchem die Forderungen des Reiches auf 5oo ooo to festgesetzt wurden. Man habe versucht, diese 5oo ooo to umzulegen. Für 2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe hätten Kontingentscheine ausgeschrieben werden müssen. Die 5oo ooo to seien sofort in der Erfassungsbilanz aufgenommen worden. Am 15. August sei dann vom Reich an das Generalgouvernement die Forderung erhoben worden, insgesamt 76o ooo to Brotgetreide an Reich und Wehrmacht zu liefern. Diese Forderung habe dazu genötigt, das Kontingent um 25 % zu erhöhen, wogegen die Gouverneure, die Kreishauptleute und Kreislandwirte schwere Bedenken geäußert hätten. Bekanntlich kalkulierten die Distrikte eine gewisse zahlenmäßige Reserve ein und legten etwas mehr um, als verlangt werde, das gleiche Verfahren schlage auch der Kreislandwirt ein.

17 bis 18 % von den 25 % seien schon in diese Reserve eingebaut gewesen. Die übrigen 7 oder 8 % sollten in Gestalt eines Zusatzkontingents in Kreisen, die bei der Umlage verhältnismäßig gut weggekommen seien, aufgebracht werden. Und so seien dann tatsächlich die 25 % bei dem letzten Erzeuger umgelegt worden. Das von den umgelegten 1,4 Millionen Brotgetreide nur 1,25 Millionen erfaßt werden konnten, zeige, daß in Wirklichkeit nichts mehr vorhanden sei. Dann seien aus mehreren Kreisen dringende Rufe an ihn ergangen, für die Frühjahrsbestellung Saatgut zu geben. Man habe diesen Kreisen aber erklärt, daß dann eben von den noch vorhandenen Mengen etwas als Saatgut abgezweigt werden müsse, da von der Hauptabteilung nichts mehr zur Verfügung gestellt werden könne. Es seien also die 2oo ooo to nicht unerfaßt geblieben, sondern einfach nicht mehr erfaßbar gewesen. Sonst wäre es möglich gewesen, auch der Rüstungsindustrie mehr zuzuteilen und das Getreide restlos an das Reich zu geben, ohne die bekannte Tauschaktion in die Wege leiten zu müssen. Die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft sei im Laufe der letzten Jahre immer von den Ereignissen überrascht worden; nach Lage der Dinge und Kenntnis der Verhältnisse könne man eben nicht erst im August beginnen, das Kontingent umzulegen. Spätestens am 2o. August müßten die 2 Millionen landwirtschaftlicher Betriebe wissen, was sie abzuliefern hätten. Der späteste Termin für die Feststellung der Getreidekontingente 1943 sei Mitte Juni.

Sonderbeauftragter <u>Müller</u> geht zunächst auf das Problem ein, daß durch die Lieferungen im vierten Kriegswirtschaftsjahr ausgelöst worden ist. Er teilt mit, daß das seinerzeit von Generalgouverneur Dr.Frank an die Dienststelle des Reichsmarschalls Göring gerichtete Schreiben von diesem zur Kenntnis genommen worden

sei. Reichsmarschall Göring habe sich angesichts der Lage, die sich auf dem Ernährungsgebiet im Reich entwickelt habe, nicht in der Lage gesehen, sich auf irgendwelche Nachlässe einzulassen, sondern habe es als notwendig bezeichnet, daß die Lieferungen des Generalgouvernements in der vollen Höhe der gestellten Forderungen zu leisten seien. Im Laufe der nächsten Monate seien dann in regelmäßigen Abständen mit den maßgebenden Beamten der Hauptabteilung E.u.L. Überprüfungen der Bilanzen durchgeführt worden. Man habe sich laufend bemüht, unter Berücksichtigung der Entwicklung im Reich festzustellen, inwieweit es möglich sei, Erleichterungen zu schaffen. Je nach dem, wie die Ernährungslage des Reiches es zugelassen habe, seien entsprechende Abmachungen getroffen worden. Beim Brotgetreide sei ein Nachlaß von 9o ooo to gewährt worden, außerdem verlange das Reich statt der 5oo ooo to Brotgetreide jetzt nur 37o ooo to und habe dafür etwas mehr Hafer in Kauf genommen. Auch bei Kartoffeln sei ein Nachlaß von 4o ooo to gewährt worden.

Bei einer Prüfung der Gesamtlage des Generalgouvernements habe man nicht übersehen, wie sich die Versorgungslage für die Bevölkerung stellen werde. In zahlreichen Schreiben der Hauptabteilung E.u.L., des Staatssekretärs Krüger an den Reichsführer SS, ferner in einem Schreiben, das er, Redner, nochmals an die Dienststelle des Vierjahresplans gerichtet habe, sei das ausdrücklich betont worden.

Er sei vor kurzem mit Staatssekretär Backe bei Reichsmarschall Göring gewesen. Staatssekretär Backe habe sich, als seinerzeit vom Reichsmarschall eine Weisung Besserung der Ernährungslage angekündigt worden sei, sehr intensiv um eine Aussprache beim Führer bzw. beim Reichsmarschall bemüht, um darauf hinzuweisen, daß jene Erhöhung der Fleischration um 5o gr unter allen Umständen rückgängig gemacht werden müsse. Am 2o. März 1943 habe nun der Führer auf Vorschlag des

des Staatssekretärs Backe entschieden, daß mit Wirkung vom 31.Mai die Fleischration um 100 gr, also von 350 auf 250 gr gesenkt worde. Demgegenüber habe nun Reichsmarschall Göring erklärt, daß diese Fleischrationssenkung nicht in Frage kommen könne. Staatssekretär Backe habe nochmals um Vortrag beim Führer gebeten, weil die Konsequenzen des etwaigen Entschlusses, die Entscheidung des Führers noch hinauszuschieben, außerordentlich schwerwiegend sein würden. In der Aussprache vom vergangenen Mittwoch habe Reichsmarschall Göring den Standpunkt vertreten, um diese Rationssenkung in Deutschland zu vermeiden, müßten unter allen Umständen die besetzten Gebiete herangezogen werden. Staatssekretär Backe habe sich entschieden zum Sprecher der besetzten Gebiete gemacht. Er habe leider keine Unterstützung von den anwesenden Vertretern der besetzten Gebiete erfahren. Staatssekretär Backe habe ausdrücklich erklärt, daß zusätzliche Leistungen aus den besetzten Gebieten über das Maß dessen hinaus, was bis jetzt geschehen sei, nicht mehr möglich seien, weil sonst sämtliche Voraussetzungen für das 5. Kriegswirtschaftsjahr zerstört seien. Am nächsten Tag sei dann dem Führer berichtet worden, daß die Rationssenkung unter allen Umständen durchgeführt werden müsse, weil man sonst nicht mehr in der Lage sein werde, die Zivilbevölkerung im Reich mit Fleisch ausreichend zu versorgen.

Die Fett-Situation sei nicht so ungünstig, weil durch die Aufklärung der Erzeugerschaft der Ölsaatenanbau in großem Ausmaße vorangetrieben worden sei. Wenn keine Schädigung durch das Wetter oder das Auftreten des Rapskäfers eintreten werde, dann brauche man den augenblicklichen Fettrationssatz nicht zu ändern. Anderseits habe man auch namhafte Zufuhren aus Frankreich gehabt. Es seien nochmals 200 000 to von dort gekommen, und Laval habe weitere 43 000 to versprochen.

Was die Getreidesituation angehe, so erwarte man im Reich bei den im allgemeinen ausreichenden Niederschlägen eine gute Ernte. Für das vierte und fünfte Kriegswirtschaftsjahr habe man nur eine Reserve von knapp 1 Millionen to. Man müsse dabei bedenken, daß zusätzliche Verpflichtungen des Reiches gegenüber den Verbündeten laufend aufträten, zu denen Staatssekretär Backe nicht irgendwie Stellung nehmen könne: so komme Italien mit einer Forderung von 3oo ooo to Weizen, Finnland mit einer solchen von 2oo ooo to Getreide usw.. In diesem Zusammenhang habe Staatssekretär Backe eine stärkere Heranziehung der Getreidebestände in Ungarn und Rumänien gefordert. In Rumänien seien die Verhältnisse hinsichtlich der Lieferung von Getreide noch schlechter als in Ungarn. Von dem Überschuß von 1 Million Tonnen Getreide in Rumänien habe man nur einen ganz geringen Bruchteil erhalten; der Rest werde an das Vieh verfüttert. Ungarn und Rumänien seien die beiden Länder, in denen noch erhebliche Mengen erfaßt werden könnten. Auf die von Staatssekretär Backe erhobene Forderung habe der Führer noch keine Entscheidung getroffen. Das Aufkommen in der Ukraine an Ölsaaten und Getreide sei an sich nicht unbeträchtlich. Man werde insgesamt auf ungefähr 1,2 Millionen Tonnen kommen. Für das nächste Jahr seien einschließlich Brotgetreide 2 Millionen Tonnen vorgesehen. Das Protektorat habe rund 18o ooo to Brotgetreide geliefert. Was die Leistungen des Generalgouvernements angehe, so werde voraussichtlich Staatssekretär Backe noch einmal selber darüber mit dem Generalgouverneur sprechen. An den Lieferziffern für das vierte Kriegswirtschaftsjahr könne nicht mehr gerüttelt werden. Man wolle aber unter Berücksichtigung der Forderungen des Generalleutnants Schindler zusehen, ob die Lieferungen an das Reich in einer Größenordnung gehalten werden könnten, daß im Generalgouvernement eine Erhöhung der Sätze auf

diejenigen des Warthegaues möglich sei. Das könne zunächst nur in Form einer Planung geschehen, um erstens einmal zu erreichen, daß nicht die Vorwürfe erhoben werden könnten, daß man mit seinen Maßnahmen zu spät komme, und um zweitens festzustellen, welche Maßnahmen von seiten der Regierung des Generalgouvernements eingeleitet werden müßten, um zu einer entsprechenden Erfassung zu kommen. Die Frage des Herrn Generalgouverneurs, ob es dem Reich möglich wäre, auf die 12o ooo to zu verzichten, verneint Sonderbeauftragter Müller.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich nunmehr mit Entschiedenheit gegen die von Generalleutnant Schindler ergriffenen Maßnahmen. Wenn solche Weisungen aufrecht erhalten würden, dann müsse er jede amtliche Verantwortung ablehnen. Es sei völlig ausgeschlossen, daß eine Reichsdienststelle die Autorität der im Generalgouvernement maßgebenden Stellen in dieser Weise zunichte mache. Deshalb sei es unbedingt geboten, daß diese Notmaßnahme sofort wieder aufgehoben werde. Andererseits müsse natürlich zugegeben werden, daß sich die Lage im Generalgouvernement ausserordentlich verschärft habe. Aus den gesamten Leistungen des Generalgouvernements gehe hervor, daß es weit über das erträgliche Maß hinausgegangen sei. Wenn man sich im Reich auf den Standpunkt stelle, daß ein Gebiet wie das des Generalgouvernements preisgegeben werden solle, dann dürfe man aber von ihm nicht noch Leistungen verlangen.

Auf den Hinweis des Sonderbeauftragten Müller, daß doch vom Reich 9o ooo to nachgelassen worden seien, erwidert Präsident Naumann, daß dieser Nachlaß gegen Austausch von Zucker, Fleisch und Fett erfolgt sei. Eine Zuteilung von 13 ooo to Zucker an die Rüstungsarbeiter hätte eine erfreuliche Wirkung haben können. Er habe sie aber nicht in Anspruch genommen für das Generalgouvernement, sondern habe damit die 9o ooo to Brotgetreide eingehandelt, da man sonst am 1.Mai kein Brotgetreide mehr gehabt hätte.

Sonderbeauftragter Müller erinnert daran, daß nach einer Erklärung des Präsidenten Naumann besondere Maßnahmen vor allem im Interesse der Panzerfertigung notwendig seien und dafür ungefähr 2 ooo to Getreide benötigt würden. Damit habe man sich sofort einverstanden erklärt. Ferner seien weitere 5 ooo to freigegeben worden. Gewiß würden es auch die Reichsstellen begrüßen, wenn sie lo ooo oder 12 ooo to Getreide zur Verfügung stellen könnten, damit die Forderungen der Rüstungsinspektion erfüllt würden. Er mache deshalb folgenden Vorschlag: die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft müsse erklären, welcher Bedarf bis zum Schluß der Ernte gegeben sei, wenn die Warthegau-Sätze zugrunde gelegt würden. Die Lieferung könnte dann gegebenenfalls in der Größenordnung von lo ooo oder 12 ooo to zurückgestellt und statt der 12o ooo to brauchten nur loo ooo geliefert, 2o ooo to könnten auf das nächste Wirtschaftsjahr übertragen werden. Der

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich bereit, auf dieser Grundlage zu verhandeln.

Präsident Naumann bemerkt, daß er bisher die Abmachungen als unantastbar angesehen und seine Maßnahmen darauf eingestellt habe, weil er nicht vertragsuntreu werden wolle. Nachdem man dieses Entgegenkommen von seiten des Reiches erfahren habe, habe er, um überhaupt eine befriedigende Lösung für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr zu finden, an der Vertragstreue festhalten zu müssen geglaubt. Er sei auch der Ansicht gewesen, daß sich Reichsminister Speer mit Staatssekretär Backe in Verbindung setzen würde.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erwidert Sonderbeauftragter Müller, daß er die Durchführung des von ihm gemachten Vorschlages für möglich halte. Es müsse aber vorbehalten bleiben, daß Staatssekretär Backe einen anderen Standpunkt einnehme.

Präsident Naumann gibt zu bedenken, daß dann im nächsten Jahr statt der jetzt geforderten 55o ooo to 57o ooo to zu liefern wären, so daß also das Generalgouvernement praktisch aus seiner schwierigen Situation nicht herauskommen würde.

Sonderbeauftragter Müller betont, daß man angesichts der Situation im Generalgouvernement den Zeitpunkt für eine Aussprache über diese Dinge so frühzeitig gewählt habe, um die Forderungen festzustellen, die für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr gestellt werden sollten, und um die sich daraus ergebenden Einzelheiten kennenzulernen. Ihm sei bekannt, welche Absichten auf seiten des Generalgouvernements vorlägen, und deshalb seien auch die Forderungen, die man vom Reich aus stellen wolle, gleich darauf zugeschnitten, daß man zu einer Aufbesserung der Rationssätze gelangen könne. Wenn im vorigen Jahr zunächst eine Leistung von 75o ooo to Brotgetreide gefordert worden sei, dann habe man mit der Forderung auf 55o ooo to zurückgehen wollen. Ob sich das verwirklichen lasse, sei eine zweite Frage. Bei Kartoffeln habe man im vierten Kriegswirtschaftsjahr 52o ooo to gefordert und wolle in diesem Jahre 4oo ooo to als Grundlage annehmen. Daraus sei zu erkennen, daß man im Reich durchaus sachlich und wirtschaftlich vernünftig vorgehe.

Generalleutnant Schindler bittet den Herrn Generalgouverneur, auf den von Sonderbeauftragten Müller gemachten Vorschlag einzugehen.

Der Herr Generalgouverneur behält sich seine Entscheidung vor. Er geht dann nochmals auf die von Generalleutnant Schindler getroffenen Maßnahmen ein und bezeichnet es als vollkommen unmöglich, daß eine amtliche Stelle den Schleichhandel freigibt. Denselben Weg könnten dann auch die Verwaltung und die Wehrmacht beschreiten. Wenn das Ernährungsprogramm von einer so wichtigen Dienststelle wie derjenigen der Rüstungsinspektion einfach zerschlagen werde, dann habe

jedes Planen und verantwortliche Regieren seinen Sinn verloren. Generalleutnant Schindler habe diese Weisung ergehen lassen, ohne den Präsidenten der Hauptabteilung E.u.L. davon in Kenntnis zu setzen. Unter solchen Umständen werde ein amtlicher Verkehr mit dem Rüstungsinspekteur nicht mehr aufrecht erhalten bleiben können. Das Vorgehen des Rüstungsinspekteurs stehe dem Erlaß des Reichsmarschalls aufs schärfste entgegen. Von den verantwortlichen Stellen müsse man unter allen Umständen erwarten, daß sie in ihrem Bereich die Autorität aufrecht hielten. Die klare Linie der Reichsstellen dürfe unter keinen Umständen durchbrochen werden. Angenommen, man erhalte die erwähnten 2o ooo to Brotgetreide, dann müßten die verantwortlichen Stellen auch damit rechnen können, daß das Ernährungsprogramm legal und loyal durchgeführt werde.

Staatssekretär Krüger weist darauf hin, daß in dem Erlaß des Reichsmarschalls von Rüstungsarbeitern nicht gesprochen werde.

Sonderbeauftragter Müller teilt mit, daß der Erlaß des Reichsmarschalls auf eine Besprechung zurückzuführen sei, die Staatssekretär Backe mit dem Regierungschef Laval gehabt habe, und in der über die 2oo ooo to hinaus noch 43 ooo to Fett verlangt worden seien. In dem Erlaß des Reichsmarschalls werde darauf Bezug genommen, daß sich einzelne Wehrmachtsteile auf dem Schwarzmarkt mit Lebensmittel versorgten und daß dieses Vorgehen radikal unterbunden werden müsse.

Generalleutnant Schindler betont, daß sich der Erlaß des Reichsmarschalls vornehmlich gegen die Käufe reichsdeutscher Soldaten richtete. Sein Betreben sei lediglich gewesen, für die polnischen Rüstungsarbeiter eine einigermaßen ausreichende Ernährung zu schaffen und sie aus der jetzigen Zwangslage herauszuhalten. Bisher sei von der Rüstungsinspektion immer der strikteste Befehl gegeben worden, daß nichts auf dem Schwarzmarkt gekauft werde. Als er aber keine ausreichenden

Nahrungsmittel für die Rüstungsarbeiter erhalten habe, habe er sich gezwungen gesehen, diese Maßnahme zu ergreifen. Er halte auch diese Lösung nach wie vor für die beste. Eine überschlägliche Berechnung zeige, daß man für die 4 Monate etwa eine Menge von 5 ooo to brauche. Insgesamt werde man vielleicht mit lo ooo to auskommen können.

Der Herr Generalgouverneur gibt gegenüber der Stellungnahme des Generalleutnants Schindler zu bedenken, daß man zur Zeit mit dem Reich in denkbar fruchtbaren Verhandlungen stehe. Wenn jetzt die Fleischration für die deutsche Bevölkerung herabgesetzt werden sollte, dann sei es auch für alle Dienststellen des Generalgouvernements eine selbstverständliche Pflicht in jeder Beziehung sich Einschränkungen aufzuerlegen. Das hänge alles damit zusammen, daß ein einheitlicher von Berlin aus möglichst durch beiderseitiges Übereinkommen gesicherter Ernährungsplan für ganz Europa aufgestellt werde. Wenn dem aber so sei, dann könne ein Rüstungsinspekteur nicht seine eigenen Wege gehen, noch zumal in einer Zeit, in der man um einige Tausend Tonnen mit dem Reiche verhandeln müsse. Mit dem Erlaß des Rüstungsinspekteurs sei eigentlich die ganze Ernährungsautorität des Generalgouvernements beseitigt worden. Die Aufrechterhaltung der Autorität der Regierung des Generalgouvernements erheische gebieterisch, daß sämtliche etwa amtlichen deutschen Stellen sich der für das Generalgouvernement bestehenden Ordnung zu fügen hätten.

Auf eine Frage des Generalleutnants Schindler erwidert Sonderbeauftragter Müller, daß die Entscheidung über die Freigabe der lo ooo to schnellstens herbeigeführt werde. Er nehme an, daß es vielleicht schon in der Mitte der nächsten Woche möglich sein werde.

Präsident Naumann teilt mit, daß er seinen Dienststellen draußen die strikte Anweisung gegeben habe, alle Verstöße auf Grund der Agrarstrafordnung zu ahnden, auch Verstöße von Rüstungsbetrieben, die auf die Weisung des Rüstungsinspekteurs hin ergangen seien. Deshalb müßte diese Weisung sofort zurückgenommen werden.

Auf den Einwand des Generalleutnants Schindler, daß er erst von Reichsminister Speer eine entsprechende Weisung erhalten müsse, erklärt der Herr Generalgouverneur, daß auch dem Reichsminister Speer eine solche Ermächtigung nicht erteilt sei. Infolge dessen sie die Anordnung des Rüstungsinspekteurs vollkommen illegal und könne auch durch keinerlei Richtlinien gedeckt werden. Die lautere Absicht, die Generalleutnant Schindler bei seinem Vorgehen geleitet habe, wolle er nicht verkennen.

Bankdirigent Dr. Paersch weist darauf hin, daß bisher die Zuteilung von Nahrungsmitteln an die Rüstungsarbeiter gegenüber derjenigen an die Normalarbeiterschaft im Generalgouvernement außerordentlich bevorzugt erfolgt sei. Wenn vom Rüstungsinspekteur die bei ihm obwaltenden Bedenken mit solcher Klarheit und Energie vorgetragen würden, dann bitte er daraus zu entnehmen, wie es mit der gesamten übrigen Wirtschaft stehen müsse, die mit den normalen Sätzen auskommen genötigt sei. Das Mißverhältnis zwischen den amtlichen Preisen und den Preisen auf dem freien Markt verstärke sich immer mehr. Das sei dadurch gekennzeichnet, daß die wichtigen für die Ernährung notwendigen Lebensmittel wie besonders Fleisch und Fett nahezu Seltenheitswert erlangt hätten. Eine Tabelle zeige die Entwicklung des gesamten Indexes für Brot und Mehl einerseits und bei Fett und Fleisch andererseits. Bei Kartoffeln und Gemüse sei der Index in den letzten Monaten ziemlich gleich geblieben, weil hier noch Ware zur Verfügung stehe. Wenn man nicht einen so warmen Winter gehabt hätte, der eine Konservierung der Kartoffel ermöglicht habe, dann wäre heute schon die ganze Wirtschaftslage katastrophal. Für Fleisch und Fett aber bestehe eine absolute Mangellage. Auf dem Lande in der Nähe der Erzeugerstätten seien bislang die Nahrungsmittel noch immer reichlicher vorhanden gewesen als in den großen Städten. Seit der Erfassung des vorigen Jahres habe sich hier ein grundlegender Wandel vollzogen. Aus einer Statistik über einen Gesamtindex, getrennt aufgestellt für Groß-, Mittel-, Kleinstädte, ersehe man ein gleichmäßiges Ansteigen. Die Ware werde auf dem Schleichhandel immer knapper. Im Zuge der immer stärker werdenden Erfassung könne der Schleichhandel die Funktion der zusätzlichen Ernährung nicht mehr erfüllen. Daraus ergäben sich starke Rückwirkungen auf die Löhne, auf

die Währung und auf die Aufrechterhaltung der gesamten Wirtschaft. Die ausreichende Ernährung der Belegschaft sei seit langem eines der schwierigsten Probleme für jeden Betriebsführer im Generalgouvernement. Die Dinge nähmen durch die gleichmäßig sich fortsetzende Steigerung der Preise auf dem freien Markt eine unhaltbare Entwicklung.

Nun seien aber auch gewisse Ausstrahlungen aus der Ernährungslage in starkem Umfange bei der Landwirtschaft vorhanden. Der Herr Generalgouverneur habe auf diese Ausstrahlungen schon hingewiesen. Inzwischen träten hier ganz konkrete Erscheinungen auf. Präsident Naumann habe z.B. darauf hin gewiesen, daß mehr und mehr Molkereien überfallen würden, und habe es als beachtlich bezeichnet, daß man sich nicht mehr damit begnüge, die Butter zu nehmen, sondern auch dazu übergehe, die Einrichtungen zu zerstören. Auf Grund seiner Feststellungen habe er den Eindruck, daß sich hier die Auswirkungen des verschärften Ausnahmezustandes zeigten. Für das Generalgouvernement sei die Erfüllung der Reichsforderungen ein großes Gebot der Pflicht gewesen. Schon damals sei jedoch darauf hingewiesen worden, daß man sich in einer Kriegswirtschaft, in der die Verwaltung durch die starken Einziehungen in ihrerer Auswirkung immer mehr beengt werde, hüten müsse, zu hart zu werden. Die verschärften Erfassungsbestimmungen würden von der bäuerlichen Bevölkerung immer unangenehmer empfunden, und sie versuche deshalb, ihnen entgegenzuarbeiten. Die Listen für die Unterlagen der Viehwirtschaft würden vielfach bei Einbrüchen in die Amtsräume von Vögten und Bürgermeistern vernichtet. Dazu komme noch das systematische Vorgehen gegen die Arbeitsämter: Man versuche zum Teil auch aus landwirtschaftlichen Kreisen heraus die Erfassungsgrundlagen zu zerstören.

Aus alldem sei zu erkennen, daß der Widerstand der landwirtschaftlichen Bevölkerung gegen die sehr straffe Disposition über ihre Ernte zunehme. Der

Staatssekretär für das Sicherheitswesen habe bereits zur Frage der Sicherheit Stellung genommen. Präsident Naumann habe diesen Anlaß in der letzten Ernährungssitzung benutzt, um im Interesse der Ernteerfassung des nächsten Jahres die Frage der Sicherheit nochmals in den Vordergrund zu stellen. Er, Dr. Paersch, bitte zu prüfen, ob es nicht möglich sei, durch gewisse Sonderzuteilungen die äußersten Notstände zu überwinden. Die Schwierigkeiten wüchsen bis zur neuen Ernte mit jedem Monat, und tatsächlich hätten sich Notstände herausgebildet, die unter Umständen dazu führen könnten, die Erfassung der neuen Ernte und die Zusicherungen an das Reich von vornherein so zu belasten, daß die Erwartungen sich nicht erfüllen würden.

In diesem Zusammenhang müsse er auch auf die Bedeutung der Währungslage hinweisen,. Die Währung des Generalgouvernements sei außerordentlich stark dadurch belastet, daß man zwangsläufig die Finanzierung der Wehrmacht habe durchführen müssen. Nun ergebe sich aber eine zusätzliche Belastung dadurch, daß die Kaufkraft der Währung angesichts der von Wehrmacht und Reich geltend gemachten Ansprüche immer mehr zurückgingen. Man habe bisher die Lage noch durch gewisse Maßnahmen halten können, aber die weitere Entwicklung hinge davon ab, daß die Situation auf dem Gebiet der Preisentwicklung im freien Markt und damit der Ernährung nicht noch weiter verschärft werde; sonst würde man bald vor einem Währungsverfall stehen.

Der Herr Generalgouverneur weist noch einmal auf den Ernst der Lage hin und gibt der Genugtuung Ausdruck, daß Sonderbeauftragter Müller sich in der heutigen Sitzung ein Bild von der Situation habe machen können. Er halte es für zweckmäßig, wenn der Sonderbeauftragte Müller einen engen Kontakt mit Präsident Naumann vor allem hinsichtlich der Freistellung der 2o ooo to halten würde.

Sonderbeauftragter Müller stellt fest, daß sich im Verlaufe der letzten Jahre eine gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Dienststellen herausgebildet habe. Er werde dem Staatssekretär Backe dringend nahelegen, zu einem Besuch des Generalgouverneurs nach Krakau zu kommen. Staatssekretär Backe habe vor allem die europäische Planung im Auge, weit entfernt von jeder Theorie. Er sei gezwungen, in langen Zeiträumen zu denken. Vielleicht werde es sich auch empfehlen, wenn der Herr Generalgouverneur nochmals eine Einladung an Staatssekretär Backe ergehen lasse. Staatssekretär Backe wäre dann auch in der Lage, den Männern der landwirtschaftlichen Verwaltung gerade auf Grund der Ergebnisse des vierten Kriegswirtschaftsjahres seinen Dank zu sagen.

Anschließend stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die maßgebenden Instanzen des Generalgouvernements volles Vertrauen zu Staatssekretär Backe hätten. Er, der Generalgouverneur, sehe dem Besuch des Staatssekretärs Backe gern entgegen, sei allerdings der Meinung, daß Staatssekretär Backe über die Verhältnisse des Generalgouvernements durchaus im Bilde sei.

Schluß der Sitzung 14 Uhr 2o Minuten.

Arbeitssitzung

Thema:

Sicherheitslage im Generalgouvernement

am 31. Mai 1943

Insgesamt angefertigt 7 Exemplare :

1 Exemplar für unsere Akten

3 Exemplare für SS-Obergruppenführer
K r ü g e r

1 Exemplar für Staatssekretär
Dr. B ü h l e r

1 " für Oberlandesgerichtsrat
Dr. W e h

1 " für Hauptabschnittsleiter
S t a h l

7

2.6.1943

...ble

...ng (Polizei- und Sicherheitslage)

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Wolf	Luftgaukommando XII	Lg Kdo VIII
Ehrmann	Oberstleutn. a.D. Chef d. Gst.	Lg Kdo VIII
Zornikel	General d. Flieger	Kommand. General u. Befehlshaber im Luftgau VIII
Hasselhorst	General der Infanterie	Chef d. Ge. H. Wehrmachtsabteilung
Schmidt	Generalmajor	Kommandeur
Kuhnhardt	Major	Abteilungskommandeur
Friderici	Oberst	Abteilung Ia
Zipser	Oberst	Kommandeur
Dr. Stahl	Regierungsrat	Leiter der Abteilung
H. Meyer	Leitender Regierungsdirektor	Leiter der Abteilung
Bruns	Ministerialdirektor	Generalbevollmächtigter
Fellgiebel	Oberst	Chef des Wehrmachtnachrichtenwesens
Rudolf	Oberst	Kommandeur
Ehrlich	Oberst	Kommandeur
Dr. Schmidt	Ministerialrat	Leiter der Abteilung
Hilpert	Oberst	Kommandeur

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Schneller Dr. Max Ludwig Rüdesheim	Generalmajor MR	Lublin Amt f. Gesetzgebung Reichsministerium Reichskanzlei

Beginn der Sitzung 11 Uhr.

Nach Eröffnung der Sitzung leitet der Herr Generalgouverneur die Beratungen mit folgenden Ausführungen ein:

Meine Herren! Ich habe mich sowohl in meiner Eigenschaft als Generalgouverneur wie als Reichsverteidigungskommissar dieses Gebietes veranlaßt gesehen, die maßgeblichen Instanzen der Verwaltung und der Sicherheitsorgane zusammen mit den Vertretern der Wehrmacht zu einer Besprechung der Gesamtlage und der für die Wiederherstellung der Sicherheit in diesem Raum zu ergreifenden Maßnahmen zusammenzurufen. Ich begrüße mit besonderer Freude den General der Polizei SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner und den Vertreter des Reichsministers Dr. Lammers Herrn Reichskabinetsrat von Stutterheim sowie die Herren Generäle.
Die Frage der Sicherheit des Generalgouvernements war bis vor etwa dreiviertel Jahren kein unmittelbar oder bedrohliches Problem. Es war eigentlich unser Stolz, daß es geglückt war, trotz der schwierigen Verhältnisse, die sich aus der inneren Lage des Generalgouvernements ergaben, die Sicherheit im Raum aufrecht zu erhalten. Staatssekretär Krüger konnte noch im Sommer vorigen Jahres feststellen, daß die Sicherheitslage unseres Gebietes verglichen mit derjenigen anderer besetzter Gebiete des großdeutschen Machtbereiches als hervorragend bezeichnet werden könne. Die gleiche Erfahrung haben auch die Herren der Verwaltung machen können.

In den letzten Monaten zeigt sich nun eine zunehmende Verschlechterung dieser Lage. Sie zeigt sich vor allem in den Raubüberfällen auf und Bandenüberfällen auf Verkehrseinrichtungen, Gemeindeämtern usw., in der Ermordung von deutschen Sicherheitsorganen, von Angehörigen der Wehrmacht, in der Niedermetzlungen von

deutschen Frauen und den Überfällen auf Einzelpersonen, in der Zerstörung lebenswichtiger Produktionsstätten, in den Angriffen auf die Eisenbahnzentralpunkte, auf Postämter.

Ich möchte in diesem Zusammenhang gleich betonen, daß der Einsatz der Polizeikräfte im Generalgouvernement im Interesse einer Bekämpfung dieser Überfälle wirklich unter äußerster Hingabe erfolgt. Was die deutsche Ordnungspolizei wie Sicherheitspolizei in den letzten Monaten in diesem Einsatz geleistet haben, ist schlechterdings nicht zu übertreffen, wenn man die geringe Zahl der Männer, ihre dürftige Bewaffnung sich vor Augen hält und auch bedenkt, daß es sich bei diesen Kräften nicht mehr um Elitetruppen, sondern um rekrutierte Reservisten handelt. Allein im Distrikt Lublin hat die Ordnungspolizei beim Einsatz dieser Kräfte in den letzten sieben Monaten 142 Tote gehabt, die Sicherheitspolizei 46 Tote. Bei meiner Reise in den Distrikt Lublin habe ich auch feststellen können, daß entsprechend den Berichten der Kreis- und Stadthauptmänner über die Sicherheitslage in ihren Bezirken nur eine Verstärkung der Exekutivorgane, ein Hereinholen von Polizei, eine Wiederherstellung aufgelöster Polizeiposten, eine möglichste Dislozierung der Sicherheitskräfte, eine Zusammenarbeit aller mit Waffen versehenen Organe unter einheitlicher sofort örtlich feststellbarer Kommandogewalt und die Durchführung von Sicherungsmaßnahmen aller Art hier Abhilfe schaffen können.

Das Generalgouvernement ist 1939 vom Führer als eine Art Ausnahmeverwaltung errichtet worden. Das Generalgouvernement ist sozusagen ein latenter Ausnahmezustand. Das geht z.B. daraus hervor, daß wir Polizeistandgerichte aufrecht erhalten haben, die als Exekutivorgan die sofortige Vollstreckung durchführen können. Wir sind in diesem Ausnahmezustand so weit -

gegangen, daß wir der einheimischen Bevölkerung völlig abweichend von derjenigen anderer Gebiete Opfer aufgebürdet haben, die mit zur Steigerung der Unsicherheit im Lande beigetragen haben. In Betracht kommt hier in erster Linie die absolut unzureichende Ernährungssituation der Gesamtbevölkerung dieses Raumes, die wir im Hinblick auf die jedes vorstellbare Maß überschreitenden Anforderungen des Reiches systematisch der Bevölkerung auferlegen müssen. Die Ernährungssituation für die einheimische Bevölkerung ist so katastrophal, daß wir erst vor wenigen Wochen, nur um den dringendsten Bedarf der Rüstungsbetriebe zu decken, einige tausend Tonnen des uns von Reich auferlegten Solls zurückerbeten haben.

Ich leite damit zur positiven Betrachtung der Sicherheitslage über. Mag noch so viel Polizei und Wehrmacht in dieses Land gelegt werden, wir können unmöglich bei diesem Verfahren gegenüber der einheimischen Bevölkerung verharren. Man kann das Gewaltexperiment der Bevölkerung eines besetzten Gebietes durchhalten, wenn ein Krieg in absehbarer Zeit zu Ende geht. Es war unser aller Erwartung, daß dieser Krieg etwa in 3 oder 4 Jahren vorübergehen würde. Das Ende dieses Krieges ist jetzt aber nicht mehr abzusehen. Mit Sicherheit ist vorauszusehen, daß die notwendigen Bedürfnisse des Reiches eine Sicherstellung der menschlichen wirtschaftlichen und sozialen Leistungsfähigkeit dieses Gebietes voraussetzen. Dazu gehört aber auch, daß nicht nur das Negative betont wird, daß wir uns nicht nur darüber klar sind, daß eine Verstärkung der polizeilichen Sicherheitsorgane und der Wehrmacht stattfindet, sondern es bedarf vielmehr einer Umkehr hinsichtlich der gesamten politischen und wirtschaftlichen Behandlung der einheimischen Bevölkerung. Wir sind uns, wie alle Männer des Generalgouvernements darüber völlig klar, und es gibt keinen verantwortlichen Mann im Generalgouvernement, der diesen Gesichtspunkt nicht mit Leidenschaft vertreten würde.

Ich habe mich daher entschlossen, zum 1. September d.J. der Gesamtbevölkerung dieses Raumes Ernährungssätze zuzuweisen, die etwa den Sätzen der Warthegauregelung ent-

sprechen. Das würde bedeuten, daß die Bevölkerung einigermaßen ernährt werden kann, ohne sich im Schleichhandel die notwendigen Lebensmittel beschaffen zu müssen.

Was darüber hinaus noch an positiven Maßnahmen gegenüber der Bevölkerung geschehen kann, wäre noch zu prüfen. Ich darf vertraulich mitteilen, daß allenfalls der Plan besteht, die Bevölkerung irgendwie sonst noch aufzurichten. Mir ist ein Plan zur Begutachtung zugegangen, der etwa eine freiwillige Heranziehung der Polen zu Maßnahmen der allgemeinen Verwaltung in größerem Umfange vorsieht.

Es ist also eine große Führungsaufgabe, die uns in diesem Raum übertragen ist. Die Gewalt allein wird mit diesen Problemen nicht fertig werden. Methodisch ist es z.B. schon so, daß nach den Auskünften des SS- und Polizeiführers in Lublin die Banden in den Wäldern tagsüber nicht als solche erscheinen, sondern ihre Angehörigen als friedliche Bauern auf dem Felde arbeiten, sich nachts zusammenfinden und dann wieder irgendwo in einer großen Masse in Erscheinung treten. Selbstverständlich kann durch die Verstärkung der Exekutivorgane allein schon eine große Basis gefunden werden. Aber anzunehmen, daß von momentanen einige Monate dauernden Einsätzen der Wehrmacht oder sonstigen Organe für alle Zukunft das Heil erwartet werden kann, ist abwegig. Die Durchkämmung von Wäldern, die Ausmerzung von Bandennestern wird nie verhindern, daß sich stets neue Unruheherde bilden. Vergessen wir nicht, daß zu den Führern der Banden auch Kriegsgefangene, ferner Juden, enteignete polnische Bauern usw. gehören, die in ihrer Verzweiflung zu allem fähig sind. Ich glaube daher, daß man auch auf die Selbsthilfe der Bevölkerung zurückgreifen muß, ein Gedanke, der mir im Distrikt Lublin sehr nahegelegt wurde.

Man muß also meines Erachtens mit der negativen Niederkämpfung des Widerstands- und Aufstandswillens, der sich da und dort zeigt, die positive Einstellung der gesamtpolitischen Maßnahmen verbinden. Der Chef der Sicherheitspolizei Dr. Schöngarth hat am 20. April amtlich er-

klärt, daß er sich nur von dieser Einstellung bei der grundsätzlichen politischen Führung der Bevölkerung eine dauernde Befriedigung dieses Raumes für die Zukunft verspreche. Das ist auch das Entscheidende.

Wenn man in die einzelnen Teile des Landes geht, findet man ernsteste Bilder der Unsicherheit und der Zerstörung. Daher muß sofort etwas geschehen. Dieses sofortige Geschehen liegt in einer Steigerung des Einsatzes. Ich freue mich, von Ihnen, Herr Staatssekretär Krüger, gehört zu haben, daß staatliche Polizeikräfte eingesetzt werden sollen. Ich glaube, daß damit schon im wesentlichen eine starke Beruhigung eintreten wird. Auf der anderen Seite wird vielleicht das Ergebnis dieser Sitzung sein, daß eine viel innigere Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Waffenträgern in diesem Raum stattfinden kann. Von den Kreishauptleuten und den Leitern anderer Dienststellen wird mir gemeldet, daß es große Schwierigkeiten mache, in einem akuten Fall, der sich in einer Ortschaft zuträgt, die einzelnen Waffenorgane zu einem einheitlichen Einsatz zu bringen. Der Reichsführer SS ist vom Führer mit der Sondervollmacht der Bekämpfung des gesamten Bandenwesens im Osten betraut worden. Ich begrüße es deshalb ganz besonders, daß SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner heute bei uns erschienen ist.

(Staatssekretär Dr. Bühler) glaubt, bei der Mehrzahl der Besprechungsteilnehmer die Sicherheitslage und die Entwicklung der letzten Monate als bekannt voraussetzen zu dürfen.

Es sei für ihn eine stolze Tatsache, festzustellen, daß trotz der schwersten Bedrängnis und der schweren Blutopfer, die die Unruhen der letzten Monate auch von der Verwaltung verlangt hätten, der Verwaltungsapparat als solcher intakt geblieben und jederzeit in der Lage sei, seine Aufgaben voll und ganz zu erfüllen. Infolge der zunehmenden Unsicherheit sei aber die Wirksamkeit dieses Apparates behindert, und diese Behinderung werde, wenn sie nicht im geeigneten Augenblick abgestellt werde,

ungünstige Rückwirkungen besonders auf die Erfüllung der großen Aufgaben zeitigen, die das Generalgouvernement für das Reich übernommen habe. Im Generalgouvernement bestehe eine beachtliche Rüstungsindustrie, die nach den Berichten des Generals Schindler einen wesentlichen Beitrag zur Waffenfabrikation und zum Kriegspotential des Reiches erbringe. Im Zuge der verstärkten Luftangriffe auf den Westen des Reiches würden in absehbarer Zeit weitere Schlüsselindustriene voraussichtlich ins Generalgouvernement gelegt werden. Dazu komme der gewaltige Beitrag, den das Generalgouvernement durch seine Lebensmittellieferungen für die Ernährung des Reiches bringe. Die im vergangenen Jahre vom Reichsmarschall erklärte Erhöhung der Versorgung des Reiches habe im wesentlichen aus den Lieferungen des Generalgouvernements bestritten werden können. Weiter sei darauf hinzuweisen, daß im Generalgouvernement eine Erdölindustrie mit fremden Arbeitskräften betrieben werde, und zwar mit einer Förderung von 400 000 to im Jahre. Darüber hinaus sei vom Generalgouverneur der Aufruf an die galizische Bevölkerung ergangen, aktiv an dem Kampf gegen den Bolschewismus teilzunehmen. Dieser Aufruf habe ein solches Echo gefunden, daß sich 60 000 Mann der ohnedies durch den Arbeitseinsatz für das Reich schon stark gelichteten Bevölkerung zu den Waffen unter deutscher Führung gemeldet hätten. Das Generalgouvernement sei also nicht lediglich ein Land des großdeutschen Machtreiches, sondern die Brücke zur Ostfront, und die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in diesem Gebiet werde mitentscheidend für die Operationen im weiteren Osten sein.

Aus alledem ergebe sich, daß eine nachhaltige Befriedung des Raumes angesichts der Ereignisse der letzten 6 Monate eintreten müsse. Man müsse dazu kommen, daß die Autorität der deutschen Polizei in diesem Raum wieder stehe, daß die Bevölkerung daß Bewußtsein und den Glauben habe, daß die Polizei stark genug sei, ihr Eigentum und Leben gegenüber den Banden zu schützen und die illegalen Elemente der Bestrafung zuzuführen.

Präsident Dr. Losacker weist darauf hin, daß in den letzten Monaten mehr denn je das Problem der Sicherheit in den Vordergrund getreten sei. Latent seien schon immer Ansätze zu einer gewissen Unruhe im Generalgouvernement spürbar gewesen. Nach der raschen Beendigung des Polenfeldzuges sei jedoch die Bevölkerung dieses Raumes so niedergedrückt gewesen, daß diese Unruhe lediglich örtlichen Charakter getragen und irgendeinen Einfluß auf die Verwaltungstätigkeit nicht habe nehmen können. Als dann aber im Jahre 1941 infolge des Anmarsches für den Beginn der Feindseligkeiten mit der Sowjetunion das Generalgouvernement von deutschen Truppen erfüllt gewesen sei, sei von irgendwelchen Unruhen oder irgendeiner Bandentätigkeit kaum etwas zu spüren gewesen. Nach dem ersten schweren Kriegswinter im Osten 1941/42, also im Frühjahr 1942, beginne jedoch in Verbindung mit dem Kriegsgeschehen ein stärkeres Anwachsen der Bandentätigkeit allgemein fühlbar zu werden. Aber auch dieses Anwachsen der Bandentätigkeit habe nichts daran geändert, daß die vom Reich geforderten Leistungen auf den Gebieten der Ernteerfassung, der Arbeiterbestellung, der Rüstungsindustrie, der Erdölindustrie, der Verkehrsbewältigung und des Nachschubes in völliger Reibungslosigkeit erfüllt werden konnten.

In den letzten Monaten hätten sich nun die Verhältnisse stark zugespitzt. Das ergebe sich aus folgenden Zahlen. Im Distrikt Warschau seien seit dem 1. Januar d.J. bis zum 24. Mai 1 512 Überfälle verübt worden. In der Stadt Warschau seien im Januar 93, im Februar 89, im März 75, imApril 226 und bis zum 29. Mai 163 Überfälle zu verzeichnen. In dem übrigen Distrikt seien in der gleichen Zeit 1 312 Überfälle vorgekommen. Allein in der Stadt Warschau seien an getöteten Deutschen zu beklagen gewesen: Im Februar 6, im März 14, im April 11, im Mai 29, insgesamt also 60. Im übrigen Teil des Distrikts Warschau seien 26 Deutsche getötet worden. Dazu kämen noch 92 nichtdeutsche Tote im Distrikt Warschau. Von Deutschen seien in der Stadt Warschau 57 verletzt worden, davon 30 Wehrmachtsangehörige, 13 Angehörige der Polizei,

17 Zivilisten. Im übrigen Teil des Distrikts seien 23 Deutsche verletzt worden. Im Distrikt Lublin seien ebenfalls zahlreiche Überfälle auf Einrichtungen der deutschen Verwaltung, Wirtschaft und Wehrmacht in den letzten Monaten erfolgt. Vom 1. Januar bis 19. Mai seien im Distrikt Lublin 98 Deutsche erschossen worden. Der Anteil der Polizei daran sei sehr hoch. Grade von diesen Männern der Sicherheitspolizei und des SD im Distrikt Lublin müßten ganz unerhörte Leistungen vollbracht werden. Die Sicherheitspolizei sei zur Zeit nur zu 42 % besetzt. Außerden 98 erschossenen Deutschen seien im Distrikt Lublin 60 Vögte, Bürgermeister, Schulzen und 84 polnische Polizeibeamte erschossen worden. Auf Gemeindeämter, Schulzenämter seien 95 Überfälle, auf Eisenbahnzüge, Bahngelände und Bahnhöfe 35 Überfälle, auf Molkereien, Brennereien usw. 46 Überfälle, auf Sägewerke und Forstwirtschaftliche Einrichtungen 23 Überfälle in der Zeit vom 1. Januar bis 19. Mai verübt worden.

Auch im Distrikt Radom sei die Kurve der Überfälle stark ansteigend. Während bis März 1942 die Zahl der monatlichen Überfälle noch 100 liege, seien erstmals im April 1942 105 Überfälle zu verzeichnen gewesen. Im Juni sei die Zahl auf 206, imNovember auf 365, im Februar 1943 auf 493, im März 1943 auf 705, im April auf 965 gestiegen, und im Mai werde die Zahl voraussichtlich über 1000 betragen.

Im ersten Vierteljahre 1943 seien im Distrikt Lublin 14 Deutsche ermordet worden, im April 36 und im Mai bis jetzt 6. Polen seien im April 37, im Mai 57 ermordet worden. Auf Gemeinden und Gemeindeeinrichtungen seien im Monat Mai 102 Überfälle im Distrikt Radom verübt worden. Im Jahre 1942 habe die Zahl der ermordeten Polizeikräfte im Distrikt Radom 20 betragen, im ersten Vierteljahre 1943 7, im Mai seien es bereits 14.

Eine Gesamtübersicht über die Überfälle im Generalgouvernement, nach Distrikten geordnet, ergebe für den Distrikt Lemberg vom Januar bis zum 15. Mai insgesamt nur 8 Überfälle, von denen aber kein einziger besonders schwerer Art gewesen sei. In der gleichen Zeit seien es

im Distrikt Krakau 28, im Distrikt Warschau 28, im Distrikt Lublin 95 und im Distrikt Radom 216 Überfälle gewesen.

In der letzten Zeit sei mehr und mehr die Planmäßigkeit des Vorgehens der Banditen zu beobachten. Die Banden träten zwar noch nicht in besorgniserregender Stärke auf, obwohl es schon vorgekommen sei, daß kleinere Banden von größeren aufgesogen würden. Banden in Stärke von über 100 Mann seien aber bisher noch kaum tätig geworden. Die Ausrüstung der Banden sei gut. Geführt würden sie von Bolschewiken. Mit dem Erstarken der Tätigkeit der sowjetischen Luftflotte seien Kommissare im Generalgouvernement abgesetzt worden. Dazu kämen Kriegsgefangene, die zu diesen Banden gestoßen seien, auch hätten sich im Zuge der Judenaussiedlung Juden in die Wälder geflüchtet und den Banden angeschlossen. Dazu komme angesichts der kommunistischen ~~XXXXX~~ Propaganda eine Anzahl von Polen aus der polnischen Bauernpartei und sonstiger verzweifelter Menschen, die durch irgendwelche Maßnahmen in die Wälder getrieben würden und sich den Banden anschlössen. Die Banden zeigten bei ihrem Vorgehen eine immer stärker werdende Systematik: Sie gingen jetzt systematisch dazu über, Einrichtungen der deutschen Verwaltung zu zerstören, Gelder zu rauben, sich Schreibmaschinen und Vervielfältigungsapparate zu verschaffen, in den Gemeindeämtern die Kontingentslisten und die Arbeiterlisten zu vernichten, die Strafbücher und Steuerlisten mitzunehmen oder zu verbrennen. Auch mehrten sich die Überfälle auf wichtige deutsche Produktionsstätten im Lande, auf Sägewerke, Molkereien, Brennereien, auf Brücken, Bahnanlagen und Postämter. Die Organisation der Banden sei schon stark militärisch. Sie bedienten sich der Frauen und Kinder als Melder. Eine Schwierigkeit für ihre Bekämpfung liege auch darin, daß die Banden nicht in den Ländern zusammenbleiben und dort biwakieren, sondern daß sie sich zu einem großen Teil auch aus Bauern und Arbeitern zusammensetzen, die tagsüber ihrer Beschäftigung nachgehen und sich auf Grund von Gestellungsbefehlen dann draußen versammelten, wo sie erst den Zweck des Einsatzes erführen. Die Banden arbeiteten mit Stoßtrupps. Die Polizei werde oft durch falsche V-Leute irregeführt. Wenn dann die Polizei ausrücke, würden die

Gemeindeämter oder Produktionsstätten zerschlagen. Bei den letzten Überfällen, besonders im Distrikt Lublin, sei eine gewisse einheitliche Bekleidung der Banden mit Mütze und rotweißer Armbinde aufgefallen. Die Militäruniform spiele bei den Banden eine große Rolle, vor allem im Distrikt Radom. Sehr stark werde die polnische Polizeiuniform von den Banden gesucht.

Für das Ansteigen der Unsicherheit seien verschiedene Gründe anzuführen. Maßgebend sei vor allem die erschwerte Kriegslage, aber auch die Verstärkung der Feindpropaganda, die im Generalgouvernement überaus geschickt arbeite. In Betracht komme weiter die Unterstützung durch die sowjetische Luftwaffe, die Männer, Kommissare, Waffen, Uniformen, Munition und auch Meldegeräte abwerfe.

X (Die Regierung des Generalgouvernements sei sich bereits seit längerer Zeit darüber im klaren, daß die Sätze der Ernährungsrationen, die den Fremdvölkischen gegeben würden, unter keinen Umständen länger beibehalten werden können, ohne daß man die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen lasse oder in den Aufstand treibe.) Deshalb sei es von besonderer Bedeutung, daß ab September dieses Jahres die Sätze zugeteilt würden, die gerade ausreichend seien. (Die Schwierigkeiten der Ernährungslage, die sich naturgemäß schlecht auf die Stimmung der Bevölkerung auswirken, die enorme Preissteigerung, die zum Teil übertriebene und engherzige Gehalts- und Lohnpolitik hätten dazu geführt, daß Teile der polnischen Bevölkerung zur Verzweiflung getrieben worden seien.) Ganz besonders ungünstig ausgewirkt habe sich die Schwächung von Außenpositionen, das Zurückziehen von Polizeiposten in größere Städte und die Zusammenziehung zu Zugstärke bei einzelnen Kommandos. (Daß auch die Umsiedlung im Distrikt Lublin besonders unglückliche Folgen gehabt habe, sei erwiesen. Diese Dinge hätten sich auch im Distrikt Warschau ausgewirkt. Daß man aus übergeordneten Gesichtspunkten diese Umsiedlung habe in Kauf nehmen müssen, ändere nichts an der Tatsache, daß sie zunächst sehr ungünstige Folgen gezeitigt habe. Die Judenumsiedlung habe bewirkt, daß sich die Juden mit den Banden vereinen konnten. Dazu seien einige

Aktionen im Generalgouvernement gekommen, die sich überaus ungünstig für die Stimmung der Bevölkerung ausgewirkt hätten, so besonders im Januar 1943 die große Arbeitererfassungsaktion, bei der plötzlich Leute von den Straßen, aus den Kirchen und Wohnungen weggeholt worden seien.)

Weiter seien Polizeikräfte in großem Umfange aus dem Generalgouvernement abgezogen worden, ebenso auch Wehrmachtkräfte. Ausgebildete Kräfte der Polizei seien durch Ungenügebildete ersetzt worden. Ungünstig habe sich weiter der Umstand ausgewirkt, daß Bataillone und Einheiten schon vor Eintreffen des Ersatzes weggezogen worden seien. Über die Befehlsverhältnisse zwischen Polizei, Wehrmacht und sonstigen Formationen habe in den Kreishauptmannschaften und in kleineren Orten vielfach keine Klarheit bestanden. Bei der Regierungsreise der letzten Tage sei von den beteiligten Instanzen der Wunsch geäußert worden, es möge durch ein Einvernehmen von Wehrmacht und Polizei ein ganz klares System der Befehlsgewalt bis in die kleinen Ortschaften hinein aufgestellt werden.

Die Polizei habe besonders unter der mangelnden Benzinzuteilung gelitten. Wenn eine Schutzpolizeikompanie im Monat 60 l Benzin und die Gendarmerieposten 35 l erhielten, so seien diese Formationen praktisch unbeweglich und ein Einsatz der Polizei in größerer Stärke unmöglich. Die Polizei sei angesichts der durchgeführten Maßnahmen im Lande nicht mehr so eng verteilt wie früher, oft lägen die Posten 30 bis 40 km auseinander. Gleichwohl sei der Einsatz der Polizei geradezu vorbildlich. Die Polizei, die Gendarmerie, die Sicherheitspolizei hätten große Opfer gebracht. Deshalb wäre es zu wünschen, daß dem tapferen Ausharren der Polizisten, die oft mit ganz geringen Kräften schwer bewaffnete Banden von 60 - 80 Mann in Schach hielten, auch die verdiente Anerkennung und Auszeichnung zuteil werde, vor allem in Gestalt der Verleihung des Eisernen Kreuzes.

Die Verwaltung habe auf die besorgniserregende Entwicklung der Sicherheitslage immer wieder hingewiesen. Bei Besprechungen mit der Polizei sei manchmal darauf hingewiesen worden, daß die Errichtung deutscher Wohnviertel von besonderer Wirksamkeit gewesen und daß, wenn reindeutsche Wohnviertel mehr als bisher errichtet würden, die Überfälle und Morde nachlassen würden.

Es stehe z.B. eindeutig fest, daß in Warschau kein einziger Mord oder Überfall im deutschen Wohnviertel vorgekommen sei.

Man müsse wohl überhaupt mit ganz anderen Mitteln den Dingen zuleibe rücken. Bei der Besichtigungsreise hätten die Kreishauptleute, Polizeiführer und Polizeikommandeure die Forderung erhoben, daß ein möglichst engmaschiges Sicherheitsnetz über das ganze Generalgouvernement gespannt werde. Für die deutsche Polizei sei eine Verstärkung der Dezentralisation erforderlich. Das gleiche gelte für die polnische Polizei, die durch Abgabe aus den ukrainischen Gebieten verstärkt werden könne. Die Qualität der polnischen Polizei werde sich durch das Vertrauen zur deutschen Herrschaft wieder stärken. Die ukrainische Polizei sollte möglichst auf die ukrainischen Gebiete beschränkt werden. Es habe sich als besonders vorteilhaft erwiesen, daß die polnische Polizei aus dem seinerzeit ukrainischen Kreis Hrubieszow herausgezogen und dort ukrainische Polizei eingesetzt worden sei. Seitdem sei besonders in den letzten 1 ½ Monaten die Ruhe in Hrubieszow fast völlig wieder hergestellt.

Weiter sei von den Kreishauptmännern und auch von den Kommandeuren der Ordnungs- und Sicherheitspolizei die Frage aufgeworfen worden, ob nicht eine Erweiterung des <u>Selbstschutzes der Bevölkerung</u> möglich wäre. Ein solcher Selbstschutz bestehe schon insbesondere in den ukrainischen Gebieten. Die Bauern, die gewisse Objekte, Gemeindehäuser, Güter, zu bewachen hätten, seien jedoch nicht bewaffnet. Wenn also die Polizei sehr weit entfernt sei, sei dieser Schutz völlig unwirksam. Man müßte erwägen, ob nicht zuverlässige Elemente in den einzelnen Gemeinden mit Jagdgewehren oder sonstigen Waffen ausgestattet werden können. Er sei überzeugt, daß die Schulzen, Vögte und Bauern, die seit 3 ½ Jahren ihre Pflicht getan hätten, die Verwaltung bei ihren Maßnahmen unterstützen würden. Man habe viele Beispiele eines geradezu heldenhaften Einsatzes unbewaffneter Bürgermeister und Vögte.

Überaus günstig würde es sich auswirken, wenn in das Generalgouvernement Ausbildungs- oder Marschbataillone der Wehrmacht gelegt und dann über ein Gebiet verteilt werden können.

Im Distrikt Radom sei die Sicherung der Deutschen Volksschulen mit Internat ganz besonders wichtig. In den volksdeutschen Dörfern würden vielfach die Schulen, Gemeindeämter usw. überfallen. Man habe auch darauf hingewiesen, daß gewisse Formationen der Ostvölker eine Gefahr der Zersetzung der Bevölkerung mit sich brächten. Besonders die sogenannten armenischen Einheiten seien bei der Bevölkerung durch ihr rücksichtsloses Auftreten aufgefallen.

Ganz besonders mangelhaft sei der Schutz in Gestalt von Waffen und Munition. Kaum ein Kreishauptmann und auch manche Gouverneure hätten keine Maschinenpistole, viele Bezirkslandwirte, Kreislandwirte und Kreishauptmänner seien völlig unbewaffnet. Daher müßten der Verwaltung Waffen in genügender Anzahl zur Verfügung gestellt werden.

(Staatssekretär Krüger) dankt zunächst dem Herrn Generalgouverneur, daß er mit so großer Anerkennung über den Einsatz der Polizei gesprochen habe. Die Verhältnisse im Generalgouvernement auf dem Gebiete der Sicherheit seien an sich den beteiligten Instanzen bekannt. Er könne daß, was Präsident Lasacker ausgeführt habe, auch als Staatssekretär für das Sicherheitswesen nur unterstreichen.

Gehe man auf die Gründe ein, die zum Entstehen dieser Unsicherheiten in den letzten Monaten geführt hätten, so stehe hier die Sicherstellung der Ernährung der Volksfremden, der einheimischen Bevölkerung im Vordergrund. Gewiß wolle er nicht dafür appellieren, daß jeder Pole, was anzustreben wäre, nun ernährungsmäßig gesichert wäre; denn das würde die heutige Lage nicht zulassen. Es müsse aber erreicht werden, daß der im deutschen Interesse arbeitende Fremdvölkische die Ernährung erhalte, die es ihm ermögliche, seine Aufgabe zu erfüllen. Diese Ernährung müsse grundsätzlich auch den Familienangehörigen gewährt werden. Man könne es nur dankbar begrüßen, daß nun versucht werden solle, der Bevölkerung an Nahrungsmitteln ab 1. September das zu geben, was sie unbedingt brauche. Im Hinblick auf die Sicherheitslage sei nur

zu bedauern, daß eine solche Maßnahme nicht sofort durchgeführt werden könne. Das wäre der Schlüssel für alle anderen Maßnahmen, die führungsmäßig ergriffen werden müßten, um die Polen zu einer loyalen Einstellung zu gewinnen.

Ein weiterer Grund, der zur Unruhe in der Bevölkerung geführt habe, sei die Arbeitererfassung. Ob die hier angewendeten Methoden richtig gewesen seien, möge dahingestellt bleiben. Er befürchte aber, daß ganz gleich, was man unternehme, es nicht gelingen werde, noch zahlenmäßig starke Arbeitermassen ins Reich zu vermitteln. Auch hier spiele die Ernährungsfrage wieder eine ausschlaggebende Rolle. Wenn heute ein Pole zur Arbeit insReich verschickt werde, so dürfe man seine Familie praktisch nicht verhungern lassen. Und wenn der polnische Arbeiter im Reich von seinem Wochenlohn 20.- RM bezw. 40 Zloty ins Generalgouvernément schicke, dann könne seine Frau mit ihren Kindern mit einem solchen Betrage im Generalgouvernement nichts anfangen. Schon heute gebe es in der Bevölkerung des Generalgouvernements weite Kreise, die alles Entbehrliche im Schleichhandel zu Geld machten, um sich die notdürftigsten Nahrungsmittel zu beschaffen.

Auch propagandistisch müsse in der Arbeitererfassung geschickter gearbeitet werden, wenn man das Programm des Generalbevollmächtigten für den Arbeitereinsatz durchführen wolle. Es habe sich nicht ungünstig ausgewirkt, daß bewährte polnische Arbeiter aus dem Reich auf Urlaub gekommen seien; sie sähen ernährungsmäßig gut aus, seien auch teilweise gut gekleidet. Dem Vernehmen nach hätten sie sogar die Urlaubszeit von 3 Wochen garnicht ausgenutzt, sondern seien sofort wieder ins Reich zurückgegangen und hätten andere Arbeiter mit sich gezogen. Andererseits müsse aber auch dafür gesorgt werden, daß die Übermittlung von Geldsummen aus dem Reich schneller vor sich gehe, damit die Familie möglichst bald in den Besitz des Geldes käme. Von Seiten des Generalgouvernements müßte angestrebt werden, daß die Familienmitglieder dieser Arbeiter die gleiche Ernährung erhielten wie die Arbeiter, die im deutschen Interesse arbeiteten. Bisher seien wohl über eine Million Arbeiter an das Reich abgegeben worden. Wenn man die Familie mit 5 Köpfen berechne, so würde das praktisch bedeuten, daß 5 Mill. Menschen in ihrer Ernährung besser gestellt

werden müßten. Ob das möglich sei, könne er nicht beurteilen.

Die Entjudung habe ohne Zweifel auch zur Beruhigung geführt. Sie sei für die Polizei eine der schwierigsten und unangenehmsten Aufgaben gewesen, habe aber auf Befehl des Führers durchgeführt werden müssen, weil es im europäischen Interesse notwendig sei. Auch auf dem Gebiet des Schleichhandels habe sich die Entjudung günstig ausgewirkt, und auf andere Weise würde man niemals zu geordneten Verhältnissen kommen. Die Ermordung von Deutschen in Krakau sei unzweifelhaft auf die jüdische Organisation der Jung-Zionbewegung zurückzuführen. Diese Organisation sei von der Polizei aufgerollt worden. Nach den Feststellungen habe es sich um aus dem Ghetto entflohene Juden gehandelt, die sich mit Hilfe der Fälscherzentrale falsche Kennkarten besorgt hätten. Er habe neulich erst wieder den Befehl erhalten, in ganz kurzer Zeit die Entjudung durchzuführen. Dies sei gezwungen gewesen, die Juden auch aus der Rüstungsindustrie und den wehrwirtschaftlichen Betrieben herauszuziehen, falls sie nicht ausschließlich im kriegswichtigsten Interesse eingesetzt seien. Die Juden seien dann in großen Lagern zusammengefaßt worden und würden von dort für die Tagesarbeit in diesen Rüstungsbetrieben abgegeben. Der Reichsführer SS wünsche aber, daß auch die Beschäftigung dieser Juden aufhöre. Er habe mit Generalleutnant Schindler eingehend über diese Frage gesprochen und glaube, daß dieser Wunsch des Reichsführers SS wohl im Endeffekt nicht erfüllt werden könne. Es gebe unter den jüdischen Arbeitskräften Spezialarbeiter, Feinmechaniker und sonstige qualifizierte Handwerker, die man heute nicht ohne weiteres durch Polen ersetzen könne. Er bitte deshalb SS-Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner, dem Reichsführer SS diese Lage zu schildern und ihn zu ersuchen, von der Wegnahme dieser jüdischen Arbeitskräfte Abstand zu nehmen.

Man habe von den Juden die physisch besten Kräfte in Betrieb gelassen, die sogenannten Makkabäer, die ausgezeichnet arbeiteten, weiter auch weibliche Kräfte, von denen man festgestellt habe, daß sie physisch viel stärker seien als der Jude. Die gleiche Erfahrung habe man übrigens auch bei der Räumung des Ghettos in Warschau gemacht. Diese Aufgabe sei übrigens sehr schwierig gewesen. Der Verlust an Polizeikräften habe

15 Tote und 88 Verletzte betragen. Man habe festgestellt, daß auch dort Jüdinnen mit der Waffe in der Hand bis zum letzten gegen die Männer der Waffen-SS und Polizei gekämpft hätten.

Mit der Frage der Entjudung könne man sich eigentlich garnicht mehr belasten; dafür sei sie auch propagandistisch schon zu stark vom Auslande ausgeschlachtet worden. Unabhängig davon müsse man versuchen, diese jüdischen Kräfte, die sich der Umsiedlung entzogen hätten und überall getarnt herumliefen, in irgendeiner Form einzufangen. Er habe Meldung von der Sicherheitspolizei erhalten, daß Überfälle und Morde in der Stadt Warschau auch immer wieder von Juden ausgeführt würden.

(Ein weiterer Unsicherheitsfaktor sei die Umsiedlung.) Diese Umsiedlung habe zwangsläufig in Angriff genommen werden müssen. Man habe bestes deutsches Blut vor allem noch vor Beginn des Ostfeldzuges retten müssen, so die Deutschen aus den Baltenländern, aus Bessarabien, aus dem Buchenlande, aus Volhynien und Galizien. Ein großer Teil habe in den Ostgebieten unterkommen müssen, zunächst im Warthegau, im Gau Danzig-Westpreußen und auch in Oberschlesien. Ein großer Teil sollte für die Besiedlung des Generalgouvernements bestimmt sein und nach gewissen Gesichtspunkten und Richtlinien nach dem Kriege angesiedelt werden. Man habe die ersten Ansiedlungen von Volksdeutschen in die Wege geleitet, die 2 Jahre lang in Übergangslagern, besonders in Litzmannstadt, untergebracht waren und nicht zum Arbeitseinsatz kamen. Die erste Ansiedlung sei im Kreise Zamosc des Distriktes Lublin durchgeführt worden. Der Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums habe diesen Kreis zum deutschen Siedlungsgebiet erklärt. Schätzungsweise seien 8 - 12 000 Menschen dort eingesiedelt worden.)

Auf Grund der sich immer mehr versteifenden Lage habe er nun den Reichsführer SS gebeten, von seiner Anordnung für die Durchführung der weiteren Besiedlung im Distrikt Lublin abzusehen. Der Reichsführer habe sich sofort damit einverstanden erklärt und mitgeteilt, daß die weitere Besiedlung Lublins solange ausgesetzt werde, bis die Sicherheitslage im Generalgouvernement bereinigt sei. Er habe weiter Anweisung gegeben, daß eine Aussiedlung von Polen aus ihrem Grund und Boden und

aus den Städten nicht mehr stattfinde.

Auf den Hinweis des Herrn Generalgouverneurs, daß das Problem der sogenannten Sickersiedlung noch nicht gelöst sei, erwidert Staatssekretär Krüger: Er habe an sich, nachdem die erste Siedlung durchgeführt worden sei, seinerzeit dem Gruppenführer Globocnik Anweisung gegeben, daß die Volksdeutschen, die in kleinen Gruppen im Laufe der Monate Januar bis März herübergekommen und als Bauern noch nicht angesetzt seien, nach Litzmannstadt zurückgenommen würden, und habe die Handwerker und Fachkräfte in Litzmannstadt in Stärke von etwa 4000 Mann dem Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz zur Verfügung gestellt.

Anders sei die Lage im Distrikt Galizien. Dort sei der Reichsführer SS gezwungen gewesen, etwa 12 000 Rußlanddeutsche anzusetzen. Diese Ansiedlung habe zu keiner Unruhe geführt, umso weniger, da man nur die freigewordenen Hofstellen der Volksdeutschen, die 1939 und 1940 ausgesiedelt worden seien, dazu benutzen konnte und den Ukrainern keinen Grund und Boden wegzunehmen brauchte. Diese Ansiedlung beginne im Juni und werde voraussichtlich reibungslos vor sich gehen.

(Der nächste Faktor, der zur Unruhe und zur Verstärkung des Bandenunwesens führen müsse, sei die gesamte Wirtschaftslage. Es müsse festgestellt werden, daß es heute dem polnischen Menschen nicht möglich sei, irgendwelche Bedarfsartikel, Rohstoffe, Textilien, Schuhwerk usw. zum amtlich festgesetzten Preis zu kaufen. Das wirke sich auch auf den Bauern aus, der zwar für die Ablieferung seines Kontingents einen Prämienschein erhalte, aber auf diesen Prämienschein jene Bedarfsartikel zu den amtlich festgesetzten Preisen nicht kaufen könne. Der Arbeiter ist mit seinem geringen Lohn außerstande, sich und seine Familie zu ernähren, und begebe sich deshalb auf den illegalen Weg des Schleichhandels.)

Man brauche nur die polnische Geschichte zu kennen, um zu wissen, daß der Pole zum Konspirieren stets bereit sei. (Der Pole sei und werde immer der Feind der Deutschen bleiben.) Man habe in den Jahren 1939 und 1940 nicht den Eindruck gewonnen, daß man mit Widerstandskräften zu tun habe, wenn

man sich das Ausmaß Bild angesehen habe. Gleichwohl sei die polnische Widerstandsbewegung verhältnismäßig schnell, eigentlich schon im Oktober 1939, auf die Beine gestellt worden. Es sei aber möglich gewesen, diese Widerstandsbewegung praktisch dadurch niederzuhalten, daß man jeweils die Führungsschichten beseitigte. In weiten Kreisen der Regierung wie auch der Verwaltung sei damals die Auffassung vertreten worden, daß der Pole loyal mitarbeite und es deshalb nicht nötig sei, so starke Polizeikräfte im Gebiet zu belassen. Er habe damals über 4 Polizeiregimenter mit 17 Polizeibataillonen verfügt, weiter über eine sehr starke Sicherheitspolizei und eine starke polnische Polizei. Auch der Herr Generalgouverneur habe die kasernierte Ordnungspolizei oder Polizeitruppe im Gebiet für überflüssig gehalten und dem Reichsführer SS gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß er nicht in der Lage sei, diese kasernierte Truppe weiter etatmäßig zu halten. Der Reichsführer SS sei diesem Wunsche nicht abgeneigt gewesen, da er die freiwerdenden Polizeitruppen in andere besetzte Gebiete abstellen bezw. zum Fronteinsatz bringen konnte.

Je weniger Polizeikräfte im Gebiet vorhanden seien, umso stärker werde naturgemäß die Widerstandskraft der Polen. Je weniger sich auf militärischem Gebiet die deutschen Erfolge als außerordentliche zeigten, je länger der Krieg dauere, je ungünstiger die Ernährungslage werde, desto mehr müsse sich der polnische Widerstand verstärken.

Die Banden, die 1939 und 1940 aufgetreten seien, hätten sich eigentlich aus den gleichen Elementen zusammengesetzt, die schon zu Friedenszeit ihr Unwesen hier getrieben hätten. Die Banden seien ~~jetzt~~ auch dadurch verstärkt worden, daß Wehrmacht und Polizei in den Ostgebieten systematisch die Auskämmung dieser Räume durchgeführt hätten. Damit seien die Banden über den Bug getrieben worden, und es seien auch viele Russen hineingekommen. Durch Fallschirmabwürfe seien sowohl Agenten wie russische Offiziere abgesetzt worden.

Die Feindmächte seien über die Auffassung der polnischen Widerstandsbewegung nicht besonders erfreut gewesen. Man habe ihr den Vorwurf gemacht, daß es ihr nicht

gelungen sei, den Nachschub für die deutschen Armeen in den 2 letzten Wintern irgendwie zu unterbrechen.

Die Widerstandsbewegung und die Banden würden einheitlich geführt. Es werde heute alles zerschlagen und vernichtet, was irgendwie zu einer ordnungsgemäßen deutschen Verwaltung gehöre. In der gleichen Form vollzögen sich die Terrorakte gegen die im deutschen Interesse arbeitenden polnischen Kräfte. Es sei erstaunlich, daß die Volks noch in dieser Form mit der deutschen Verwaltung zusammenarbeiteten, trotzdem sie wüßten, daß sie jeden Tag vor ihrem Ende stünden.

In den Städten arbeiteten die wirklich recht gut funktionierenden Organe der Widerstandsbewegung, die teilweise russisch geführt seien. Ihre Tätigkeit beginne mit Angriffen auf uniformierte Angehörige der Wehrmacht, der Polizei und des Zollgrenzschutzes. Man suche sich dann die führenden Köpfe der Zivilverwaltung aus. Kreishauptmänner werden erschossen. Man sabotiere die Arbeitererfassung durch Eindringen in die Arbeitsämter, durch Erschießung der Leiter und Mitarbeiter. In diesen Gewaltakten läge System.

Was die Bekämpfung selbst angehe, so ständen ihm zur Verfügung: Die deutschen Polizeikräfte der Ordnungspolizei und der Gendarmerie, die fremdvölkische Polizei, der Sonderdienst. Mit diesen Kräften sei es kaum noch möglich, die Banden wirksam zu bekämpfen. Gleichwohl setze man alles daran, um wenigstens einigermaßen die Ruhe aufrecht zu erhalten. Die Polizei werde stärkstens von der Wehrmacht unterstützt, und er danke den Generälen Haenicke und Sommé für die tatkräftige Unterstützung. Was die Auszeichnung verdienter Männer angehe, so sei es ihm bei Sondereinsätzen stets gelungen, das Eiserne Kreuz für Polizei und SS zu erhalten, ebenso das Verwundetenabzeichen.

Die Zusammenarbeit zwischen Wehrmacht und Polizei sei ausgezeichnet. Bisher hätten sich keine Differenzen im Hinblick auf die Befehlsunterstellung ergeben. Die SS- und Polizeiführer ständen in dauernder Verbindung mit dem Befehlshaber der Oberfeldkommandanturen.

Erschwert werde der Kampf der Polizeikräfte dadurch,

daß es den Banden und Partisanen gelungen sei, sich Uniformen der Wehrmacht, der Polizei, der Gendarmerie und der polnischen Polizei zu besorgen, und daß sie teilweise in diesen Uniformen aufträten und dann Überfälle wie z.B. denjenigen auf eine Filiale der Emissionsbank ausführten.

Als eine der hauptsächlichsten Gegenmaßnahmen betrachte er die Bildung deutscher Wohnviertel. Man sei einfach darauf angewiesen, daß man wenigstens in den Städten diese deutschen Wohnviertel habe, wo nur Deutsche wohnten.

Was Einzelheiten angehe, so sei ihm die mangelhafte Betriebsstoffzuteilung bekannt. Die Truppe, die immer noch am meisten leiste, sei ein motorisiertes Gendarmeriebataillon, das in den Unruhgebietem von Warschau, Radom und Lublin gleichmäßig verteilt würde. Die Mannschaften seien gegebenenfalls sofort zur Stelle und gelangten auf Grund ihrer Beweglichkeit meistens auch zu einem Erfolge.

Der Reichsführer SS sei vom Führer mit der gesamten Bandenbekämpfung beauftragt worden. Er habe dem Führer über die gesamte Sicherheitslage im Generalgouvernement Vortrag gehalten und um eine wesentliche Verstärkung der Polizeikräfte gebeten. Nach einer Mitteilung des Chefs der Ordnungspolizei würden dem Generalgouvernement als erstes 3 vollständige Polizeiregimenter zur Verfügung stehen. Auch werde die Sicherheitspolizei verstärkt werden, wenngleich es schwer sei, geeignete Kräfte dafür zu finden. Man sei aber gerade auf die Mitarbeit der Sicherheitspolizei besonders angewiesen. Weiter habe er, Staatssekretär Krüger, um die Motorisierung gebeten. Wie weit dieser Wunsch vom Chef der Ordnungspolizei oder vom Reichsführer SS erfüllt werden könne, entziehe sich allerdings seiner Kenntnis. Er habe aber Generalleutnant Winkelmann gebeten, in dieser Frage nochmals beim Reichsführer vorstellig zu werden.

Weiter sei beabsichtigt, über den Rahmen der Aufstellung der SS-Freiwilligen-Division Galizien etwa 10 000 Ukrainer zu fremdvölkischen Polizeiregimentern unter deutscher Führung zusammenzustellen und zum Einsatz zu bringen. Bei der Werbung werde schon darauf hingewiesen, daß auch diese Polizeiregimenter für späteren Einsatz an der Front

bestimmt seien. Erfreulich sei die Feststellung, daß sich schon über 73 000 Ukrainer als Freiwillige aus dem Distrikt Galizien meldeten, um mit der Waffe gegen den Bolschewismus zu kämpfen.

Man hoffe, mit diesen Verstärkungen eine systematische Bereinigung der gefährdeten Räume der 3 Distrikte durchführen zu können. Ob, in welcher Form und mit welchen schweren Waffen ausgerüstet man noch weitere Kräfte bekommen werde, könne er heute noch nicht beurteilen. Der Reichsführer SS habe sich vorbehalten, auch die Form des Einsatzes in enger Zusammenarbeit mit der Wehrmacht zu bestimmen. Auch hier bitte er General Haenicke um seine Unterstützung.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> teilt mit, daß er am 9.Mai eine eingehende mehrstündige Aussprache mit dem Führer im Hauptquartier über die Lage im Generalgouvernement gehabt habe. Er habe dem Führer die absolute Notwendigkeit der Verstärkung der Sicherheitskräfte dargelegt. Er sei erfreut, festzustellen, daß nunmehr dieser Erfolg eingetreten sei. - Für die gute Zusammenarbeit von Wehrmacht und Polizei sei ein kennzeichnendes Beispiel im Distrikt Lublin erwähnt worden, wo die Wehrmacht ihre letzte Benzinreserve zu Gunsten des Einsatzes der Polizei geopfert habe.

Wehrkreisbefehlshaber General der Infanterie <u>Haenicke</u> geht davon aus, daß das militärische Interesse an der Lage im Generalgouvernement außerordentlich groß sei, umsomehr, da das Generalgouvernement der Sitz einer ziemlich starken Rüstungsindustrie sei. Leider sei die Lage zur Zeit so, daß die Brücken und Straßen für den Nachschub zur Front nicht mehr als gesichert angesehen werden könnten. Unter den gegenwärtigen Umständen sei der Fortgang der Rüstungsindustrie und ihrer Fertigung bereits ernstlich in Frage gestellt. Das zeige z.B. der Umstand, daß bei den Hasagwerken in Kamienna von einer Belegschaft von 13 000 Mann bereits 2000 streiken. Die Schwefelkiesförderung,

die 3 % der Gesamterzeugung Deutschlands betrage, sei sehr zurückgegangen, ebenso die Phosphoritförderung. Durch Zerstörung von Hochdruckleitungen seien 4000 to Martinstahl ausgefallen usw. Diese Ausfälle zeigten bereits einen bedenklichen Charakter und müßten ihn veranlassen, sich in die Planungen für die Zerschlagung der Widerstandsbewegung einzuschalten. Er habe weiter großes Interesse daran, daß die Belieferung der Lazarette mit Frischverpflegung usw. wieder hergestellt werde. Sie sei zur Zeit völlig unterbrochen, die Lazarette würden mit Konserven beliefert, weil die Bauern auf den Druck der Banden nichts mehr lieferten.

Er habe außerdem den Befehl erhalten, die Verlegung der Industrie aus den luftgefährdeten Gebieten noch weiter auszudehnen.

Aus allen diesen Gründen sei er der Auffassung, daß nur ganz radikale Mittel hier zur Anwendung kommen dürften. Er halte es deshalb für seine Pflicht, sich einzuschalten, also auch von Seiten der Wehrmacht einzugreifen, weil er nicht glaube, daß die Polizei in der Lage sein werde, diese Aufgabe zu erfüllen. Er habe auch schon entsprechende Schritte unternommen und erreicht, daß die Herabsetzung der Bollstärke auf 80 %, wie sie in der Heimat vom Führer angeordnet wurde, aufgegeben werde. Er wolle auch eine Großaktion in der Richtung einleiten, daß mit Schreibarbeiten und sonstigen Arbeiten beschäftigte Wehrmachtsangehörige für gegebene Fälle bereit ständen und der betreffende Bataillonskommandeur alle diese Leute auf einen bestimmten Posten stellen könne. Weiter habe er dem Generaloberst Fromm Vortrag über die Lage gehalten und ihn um Truppenzuweisung gebeten, damit eine ganz große Reinigungsaktion zusammen mit der Polizei durchgeführt werden könne. Er hoffe, zwei Mob-Divisionen zu bekommen, die für einige Wochen von der Ostfront zurückverlegt werden. Erhalte man alle diese Truppenteile und würden dann diese Maßnahmen durchgeführt, so müsse er, General Heinicke, wohl die militärische Führung dieser Aktion in die Hand bekommen.

Staatssekretär Krüger bemerkt, daß die Frage, wer in einem solchen Falle die Führung zu übernehmen hätte, noch nicht geklärt sei, da aber an sich der Reichsführer SS mit der Bekämpfung des Bandenunwesens beauftragt sei, wisse er nicht, ob nicht dieser Auftrag auch darunter falle. Deshalb würde es sich empfehlen, daß noch eine entsprechende Regelung getroffen werde.

General Haenicke bemerkt, ihm sei bekannt, daß der Reichsführer SS mit der Bandenbekämpfung beauftragt sei. Neuerdings habe aber der Führer einen Befehl an die Heeresgruppe erlassen, nach welchem sie für die Partisanenbekämpfung hinter der Front verantwortlich wäre, er habe sogar einen Termin für die Antwort auf die Frage gestellt, was die Heeresgruppe veranlassen wolle. Man schreite dort offenbar schon als Militär ein.

Es werde davon gesprochen, man müsse über die betroffenen Gebiete den Ausnahmezustand verhängen. Es handelt sich hier um eine politische Angelegenheit, und er warne davor, diesen Ausdruck auch nur zu gebrauchen. Denn die englischen Zeitungen würden sofort darauf hinweisen, daß man gezwungen sei, im Generalgouvernement den Ausnahmezustand zu verhängen. Die gleiche Wirkung würde eine solche Maßnahme auf die Russen ausüben, die dann erst recht Fallschirmspringer ins Generalgouvernement senden würden. Der Ausdruck "Ausnahmezustand" dürfe also nie fallen. Wenn er praktisch durchgeführt werde, so beruhe das auf einer Abmachung zwischen den beteiligten Stellen.

General der Flieger Sommè hält es für notwendig, im Rahmen der Bandenbekämpfung auch auf die Luftlage einzugehen. Tatsächlich sei festgestellt, daß die Führer der Widerstandsbewegung und der Banden zu einem großen Teil von der russischen Seite abgesetzt würden. Laufend flögen Flugzeuge in das Gebiet ein. Dieses Einfliegen werde z.T. durch Bombenabwürfe gedeckt, und mit diesen Bombenabwürfen wolle man die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Zweck dieser Einflüge ablenken. Es sei bekannt, daß die letzten

Parolen an die Partisanen dahin lauteten, mit Einzelunternehmungen aufzuhören und sich um die von Rußland geschickten Führer zu sammeln.

Die Banden und auch die Widerstandsbewegung würden ferner durch einen systematischen Einsatz von der englischen Seite unterstützt. Viermotorige Großflugzeuge seien eingesetzt worden, von denen Waffen und auch Funkgeräte in erheblichem Maße abgeworfen würden, desgleichen auch Sprengstoffe in großem Umfang. Dagegen habe man im engsten Einvernehmen mit der Polizei gearbeitet, leider mit etwas primitiven Mitteln, immerhin habe es zu gewissen Ergebnissen geführt, und der Einflug englischer Flugzeuge habe zunächst einmal nachgelassen. Vor allem sei wohl das Nachlassen dieser englischen Einflüsse auf die Geschehnisse in Katyn und auf die Differenzen mit der Regierung Sikorski zurückzuführen. Man habe den Eindruck, daß der Russe, nachdem die Spannung zwischen der polnischen Exilregierung und ihm noch nicht behoben sei, wieder zu Angriffen übergehe. So habe zunächst ein mittlerer Angriff auf Warschau stattgefunden, und es sei nach ihm zugegangenen Nachrichten jetzt wieder ein Angriff, wahrscheinlich auf Warschau, geplant.

Der Schwerpunkt des ihm zur Verfügung stehenden Flakeinsatzes liege in Oberschlesien. Das seien ungefähr 56 Batterien. Dazu komme noch neuerdings der Schutz der Talsperren. Alle seine Bemühungen, dem Generalgouvernement Flakschutz zu gewähren, seien bisher ziemlich ergebnislos gewesen. Er habe neuerdings auch für die Dunajeztalsperre Kräfte abgeben müssen, ebenso für Drohobycz. Mit einer Flakabwehr gegen das Einfliegen von Flugzeugen, von denen Agenten, russische Offiziere usw. abgesetzt würden, sei zur Zeit nicht viel zu erreichen. Das einzige Mittel gegen diese Einflüge sei die dunkle Nachtjagd, die der Russe außerordentlich fürchte. Generaloberst Weise lehne zunächst diese Nachtjagd ab, weil er sie für den Westen brauche. Er bitte deshalb Staatssekretär Krüger, seine Bemühungen um die Zurverfügungstellung von Nachtjägern möglichst zu unterstützen.

Staatssekretär Krüger bittet, Obergruppenführer Dr. Kaltenbrunner und Gruppenführer Winkelmann, dem Reichsführer SS über diese Frage Vortrag zu halten.

General Sommé weist weiter daraufhin, daß dauernd vom Sektor der Luftwaffe Berichte an Generaloberst Weise gegangen seien. General Weise habe auch beim Chef des Generalstabs Vortrag gehalten.

Was die im Generalgouvernement zur Verfügung stehenden Kräfte anlange, so bestehe zunächst einmal eine Schlachtfliegergruppe unter dem höchstverdienten Major Druschel, ferner die leichte Flakausbildungsabteilung in Radom, die auch zum Erdkampf eingesetzt werden kann. Des weiteren bestehe eine gute Unteroffizierschule in Neusandez mit einer Belegung von 500 Mann, die als Reserve zur Verfügung stehen könnte. Endlich habe man als letzte Reserve noch die Luftkriegsschule mit 450 Mann, 53 Maschinengewehren, 12 Granatwerfern und 12 Panzerbüchsen. Sie könne aber nur als letzte Reserve in Betracht kommen. Eine Hilfe hinsichtlich der Motorisierung könnte er auch versprechen in Gestalt von 2 Kraftfahrausbildungsabteilungen, vielleicht auch von der dritten Ausbildungsabteilung in Warschau. Die Frage, ob man das Bodenpersonal heranziehen könne, müsse leider verneint werden, da es für die Flugplätze und Flughäfen zur Verfügung bleiben müsse. Die Luftwaffe sei eben bodenmäßig ganz außerordentlich empfindlich. Krakau und Warschau seien in ihren Beziehungen zur Ostfront und zum Südabschnitt die Schleusen, durch die der ganze Betrieb gehe, und Lemberg sei für die Luftflotte eine der großen Nachschubzentralen, die geschützt werden müßten. Die Luftwaffe sei auch insofern gefährdet, als durch den Rückzug an der Ostfront eine Unmenge Läger für mit Bekleidung, technischen Dingen usw. ins Generalgouvernement gekommen seien, die eines Schutzes bedürften. Der Nachschub für die Luftstreitkräfte in Gestalt des Betriebsstoffes sei ebenso gefährdet, wie die Industrie, wie die großen Holzbauten usw. Zu allen diesen Schwierigkeiten trete dann noch die Störung des

Flugmeldedienstes. Die Mannschaften dieses Dienstes lägen zumeist zu 6 Mann, seien ganz allein auf sich angewiesen und hätten ihre Stationen zu kleinen Forts mit Drahthindernissen ausgebaut. Fast jede Nacht würden sie von Banden in Stärke von 40 bis 50 Mann belagert, gegen die sie sich verteidigen müßten. Hier seien auch bereits Verluste eingetreten.

In diesem Zusammenhang erinnere er daran, daß er schon vor längerer Zeit auf die Notwendigkeit hingewiesen habe, Garnisonen in verstärktem Maße ins Generalgouvernement zu verlegen.

Befremdlich sei, daß das Generalgouvernement als Heimatkriegsgebiet bezeichnet werde, eine Auffassung, gegen die er andauernd kämpfe. Angesichts der im Generalgouvernement bestehenden Verhältnisse müsse dieser Zustand unbedingt geändert werden.

General der Polizei SS-Obergruppenführer Dr.Kaltenbrunner stellt fest, daß ihm die Beratungen eine Bereicherung seiner bisherigen Kenntnisse von der Lage im Generalgouvernement gebracht hätten. Zu begrüßen sei es auch, daß alle beteiligten Instanzen mit Einschluß der Generalität den Standpunkt vertreten, daß man hier einer ernsten Situation gegenüberstehe, die die Zusammenfassung aller Kräfte erheische. Eine einhellige Meinung bestehe auch darüber, daß von der Verhängung eines Ausnahmezustandes schon aus taktischen und politischen Gründen nicht gesprochen werden dürfe. Der Reichsführer SS halte es für möglich, die Lage zu meistern, wenn von Seiten der Verwaltung dieselben Anstrengungen gemacht würden, wie von Seiten der Wehrmacht und Polizei, Anstrengungen, die vor allem auf dem Gebiet der Besserung der Ernährungssituation der Bevölkerung und auf dem Gebiet der Rekrutierung von Arbeitskräften melden. Er könne sich auch vorstellen, daß die politische Lage durch verschiedenartige Behandlung verschiedener Gebiete, wie sie praktisch in der Verwaltung Galiziens gegenüber dem ehemaligen Kongreßpolen zutage getreten sei, zu einer Vereinheitlichung oder Zerreißung großer Widerstandszentralen führen könnte. Er halte es für dringend notwendig, daß er dem Reichsführer SS ausführlich über das Ergebnis der Aussprache Bericht er-

erstatte. Die Ordnungspolizei wie die Sicherheitspolizei würden alles tun, um das Generalgouvernement wieder zu sicheren Zuständen zu führen.

Reichskabinettsrat von Stutterheim erklärt, daß die Auffassung des Reichsministers Dr. Lammers sich mit der in der Sitzung vertretenen Auffassung im allgemeinen decke. Vom Reich aus gesehen würden garkeine Bedenken dagegen bestehen, die einheimische Bevölkerung ausreichend zu ernähren, wenn für diese Ernährung die notwendigen Mittel ohne Beeinträchtigung des Reiches zur Verfügung gestellt werden könnten. Es wäre deshalb zu begrüßen, wenn die Frage noch erörtert werden könnte, wie es möglich sein würde, außer den Leistungen des Generalgouvernements für Heimat und Wehrmacht mit Hilfe einer guten Wirtschaftsorganisation im Generalgouvernement die Erfassung soweit zu steigern, daß trotz des bestehenden Planes für die Ablieferungen an das Reich die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung gewährleistet werden könne.

Regierungsdirektor Dr. Albert weist darauf hin, daß das Generalgouvernement im Jahre 1939 bei Übernahme der Verwaltung 135 000 to Brotgetreide vom Reich erhalten habe, um über den Winter 1939-40 hinwegzukommen. Aus der Ernte 1940 seien dann 400 000 to Brotgetreide erfaßt worden, im Jahre 1941 680 000 to und im Jahre 1942 1,225 Mill. to. Die Verwaltung des Generalgouvernements habe nichts unversucht gelassen, um eine größtmögliche Erfassung der Produktion zu gewährleisten. Nun hätten aber die Forderungen des Reiches an das Generalgouvernement ein Ausmaß angenommen, das auf die Dauer nicht vertretbar sei. Während mann im Jahre 1941 40 000 to Brotgetreide fürdas Reich aufzubringen hatte, habe man aus der Ernte 1942 760 000 to, also das 18fache, an das Reich abzuführen. Man habe an Fleisch statt 12 000 to im Jahre 1941 48 000 to, also viermal soviel, gegenüber dem Vorjahre abliefern müssen. Bei Kartoffeln sei eine Steigerung von 140 000 to auf 420 000 to erfolgt.

Man habe dem Reich und den Vertretern des Vierjahres-

planes bei allen Verhandlungen immer wieder unter Hinweis auf die zu befürchtende Entwicklung klargelegt, daß das Generalgouvernement hinsichtlich der Versorgung der ansässigen Bevölkerung an der landwirtschaftlichen Produktion und an der durch die Verwaltung herbeigeführten Erfassung beteiligt werden müsse. Diese Wünsche seien abschlägig beschieden worden. Man habe nicht nur auf die Gefahren hingewiesen, sondern auch auf die Möglichkeiten, die sich für das Reich ergeben würden, wenn man zunächst einmal seitens des Reiches der Verwaltung des Generalgouvernements die Möglichkeit gewähre, als Voraussetzung für eine weitere bessere Erfassung höhere Lebensmittelsätze zu geben. Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre werde man niemals in der Lage sein, die Erfassung weiter beträchtlich zu steigern, wenn neben den amtlichen Erfassungsstellen Millionen Fremdvölkischer, durch die Verhältnisse gezwungen, als Konkurrenten der Erfassung auftrkten. Da nun die legalen Preise des Generalgouvernements niedrig lägen, der Fremdvölkische aber als Konkurrent auf dem Dorfe mit hohen Preisen auftrete, sei selbstverständlich die Entwicklung immer schwieriger geworden.

Gleichwohl sei in diesem Jahre trotz dieser Bedenken die Umlage wiederum gewaltig erhöht. Während man im vergangenen Jahre 1,225 Mill. to Brotgetreide aus der Ernte erfaßt habe, seien jetzt 1,6 Mill. to Brotgetreide umgelegt. Die Verwaltung bemühe sich, unter Einsatz aller Kräfte von Jahr zu Jahr die Erfassung zu verbessern und zu steigern. Er als Vertreter der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe gleichzeitig noch die Verantwortung für die landwirtschaftliche Erzeugung des Generalgouvernements und könne darauf hinweisen, daß nunmehr die Grenze der Erfassung erreicht sei, wolle man nicht die Produktionsgrundlagen der Landwirtschaft restlos vernichten. Die Möglichkeiten für die Ablieferung seien begrenzt, und an dieser Grenze sei man jetzt angelangt.

Die neuen Pläne, die der Herr Generalgouverneur bereits zur Kenntnis genommen und an den höchsten Stellen des Reiches vorgetragen habe, über die seines Wissens Mitte

Juni im Reichsernährungsministerium erneut verhandelt werden solle, ähnen in etwa die Einführung der Warthegesätze vor. Das Generalgouvernement könne aber diese Sätze, die etwa 80 % der Reichssätze betragen, höchstens bei Brotgetreide aus eigener Kraft geben. Bei Fleisch, Fett und auch Zucker werde man nicht in der Lage sein, diese Sätze aus eigener Kraft durchzuhalten. Es sei kaum mehr zu erwarten, daß das Reich noch in der Lage sein werde, noch Lebensmittel ins Generalgouvernement zu liefern. Aber die Versorgung des Reiches mit Brotgetreide und Kartoffeln brauche unter Umständen garnicht so wesentlich zu leiden, wenn man in der Lage wäre, in Kürze der Bevölkerung durch Anschlag zu verkünden, daß mit dem 1. September d.Js. diese Sätze gegeben würden. Im Hinblick auf die jetzt äußerst niedrigen Sätze, die man der Bevölkerung zumute, würde das eine politische Wirkung haben, die sich für die neue Erfassung hervorragend auswirken könnte. Er glaube, daß dann die Forderungen des Reiches hinsichtlich des Getreides vielleicht sogar ganz im bisherigen Umfange erfüllt werden könnten, während bei Kartoffeln etwas nachgelassen werden müßte und bei Fleisch, Fett und Zucker seitens des Reiches zu verzichten wäre.

Präsident Dr. Paersch weist darauf hin, daß die Wirtschaftsverfassung des Generalgouvernements nach der Wirtschaftsverfassung des Reiches eingerichtet und ausgerichtet sei. Sie sei hier angelaufen unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Gebietes. Die verhältnismäßig schmale und dünne Schicht der Verwaltung habe versuchen müssen, den breiten Unterbau der fremdvölkischen Verwaltung in die Ziele der Verwaltung einzuschalten und das Gebiet den Bedürfnissen des Reiches und der Kriegführung nutzbar zu machen. Es sei deshalb zunächst notwendig geworden, die Vielzahl der landwirtschaftlichen Erzeugerbetriebe von etwa 2 Millionen planmäßig und allmählich den Bedürfnissen der Verwaltung einzuordnen, ihre Erzeugung zu steigern und durch die Erfassung ihrer Ernte den Bedürfnissen des Generalgouvernements und des Reiches nutzbar zu machen. Aus den von Regierungsdirektor Dr. Albert angegebenen Zahlen ergebe sich, daß auch hier die Steigerung der Erzeugung entsprechend mitgearbeitet habe; denn die erhöhte Erfassung setze ja eine

erhöhte Erzeugung voraus.

Auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft sei um das Jahr 1939 herum durch Einführung von Bewirtschaftungsmaßnahmen insbesondere für wichtige Bedarfsartikel wie Textilien und Schuhe eine planmäßige Regelung herbeigeführt.

Daneben seien auf dem Gebiet der gewerblichen Erzeugung wie auch der Landwirtschaft durch die Einführung von Preisvorschriften und die Einrichtung einer Preisbildungs- und Preisüberwachungsstelle die Grundlagen dafür geschaffen worden, damit man nach dem Vorbild des Reiches auch hier die Preisgestaltung einigermaßen in die Hand bekomme. Die amtlichen Preise seien in Anlehnung an die Preise der Vorkriegszeit festgesetzt worden. Es sei gelungen, mit amtlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen die amtlichen Preise weitgehend zur Durchführung zu bringen. Daß daneben noch ein Schwarzmarkt entstanden sei, habe seinen Grund im wesentlichen darin, daß es hier an der notwendigen Vorbereitung gefehlt habe. Im Reich seien die Bewirtschaftungsmaßnahmen seit dem Jahre 1933 gelaufen; der Apparat sei vorhanden gewesen, die Bevölkerung des Reiches sei willig mitgegangen, Staat und Partei hätten für die Durchführung dieser Maßnahmen gesorgt. Im Generalgouvernement gebe es aber eine Bevölkerung, die sich den Zielen der Regierung gegenüber in ihren Lebensbedingungen durch die Bewirtschaftungsmaßnahmen nicht in ausreichendem Umfange berücksichtigt fühle. Die Verwaltung habe auch die Erfassung erst langsam organisieren und Erfahrungen sammeln müssen. Die Berücksichtigung der einheimischen Bevölkerung habe nur entsprechend den Bedürfnissen des Reiches erfolgen können. Die Folge sei eine Verringerung der Berücksichtigung ihres Bedarfs an Nahrungsmitteln und gewerblichen Erzeugnissen gewesen. Sie habe sich deshalb auf den freien Markt begeben, der immer verhältnismäßig schwach gewesen sei. Die einheimische Bevölkerung habe an Schuhwerk und Textilien sehr wenig bekommen, während der landwirtschaftliche Markt zunächst noch besser versorgt gewesen sei. Aber seit dem Jahre 1942, als die starke Erfassung durchgeführt worden sei, sei die im Schleichhandel zur Verfügung stehende Ware so gering, daß es heute nicht mehr möglich sei, die Bevölkerung zureichlich im Schleichhandel zu versorgen. Darauf sei auch die Klage zurückzuführen, daß die Lage der

Lohn- und Gehaltsempfänger unhaltbar werde.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratungen zusammen. Er stellt fest:

1) Übereinstimmung besteht darüber, daß kein Ausnahmezustand im Generalgouvernement die Organisation unterbrechen soll.

2) Eine Verstärkung der Kräfte von Polizei und Wehrmacht und, soweit irgend möglich, des Nachtjagdeinsatzes wird durchgeführt werden.

3) Mit diesen verstärkten Kräften werden gemeinsame Aktionen zur baldigen Wiederherstellung der Sicherheit in weitestem Umfange durchgeführt werden.

4) Eine Gruppe von positiven Maßnahmen wird durchgeführt werden, die eine Kombination von ernährungsmäßigen, wirtschaftspolitischen und allgemein politischen Unternehmungen der Regierung, der Verwaltung und der anderen Organe darstelle.

Der Herr Generalgouverneur spricht allen Besprechungsteilnehmern seinen Dank für das von ihnen an den Tag gelegte Interesse aus. Er habe das Gefühl, daß die Sitzung zu einer weitgehenden Beruhigung der amtlichen Organe des Generalgouvernements führen werde. Es werde sich nun darum handeln, daß jeder auch an seine zuständige Reichsstelle berichte. Er selbst werde über die Beratung direkt dem Führer Bericht erstatten, werde dabei auch die geäußerten Wünsche dem Führer unterbreiten.

Er stelle fest, daß das Generalgouvernement dann wieder in voller Sicherheit mehr denn je im Stande sein werde, seine Aufgaben im Dienste des Reiches und des Führers zu erfüllen. Die Gesamtleistung des Generalgouvernements ergebe sich schon aus einer einzigen Zahl: Der Anteil der Ernährungsleistung des Generalgouvernements für das Deutsche Reich aus dem 150 000 qkm großen Generalgouvernement mit seinen 14,2 Mill. Einwohnern habe nach der amtlichen Feststellung des Reichsernährungsministeriums genau 62 % der Leistung der gesamten Ukri-

gen Ostgebiete betragen. Wenn man sich diese Zahl vergegenwärtige, so könne man mit Stolz auf die Leistungen der Deutschen im Generalgouvernement schauen, nicht nur der Männer der Verwaltung, sondern auch der Männer von Polizei und Wehrmacht, ebenso wie der tapferen deutschen Frauen und deutschen Kinder, die kaum 1 % der Gesamtbevölkerung dieses Raumes ausmachten und ihn doch in den Dienst des Deutschen Reiches gestellt hätten.

Die Sitzung wird darauf geschlossen.

(Schluß der Sitzung 13 Uhr 35 Minuten)

Fassung

des Kriegswirtschaftsstabes und Verteidigungsausschusses
am 22.Sept. 1943
im Königssaal der Burg zu Krakau.

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. z.d.A. d.'Kansl. des OB.
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. Min.Rat Dr. Veh
4. z.d.A. d.Kansl. des OB.

Beginn der Tagung 10 Uhr 30 Minuten.

Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank:

Meine Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen und begrüße Sie zu der ersten gemeinsamen Sitzung der von mir gebildeten beiden großen Ausschüsse des Kriegswirtschaftsstabes und des Verteidigungsausschusses des Generalgouvernements. Ich habe Sie zu der heutigen gemeinsamen Sitzung aus wichtigen Anlässen erstmalig berufen. Die Aufgaben, die sich die beiden Ausschüsse zu stellen haben, stehen in engstem Kontakt mit den grundlegenden auch für diese Ausschußbildung maßgebenden Anordnungen des Führers, und sie haben mich vor allem in meiner Eigenschaft als Reichsverteidigungskommissar des Generalgouvernements zu unterstützen.

Ich habe als ersten Punkt auf die heutige Tagesordnung gesetzt die Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion im Generalgouvernement, als zweiten Punkt Fragen der Arbeitsordnung und der Arbeiterversorgung. Die Aktualität beider Themen hat sich für mich besonders in einer Tagung ergeben, die in der letzten Woche die Wirtschaftsführer der Rüstungsproduktion im Generalgouvernement versammelt sah und die mir aus unmittelbarster Nähe einen Eindruck vermittelte, der wahrhaft zu ernstesten Schlußfolgerungen Anlaß gibt.

Ich möchte zunächst ausdrücklich feststellen, daß die Aufgaben, die dem Generalgouvernement als Land und Wirtschaftspotenz in den kommenden Wochen und Monaten gestellt sein werden, so schwierig sind, daß sie nur gelöst werden können, wenn endlich der Gesichtspunkt absolut loyalster sachlicher Zusammenarbeit aller in diesem Raum tätigen Deutschen ohne Ansehen der Uniform

zum Durchbruch kommt und wie bei allen diesen Betrachtungen und diesem Wirken nichts anderes gilt als das Prestige der Aufrechterhaltung der deutschen Macht in dem immer frontnäher werdenden Gebiet. Ich möchte mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß das Generalgouvernement als in sich geschlossenes Führungsgebilde völlig eigener staats- und völkerrechtlicher Position eine eigene Verantwortung demgegenüber zu tragen hat. Wie Sie wissen, unterstehe ich persönlich nur dem Führer. An dieser Stellung des Generalgouverneurs und seiner Regierung hat sich in allen diesen Jahren nichts geändert. Die Einheit der Führung dieses Raumes ist die Voraussetzung für alles das, was diesem Raum an Verpflichtungen auferlegt ist.

Zu Beginn der heutigen Sitzung möchte ich daher den ernsten Appell an Sie, meine Herren, richten, daß wir uns hier nicht einen irgendwie gearteten blauen Dunst vormachen, uns auch nicht scheuen, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Denn die Zeit, die über unserem Vaterlande liegt, ist nicht dazu angetan, die Prestige-, Sondervorrangspositionsabsichten dieser oder jener Gruppe zu schützen, sondern es geht und kann jetzt nur noch darum gehen, alle diejenigen, die in diesem Raum irgendwie deutschförderlich sind, in die Gesamtheit der Potenzen einzureihen, die dem Deutschen Reich heute überhaupt noch zur Verfügung stehen.

Dabei muß in erster Linie festgestellt werden, daß die Herstellung der Sicherheit dieses Raumes, d.h. die Sicherung des Menschen, der hier im deutschen Interesse arbeitet, ebenso wie die Sicherung der allgemeinen Positionen der Verwaltung und Führung dieses Raumes wie der Produktionsstätten und der in ihnen lebenden Menschen die Grundvoraussetzung für diese Arbeit ist. Ich habe im Laufe der letzten Monate unter

den schwersten und sinnlosesten Kämpfen den Grundsatz durchführen müssen, daß man den Polen endlich einmal eine ausreichende Ernährung zukommen läßt. Sie kennen ja die törichte Einstellung der Minderbewertung der uns unterworfenen Völker, und zwar in einem Augenblick, in welchem die Arbeitskraft dieser Völker eine der wesentlichsten Potenzen unseres Siegringens darstellt. Daß ich gegen diesen Wahnvitz anging, der dem deutschen Volke schwersten Schaden zugefügt hat, trug mir persönlich, vielen Männern meiner Regierung und vielen von Ihnen den Vorwurf der Polenfreundlichkeit oder Weichheit den Polen gegenüber ein. Man hat sich jahrelang nicht gescheut, meine Regierungsarbeit in diesem Raum mit den schmutzigsten Argumenten dieser Art zu verfolgen und hinterrücks die Erfüllung dieser Aufgaben zu stören. Heute stellt sich sonnenklar heraus, daß es ein Wahnsinn ist, Europa aufbauen zu wollen, gleichzeitig aber die europäischen Völker mit Schikanen sondergleichen zu verfolgen. Als ich am 9.Mai ds.Jrs. dem Führer in genau dem gleichen Ton Vortrag über die Dinge erstattete und ihm offen darlegte, wie die Lage ist, sagte mir der Führer: Fahren Sie nur so fort, sie sind auf dem absolut richtigen Wege. Ich spreche also im Namen der höchsten Autorität des Reiches und dieses Raumes.

Der Ernst der Lage zwingt dazu, zu bekennen, daß mit der Einstellung, die uns Deutsche mitten im Kriege in eine Kampflage gegenüber den Fremdvölkischen bringen sollte, gebrochen werden muß. Es ist ganz offensichtlich: wir haben zunächst dafür zu sorgen, daß die 10 Millionen und die anderen 4 Mill. Fremdvölkischer, die wir im Lande haben, unter allen Umständen in Ruhe, Sicherheit und guter Ernährung für Deutschland zu arbeiten haben, sie haben in den Fabriken, in den

Transportanlagen und auf den Feldern zu arbeiten. Was diesem Ziel dient ist richtig; was sich diesem Ziel entgegenstellt - und mögen es noch so weltanschaulich, rassepolitisch oder sonstwie begründete Gesichtspunkte sein - hat in diesem Raum zu unterbleiben. Es ist nicht möglich, daß man jetzt Tausende und Abertausende Deutscher unter Zwang hier einsiedelt und damit ganze Gebiete dieses Raumes in eine wahnsinnige Unruhe stürzt. Ich muß auch als Reichsverteidigungskommissar sagen: es ist ein schwerer Kampf gewesen, bis man die maßgebenden Instanzen dazu gebracht hat, von diesem Unternehmen der Zwangseinsiedlung und -umsiedlung endlich Abstand zu nehmen, als schon die Katastrophe über diesen Raum hereinzubrechen drohte.

Nachdem nun dieser geschlossenen Phalanx gegenüber die Möglichkeit der Ernährung der Bevölkerung durchgesetzt werden konnte, muß nunmehr die Sicherheit geschaffen werden. Ich bin absolut nicht zufrieden. Wir müssen daher gleich zu Beginn der Sitzung uns darüber klar sein, daß in gemeinsamer Arbeit alles zu geschehen hat, damit die Sicherheit wieder hergestellt wird. Es hat gar keinen Sinn, wenn wir von Ostpolitik, vom Osteinsatz und allen möglichen Zukunftsaspekten reden, wenn wir sie theatralisch-apotheotisch verkünden, wenn es aber in Wirklichkeit so ist, daß der deutsche Mensch in diesem Lande gefährdet ist wie nirgendwo, daß wir die Leute, die für uns arbeiten, nicht mehr sichern können und ganze Banditenzüge durch das Land herumgeistern, zum Massenmord und Terror greifen und wir dagegen nichts unternehmen können. Dabei tröstet michnichts, weder ein Hinblick auf die Zukunft noch sonst etwas; denn die Forderungen des Reiches und der Wehrmacht sind jetzt zu erfüllen, die Fabriken müssen jetzt arbeiten, die Transporte müssen jetzt laufen

und die Polen und Ukrainer müssen jetzt Achtung vor der deutschen Autorität haben. Alle die Deutschen, die im Laufe dieses Jahres ermordet wurden, klagen uns an. Sie fragen uns: habt ihr wirklich alles getan, was euch oblag, um uns zu sichern?

Ich wollte Ihnen mit Absicht diese ganz kalte und klare Eröffnung machen, um Ihnen zu zeigen, wie die Dinge liegen, und um Sie auch zu bitten, die Verhandlungen in diesem Geiste zu führen. Das Ergebnis der heutigen Sitzung wird ein unmittelbarer Bericht an den Führer sein, dem allein ich unterstehe. Der Führer wird mich empfangen, und ich werde ihm auf Grund dieser Besprechung die Lage ungeschminkt darstellen.

Sie alle, meine Herren, welchem Ressort sie auch angehören mögen, wissen es: es gibt keine Dienststelle in diesem Raum, die jetzt nicht zuzüglich jeden Tag neue Forderungen irgendeiner Reichsstelle auf Unterbringung von weiteren Transporten zu spüren hat. Industrien, Laboratorien, alle möglichen Anlagen, Menschen, Truppenverbände - alles strömt von allen Seiten drängend, suchend nach Lagerraum, Fabrikationsstätten, Nahrungsmitteln, Wohnungen, Transportmöglichkeiten in diesen Raum hinein. Dies könnte zu einem unabsehbaren Chaos führen, wenn wir nicht die Dinge von Anfang an klar in der Hand haben. Diese Frage der sogenannten Umlocierung verschiedenster Betriebe aus den verschiedensten Räumen des Reiches und der Ostgebiete wird uns vor besondere Aufgaben stellen. Umso wichtiger wird aber die Gesamtposition des Generalgouvernements gegenüber dem Reiche. Das Generalgouvernement ist somit zum Herzstück der Festung Europa geworden.

Aus dieser Bedeutung und unendlich wichtigen Position des Generalgouvernements ergibt sich nun als erste

Schlußfolgerung die Sicherheit in diesem Raum. Diese Sicherheit kann nur von Machtträgern mit Waffen gewährleistet werden. Dringend notwendig ist es, daß sich die Grundsätze der Dislocierung der Sicherheitskräfte bis ins Äußerste fortsetzen. Ich möchte aber feststellen, daß es uns nicht auf Großaktionen ankommt, sondern auf den Einsatz dauernd dislocierter kleiner Gruppen in Stärke von 1 : 30 Mann, die über das ganze Land an entscheidenden Positionen verteilt dauernd dort stationiert bleiben. Ich freue mich, daß sowohl die Wehrmacht wie die Polizei auf diesem Gebiete schon Hervorragendes geleistet haben. Ich glaube auch, daß in dieser Richtung fortschreitend die Faktoren der Macht in diesem Raum zu der Ansicht kommen werden, daß sie selber das Gefühl der Sicherheit in die Gesamtbevölkerung bringen.

Mit dieser Sicherheit ist die Autorität verknüpft; denn es gibt keine Autorität mit Unsicherheit. Die Sicherheit besteht darin, daß gegen jeden, der schlechten Willens gegen die deutsche Führung ist und diesen schlechten Willen aktiv betätigt, ein Schlag pariert und jeder, der guten Willens ist, beschützt wird. Ich kenne die Schwierigkeiten, die sich den Machtträgern entgegenstellen: es mangelt ihnen an Möglichkeiten, die Truppe aufzuteilen usw.. Wir brauchen mehr Polizei, andererseits muß aber auch die Wehrmacht noch mehr dislociert werden, als es bis jetzt der Fall ist. Dieses dringende Ersuchen richte ich an die Wehrmacht.

Ich eröffne damit die Besprechung über Punkt 1 der Tagesordnung:

Verstärkung der Sicherheit für die Kriegsproduktion im Generalgouvernement.

Gouverneur Zmuda führt aus, daß seit der letzten Sitzung, in der die Sicherheitslage besprochen worden sei, eine Besserung der Verhältnisse im Distrikt Radom nicht eingetreten sei. Seit Mai 1943 sei die Zahl der Überfälle einschließlich der kleinsten Beraubungen von 1 Soo auf mindestens 2 Soo im Monat gestiegen. Bei der Beurteilung der Frage sei immer entscheidend, in welcher Bandenstärke die Überfälle vorgenommen würden, welche Personen oder Objekte sie betrüfen. Festgestellt werden könne, daß die Dislocierung der Kräfte im Gegensatz zur Durchkämmung gewisser Gebiete immerhin zu einer Beruhigung geführt habe. Leider sei die Zahl der für die Dislocierung in Betracht kommenden Kräfte zu gering, angesichts der Tatsache, daß Polizeitruppen zur Bekämpfung der Kolpak-Bande nach Galizien abgegeben worden seien. Gerade ein für den mittleren Teil des Distrikts wertvoller motorisierter Zug sei fortgenommen worden. In den letzten Wochen träten wieder größere Banden auf, die auch stark bewaffnet seien. Die Bewaffnung der Sicherheitskräfte stehe vielfach in keinem Verhältnis zur Bewaffnung der Banden, und Polizeiabteilungen hätten manchmal nur ein leichtes Maschinengewehr und 1 oder 2 Maschinenpistolen. Auch die Versorgung der Truppe mit Benzin sei völlig unzureichend, was sich bei der Durchführung beschleunigter Operationen sehr ungünstig auswirke. Nach alledem sei es unter den gegenwärtigen Umständen den Polizeistützpunkten kaum möglich, die Banden zu überwinden.

Die Massierung starker Banden entwickle sich vor allem in jenen Gebieten, in denen die großen Rüstungsbetriebe lägen. Diese Rüstungsbetriebe bedürften abgesehen von der Errichtung von Stützpunkten darüber hinaus noch eines besonderen Schutzes. Leider müsse festgestellt werden, daß die Vorkehrungen für die Sicherung mancher Rüstungsbetriebe im Distrikt Radom

schlechter seien als zur polnischen Zeit. Der Werkschutz der Rüstungsbetriebe sei vielfach völlig unzureichend, die Werkschutzleute auch zumeist ungenügend ausgebildet und den Aufgaben eines Werkschutzes nicht gewachsen. Deshalb müßte dafür Sorge getragen werden, daß den Rüstungsbetrieben ein Werkschutz zur Verfügung gestellt werde, der zumindest zur Hälfte aus Deutschen bestehe. Darüber hinaus müßte die Wehrmacht selber den Schutz mancher Betriebe übernehmen, die unmittelbar für die Wehrmachtsproduktion arbeiteten.

Die übrige Industrie, die Zubringerindustrie, ferner die auf dem Ernährungssektor lebenswichtige Industrie habe im allgemeinen überhaupt keinen Schutz und sei auf eine Vermehrung der Polizei- und Wehrmachtsstützpunkte angewiesen. Diese Betriebe hätten zumeist keinen Werkschutz, lägen weitab von jeder Polizeistation, weshalb eine Verständigung mit ihr kaum möglich sei. Es sei sogar vorgekommen, daß mit Maschinengewehren bewaffnete Banditen eine Stadt vorübergehend hätten beherrschen können, weil sie die Unterkünfte der Polizeistützpunkte unter Beschuß gehalten hätten. Weiter sei der Eisenbahnverkehr im Distrikt Radom aufs Äußerste gefährdet, was verschiedene Überfälle auf Eisenbahnzüge zeigten. Das gleiche gelte für den Straßenverkehr, für den es auch keine Sicherung gebe.

Diese Zustände der Unsicherheit hätten ihre besondere Bedeutung für die Volksdeutschen des Distrikts Radom, da sie Tag für Tag Überfällen ausgesetzt seien. In manchen Gegenden wie z.B. in der Kreishauptmannschaft Petrikau, die nur ganz ungenügend gesichert sei, richteten sich die Angriffe der Banditen hauptsächlich gegen Deutsche. Deshalb sei die Ansicht verbreitet, daß die deutsche Verwaltung nicht einmal in der Lage sei, das Leben ihrer eigenen Volksgenossen zu sichern, geschweige denn das Leben der Polen.

Es sei nunmehr höchste Zeit, daß ohne Rücksicht darauf, welche Dienstsparte unmittelbar einen Vorteil davon haben möge, alle Kräfte zusammenwirken müßten, um die Sicherung der Leistung des Generalgouvernements für die Erfüllung kriegswichtiger Aufgaben zu gewährleisten. Wenn aber fast die Hälfte des geringen Personals der Verwaltungsbeamten zum Polizeihilfsdienst zum Schutze von Lagerhäusern usw. herangezogen werde, so sei das ein anormaler Zustand, da doch der Polizeihilfsdienst vornehmlich im Falle eines Aufstandes herangezogen werden sollte. Sollten wirklich einmal im Falle eines Aufstandes sämtliche deutschen Männer eingesetzt werden, dann werde es für sie kaum Uniformen, noch weniger aber Waffen und Munition geben.

Gouverneur Dr. Fischer berichtet, daß sich die Sicherheitslage im Distrikt Warschau infolge der scharfen Dislocierung in den letzten Wochen etwas gebessert habe. Über das ganze Gebiet des Distrikts sei jetzt ein Netz von Stützpunkten v in Stärke von 1 : 7 bis 1 : 15 gezogen. Das gelte vor allem für das flache Land. Die unter dem Einfluß der Widerstandsbewegung stehenden Banden hielten sich zur Zeit besonders auf dem flachen Lande zurück, weil sie die Hereinbringung der Ernte im Interesse der polnischen Bevölkerung für notwendig hielten, falls der von ihnen erwartete Zusammenbruch komme. Daß es in Warschau nach wie vor eine starke Widerstandsbewegung gebe, sei klar.

Was die Rüstungsindustrie angehe, so könne man erst seit einigen Wochen feststellen, daß systematisch gegen Betriebe vorgegangen werde, in denen man die Arbeiter zwingen wolle, die Arbeit niederzulegen. Grosse Überfälle hätten sich aber in Warschau nicht ereignet. Gegenüber dem von der Widerstandsbewegung

auf die Arbeiter ausgeübten Druck, die Arbeitsstätte zu verlassen, gebe es nur das Mittel der Einrichtung eines wirksamen Werkschutzes. Ferner müßten bei Überfällen auf Deutsche oder bei Sabotageakten Repressalien ergriffen werden. Auch in den Betrieben selbst müßten von seiten der Betriebsleitung gegen undisziplinierte Arbeiter entsprechende Maßnahmen durchgeführt werden können. Die Maßnahme der Unterbringung solcher Arbeiter in Zwangslager würde wie bei den Bauern gewiß eine gute Wirkung haben. Der Arbeiter müsse eben wissen, daß er, wenn er die Arbeitsdisziplin nicht einhalte, scharfe Strafe zu gewärtigen habe. Für die Sicherung der Betriebe bedürfe es weiter einer Verstärkung der Polizei- und Wehrmachtskräfte, vor allem auch einer Stabilität in der Besetzung. Es dürfe nicht vorkommen, daß z.B. ein Bataillon nach 3 Wochen wieder abgezogen werde. Die Nichtbesetzung der Stellung des SS- und Polizeiführers in Warschau habe ebenfalls nachteilige Wirkungen im Gefolge. Im übrigen sei festzustellen, daß Polizei und Gendarmerie äußerst angespannt und bald am Ende ihrer Kräfte angelangt seien.

Von seiten der Widerstandsbewegung werde mit allen möglichen Drohungen gegen die deutsche Bevölkerung ein Nervenkrieg geführt. Vornehmste Sorge müsse es daher sein, daß die deutsche Bevölkerung gleichwohl ruhig bleibe. Daher dürfe auch, wie es leider in manchen Kreisen geschehe, die Sicherheitslage der Bevölkerung nicht allzu gefahrdrohend hingestellt werden.

Gouverneur Dr. Wächter führt aus, daß die Lage in Galizien bis zum Juli 1943 als befriedet habe gelten können. Anfang Juli sei dann der Einmarsch der sogenannten Kolpak-Bande erfolgt, der im Rahmen einer militärischen Aktion bekämpft worden sei, ohne daß die Verwaltung wesentlichen Einfluß habe nehmen können.

Diese militärische Aktion sei im Laufe des Monats August abgeschlossen worden. Die Verwaltung habe sich jetzt mit den tiefgreifenden Folgeerscheinungen dieser Aktion auseinanderzusetzen. Die erste Folgeerscheinung bestehe darin, daß die Bevölkerung, die bis dahin einen starken Glauben an die Macht der deutschen Führung gehabt habe, anderer Ansicht geworden sei. Die loyalen Teile hätten es mit der Angst bekommen, und zwar vor allem den eigenen nichtloyalen Teilen gegenüber, und die überall vorhandenen asozialen Kräfte seien sehr aktiv geworden. Weiter spiele die Tatsache eine bedeutsame Rolle, daß sich die Kolpak-Bande in viele Splittergruppen aufgespalten habe, die überall ihr Unwesen trieben. Davon würden besonders die Südkreise des Distrikts betroffen, die mit ihren Waldreichtum die Bekämpfung illegaler Elemente außerordentlich erschwerten. Es zeige sich aber, daß es durchaus möglich, die Unruhe auch wieder abzufangen. Die früher in den Kreisen Kamienka und Rawa-Ruska bestehende Unruhe sei einer völligen Beruhigung gewichen, wohl deshalb, weil in den Monaten vor dem Einbruch der Kolpak-Bande fast die gesamte Wehrmacht an die Grenze gelegt und damit bei der breiten Masse der loyalen Bauernbevölkerung sofort das Gefühl der Sicherheit gekommen sei. Leider sei die Exekutive, die zur Bekämpfung der Kolpak-Bande starke Kräfte angesetzt habe, in der weiteren Entwicklung wieder abgezogen worden.

Für die Bekämpfung der Splittergruppen und der zahlreichen kriminellen Elemente sei eine weitere Dislocierung notwendig und, soweit erforderlich, auch im Gange. Er bitte, nach Möglichkeit die Landeseigene Polizei zu verstärken. Hier dürften finanzielle Bedenken nicht in den Vordergrund gerückt werden, da andernfalls die Zerstörung weit größerer Werte zu gewärtigen sei. In den Waldgebieten müßte für eine stärkere Berittenmachung der Gendarmeriekräfte gesorgt

werden. Man bemühe sich auch, aus den Gemeindeverbänden Pferdematerial bereitzustellen. Die deutsche Verwaltung sei ferner bestrebt, im Einvernehmen mit den zuständigen Dienststellen einen gewissen Selbstschutz z.B. für die Sägewerke aus landeseigenen Elementen aufzubauen. In dieser Beziehung habe man mit Förstern und Hegern schon gute Erfahrungen gemacht, desgleichen mit Kleinstformationen von Forstschutz und Zollgrenzschutz. Auf dem Verwaltungssektor wolle man der Unruhe dadurch entgegentreten, daß die Angehörigen der Verwaltung draußen ununterbrochen in Erscheinung träten. So zeigten sich denn auch die Kreishauptmänner z.B. ständig in den Dörfern, um zu beweisen, daß die deutsche Führung noch da sei.

Wo eine absolute passive Resistenz gezeigt werde oder sich stärkere Unruheherde bildeten, und wo genügend Polizeikräfte oder Wehrmacht zur Verfügung stehe, werde ein Durchgreifen im Rahmen einer Großaktion von Nutzen sein. Im übrigen müsse man aber mit Pauschalaktionen und der Anwendung von Repressalien sehr zurückhaltend sein, um nicht die zahlreichen loyalen Elemente an der deutschen Führung irrezumachen. Erfreulicherweise sei die Bevölkerung in ihrer politischen Einstellung zur deutschen Führung aufgespalten und stehe keineswegs geschlossen gegen sie. Die ältere Generation sei überwiegend für die deutsche Führung, während die junge Generation sehr labil sei. Die Jugend sei in nationalistische Gruppen gespalten, die zwar gegen die deutsche Führung eingestellt, aber auch sowjetfeindlich seien. Die größte Gefahr für den Distrikt Galizien bestünde darin, daß sich alle diese Elemente auf das Sowjetprogramm einigten. Die Sowjets trieben eine vorzügliche Propaganda, darauf eingestellt, daß sich Polen und Ukrainer auf panslawistischen Boden zusammenfinden müßten. Auch die Kolpak-Banden hätten eine sehr gute Propaganda betrieben und sich gegenüber

der Bevölkerung außerordentlich diszipliniert gezeigt. Ein Zusammenschluß der Gesamtbevölkerung gegen die deutsche Führung müsse mit allen Mitteln verhindert werden, und deshalb sollte eine elastische Politik gegenüber der Bevölkerung getrieben werden.

Zu seinem Bedauern müsse er in seinem Bericht zum erstenmal feststellen, daß die Sicherheitslage in Galizien einen schweren Rückschlag erlitten habe, und zwar nicht so sehr angesichts der Situation im inneren, sondern infolge der von außen kommenden militärischen Aktion. Deshalb müsse das Bestreben darauf gerichtet sein, die Wirkungen dieser Aktion abzufangen, und dr bitte deshalb die Verwaltung des Distrikts Galizien nach Möglichkeit durch Exekutivkräfte zu unterstützen.

Staatssekretär Dr. Bühler erinnert daran, daß vor etwa 6 Monaten unter dem Vorsitz des Herrn Generalgouverneurs eine Besprechung der Sicherheitslage stattgefunden habe. Damals habe der Herr Generalgouverneur auf Grund der Voten des Höheren SS- und Polizeiführers wie der Befehlshaber der Sicherheits- und Ordnungspolizei festgestellt, daß die Sicherheit im Generalgouvernement gewährleistet sei. Er, Staatssekretär Bühler, habe demgegenüber damals der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß man vielmehr vor einem Zunehmen der Unsicherheit stehe. Geschehen sei auf diesem Gebiet seit jenen Tagen wenig. Kein einziger Mann der Ordnungs- oder Sicherheitspolizei sei in dieses Gebiet mehr hereingekommen. Auch in der Verfolgung der Verbrecher sei keine methodische Änderung eingetreten. Der Erfolg sei, daß man heute etwa einer Verdopplung der Unsicherheit gegenüber stehe. Seien es damals schätzungsweise noch 5 ooo Überfälle je Monate im ganzen Generalgouvernement gewesen, so seien es heute mindestens lo ooo. Das nähere Bild habe sich nur insofern geändert, als diese

Überfälle noch frecher selbst am hellen Tage stattfänden, Überfälle auf Industriestätten, auf Erzeugungsstätten der Landwirtschaft, auf Gefängnisse, auf Eisenbahnen, auf Läger usw. kurz auf alle die Einrichtungen, die für den Aufbau und die Aufrechterhaltung der Ordnung wichtig erschienen. Das bedenklichste sei, daß ganze Gruppen loyaler Fremdvölkischer, die bisher im deutschen Interesse gearbeitet hätten, in ihrem Entschluß, weiter zu arbeiten, durch Bedrohungen und Angriffe schwankend gemacht würden.

Einen Ausweg sehe er nur darin, daß sämtliche militanten Verbände des Generalgouvernements - Polizei, Wehrmacht, Luftwaffe, S.A. und S.S. - zum Aufbau eines allgemeinen Sicherheitsnetzes eingesetzt würden, und zwar nicht nur wie jetzt zum Zwecke der Erfassung der Ernte, sondern auch zur Gewährleistung ständiger Sicherheit. Er erhoffe sich keine Hilfe vom Reich; denn sie werde dort mit der Begründung abgelehnt, daß im weiteren Osten die Verhältnisse noch viel schlimmer lägen als im Generalgouvernement. Daher müsse sich das Generalgouvernement selber helfen. Wenn der gute Wille auf allen Seiten vorhanden sei, könne man wohl auch heute noch Fortschritte hinsichtlich der Beruhigung dieses Raumes erzielen.

Generaldirektor Hoffmann gibt hierauf einen eingehenden Bericht über die in den letzten Monaten vorgekommenen Überfälle auf Deutsche und Polen wie Ukrainer und schildert dabei vornehmlich die Verhältnisse in Ostrowiec und Umgegend. Die Folgen dieser unsicheren Lage zeigten sich vor allem in einem geringer werden der Leistung der Werke. Heute sei es praktisch überhaupt nicht mehr möglich, ein Programm einzuhalten.

Seiner Ansicht nach müsse, um diese unhaltbaren Zustände abzustellen, zunächst einmal in dem Gebiet Ostrowiec eine Zerschlagung der großen Banden stattfinden. Einzelaktionen der Polizei könnten mindestens 2 bis 3 Stunden zu spät. Wenn die Banden zerschlagen seien, müßten Einzelposten die Sicherung übernehmen. Nur so sei es möglich, die zersplitterten Banden entsprechend zu bekämpfen.

Was die Struktur der Banden angehe, so zeige sich in den letzten Wochen eindeutig eine Verschiebung zur Geheimorganisation im politischen Sinne. Das zeige ein aufgefundener Geheimbefehl, in welchem genaue Anweisungen gegeben würden, wie die deutsche Verwaltung zu bekämpfen, im Kampffalle zu entwaffnen und zu nivellieren sei. (Eine weitere Notwendigkeit für die Bekämpfung der Banden liege darin, daß man den loyalen Teil der Bevölkerung nicht dazu zwinge, nicht zu den Banden zu gehen, um die Versorgung der Familie sicherzustellen. Einen großen Teil der Arbeiter sei es heute gar nicht mehr möglich, den Lebensunterhalt für sich und die Familie zu decken. Der Tatsache, daß im Werke Ostrowiec 17 % der Arbeiter einen Lohn erhielten, der unter dem Existenzminimum liege, stehe die Erhöhung der Lebenshaltungskosten gegenüber.) Die reinen Lebenshaltungskosten auf dem Gebiete der Zuteilungsgüter lägen bei 115 bis 12o Zloty. Hinzu kämen die zahlreichen Verbrauchsgüter, die zur Aufrechterhaltung des Lebensminimums notwendig seien. Deshalb sei auch ein großer Teil der Arbeiter gar nicht mehr daran interessiert, in einem deutschen Werke zu arbeiten, da er in einem polnischen Schleichhandelsbetrieb bis zu 1o Zloty Stundenlohn haben könne.

Betriebsführer Brandt-Pionki berichtet, daß sein Werk im letzten Jahre drei Werkschutzleute, einen deutschen und einen polnischen Meister durch Mordanschläge verloren habe. Auch sei eine größere Anzahl von Bränden zu verzeichnen, von denen viele nicht aufgeklärt werden konnten. Auch nähmen die Diebstähle von Alkohol und Leinensäcken ständig zu. - Die Wirksamkeit des Werkschutzes lasse in der letzten Zeit äußerordentlich nach. Er bestehe in seinem Werk hauptsächlich aus Ukrainern, und hier hätten sich Richtungen gebildet, die sich gegenseitig bekämpfen. Im übrigen könne er bestätigen, was der Vorredner über die unzureichenden Löhne und die erhöhten Lebenskosten gesagt habe. Es sei festzustellen, daß den geringen Löhnen eine Verteuerung der Lebenshaltungskosten um das Dreifache gegenüberstehe.

Betriebsführer Köhnke-Warschau kann ebenfalls von einer größeren Zahl von Überfällen und Mordanschlägen auf Deutsche und Polen, die in der Rüstungsindustrie gearbeitet haben, berichten. Wie unsicher die Lage in Warschau sei, zeige der Umstand, daß vor kurzem Anschläge auf das Wasserwerk und das Elektrizitätswerk geplant gewesen seien. Fortgesetzte Bedrohungen der Straßenbahnführer hätten dazu geführt, daß der Wagenumlauf von 600 auf 450 gesunken sei. Man rechne damit, daß in nächster Zeit nur noch 300 Wagen zur Verfügung stehen würden. Ein großer Teil der führenden polnischen Mittelschicht erhalte fortgesetzt Todesurteile, Drohbriefe usw., so daß diese Leute es nicht mehr wagten, den ihnen unterstellten Personen irgendwelche Anweisungen zu geben, weil sie sonst erledigt würden. Die Banditen gingen heute in Warschau so vor, als ob überhaupt keine Polizei mehr vorhanden wäre.

Eine große Gefahr für die Rüstungsbetriebe bedeute der Facharbeitermangel. Während man nach deutschen Grundsätzen 12 % Facharbeiter brauche, sei ihre Zahl in Warschau jetzt auf etwa 6,5 % gesunken. Der Ausstoß

der Betriebe leide darunter sehr. Von den Arbeitseinsatzbehörden seien den Werken jugendliche Arbeiter aus Handwerkerschulen zugewiesen worden. So habe z.B. die Firma Ursus 700 Jugendliche erhalten, von denen aber 400 bereits wieder weggeblieben seien. In der letzten Zeit mehrten sich die Sabotagefälle. So würden z.B. Konstruktionszeichnungen für Maschinen, die in den Werkstätten ausliegen, mit Salzsäure begossen und vernichtet. Weiter zeigten sich an Maschinen, die in vollkommen ordentlichem Zustande verladen worden seien, später, als sie ausgeladen wurden, Schäden.

Sehr im argen liege die Frage des Werkschutzes, der zumeist aus Ukrainern bestehe. Die Disziplin des Werkschutzes habe sehr nachgelassen. Einen Ersatz zu finden, sei trotz der größten Anstrengungen fast unmöglich. Auch die Arbeitsdisziplin in den Werken selbst lasse viel zu wünschen übrig. Diese Verhältnisse seien wohl zum großen Teil auf die schlechte Entlohnung der Arbeiter zurückzuführen, die in keinem Verhältnis zu den erhöhten Lebenshaltungskosten stehe.

Betriebsführer Schröder führt aus, daß sich die Sicherheitslage infolge des Einfalls der Kolpak-Banden in letzter Zeit wesentlich verschlechtert habe. In der Nähe von 6 großen Werken hätten Kämpfe stattgefunden. Diese Werke seien die Hauptproduktionsstätten für die Flugzeughallen der Luftwaffe. Während früher dort die Produktion glatt vonstatten gegangen sei, hätten sich nach dem Einfall der Kolpak-Banden die Sicherheitsverhältnisse außerordentlich verschlechtert. So sei z.B. in ganz kurzer Entfernung von dem Werk in Skole eine Patrouille von Landesschützen, Turkmenen, von einer Bande überfallen, 4 Mann seien getötet, 1 Mann schwerverletzt und ein leichtes Maschinengewehr geraubt worden. Weiter seien in der Nähe von Skole Forsthäuser überfallen und 4 Försterfamilien ermordet worden. Weitere

Überfälle seien gefolgt. Diese Zustände hätten dazu geführt, daß die Produktion in den Sägewerken erschreckend zurückgegangen und die Holzabfuhr zum Teil unmöglich gemacht worden sei. Man werde auch in nächster Zeit mit starken Ausfällen zu rechnen haben, weil in diesen Gegenden kein Holz mehr abgefahren könne. Auch die Heranführung von Rundholz aus den Wäldern liege jetzt völlig darnieder, und wenn die Lage nicht anders werde, bestehe keine Möglichkeit, die Luftwaffe mit dem dringend notwendigen Flugzeughallen zu versorgen.

Rüstungsobmann Direktor Dr. Richter ergänzt die Ausführungen der anderen Betriebsführer und betont dabei, daß die Betriebe heute nicht mehr in der Lage seien, die ihnen auferlegten Fertigungen einzuhalten, geschweige denn die Leistung zu steigern. Die wenigen in den Betrieben beschäftigten Deutschen bekämen es langsam mit der Angst zu tun, zum Teil deshalb, weil sie wie z.B. in Stalowa-Wola auf sich selber angewiesen seien. Man versuche gleichwohl, diese Deutschen unter allen Umständen zu halten, da es nicht mehr möglich sei, andere deutsche Fachkräfte zu bekommen. Leider habe er feststellen müssen, daß vielfach die Durchführung von Maßnahmen, die sofort hätten ergriffen werden müssen, an Kompetenzfragen gescheitert seien. Dabei solle nicht verkannt werden, daß die Polizei die beste Absicht habe, die Banditen wirksam zu bekämpfen. Leider sei jedoch das Vertrauen in die Polizei angesichts mancher Vorkommnisse, z.B. angesichts der Tatsache, daß zwei Häuser von der Polizeiwache entfernt ein Mord oder Überfall geschehe, bei den Deutschen gesunken.

Für die Bekämpfung und Zerschlagung der Banden müßten zunächst einmal Großaktionen eingeleitet werden. Mit den im Generalgouvernement vorhandenen Kräften sei aber diese Aufgabe nicht zu erfüllen, sondern dafür bedürfe es der Heranziehung von Ersatzkräften aus dem Reiche. Ferner müsse sobald als möglich der Lebensstandard des polnischen Arbeiters gehoben werden. Weiter müßten für die Arbeiter Wohnungen geschaffen werden, damit sie in den Dörfern nicht fortdauernd von den Banden bedroht würden. Endlich müsse dafür Sorge getragen werden, daß deutsche Arbeits- und Fachkräfte als Aufsichtspersonal aus dem Reiche herangezogen würden.

Generaldirektor Grosse führt aus, daß die Erdölindustrie, die sich über weite Strecken des Generalgouvernements ausdehne, in besonderen Maße Sabotageakten unterliege. Die Kolpak-Bande habe bei ihrem Zug durch Ostgalizien zahlreiche Zerstörungen vorgenommen, es seien Bohrtürme abgebrannt und moderne Geräte fachmännisch gesprengt worden. Der ukrainische Werkschutz habe völlig versagt. Dies sei aber begreiflich, da die Zahl der Werkschutzmänner viel zu gering sei. Die dafür eingesetzten jungen Leute seien auch für eine solche Aufgabe nicht geeignet. Er habe deshalb angeordnet, zum Werkschutz ältere Arbeiter, die schon 10, 20 oder 30 Jahre in den Betrieben arbeiteten und sich mit ihnen verbunden fühlten, heranzuziehen. Noch besser wäre es, wenn es gelänge, deutsche Werkschutzmänner als Gruppenführer zu erhalten.

In den entfernt liegenden Betrieben Ostgaliziens gebe es überhaupt keine polnischen Betriebsführer mehr, da sie fast sämtlich verschleppt oder ermordet worden seien. Diese Ermordungen und Verschleppungen in Ostgalizien würden vielfach von den Ukrainern vorgenommen.

Die polnischen Ingenieure hätten deshalb große Sorge, in dem Betrieben zu bleiben, und daher werde in manchen Erdölfeldern nachts nicht mehr gefördert. Wenn die Verhältnisse in Westgalizien an und für sich auch nicht so ungünstig seien, so müsse doch festgestellt werden, daß hier allenfalls schon passiver Widerstand geleistet werde. Die Arbeiter blieben vielfach von der Arbeit weg, zeigten sich widerspenstig, weigerten sich, bestimmte Arbeiten auszuführen usw.. Die Leistung gehe überall zurück. Das werde sich auf die Produktion sehr ungünstig auswirken.

In allgemeinen seien die fremdvölkischen Arbeiter mit der Regelung der Ernährungsfrage einverstanden. Gleichwohl könnten befriedigende Verhältnisse erst hergestellt werden, wenn die Frage der Sicherheit gelöst sei. Er habe jetzt durch Verhandlungen erreicht, daß die Wehrmacht einige Kompanien in östliche exponierte Felder gelegt habe. Diese Maßnahme habe sofort eine günstige Wirkung gezeitigt.

Generalleutnant Schindler schließt sich den Ausführungen der Betriebsführer an und betont, daß die von ihnen gemachten Angaben noch d. weiteres Tatsachenmaterial ergänzt werden könnten. Die Rüstungsindustrie des Generalgouvernements sei ein so wichtiger Bestandteil der Gesamtrüstung des Reiches, daß ihr Ausfall an der Front nicht ertragen werden könnte. Im Generalgouvernement werde ein Viertel bis ein Drittel der gesamten Infanteriemunition hergestellt, ferner hunderttausende von Granaten, hunderte von Geschützen und eine große Anzahl von Panzern.

Der größte Schaden liege in der inneren Aushöhlung der Rüstung, die von den Banden her erfolge. Deshalb müßten endlich durchgreifende Maßnahmen eingeleitet werden. Der Werkschutz sei von ersten Tage an ein

Sonderereignis gewesen: er zeige keine einheitliche Gestaltung, und das Menschenmaterial, das man für die Erfüllung dieser Aufgabe aus dem Reiche erhalten habe, sei nicht das beste. Im übrigen bestehe die Masse des Werkschutzes aus Ukrainern, die sich in ruhigen Zeiten im allgemeinen als brauchbar erwiesen hätten. Die Volksdeutschen des Werkschutzes seien im allgemeinen unzuverlässig. Eine Vermehrung der Zahl der Reichsdeutschen sei nicht möglich gewesen, man habe im Gegenteil von den u.k.-gestellten reichsdeutschen Männern abgeben müssen. Der Werkschutz sei nunmehr den unmittelbaren Einwirken der Rüstungsinspektion entzogen und unterstehe auf Grund einer im Reich getroffenen Neuregelung auch der Polizei. Im ganzen gesehen habe der Werkschutz als solcher, wenn er auch Mängel aufweise, seine Funktion erfüllt. Er stelle natürlich keine Kampforganisation, sondern lediglich eine Alarmeinrichtung dar, und mehr könne man von ihm nicht verlangen. Infolge der Unzuverlässigkeit der Ukrainer habe allerdings der Werkschutz in letzter Zeit viel von seinem Wert eingebüßt.

(Pause von 13 Uhr bis 14 Uhr 15 Minuten)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen ergreift zunächst Präsident <u>Gerteis</u> das Wort. Er kann im wesentlichen ein erfreulicheres Bild von den Verhältnissen bei der <u>Ostbahn</u> geben. Die Züge führen pünktlich, würden richtig und zeitgerecht gebildet, die Verkehrsdienststellen arbeiteten befriedigend, und selbst in den fabrikmäßigen Ausbesserungswerken sei der Leistungsstand im ganzen noch befriedigend. In den Werken sei je Mann und Einheit eine Leistungssteigerung von 27 % erzielt worden. Er schreibe das den Umstand zu, daß sich die Ostbahnverwaltung seit Jahren bemüht habe,

in ein günstigeres Verhältnis zur polnischen Belegschaft zu kommen. Die Auffassung, daß die Widerstandsbewegung mit Rücksicht auf die Versorgung des polnischen Volkes in verkehrstechnischer Beziehung den Betrieben der Ostbahn fernbleibe, beruhe wohl auf Wahrheit.

Terrorakte seien allerdings im Vorbild von Warschau-Praga vorgekommen. Hier habe sich auch in den Monaten August und September ein Leistungsrückgang von 29 % feststellen lassen. Diese Abwärtsbewegung sei durch eine stärkere deutsche Aufsicht eingefangen worden. Es sei auch gelungen, mit gewissen sozialen Maßnahmen den Terror in den Betrieben und die Zahl der durch Terroristen verübten Mordanschläge herunterzudrücken, so daß der Leistungsabfall im September auf 10 % beschränkt werden konnte. Dafür habe aber der Terror jetzt auf das Werk Bruske übergegriffen. Meistens würden besonders tüchtige polnische Kräfte angebracht, die der Leistungsklasse 1 angehörten: sie erhielten Drohbriefe und könnten nicht mehr aus dem Werk gehen, ohne getötet oder verwundet zu werden. Auch die Deutschen des Werkes seien stark gefährdet und könnten nur noch in Gruppen über die Straße gehen.

Angesichts des Verhältnisses der Ukrainer zu den Polen würden jetzt die Verhältnisse in Galizien schlechter. Man sei nun einmal in Galizien darauf angewiesen, ebenso wie die Industrie die Fachkräfte, gelernte Arbeiter, Fahrdienstleiter, Vorsteher, usw. aus den Polen zu nehmen, weil den Ukrainern die dafür notwendige Qualität fehle und es noch Jahre dauern werde, bis man aus ihnen ein tüchtiges Personal herangezogen habe. Die polnischen Angestellten der Ostbahn seien aufs äußerste bedroht und müßten vielfach vor Angriffen der Ukrainer flüchten.

Ganz anders sei das Bild, das sich für den Betrieb ergebe angesichts der Überfälle und Sabotageakte, die von außen kämen. Der Bereich des Generalgouvernements umfasse eine Eisenbahnstrecke von 7 ooo km mit 8 oo Bienenstellen. Es sei ganz unmöglich, mit den zur Verfügung stehenden eigenen Polizeikräften zumindest dasjenige, was die Wehrmacht zum Schutze der Ostbahn gegeben habe, irgendwie einen Schutz zu gewährleisten. Man müsse sich darauf beschränken, eine lebhafte Bestreifung der Bahnanlagen und Bahnhöfe durchzuführen und überraschend an der einen oder anderen Stelle mit größeren Kräften aufzutreten, wenn dort Gefahr drohe. Man könne höchstens behaupten, daß in den letzten Monaten eine Stabilisierung der Zahl der Überfälle eingetreten sei. Diese Überfälle seien aber im einzelnen viel frecher geworden: Züge, die mit Abwehrkräften besetzt seien, würden bei Tage überfallen, so z.B. bei Konskie. Bei einem Überfall auf einen Munitionszug in der Nähe von Pulawy sei dieser vollständig vernichtet worden. Ferner sei ein großes Schwellenmagazin überfallen worden, und dabei seien sämtliche Schwellen verbrannt. Dazu kämen täglich zwei bis drei leichtere Überfälle mit Beraubung von Kassen usw.. Die Banditen verständen es, ihre Kräfte auf die Haupttransportstraßen zu konzentrieren. Die immer schwerer werdenden Folgen dieser Überfälle seien lebhafte Störungen einzelner Transportstraßen bis zu 24 Stunden. Für die Bekämpfung solcher Überfälle stünden 8oo deutsche Bahnschutzleute zur Verfügung, die um 1 7oo nichtdeutsche Kräfte verstärkt seien. Dazu komme noch der Werkschutz für einzelne Großbetriebe mit 8oo Ukrainern. Dieser Werkschutz habe aber nur sehr zweifelhaften Wert. Die Sicherheitslage der Ostbahn sei ein Spiegelbild der allgemeinen Sicherheitslage. Auch die Ostbahn werde geschützt sein, wenn es gelinge, das Land einigermaßen zu befrieden.

7

Oberlandforstmeister Dr. Rißfeldt führt aus, daß die Forst- und Holzwirtschaft von der Sicherheitslage insofern ganz besonders beeinflußt werde, als ihr Betrieb unmittelbar in den Wäldern bzw. in der Nähe der Wälder vor sich gehe, wo die Banditen ihre Quartiere hätten. In der Forst- und Holzwirtschaft des Generalgouvernements seien 18o ooo Arbeiter beschäftigt, nicht in größeren Betrieben, so daß man sie überwachen oder schützen könnte, sondern diese 18o ooo Arbeiter gingen in kleinen Trupps zu 3 oder 5 Mann von jedem Dorf in den Wald, um dort das Holz einzuschlagen, und seien der Bedrohung durch die Banditen ganz besonders ausgesetzt. Die Banditen und Partisanen hätten die Anweisung, die Forst- und Holzwirtschaft, die ihre Produktion zum größten Teil der Wehrmacht zur Verfügung stelle, nach Möglichkeit zu stören. Der Terror, den die Banditen ausübten, habe unter den Arbeitern eine Psychose hervorgerufen, angesichts deren sie nicht mehr in den Wald gehen wollten.

Noch viel schwieriger sei es mit dem Schutze der Hunderttausende von Holzfuhrleuten bestellt, was ja praktisch jeder Bauer sei. Der Schutz jedes Einzelnen sei natürlich unmöglich. Die Bereitwilligkeit zur Arbeit hänge aber natürlich vom guten Willen der Leute ab, und dieser gute Wille werde durch den Terror der Banden sehr beeinträchtigt.

Von den Sägewerken seien 7o - lo % der vorhandenen Werke außer Betrieb gesetzt, immerhin schon ein merklicher Ausfall, da man keine anderen Werke einsetzen könne. Das Holz müsse eben von den Werken geschnitten werden, in deren Nähe es wäre. Die motorisierte Holzabfuhr sei auch fast völlig stillgelegt, nachdem trotz aller Schutzvorkehrungen verschiedene Lastzüge gesprengt worden seien.

Die Zahl der Überfälle auf Forstgehöfte, Sägewerke, Waldbahnen usw. habe sich in den Monaten Mai und Juni um etwa 45o bewegt und sei dann im Juli auf 32o zurückgegangen, aber im August wieder auf die alte Zahl angestiegen.

Die polnischen Förster und sonstigen Angestellten der Forstverwaltung seien ebenso wie die ukrainischen Forstbeamten an sich loyal eingestellt. Gleichwohl bestehe die Gefahr, daß sie angesichts des Terrors der Banditen in das gegnerische Lager gezogen würden. Im Distrikt Radom seien nahezu sämtliche Forstgehöfte überfallen worden, die polnischen Forstbeamten flüchteten Nacht für Nacht aus ihren Gehöften, sammelten sich zum Teil in mehreren Försterein, - eine große Belastung, unter der auch der Dienst auf die Dauer erheblich leiden müsse.

Die für die nichtdeutsche Gefolgschaft aus polizeilichen Gründen angeordnete Telefonsperre habe für die Wirtschaft sehr nachteilige Folgen, da ein Forstbeamter unter Umständen kilometerweit über Land fahren müsse, um eine Meldung zu überbringen. Diese Boten würden auch häufig abgefangen.

Bekanntlich nehme die Holz- und Forstwirtschaft des Generalgouvernements insofern eine entscheidende Stellung ein, als von ihr die südliche Ostfront mit Holz versorgt werden müsse. Weil die Ukraine sehr waldarm sei, deshalb sei das Generalgouvernement das Hinterland der Front. Ferner müßten die großen Nachschubtransporte der Eisenbahn beliefert werden. Dann komme die Versorgung des großen Industriegebietes in Oberschlesien mit Grubenholz, ferner die Zellulosefabrikation. Auf jedem Gebiet sei das Holz ein wichtiger Rohstoff; wenn es nicht vorhanden sei oder nicht produziert werde, dann bedeute das automatisch ein langsames Laufen der Gesamtwirtschaft und der Maßnahmen an

der Front.

Die Lage der Holz- und Forstwirtschaft sei bis zum April dieses Jahres sehr günstig gewesen. Es seien gelungen, die technischen Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung von Hufeisen, von Stiefeln und Anzügen für die Gefolgschaft usw. zu überbrücken. Anfang Juni habe der Einschlag des Forstwirtschaftsjahres etwa zu 100 % am Boden gelegen, und die Abfuhr sei etwa zu 50 % durchgeführt worden. Dann aber habe die Unsicherheitslage eingesetzt, und man sei mit der Abfuhr seitdem eigentlich nur um 15 % weitergekommen. Wieviel nun von dem fertigliegenden Einschlag werde fortgeschafft können, hänge vom der weiteren Entwicklung der Sicherheitslage ab. Das gleiche gelte für die Frage, ein wie großer Einschlag in kommenden Jahr gemacht werden könne. Jedenfalls würden vom Oktober ab nur noch etwa zwei Drittel der Holzmenge geliefert werden können, die man hätte liefern können, wenn die Sicherheitslage beständig geblieben wäre. Das bedeute einen Produktionsausfall von 30 bis 35 %.

Wenn die Lage auf dem flachen Lande und in den Wäldern sich nicht bald ändere, dann sei zu befürchten, daß der gesamte Betrieb zum Stillstand komme.

Die <u>Bekämpfung des Bandenunwesens</u> und ihre Schwierigkeiten könne vielleicht niemand so gut beurteilen wie der Forstmann, der in den Wäldern groß geworden ist und Gelegenheit gehabt habe, irgendwelche Aktionen zu leiten. Ein einfaches Durchkämmen der Wälder werde nie zum Erfolge führen, da ja die Banditen alle Schleichwege kennten. Also eine Einkreisung der Banditen von außen werde kaum möglich sein, sondern entsprechende Maßnahmen müßten von innen heraus getroffen werden. Vor allem müsse dafür gesorgt werden, daß die Forstbeamten und Forstarbeiter ein größeres Gefühl der Sicherheit erhielten. Die polnischen bzw. die ukrainischen

Forstleute müßten mehr als bisher zur Bekämpfung der Banden herangezogen werden. Staatssekretär Krüger habe gute Erfolge damit gehabt, daß diese Forstleute als Wegweiser benutzt wurden und man sich von ihnen Nachrichten geben ließ. Sie müßten dann aber auch entsprechend geschützt werden.

Präsident Naumann weist darauf hin, daß schon seit einem Jahr die Erzeugungsbetriebe der Landwirtschaft Ziel und Mittelpunkt von Angriffen der Partisanen oder der Banditen gewesen seien. Begonnen habe es im Distrikt Lublin, und von Monat zu Monat sei das Problem immer ernster geworden. Der Gegner habe mit der Zerstörung von Molkereien und sonstigen Betrieben der Milchwirtschaft angefangen, und zwar in den Monaten Januar bis April 1943. Von den etwa 68o Molkereien, die im gesamten Generalgouvernement aufgebaut werden konnten, seien 15o total zerstört und 3oo schwer beschädigt. Allein in diesen Betrieben seien über 5 ooo Maschinen gesprengt oder nachhaltig zerstört worden. Kurz vor Beginn der Ernte hätten dann die Banditen ihr Hauptaugenmerk auf die Zerstörung der für die Ernte und ihre Bergung notwendigen Maschinen gerichtet. In fünf Wochen seien über 2 ooo Großdreschkästen völlig zerstört worden. Nachdem die Ernte einigermaßen geborgen sei, befürchte man Angriffe auf Zuckerfabriken und landwirtschaftliche Brennereien.

Vom April dieses Jahres an habe die Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft die zuständigen Stellen auf diese Dinge hingewiesen und geltend gemacht, daß im Interesse der Erntesicherung und der Erfassung der Ernte 1943 entsprechende Maßnahmen getroffen werden müßten. Es sei damals ganz klar gesagt worden, daß nur ein weitverzweigtes Stützpunktsystem helfen könne, daß Großaktionen vielleicht zur Zerschlagung größerer Banden notwendig seien, es damit aber nicht sein Bewenden haben dürfe. Eine nachhaltige Sicherung sei nur dadurch

möglich, daß mindestens in jede Sammelgemeinde ein Stützpunkt in Stärke von 1 : 3o, 1 : 2o oder 1 : 15 gelegt werde.

Die landwirtschaftliche Verwaltung habe von sich aus versucht, einen Selbstschutz in ihren Betrieben zu errichten, z.B. in Zuckerfabriken und Brennereien. Leider sei es bisher nicht gelungen, die für die Ausrüstung dieses Selbstschutzes notwendigen Waffen zu erhalten. Diese Waffen müßten nunmehr baldmöglichst zur Verfügung gestellt werden. Mit einem solchen Werkschutz, der allerdings nur mit französischen Schrotflinten bewaffnet sei, habe man gute Erfahrungen gemacht.

Im Bereiche der Ernährungswirtschaft seien ca. 6o ooo fremdvölkische Menschen als Kreisagronomen, Bezirksagronomen und für den Erfassungsapparat eingesetzt. Von den 6o ooo Menschen seien allein in zwei Monaten 48o erschossen und Tausende verletzt worden. Selbstverständlich müßten sich diese Verluste auf die Arbeitswilligkeit und Einsatzfreudigkeit dieses fremdvölkischen Produktionsapparates ungünstig auswirken. Daneben seien Verluste in den Reihen der polnischen und ukrainischen Betriebsführer zu verzeichnen. Es sei deshalb vielfach nicht mehr möglich, Polen als Betriebsführer in ihren Stellungen zu belassen. Auch gut ablieferndе Bauern seien von den Banditen dafür bestraft worden, daß sie ihre Kontingente rechtzeitig abgeliefert hätten. Alles das habe natürlich für die Bereitwilligkeit zur Ablieferung und das Bestreben, den Befehlen der deutschen Verwaltung nachzukommen, höchst nachteilige Folgen.

Wenn bisher die Erfassung auf dem Gebiete des Getreides so zufriedenstellend gelaufen sei, dann sei es nur der Tatsache zuzuschreiben, daß in einer ganzen Reihe von Kreisen diese Stützpunkte vorbildlich hätten aufgebaut werden können, daß sich Wehrmacht, SS und

Polizei wie die gesamte Zivilverwaltung für die Erfüllung dieser Aufgabe zusammengefunden hätten. Überall da, wo das Stützpunktsystem in den Kreisen ausgebaut sei, sei das Tempo der Erfassung vorbildlich, und die Kontingente an Brot- und Futtergetreide seien so hereingekommen, wie man es geplant habe. Nun müßten aber auch Kartoffeln, Fleisch, Milch und andere Produkte erfaßt werden. Deshalb dürften etwa im November die Stützpunkte unter keinen Umständen aufgelöst werden, sondern es müsse, solange die Erfassung auch dieser Produkte laufe und auch noch darüber hinaus ein ausreichender Schutz gewährt werden. Wenn es gelinge, auf schnellstem Wege die Sicherheit so wieder herzustellen, daß die Erfassung und Verteilung nach den festgelegten Plänen durchgeführt werden könne, dann werde es möglich sein, die Leistungen zu erstellen, die das Reich und die Wehrmacht vom Generalgouvernement verlangten und die notwendig seien, damit die Verpflegungssätze, die am 1.September bzw. 1.Oktober eingeführt werden sollten, auch tatsächlich eingehalten werden könnten.

Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalmajor Grünwald kann auf Grund seiner eigenen Anschauung und aus den eingehenden Berichten feststellen, daß man dort, wo das Stützpunktsystem frühzeitig aufgebaut worden sei, eine gewisse Befriedung habe erreichen können. Gleichwohl dürfe nicht verkannt werden, daß trotz des bestehenden Stützpunktsystems immer wieder eine Zusammenziehung der Polizeikräfte erfolgen müsse. Die Polizeikräfte könnten nicht dauernd in diesen Stützpunkten bleiben, da sonst jede weitere Ausbildung unmöglich wäre und die Schlagkraft der einzelnen Gruppen verlorenginge.

Eine Bewaffnung der Selbstschutzkräfte mit einer Schußwaffe könne von ihm zugebilligt werden, nicht aber eine Bewaffnung mit Maschinenwaffen; denn die Waffe in der Hand dieser Zivilisten bedeute keinen Schutz für sie, sondern biete für die Banden einen Anreiz, die Selbstschutzkräfte zu überfallen, um sich in den Besitz der Waffen zu setzen.

Von den einzelnen Hauptabteilungen träten an ihn Wünsche auf besondere Sicherung heran. Er sei gern bereit, diesen Wünschen soweit als möglich zu willfahren. Andererseits seien aber die Polizeikräfte bis zum Äußersten eingesetzt, so daß er, Generalmajor Grünwald, manchen wohlberechtigten Wünschen nicht nachkommen könne.

Im allgemeinen könne wohl gesagt werden, daß die einzelnen Betriebe des Generalgouvernements nicht in allzu großer Sorge zu sein brauchten, daß ihnen etwas geschehe. Das Land sei verhältnismäßig stark mit Stützpunkten durchsetzt, und in verhältnismäßig kurzer Zeit könnten auch gegebenenfalls Verbände der Polizei bzw. der Wehrmacht zum Einsatz gelangen. Alle Objekte im voraus zu schützen, werde nicht möglich sein. Es müsse vielmehr auch darauf zurückgegriffen werden, daß die Postierungen der Polizei im geeigneten Moment herangeholt würden. Die Sorge um die Sicherheit des einzelnen Rüstungsbetriebes und Werkes sei durchaus verständlich. Er sei aber erfreulicherweise auf ein großes Entgegenkommen von seiten der Wehrmacht gestoßen und könne feststellen, daß große Rüstungsbetriebe auch von der Wehrmacht selber gesichert würden. Immerhin könne sich die Lage stets wieder ändern, weil weder die Polizei noch die Formationen der Wehrmacht wüßten, wohin sie am nächsten Tage auf höheren Befehl beordert würden.

Das Stützpunktsystem und die damit herbeigeführte Sicherung größerer Gebiete habe den Erfolg gehabt, daß die Sicherheit ohne Zweifel zugenommen habe. Auch die Polizei- und SS-Führer wie die Gouverneure erkennten die Wirksamkeit des Stützpunktsystems an und bestätigten, daß es eine gewisse Sicherheit in die Bevölkerungskreise hineingetragen habe. Eine endgültige Befriedung des Raumes werde allerdings mit den zur Verfügung stehenden Kräften in kurzer Zeit nicht möglich sein.

Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberführer Bierkamp stellt fest, daß die Widerstandsbewegung im Generalgouvernement ständig in den letzten Jahren zugenommen habe. Das hänge nicht mit dem Raum zusammen, sondern mit der gesamten militärischen Lage des Reiches und sei in allen besetzten Gebieten so. Immer dann, wenn der Feind glaube, daß er irgendwelche stärkeren Schläge gegen das Deutsche Reich richten könne, werde er versuchen, die Kräfte des Landes, die auf seiner Seite ständen, gegen die deutsche Führung einzusetzen.

Die Widerstandsbewegung im Generalgouvernement sei zwei Wege gegangen, einmal den Weg der Zersetzung der einheimischen arbeitenden Bevölkerung, die sich freute, wieder Brot und Arbeit unter deutscher Führung finden zu können, zum anderen den Weg des aktiven Kampfes durch die Banden. Je schwieriger die militärische Lage des Deutschen Reiches zu werden schien, desto aktiver sei der Einsatz gegen die deutsche Führung geworden. Demgegenüber komme es jetzt darauf an, die Stimmung im Volke in irgendeiner Form für die deutsche Führung zu aktivieren, d.h. den Menschen das Gefühl wiederzugeben, daß die deutsche Führung im Lande eine Macht darstelle, mit der sie immer zu rechnen hätten und die nie wieder aus diesem Lande hinausgehe.

Wenn immer wieder die Banden Überfälle machen könnten, ohne bestraft zu werden, wenn es ihnen gelinge, Sabotageakte in großer Zahl durchzuführen, wenn Arbeitsunlust im Betriebe geduldet werde, dann würden nicht die guten Elemente dadurch gestärkt, sondern die Widerstandsbewegung. Daher habe auch die Sicherheitspolizei von jeher das Bestreben gehabt, nach Möglichkeit die wirklichen führenden Köpfe zu fassen und zur Verantwortung zu ziehen. Auf Grund des von der Sicherheitspolizei durchgeführten Systems seien diese Elemente hinter Schloß und Riegel und zur Verurteilung gebracht worden. Er werde in Zukunft dazu übergehen, auf offener Straße Exekutionen als Exempel vornehmen zu lassen: dort, wo der Überfall gewesen sei, werde der Täter hingerichtet. Die Bevölkerung müsse erkennen, daß schaff zugefaßt und derjenige, der sich gegen die deutsche Ordnung vergeht, der Strafe zugeführt werde. Wenn ihm gemeldet werde, daß in einem Betriebe die Arbeitswilligkeit nachlasse, dann werde er die Hetzer aus dem Betriebe holen bzw. sie im Betriebe hinrichten lassen. Bedauerlicherweise unterließen Betriebsführer häufig eine Anzeige, weil sie offenbar glaubten, daß dadurch die Gefahr für ihren Betrieb noch größer werde. Das sei eine vollkommen falsche Einstellung: nur dadurch, daß man den Leuten zeige, daß die Deutschen die Herren im Lande seien, werde man sich durchsetzen.

Er brauche aber noch eine weitere Unterstützung. Die Wirtschaft glaube immer, daß ihr Wirtschaftsinteresse im Vordergrunde stehe und die Sicherheit dazu kommen müsse. Beides gehöre engstens zusammen. Er habe sich aus Krakau z.B. Zahlenmaterial darüber geben lassen, wieviel Nachtausweise Fremdvölkischer allein von der Polizeidirektion ausgestellt worden seien. Ihm sei gemeldet worden, daß allein in Krakau 93 ooo Nachtausweise auf Antrag der Wirtschaft ausgestellt worden seien.

Dazu kämen noch zahlreiche Nachtausweise für die bei der Polizei, der Wehrmacht und anderen Dienststellen und Behörden beschäftigten Polen. Er werde demnächst aufs schärfste gegen diesen Mißbrauch vorgehen. Weiterhin müsse der Personenverkehr auf der Eisenbahn eingeschränkt. Alle diese Schwierigkeiten müßten gegeneinander abgestimmt werden, und man müsse zu einer Regelung kommen, die endgültig eine absolute Sicherheit im Generalgouvernement herbeiführe. Das liege vor allem auch im Interesse der Wirtschaft.

Betriebsführer Schröder betont, daß die Darlegung der Kommandeure der Ordnungspolizei und der Sicherheitspolizei die Betriebsführer in keiner Weise befriedigen könnten. Es müsse vielmehr festgestellt werden, daß keine Spur einer Besserung vorhanden sei. Vor allem müsse mit dem Betriebsführer aufs engste zusammengearbeitet werden, damit keine Fehlgriffe vorkämen; sonst würde die Autorität in den Betrieben noch mehr untergraben werden.

Betriebsführer Scholze legt dar, daß das Stützpunktsystem oft keinen genügenden Schutz gewährleiste. Das sei z.B. in Stalowa-Wola der Fall, wo zwar eine Wachkompanie vorhanden sei, die aber bis zu einer Entfernung von 4o km vom dem Werk verstreut sei. Auch die Angehörigen einer Außenstelle der Sicherheitspolizei seien meistens in der Exekutive tätig und kämen ebenfalls für einen Einsatz nicht in Frage. Auch das Meldewesen sei schlecht organisiert, so daß jede Dienststelle andere Nachrichten erhalte und andere Maßnahmen treffe. Aus diesen Gründen hätten sich die Deutschen des Werkes zusammen getan, um z.B. den Schutz der Siedlung, die zum Werke gehöre, zu übernehmen. Daß eine solche Belastung auf die Dauer nicht tragbar sei, sei

klar. Im Wege eines zentralen Einsatzes der Kommandostellen könne man bestimmt die geringen vorhandenen Kräfte aktiver einsetzen als bisher.

Generaldirektor Hoffmann gibt zu bedenken, daß es hinsichtlich der Ausstellung von Nachtausweisen sehr schwer sei, eine Auswahl zwischen den Arbeitern zu treffen, denen man ein gewisses Vertrauen schenken könne, da ein Teil dieser Arbeiter im Lager der Banditen stehe. - Den Ausführungen des Befehlshabers der Ordnungspolizei könne er sich nicht anschließen. Man könne heute nicht einmal das, was man in vierjähriger Arbeit aufgebaut habe, halten, geschweige denn den erhöhten Anforderungen, die jetzt gestellt würden, genügen.

Betriebsführer Geldmahl kann für die Hasag-Werke in Kamiena berichten, daß dort die Verhältnisse ähnlich lägen wie in anderen Betrieben. Der Werkschutz bestehe aus 99 Mann, von denen 7o Ukrainer seien, deren Unzuverlässigkeit ja bekannt sei. Er habe sich deshalb für den Selbstschutz 22 Reichsdeutsche kommen lassen, von denen aber lo bald wieder hätten abgegeben werden müssen. Von einem Obersturmbannführer sei ihm erklärt worden, daß ein Angriff auf die Hasag-Werke durch 2 Banden zu erwarten sei, aber Hilfe nicht gewährt werden könne. Er habe dann die Rüstungsinspektion um Hilfe gebeten und darauf auch einen militärischen Schutz erhalten, rechne aber täglich damit, daß die Mannschaften wieder abgezogen würden.

Generalleutnant Schindler führt aus, daß man sich in der Rüstungsinspektion darüber klar sei, daß für die Bekämpfung der Banden nur geringe Kräfte zur Verfügung ständen. Angesichts der Aufgaben aber, die den Rüstungsbetrieben gestellt seien, fühle man sich verpflichtet,

die Nöte aufzuzeigen, mit denen man zu kämpfen habe. Man halte jetzt den Zeitpunkt für gekommen, in welchem offen über die Dinge gesprochen werden müsse. Deshalb habe er auch in der vergangenen Woche die Betriebsführer zusammengerufen, damit sie dem Generalgouverneur die Lage schildern könnten. Aus ihren Ausführungen wie auch den Darlegungen der Abteilungspräsidenten gehe klar hervor, daß der Notstand nunmehr einen Grad erreicht habe, der eine Änderung der Dinge dringend erforderlich erscheinen lasse. Die Rüstungsinspektion könne sich mit der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes unter keinen Umständen abfinden. Er habe dem Führer und dem Reichsminister für Bewaffnung und Munition gegenüber die Verpflichtung, die erhöhten Forderungen durchzusetzen und die Leistungen zu vollbringen, die ihm aufgetragen seien. Unter den jetzigen Verhältnissen sei das kaum möglich. Es könne nur erreicht werden, wenn neue Kräfte für die Bekämpfung der Banden zur Verfügung gestellt würden. Er bitte deshalb die maßgebenden Instanzen der Polizei um ihre Unterstützung, und sei auch der Überzeugung, daß der Herr Generalgouverneur entsprechende Schritte ergreifen werde. Wenn keine Veränderung der Verhältnisse eintreten sollten, dann müßte er melden, daß er nicht in der Lage sei, die geforderte Ausbringung zu erreichen. Das wesentliche sei die Sicherung der deutschen Autorität im Wege der Heranziehung von Kräften der Polizei oder Wehrmacht, damit die Polen sähen, daß die Deutschen wieder führten.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> hält es für geboten, in Berlin darauf hinzuweisen, daß eine <u>Steigerung</u> des <u>Rüstungsprogramms</u> angesichts des <u>Mangels an Sicherheitskräften</u> im Generalgouvernement zur Zeit nicht möglich sein werde.

Generalleutnant Schindler erwidert auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs, daß die Kapazität der Rüstungsindustrie des Generalgouvernements eine bedeutende Erhöhung des Ausstoßes gestatte, und zwar unter Anwendung der Verfeinerungsmaßnahmen der Rationalisierung unter unwesentlicher Vermehrung der Arbeitskräfte mit den ungefähr gleichen Maschinen. Auch die Verlagerung, die man aufzunehmen habe, könne man tragen. Eine Schwierigkeit sei nur in so fern aufgetreten, daß sehr viel aus dem Osten zurückverlagert und großer Lagerraum benötigt werde, so daß wieder auf Industrieanlagen zurückgegriffen werden müsse, die eigentlich für die Verlagerung vorgesehen waren.

Gouverneur Kundt kann auf Grund der im Distrikt Radom gemachten Erfahrungen feststellen, daß das Stützpunktsystem die richtige Methode für die Gewährleistung der Sicherheit und damit für die Wiederherstellung der Autorität der deutschen Führung darstelle. Leider mangele es an der zureichenden Zahl von Stützpunkten. Gleichzeitig habe das Abziehen der motorisierten Kräfte eine systematische Zerschlagung der geschlossenen Banden unmöglich gemacht. Wenn also die Forderungen der Rüstungsindustrie erfüllt und alle sonstigen kriegswichtigen Maßnahmen getroffen werden sollten, dann müsse unbedingt eine Vermehrung der Stützpunkte eintreten. Auch die Bewaffnung der Mannschaften müsse wesentlich besser werden. Ein weiterer Übelstand liege darin, daß die Stützpunkte keine Reserven hinter sich hätten, und soweit sie vorhanden seien, seien sie ungenügend motorisiert. Die Stützpunkte selbst verfügten bestenfalls über Fahrräder, die aber vielfach nicht in gebrauchsfähigen Zustand seien. Auch die Ausstattung mit Nachrichtengeräten sei unzureichend.

Leider müsse festgestellt werden, daß seit der letzten Besprechung der Sicherheitslage im Mai ds.Jrs. trotz der ernsten Lage keine Vermehrung, sondern eher eine Verminderung der Kräfte der Sicherheitspolizei eingetreten sei. Angesichts der Überlastung der geschulten Kräfte der Sicherheitspolizei sei es ihnen vielfach gar nicht möglich, das einlaufende Informationsmaterial so schnell zu bearbeiten, daß eine aktuelle Wirkung herbeigeführt werden könne.

Betriebsführer Mehdorn hält es für möglich, eine wesentliche Leistungssteigerung der Rüstungsindustrie bis auf das Doppelte der bisherigen Leistung zu erreichen, wenn man es verstehe, die Polen zum Funktionieren zu bringen. Man sei zum größten Teil auf den polnischen Arbeiter angewiesen, der aber infolge der Sicherheitslage in seinem Einsatzwillen gehemmt werde. Es handele sich jetzt darum, die Kräfte, die in den Polen lägen, wieder für die deutschen Zwecke freizumachen. Dann werde man erheblich höhere Leistungen erreichen, ohne neues Menschenmaterial einsetzen zu müssen. Leider seien den Betriebsführern im einzelnen zu geringe Mittel in die Hand gegeben, damit sie Disziplinwidrigkeiten der Arbeiter entgegenwirken könnten. So habe er z.B. in Fällen von Disziplinlosikgeit und Obstruktion einzelner Arbeiter dem Arbeitsamt davon Meldung gemacht, und gebeten, diese Arbeiter in ein Erziehungslager zu überführen. Es sei ihm aber nicht gelungen auch nur in einem einzigen Fall eine solche Maßnahme zur Durchführung zu bringen. Diese Arbeiter befänden sich alle noch im Werke.

Präsident Gerteis nimmt zur Frage der Industrieverlagerung Stellung und betont, daß sich die Ostbahn seit 24 Stunden einer völlig neuen Situation gegenüber befinde. Die Ereignsisse im Osten hätten es notwendig

gemacht, z.B. 600 km einer eingleisigen Strecke zweigleisig auszubauen. Ferner sei man genötigt, vier große Ausbesserungswerke ins Generalgouvernement zu übernehmen. Die neuen Transportstraßen würden künftig solche erster Ordnung werden und erforderten deshalb einen erhöhten polizeilichen Schutz.

Befehlshaber der Ordnungspolizei Generalmajor Grünwald begründet seine Behauptung, daß die Sicherheitslage eine Besserung erfahren habe, damit, daß infolge der Einrichtung des Stützpunktsystems eine gewisse Beruhigung in der Bevölkerung eingetreten sei, die sich besonders bei der Getreideerfassung gezeigt habe. Mit einem weiteren Bestehen des Bandenunwesens müsse leider gerechnet werden, und man wisse auch, daß einzelne Werke darunter sehr zu leiden hätten. Er gebe auch zu, daß mit den zur Verfügung stehenden Kräften eine weitere Sicherung des Landes nicht möglich sei. Zuzugeben sei, daß die Bewaffnung der Polizeimannschaften den Anforderungen, die an sie gestellt würden, nicht genüge. Ihm sei vom Hauptamt der Ordnungspolizei vor einigen Tagen zugesagt worden, daß für eine bessere Bewaffnung auch der Gendarmerie gesorgt werden solle. Die Schwierigkeiten, die sich der Motorisierung entgegenstellten, seien zur Zeit nicht zu beseitigen.

Generalmajor Haseloff wendet sich zunächst gegen die in offener und versteckter Form zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß es an der Zeit sei, daß die Wehrmacht die Dinge in die Hand zu nehmen habe. Solche Auffassungen seien völlig abwegig. Die der Wehrmacht gegebenen Befehle seien absolut eindeutig; sie besagten, daß für die Sicherheit des Landes allein der Reichsführer SS und seine Organe zuständig seien und die Wehrmacht die Organe des Reichsführers insoweit zu unterstützen habe, als dies ihre eigentlichen Aufgaben zuließen. Einmal habe die Wehrmacht die Aufgabe, den

Nachschub und die Schlagadern der Ostfront zu schützen, ferner den Schutz für die wichtigsten durch das Generalgouvernement führenden Eisenbahnen und Verkehrsstraßen in der Ost-West-Richtung zu übernehmen. Durch diese Aufgabe werde die Masse der Kräfte gebunden. Eine zweite Aufgabe liege in der Ausbildung von Rekruten als Ersatz für die kämpfende Truppe. Soweit es die Kräfte zuließen, habe man darüber hinaus die Unterstützung der Organe des Reichsführers sicherzustellen und die Sicherheit des Landes zu gewährleisten. Insgesamt habe man gegenüber einer Zahl von 9 ooo Mann Polizei etwa mit 25 ooo bis 3o ooo Mann zu rechnen, die einsatzmäßig zur Verfügung ständen. Für die eigentlichen Sicherungsaufgaben ständen rd. 25 Landesschützenbataillone zur Verfügung. Daneben ständen zwei Reservedivisionen. Der Name täusche leicht über den Charakter dieser Truppe. Die Reservedivisionen seien nichts anderes als Formationen zur Ausbildung von Rekruten. Ferner habe man rd. 1. Dutzend Bataillone, die lediglich zur Kriegsgefangenenbewachung dienten. Schließlich ständen noch etwa lo Bataillone landeseigener Verbände zur Verfügung. Es seien Georgier, Armenier, und ähnliche Truppen, die in besonderen Verbänden zusammengefaßt seien. Die Masse der militärischen Kräfte sei durch den Objektschutz gebunden, einen Teil davon habe man zum Schutze von Industriewerken und lebenswichtigen Anlagen des Nachschubes für die Ostfront einsetzen können, für Betriebsstofflager, Verpflegungslager usw..

Die Masse der Reservedivisionen habe man weitgehend zur Sicherung des Landes in Form der Stützpunkte eingesetzt. Die ostvölkischen Bataillone seien nur bedingt einsatzfähig, weil sie gerade in diesem Raum die Möglichkeit hätten, sich mit der Bevölkerung zu verständigen, und im besonderen Maße der feindlichen Propaganda ausgesetzt seien. Das einzige, was zur Zeit für die

Sicherung des Landes zur Verfügung stehe, seien die 25 Landesschützenbataillone. Befehle, die ostvölkischen Bataillone abzugeben, lägen bereits vor. Diese Truppe müsse der Beeinflussung durch die polnische Bevölkerung entzogen werden, weil die Erfahrung gezeigt habe, daß sie unter diesem Einfluß immer mehr zerfalle. Ob es der obersten Führung möglich sein werde, als Ersatz dafür andere Kräfte zu geben, sei zu bezweifeln. Die Truppen der Reservedivisionen beständen nur zu einem kleinen Teil aus ausgebildeten Leuten, nämlich den Ausbildern; alles andere seien Rekruten, die als Ersatz für die Ostfront ausgebildet würden. Angesichts der schweren Kämpfe im Osten sei damit zu rechnen, daß dieser Ersatz verhältnismäßig schnell angefordert werde.

Nach alledem müsse er feststellen, daß die Kräfte der Wehrmacht außerordentlich beschränkt seien. Gleichwohl sei man bereit, sich bis an die Grenze der eigentlichen Aufgabenstellung für die Sicherheit des Landes einzusetzen und Kräfte dafür zur Verfügung zu stellen. Aber auch diese Möglichkeit sei begrenzt.

Wenn die Vertreter der Werke unter anderen von dem Einsatz einer Wachkompanie gesprochen hätten, so müsse er schon gegen diesen Ausdruck Stellung nehmen. Diese Kompanien seien nicht etwa lediglich zum Schutze des Werkes eingesetzt, sondern sollten den gesamten Raum schützen. Die Truppe müsse auf dem Lande eingesetzt werden und schon durch ihre Anwesenheit wirken.

Eine Großaktion habe nach Auffassung des Wehrkreiskommandos nur Zweck, wenn sie mit ausreichenden Kräften durchgeführt werde. Die Kräfte, die dafür zur Verfügung stünden, reichten aber nicht aus, um für eine Großaktion einen Erfolg in Aussicht zu stellen. Deshalb werde der Einsatz von Kräften zur Zeit für Großaktionen abgelehnt. Man halte das Stützpunktsystem für das richtige. Die Truppe müsse sich im Lande zeigen und durch ihre Anwesenheit wirken, weil sie nicht stark genug sei, die Dinge an der Wurzel anzupacken.

Für das Erdölgebiet lägen die Verhältnisse etwas anders, und man habe sich damit einverstanden erklärt, daß dort nicht Stützpunkte eingerichtet, sondern einzelne Kompanien eingesetzt würden.

Daß der Einsatz der Truppe zuweilen an gewissen Zuständigkeitsfragen scheitere, sei wohl nicht richtig. Die Truppe sei dort, wo sie sich befinde, durchaus bereit für den Einsatz und auch schnell einsatzfähig. Er gebe zu, daß es örtlich einmal infolge der Unzulänglichkeit eines einzelnen Führers vorkommen könne, daß die Dinge nicht funktionierten.

Was die Frage des Selbschutzes angehe, so müsse es vom Standpunkt der Wehrmacht abgelehnt werden, daß Militärwaffen, Maschinengewehre usw. in die Hand der deutschen Bevölkerung gegeben würden. Die Erfahrungen sprächen ganz klar dafür, daß derjenige, der über solche Waffen verfüge, häufig das Ziel der Angriffe der Widerstandsbewegung sei. Gegen eine Bewaffnung der deutschen Bevölkerung mit Pistolen und Schrotgewehren sei nichts einzuwenden.

Wenn immer wieder die Forderung erhoben werde, dieses und jenes Werk zu schützen, so müsse dem entgegengehalten werden, daß die Wehrmacht nicht alles schützen könne. Sowohl bezüglich der Aufgabenstellung wie auch bezüglich der örtlichen Verlagerung der Kräfte müsse man Schwerpunkte bilden. Zur Zeit sei es jedenfalls nicht möglich, das ganze Land mit den vorhandenen Kräften zu schützen. Wenn die Wehrmacht die Aufgabe erhalte, für die Einbringung der Ernte zu sorgen, dann könne sie nicht gleichzeitig alle Rüstungswerke bewachen. Leider glaube jede Stelle befugt zu sein, aus der Not der örtlichen Verhältnisse heraus Truppenteile der Wehrmacht oder Polizei usw. zum Einsatz anzufordern. Es gebe keine Stelle, die über die Vordringlichkeit dieser Forderungen urteile. Hier müsse ein System gefunden werden, das zu einer vernünftigen Regelung dieser Dinge führe. Auf Grund des Befehls, nach welchem

die Verantwortung für die Sicherheit des Landes bei den Organen des Reichsführers liege, sei es dazu gekommen, daß zahlreiche Führungskräfte der Wehrmacht bei diesem Einsatz ausgeschaltet würden. Wenn Bataillone und Regimenter eingesetzt und der Polizei unterstellt würden, dann würden automatisch die höheren militärischen Führer ausgeschaltet. Wenn es gelinge, durch eine Änderung der Organisation in der unteren Instanz diese Kräfte nutzbar zu machen, dann werde man auch etwas erreichen.

Das Wehrkreiskommando sehe keine Möglichkeit, die mit den zur Zeit vorhandenen Sicherheitskräften eine endgültige Bereinigung der Sicherheitsfrage durchzuführen. Eine solche endgültige Bereinigung werde nur möglich sein, wenn viel Truppen ins Land gelegt würden. Der Versuch sei vor wenigen Monaten auf Anregung des Herrn Generalgouverneurs gemacht worden und sei bei den militärischen Stellen in Berlin auf grosses Verständnis gestoßen, dann sei aber dieser Vorschlag der Ablehnung verfallen, weil Gründe der militärischen Lage dagegen gesprochen hätten. Inzwischen habe sich die Lage wohl nicht gebessert, und man könne kaum erwarten, daß die oberste Führung mehr Kräfte zur Verfügung stellen werde. Man müsse deshalb versuchen, mit den vorhandenen Kräften die Höchstleistung zu erreichen.

General der Polizei SS-Obergruppenführer <u>von dem Bach-Zelewski</u> führt aus: Es ist das Recht einer kämpfenden Truppe, die Gesamtlage nach dem Frontabschnitt zu beurteilen, an dem die Truppe gerade kämpft. Wir wissen, daß die Truppe, die im Hauptkampf liegt, wenn sie Erfolge hat, optimistisch ist, daß die Truppe, die den Hauptstoß des Gegners auszuhalten hat und sich mühselig hält, die Gesamtlage vielleicht als schlechter

ansieht, als das wirkliche Bild ist, das die oberste Truppenführung hat, bei der alle Fäden zusammenlaufen.

In der gesamten Bandenbekämpfung Europas führe ich die Zentrale, bei der alle Meldungen über sämtliche Banden in Europa eingehen. Ich nehme für mich in Anspruch, vielleicht das klarste Bild sowohl über die Bandentätigkeit als auch über unsere eigenen Kräfte zu haben. Und auf die Gefahr hin, daß mich die einzelnen Betriebsleiter steinigen, muß ich doch sagen: ich wünschte,überall wären die Gebiete, für die ich im Auftrag des Reichsführers mit verantwortlich bin, so restlos befriedet wie das Generalgouvernement. Ich muß das einmal ganz offen aussprechen. Das Generalgouvernement macht mir in dieser Richtung die wenigsten Sorgen, auch dem Führer und dem Reichsführer SS. Ich kann mir das nur so erklären, - und ich bitte, das nicht als Schmeichelei aufzufassen, - daß hier eben die große Linie der Politik richtig war und daß hier Männer am Ruder sind, die auch die Nerven haben, schwere Zeiten durchzustehen. Darauf allein kommt es an.

Die meisten der Herren, die hier gesprochen haben, - vielleicht mit Ausnahme des Herrn Vertreters des Wehrkreisbefehlshabers - haben, wenn das auch berechtigt sein mag, nur ihre eigene Sparte gesehen, wie ich ja auch nur die Bandenbekämpfung sehe, was mein gutes Recht ist. Maßgebend dür die gesamte Bandenbekämpfung in Europa ist natürlich die gesamte politische Lage und vor allem die gesamte Frontlage. Die können Sie im einzelnen nicht so beurteilen, wie es bei uns in der Zentrale möglich ist, in der alles systematisch ausgewertet wird. Jeder kleine Rückschlag an irgendeiner Front macht sich sofort negativ bemerkbar, und das ist psychologisch verständlich.

Nun hat jeder von Ihnen sich wohl schon Gedanken gemacht, wie man gegen eine Verschlechterung und für eine Besserung der Sicherheitslage kämpfen kann, und jeder von Ihnen ist zu der gleichen Auffassung gekommen, die ein normal denkender Mensch haben muß: man befriedet ein Gebiet, indem man die Objekte in Gestalt der Bahnlinien und Werke usw. schützt, indem man die Banden durch kleine oder große Unternehmungen bekämpft und indem man das Gebiet durch Errichtung von Stützpunkten befriedet. Wenn wir also vollkommene Handlungsfreiheit hätten, dann würde eine solche Aufgabe leicht zu erfüllen sein. Eine - ich möchte fast sagen - kindliche Auffassung, wie sie bei einzelnen Sparten aus den Verhältnissen eines Gebietes heraus zum Ausdruck kommt, man könnte eine Besserung durch Änderung der Führung erzielen, muß ich genau so wie der Herr Vertreter des Wehrkreisbefehlshabers als völlig unsachlich ablehnen. Denn die Grundlagen sind ja hier gegeben, sonst müßte es Gebiete geben, in denen andere Zuständigkeiten herrschen. Aber die Grundlagen beweisen, daß die Entwicklung überall die gleiche ist. Wir haben im Operationsgebiet auch nicht weniger Sabotageakte von Banden, nicht weniger Sprengungen usw. als in dem Gebiet, in dem wir zuständig sind. Ich glaube also, daß ein solcher Antrag nur ein Lächeln hervorrufen würde. Denn schließlich kann der Führer allein anhand der gesamten Lage, wie sie ihm von Wehrmacht und Polizei gemeinsam darlegt wird, einen Überblick über die Dinge haben. Wenn der Beweis erbracht werden könnte, dann selbstverständlich wäre uns jedes Mittel, das im Interesse Deutschlands etwas ändern könnte, recht. Solange dieser Beweis nicht erbracht ist, muß auch dem Befehl des Führers gefolgt werden, und daran wird niemals gerüttelt werden. Wofür der Einzelne zuständig ist, bestimmt allein der Führer.

Es liegt schon eine gewisse Untreue darin, einen solchen Befehl des Führers in die Diskussion zu werfen.

So gibt es denn für die verantwortlichen Stellen nur die eine Frage: wie befriede ich das Gebiet mit den vorhandenen Mitteln? Welche Mittel zur Verfügung stehen, bestimmen der Führer und seine Organe beim OKW oder beim Reichsführer SS. Ich kann als verantwortlicher Mann in ganz bestimmten Gebieten nicht mit Wunschträumen hausieren gehen und sagen: ja, wenn meine Leute genau so bewaffnet wären wie die Banditen, dann wäre es leicht, sie zu überwinden. Wenn unsere Front immer die Waffen des Gegners gehabt hätte, dann gäbe es keinen Krieg mehr. Das ist ja unser Stolz, daß wir trotzdem überall so gestanden haben und auch heute noch stehen, trotzdem wir überall nicht nur zahlenmäßig, sondern auch technisch in manchen Dingen nicht so ausgerüstet waren, wie wir es wünschen und erträumen.

Genau so wird es mit der Bandenbekämpfung immer sein. Wenn die Front Waffen braucht, können wir keine bekommen. Wir stehen als Deutsche auf dem Standpunkt, daß der Geist und nicht nur die Waffe maßgebend ist.

Was die Herren Wirtschaftsführer und der Herr Rüstungsinspekteur gesagt haben, möchte ich warm unterstützen. Wie der Vertreter der Wehrmacht begrüße auch ich jede Unterstützung, die sachlich ist. Ob die notwendigen Kräfte vorhanden sind, muß aber an den oberen Stellen entschieden werden. Die Wehrmacht hat ja schließlich auch wichtigere Aufgaben zu erfüllen, die reinen Sicherungsaufgaben kommen erst an zweiter Stelle. Das gilt leider auch für die Kräfte des Reichsführers. Wenn uns für den Bandenkampf alle erforderlichen Kräfte zur Verfügung ständen, dann würde es im Generalgouvernement kein Bandentum mehr geben. Ich muß genau so wie der Führer an der Front nach Schwerpunkten suchen. Und dafür muß ich die Kräfte, die ich habe, - nicht, die ich haben könnte, - einsetzen.

Ich glaube, daß für diejenigen, die dem Herrn Generalgouverneur für die Sicherheit dieses Raumes verantwortlich sind, die Fragestellung lauten müßte: wie nutzen wir in diesem Raum die Kräfte bis zum letzten aus? Dann müßte der für dieses Gebiet allein Verantwortliche die letzte Frage allein beantworten: wo leiste ich bewußt Verzicht, um an anderer Stelle den Schutz zu verstärken? Ich kann nicht gleichzeitig den Bahnschutz und den Objektschutz verstärken. Wenn der Herr Generalgouverneur persönlich oder nach Rücksprache mit dem Führer der Auffassung ist, der Bahnschutz rangiere nach dem Objektschutz der Rüstungsindustrie, und man nimmt in Kauf, daß mehr Sabotageakte bei der Bahn stattfinden, dann kann man die Kräfte entsprechend verschieben. Ich bin der Ansicht, daß man bei einer restlosen Arbeit auf diesem Gebiet noch viel erreichen könnte. Der Befehlshaber der Ordnungspolizei hatte schon Recht, wenn er von seinem Standpunkt aus von einer Befriedung sprach. Der Herr Generalgouverneur hatte befohlen, daß als lebenswichtig in erster Linie die Ernte beschützt werden müsse. Wenn diesem Befehl auch im Interesse des deutschen Volkes nachgekommen wird, dann lassen sich eben einzelne Sabotageakte auf anderen Gebieten nicht verhindern. Im großen und ganzen ist es erstaunlich, was im Generalgouvernement geschaffen worden ist. Ich wünschte, es wäre nur ein kleiner Teil davon auch in der Ukraine geschaffen worden, trotzdem die dort vorhandenen Kräfte das Vielfache der hiesigen ausmachen. Wenn ich von den geringen Zahlen höre, dann bin ich eigentlich erstaunt, daß es überhaupt noch so gut geht. Der Herr Generalgouverneur wird sich wohl auch darüber gewundert haben. Das ist nicht auf den Objektschutz, sondern augenscheinlich auf die gesamte Befriedung und die in diesem Raum getriebene Politik zurückzuführen.

Ich bin der Überzeugung, daß man im Grunde genommen keinen Raum nur mit Polizei und Wehrmacht schützen kann. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht, weder in Kroatien, noch in Serbien, noch in Frankreich. In erster Linie wird ein Raum durch politische Maßnahmen befriedet, und Wehrmacht wie Polizei können diese Maßnahmen nur unterstützen.

Der Herr Vertreter der Wehrmacht hat mit Recht der Ansicht Ausdruck gegeben, daß eine Bewaffnung allgemein nicht in Frage komme. Wir haben die gleichen Erfahrungen auch in anderen Gebieten gemacht und könnten nur wünschen, daß wir jetzt in anderen besetzten Gebieten nicht die Sorge mit unserem Selbstschutz hätten und die Waffen nicht wieder zurückholen müßten, die wir zum Schutze der Objekte ausgegeben haben. Die Erfahrungen der letzten Zeit zwingen zur äußersten Vorsicht. Letzten Endes bleiben nur die Deutschen übrig, die wirklich etwas schützen können. Alle anderen sind schwankend, wenn die Lage kritisch wird.

Ob Großunternehmen oder Selbstschutz auf Stützpunkten , - dieser Entschluß muß sich von Fall zu Fall und je nach der Gegend ändern. Wenn z.B. jenseits des Bugs eine Bande von 8 ooo Mann im Entstehen ist, was man schon im Anfang feststellen kann, dann muß die höhere Führung an bestimmten Schwerpunkten geschlossene Formationen bereit halten, um der drohenden größeren Gefahr entgegen zu wirken. Solche Maßnahmen dürfen nicht immer nur vom eigenen Standpunkt aus beurteilt werden.

Die Errichtung von Stützpunkten hat auf die Qualität der Truppe keine günstige Wirkung. Die Ausbildung wie auch die ganze Moral einer Truppe leidet unter diesem Stützpunktsystem. Die Truppe muß beweglich gehalten werden, da sonst ihr Angriffsgeist verlorengeht. Diese Frage muß deshalb von Fall zu Fall von den verantwortlichen Stellen des Reichsführers nach Aussprache mit

der Wehrmacht entschieden werden.

Der Herr Generalgouverneur faßt das Ergebnis der Beratung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung zusammen und führt aus:

Aufgabe der heutigen Besprechung war es hauptsächlich, unter völlig offener Darlegung aller Erfahrungen, Wünsche und Beschwerden die Lage zur Kenntnis zu nehmen, und zwar zu dem klar ausgesprochenen Zweck, das nur irgendwie Mögliche zur Aufrechterhaltung bzw. Wiederherstellung der Sicherheit dieses Raumes, insbesondere im Hinblick auf die Rüstungsindustrie zu gewährleisten. Ich danke allen Teilnehmern der Sitzung für ihr Interesse an der Beratung. Mir ist nunmehr klar und eindeutig die Möglichkeit gegeben, diese Frage in der nächsten Zeit aktiv einer Lösung zuzuführen. Sie können sich darauf verlassen, daß von mir mit aller Entschiedenheit das nur irgendwie Mögliche geschehen wird.

Ich möchte aber ganz besonders darauf hinweisen, daß die offenen Darlegungen der Wirtschaftsführer von uns ebenso offen auch aufgenommen wurden. Ich bitte die Herren Wirtschaftsführer, von alledem, was in diesem Rahmen gesprochen oder erörtert wurde, in keiner Weise, sei es auch nur im engsten Kreise ihrer unmittelbarsten persönlichen, geschäftlichen oder beruflichen Beziehungen, das geringste verlautbaren zu lassen. Im Gegenteil, ich weise alle an, weithin vernehmbar durchblicken zu lassen, daß die polizeiliche Sicherheit, vor allem auch die Personalsbestandslage unserer Sicherheitskräfte denkbar günstig ist und sich jeder Zeit weiterentwickeln wird. Von Ihnen, meine Herren, muß ein gläubiger Optimismus auf dem Sicherheit ausstrahlen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, daß es abwärts geht. Es geht nicht abwärts! Es wäre vollkommen falsch, daß Sie die ernsten sachlichen Darlegungen der Lage etwa dahin verstehen würden, daß wir

einer Katastrophe entgegengehen. Aus den Ausführungen des Vertreters des Reichsführers SS haben wir vernommen, daß unser Generalgouvernement, was die Sicherheitslage angeht, eine sehr gute Note besitzt. Das muß uns schließlich einen gewissen Auftrieb geben, und gerade weil diese gute Note besteht, müssen wir uns bemühen, sie zu erhalten.

Ich werde selbstverständlich mit aller mir zur Verfügung stehenden Energie bei der höchsten Stelle zu veranlassen suchen, daß unsere polizeilichen Sicherheitskräfte und auch die Kräfte der Wehrmacht hier im Raum möglichst gesteigert werden, weil das Gebiet des Generalgouvernements als relativ befriedetes Gebiet von größter Wichtigkeit für die gesamte Wirtschaft, insbesondere die gesamte Rüstungsindustrie des Reiches ist. Ich glaube, daß das, was wir heute hier erarbeitet haben, ein trostreicher Ausblick in die Zukunft ist. Es freut mich vor allem, daß wir uns alle grundsätzlich darüber einig sind, wie richtig die politische Linie ist, die wir in diesem Raum von Anfang an unter den schwierigsten Umständen aufgerichtet haben. Es kommt nämlich lediglich darauf an, die Arbeitspotens dieses Raumes in sachlicher und menschlicher Beziehung dem Deutschen Reich so oder so sicherzustellen.

Ich schließe damit die Beratung des ersten Gegenstandes der Tagesordnung ab. Ich übertrage nunmehr den Vorsitz Herrn Staatssekretär Dr.Bühler; denn ich möchte noch im unmittelbaren Anschluß an die Beratung mit dem Herrn Vertreter des Reichsführers SS über das Ergebnis der Beratung sprechen.

Nach einer kurzen Pause wird in die Beratung des zweiten Gegenstandes der Tagesordnung eingetreten:

Fragen der Arbeitsordnung und der Arbeiterversorgung.

Hauptabteilungspräsident Dr. Emmerich führt einleitend aus:

Neben dem Problem der Sicherheit stehe als zweites Problem die Frage, wie den Polen, die im deutschen Interesse arbeiteten, die Grundlagen gegeben werden könnten, die sie arbeitsfähig erhielten, die sie und ihre Familien mit ihrem Los zufrieden machten und die Grundlagen für die Betriebsdisziplin schüfen. Die von dem Herrn Generalgouverneur vor Monaten angeordneten Maßnahmen vor allem auf dem Ernährungssektor, aber auch auf dem gewerblichen Sektor in Gestalt der Versorgung mit Textilien, Schuhwaren, Haushaltsgegenständen usw. seien am 1.September, auf dem Rüstungssektor schon früher angelaufen und würden am 1.Oktober endgültig wirksam werden. Diese Maßnahmen seien von der Wirtschaft als zweckmäßig anerkannt worden, hätten sich auch auf den Arbeitsprozeß durchweg günstig ausgewirkt. In der Sitzung vom 17.September sei allerdings eine Einschränkung insofern gemacht worden, daß, selbst wenn der Arbeitswillige Pole auf den Schleichhandelsbezug nicht mehr angewiesen sei, er mit dem Arbeitsentgelt nach den Tarifbedingungen nicht auskomme, um die offiziell zugeteilten Warenmengen auf Grundlage der amtlich genehmigten Preise zu kaufen. Damit sei also eine Frage der Tariferdnung aufgerollt worden.

Generalleutnant Schindler weist darauf hin, daß es sich vor allem darum handle, die Lohnhöhe den gesteigerten offiziellen Preisen derjenigen Gegenstände anzupassen, die heute auf Karte, also gewissermaßen legal, den Arbeitern angeboten würden. Nach Feststellungen

verschiedener Betriebsführer seien die Preise um das Dreifache gestiegen, während allgemein die Löhne auf dem Vorkriegsniveau, zum Teil darunter lägen.

Demgegenüber stellt Präsident Dr.Struwe fest, daß die Löhne im allgemeinen höher seien als früher. Der Lohnstop habe überhaupt nicht gehalten werden können, weil die große Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen bestanden habe. Das Ziel der Bestrebungen aller Instanzen der Regierung sei es gewesen, der Bevölkerung ein Existenzminimum unter Zugrundelegung amtlicher Preise zu garantieren. Der Start dieser Regelung sei am 1. September erfolgt oder werde am 1.Oktober erfolgen.

Nun werde behauptet, daß die Polen mit den Tariflöhnen, die sie jetzt erhalten sollten, nicht auskommen könnten. Er habe auf Grund von genauen Berechnungen festgestellt, was der Mann erhalte, der zum bevorzugten Personenkreis gehöre, dem Kreis der Schwerarbeiter und Schwerstarbeiter, und zwar einschließlich seiner Frau und mit 3, 4 und 6 Kindern. Danach könne das, was zugeteilt werde, von ihm auch gekauft werden. Allerdings müsse man die Aufwendungen für Wohnungsmiete, elektrischen Strom, Gas, Feuerung, Bekleidung, Straßenbahn und andere Nebenkosten in einem bestimmten Prozentsatz im Lohn berücksichtigen, um das Existenzminimum sicherzustellen. Man habe deshalb für diese Nebenkosten in den einzelnen Gruppen bestimmte Lohnsummen eingesetzt. Bei der Tarifgestaltung sei man von dem Grundsatz ausgegangen, daß die Höhe der Lebensmittelpreise eine feststehende Tatsache sei, auch die Kosten der Miete, des elektrischen Stromes, die Kosten für Gas und Feuerung einigermaßen klar festgestellt werden könnten, daß dagegen aber die Kosten für die Beschaffung eines Arbeitsanzuges in Höhe von 12o Zloty

nicht berücksichtigt werden könnten. Hier müßten andere Mittel und Wege gefunden werden; denn man könne das ganze Lohngefüge nicht dadurch umstürzen, daß für bestimmte Spinnstoffartikel Preise zugrunde gelegt würden, die einfach nicht tragbar seien.

Die Betriebsführer Dr. Richter, Hoffmann und andere legen unter Anführung zahlreicher Beispiele dar, daß sich im allgemeinen die Lebenshaltungskosten verdoppelt bis verdreifacht hätten, während in den Löhnen gegenüber der Friedenszeit kaum eine Änderung eingetreten sei.

Ministerialrat Dr. Schulte-Wissermann nimmt zu der Frage Stellung, ob tatsächlich Preiserhöhungen in einem solchen Umfange stattgefunden hätten. Sobald man sich in die Einzelheiten vertiefe, werde man feststellen, daß es alle möglichen Unterschiede gebe, die man berücksichtigen müsse, bevor man überhaupt vergleichsfähige Unterlagen habe Es gehe nicht an, Nichtvergleichbares miteinander zu vergleichen. Man dürfe z.B. nicht irgendeine Qualität Rindfleisch mit der besten Qualität vergleichen, sondern müsse die Vergleichsunterlagen gegeneinander abstimmen. Ebenso wenig sei es möglich, illegale und legale Preise miteinander zu vergleichen. So sei z.B. behauptet worden, daß ein Ei 16 oder 2o Groschen koste; einen solchen Eierpreis gebe es nicht. Es komme aber jedenfalls in manchen Einzelfällen vor, daß amtliche Zuteilungen nicht zum amtlichen Preis berechnet würden. Wenn der Zuteiler sich einen Preis zahlen lasse, der über dem amtlichen Preise liege, so müßte das der Preisüberwachung gemeldet werden. Es habe keinen Zweck, darüber zu sprechen, daß jemand 2,2o Zloty für Fleisch bezahlt habe, sondern man müsse die richtigen amtlichen Unterlagen haben, um das, was man überhaupt nebeneinander legen könne, nebeneinander zu legen.

Es bedürfe genauester Prüfung, um nach dieser Richtung keine Fehlschlüsse zu ziehen. Im übrigen seien tatsächlich für den überwiegenden Teil aller für die Lebenshaltung des Einzelnen in Betracht kommenden Gebiete auch auf dem amtlichen Sektor zum Teil ganz wesentliche Preissteigerungen eingetreten. Die Preissteigerung sei vielleicht trotz des Hinweises auf die Warschauer Verhältnisse auf dem Gebiete der Mieten am geringsten. Denn hier gebe es amtlich zunächst nur den Mietstop, der in der Preisverordnung verankert sei, daneben nur Einzelpreisfeststellungen. Sollten wirklich die Mietpreise in Warschau in großem Umfange erhöht worden sein, so könne es sich hur um illegale Preise handeln. Zuzugeben sei, daß in Warschau für Wohnungen vielfach illegale Preise gezahlt würden. Aber es gälten amtlich auch in Warschau die Bestimmungen wie im übrigen Generalgouvernement.

Bei den Lebensmitteln müsse man im großen Schnitt von einer Erhöhung, die mindestens 5o - 8o %, ja sogar loo % betrage, sprechen. Die Begründung dafür liege wohl ganz allgemein darin, daß man im Generalgouvernement schon vor dem Kriege immer von der sogenannten Preisschere gesprochen habe, von der eigenartigen Preisdifferenz zwischen landwirtschaftlichen und gewerblichen Erzeugnissen, wobei die landwirtschaftlichen Erzeugnisse relativ schlecht abgeschnitten hätten. Daß sich diese Preisschere in der Situation, in der sich Deutschland und ganz Europa auf dem Lebensmittelsektor zur Zeit befinde, ganz besonders ungünstig habe auswirken müssen, sei klar. Infolgedessen sei man aus produktionspolitischen Gründen gezwungen gewesen, eine Reihe von Preiserhöhungen auf dem Lebensmittelsektor vorzunehmen. Ein weiteres wichtiges Gebiet in dieser Hinsicht seien die Bekleidungsgegenstände, wobei zwischen Schuhwerk und Textilien zu unterscheiden sei.

Der Preis des Schuhwerkes werde etwa um 100 % gestiegen sein, was zum Teil mit Schwierigkeiten besonders in der Lederfertigung wie auch in der Schuhfertigung selbst zusammenhänge. Zum Teil liege es auch daran, daß der Rohstoff für das Leder angesichts der Viehpreise fortgesetzt teuerer werden mußte. Bei den Textilien könne man mit einer Preiserhöhung zwischen 200 und 300 % rechnen. Die Textilpreiserhöhung sei darauf zurückzuführen, daß Textilien, nachdem Polen früher in gewisser Hinsicht hier Selbstversorger gewesen sei, wesentlich aus dem Reich eingeführt werden müßten.

Wenn jetzt bei der <u>Feuerung Torf</u> an die Stelle von Kohle gesetzt worden sei, so dürfe auch hier wieder nicht vergleichbares Material nicht miteinander verglichen werden. Torf sei nicht gleich Kohle zu setzen, vor allem seien auch die Möglichkeiten der Torfgewinnung ganz anders als die der Kohlegewinnung. Daß der Arbeiter vielleicht lieber Kohle statt Torf haben möchte, sei verständlich; aber der Preiskommissar könne nichts daran ändern, daß die Kohlensituation so angespannt sei und man dem Arbeiter für seine Hausbrandzwecke keine genügenden Mengen an Kohle zur Verfügung stellen könne. Die Torfgewinnung sei zum größten Teil erst während des Krieges angelaufen und habe zu außerordentlichen Preisen führen müssen, die man zuerst überhaupt nicht habe genehmigen wollen. Auf die dringende Bitte der Wirtschaft habe man sich bereit gefunden, den erhöhten Torfpreis zu genehmigen, damit überhaupt eine Produktion möglich sei.

Was die Preise für elektrischen Strom und Gas angehe, so hätten da die Verhältnisse der Vorkriegszeit sehr unterschiedlich gelegen; neben niedrigen habe es sehr hohe Preise gegeben. Die Politik seiner Dienststelle sei während des Krieges darauf ausgerichtet

worden, eine gewisse Vereinheitlichung herbeizuführen. Das sei nicht in allen Fällen gelungen, vor allem sei es nicht möglich gewesen, die Richtpreise zu halten, und deshalb hätten nicht unwesentliche Verteuerungen vorgenommen werden müssen. Es sei aber außerordentlich schwer, hierfür einen einheitlichen Satz zu nennen, da die Verhältnisse bei den einzelnen Elektrizitäts- und Gaswerken außerordentlich verschieden lägen. Die für Pionki und andere Werke genannten Preise müßten wohl als Werkpreise nicht eigentlich als Verbraucherpreise bezeichnet werden und seien deshalb in der Vorkriegszeit so sehr gering gewesen.

Er gebe zu, daß auch hinsichtlich der Haushaltswaren starke Preiserhöhungen eingetreten sind. Bei der Mannigfaltigkeit dieser Erzeugnisse könne dafür ein einheitlicher Satz nicht genannt werden.

Die handwerklichen und Transportleistungen hätten eine wesentliche Verteuerung erfahren. Hier handle es sich hauptsächlich um Verteuerungen im nichtamtlichen Sektor. Zugegeben werden müsse, daß während ein großer Teil der vorher genannten Erzeugnisse zu amtlichen Preisen zugeteilt werde, bei handwerklichen und Transportleistungen eine Preisfestsetzung nur zu einem ganz geringen Teil durchgeführt worden sei.

Er bitte, in der heutigen Besprechung nicht allzu sehr mit konkreten Zahlen zu arbeiten. Bevor man mit solchen Zahlen arbeite, müsse man sich erst genau über die Unterlagen verständigen. Er sei bereit, diese Unterlagen von seiner Dienststelle, wo sie sämtlich vorhanden seien, ohne weiteres zur Verfügung zu stellen, glaube aber, daß es in diesem Gremium viel zu weit führen würde, eine Lebenshaltungszahl auszurechnen, die man im allgemeinen nur nach schwierigen Untersuchungen feststellen könne. Die Regierung des Generalgouvernements habe sich lange bemüht, festzustellen,

um wieviel die Lebensverhältnisse im Generalgouvernement teuerer seien als im Reich. Man sei noch nicht zu einer endgültigen Feststellung gekommen, so daß z.B. die Frage der Festsetzung der Beschäftigungsvergütung für die Beamten noch nicht restlos gelöst sei. Er gebe aber ohne weiteres zu, daß auf allen wesentlichen Gebieten, vielleicht abgesehen von der Miete, bedeutende Preissteigerungen eingetreten seien, die über 2oo % hinausgingen.

Betriebsführer Scholze bezeichnet es als unerheblich, ob nun die Vergleiche ganz genau stimmten. Die von den Betriebsführern über die Erhöhung der Preise gemachten Angaben genügten vollkommen, um den Beweis zu führen, daß auf dem Gebiete der Lebensmittel z.B. fast überall eine Preissteigerung eingetreten sei Die Diskrepanz zwischen Löhnen und Lebenshaltungskosten sei damit gegeben, und kleine Unterschiede könnten dabei keine Rolle spielen.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß es der Ostbahn angesichts gewisser dienstlicher Umstände gelungen sei, ihren Betrieb mit allen festen Anlagen so zu modernisieren, daß er ein durchaus europäisches Gesicht habe und in fast allen seinen Teilen neuzeitlicher sei als in vielen Bezirken des Reiches. Zusammen mit der günstigen Kriegskonjunktur ermögliche das zur Zeit der Ostbahn trotz der geringeren Leistungen der Polen heute noch wohl als einzigem Betrieb im Generalgouvernement zwar nicht die alten Tarife, aber höchstens die Reichstarife festzuhalten. Der Lohnabfall sei an sich außerordentlich hoch. Die Ostbahn beschäftige 145 ooo Nichtdeutsche, von denen etwa 6o ooo gelernte Arbeiter seien: Gleisarbeiter, Güterbodenarbeiter usw.. Das Lohnniveau sei gegenüber der

Friedenszeit unbedeutend höher. Die 6o ooo Menschen, von denen er spreche, arbeiteten unter dem Friedenslohn. Das sei für viele nur deshalb erträglich, da sie auf dem Lande wohnten und, wenn sie auch nicht Selbstversorger seien, doch ein kleines Gärtchen hätten, dessen Erträge ihnen ermöglichte, überhaupt zu leben. Im ganzen jedenfalls komme man kaum über die bei der polnischen Staatsbahn gezahlten Friedenslöhne hinaus. Auf diesem Lohnniveau könne der Mensch im Generalgouvernement kaum leben. Die Verwaltung der Ostbahn stehe auf dem Standpunkt, daß abgesehen von Warschau eine bis zu 5o % gehende Verteuerung der Lebenshaltungskosten stattgefunden habe, der die Löhne nicht gefolgt seien. Andererseits stehe man bei der Ostbahn auf dem Standpunkt, daß besonders mit Rücksicht auf die Ausbesserungswerke mit allen Mitteln vermieden werden müsse, den Lohnanteil am Fertigprodukt zu erhöhen, weil im polnischen Arbeiter noch große Leistungsreserven steckten, die erfaßt werden müßten. Die Grundlage dafür scheine durch die bessere Ernährung gegeben zu sein. Weiter müßte versucht werden, für das Tarifsystem eine größere Elastizität zu erreichen. Er komme zu dem Ergebnis, daß der Festlohn nur einen gewissen Prozentsatz, wenn nicht 2o %, so 5o % betragen dürfte. Das entspreche absolut der Mentalität des Ostarbeiters und auch des polnischen Arbeiters, und deshalb sollte man diese Mentalität mit allen Mitteln unterstützen. Es müßte möglich sein, den Lohnanteil am Fertigprodukt auf der bisherigen Höhe zu halten. Es nütze nichts, wenn der einzelne Arbeiter mehr Lohn erhalte und im gleichen Augenblick das, was er kaufen müsse, ihn soundsoviel mehr koste. Deshalb müßte damit parallel gehen der Aufbau einer Industrie für Konsumgüter: den im deutschen Interesse arbeitenden Betrieben müßten ähnlich wie in der Landwirtschaft

Konsumgüter an die Hand gegeben werden, die zu Festpreisen verkauft würden. Unter dieser Voraussetzung werde es gelingen, mit viel weniger Arbeitern dasselbe zu erreichen, was man heute etwa mit der großen Zahl von 45 ooo Arbeitern erreiche. Die Leistung würde dann mit 2o ooo Arbeitern auch vollbracht werden können.

Generaldirektor Hoffmann führt aus, daß man in seinem Betriebe den bestehenden Tarifvertrag nach der Qualität der Arbeit gestaltet und dadurch die Möglichkeit geschaffen habe, schlechte Arbeiter schlecht und gute Arbeiter gut zu bezahlen. Der Entwurf, der dafür ausgearbeitet sei, erhebe keinen Anspruch auf eine endgültige und restlos befriedigende Lösung, aber er sei eine Grundlage, auf der man weiterbauen könne, wenn man in Verbindung mit dieser Abstufung den Akkordanreiz zu erhöhen vermöge.

Ein Betriebsführer hält eine Gleichschaltung auf dem Gebiete des Deputatwesens für notwendig. Um die Schwierigkeiten auf dem Lohnsektor zu überwinden, werde häufig das Verfahren angewendet, daß man den Arbeitern Deputate gebe, und zwar in der Absicht, daß diese Deputate im Schleichhandel verkauft würden. Wenn z.B. bei der Ostbahn verhältnismäßig viel Kohle abgegeben werde, dann ständen sich die Arbeiter dort bedeutend besser als die Arbeiter in der Rüstungsindustrie. Diese Deputate in Gestalt von Kohle, Schnaps und anderen Produkten müßten allen Arbeitern gleichmäßig zugeteilt werden.

Ein anderer Betriebsführer ist der Ansicht, daß Geld nur für Mehrleistungen ausgegeben werden sollte. Dann würde auch die Währung nicht weiter erschüttert werden, sondern sie könnte dadurch sogar eine Stützung erfahren. Die Leistung, die heute in den Betrieben nur 3o, 4o oder 5o % betrage, müsse unbedingt erhöht werden.

Präsident Dr. Senkowsky gibt zu bedenken, daß die Frage des Verhältnisses von Preisen zu Löhnen im Generalgouvernement nicht ohne Erörterung der Währungsfrage zu einer vernünftigen Lösung gebracht werden könne. Die von dem Herrn Generalgouverneur durchgesetzte Erhöhung der Zuweisung von Lebensmitteln an Polen bzw. an Nichtdeutsche werde in gewisser Hinsicht eine Revolutionierung des ganzen wirtschaftlichen Lebens im Generalgouvernement nach sich ziehen. Bereits jetzt seien Erscheinungen feststellbar, die mittelbar oder unmittelbar mit dieser Erhöhung der Lebensmittelsätze zusammenhingen. Das zeige z.B. das Sinken des Schleichhandelspreises für Schwarzbrot. Ähnliche Preisstürze würden auch sonst eintreten. Die Tatsache, daß zugunsten der Bruteerfassung statt 1o Millionen Liter jetzt 3o Millionen Liter Wodka verausgabt würden, habe das Ergebnis, daß jetzt der Schleichhandelspreis von 3oo Zloty auf 13o Zloty zurückgegangen sei. Wenn jetzt der Schleichhandelspreis so erheblich sinke, so würden Mittel für andere Zwecke frei. Die zusätzliche Kaufkraft werde sich preissteigernd auf anderen Gebieten auswirken, auf denen eine solche Vermehrung des Depotats nicht eingetreten sei. Deshalb sei es unbedingt notwendig, bei allen Maßnahmen, die getroffen oder in Aussicht genommen würden, die zusätzliche Kaufkraft, die auf dem Gebiete des Schleichhandels frei werde, abgeschöpft werde. Es sei nicht möglich, die Gewinne steuerlich zu erfassen, wenn Polizei oder Preisüberwachung nicht in der Lage gewesen sei, den Schleichhandel in die Hand zu bekommen. Man sollte deshalb die Auswirkungen der am 1.Oktober eintretenden Neuregelung auf dem gesamten Preisniveau abwarten und auch abwarten, wie die Arbeiterschaft auf die erhöhte Lebensmittelzuteilung reagiere.

Was die Überteuerung der Mietpreise vor allem in Warschau angehe, so habe die Finanzverwaltung im vorigen Jahre für die Festsetzung der Mietpreise neugeschaffener Wohnungen, für die keine Friedensmiete bestehe, Richtlinien herausgegeben, die alles berücksichtigten, was überhaupt möglich sei, den Bauzustand usw.. Für eine bessere Ausstattung werde ein Zuschlag gegeben. Diese Richtlinien hätten sich im ganzen Generalgouvernement ausgezeichnet bewährt. Es wäre ohne weiteres möglich, daß man diese Mietzinsrichtlinien allgemein für die Bemessung der Mieten maßgebend sein ließe, wo eine Überteuerung eingetreten sei. Wenn etwa durch Rückgang der Hauszinssteuer Nachteile wirtschaftlicher Art eintreten sollten, so müßte eine Ausgleichskasse geschaffen werden, für die gewiß keine großen Mittel erforderlich wären.

Die Schaffung einer Konversionskasse, die keinen anderen Zweck verfolge, als der Rüstungsindustrie die Möglichkeit einer billigen Lieferung ans Reich zu geben, komme unter keinen Umständen in Frage. Wer etwas aus dem Generalgouvernement beziehen wolle, habe das zu bezahlen, was es koste. Er bitte vor allem Generalleutnant Schindler als Chef der Rüstungsinspektion, diesen Standpunkt im Reich zuvertreten. Auch vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus sei es nur zu begrüßen, wenn die Rüstungsindustrie streng kalkulieren müsse. Diese strenge Kalkulation würde durch die Schaffung dieser Konversionskasse einfach aufgehoben werden. Auch würde diese Kasse, wenn sie wirklich geschaffen werden würde, unter die Kontrolle der Finanzverwaltung kommen. Wirtschaftlich sei es nicht vertretbar, auf die Dauer solche Zuschüsse zu geben.

Im vorigen Jahr seien die Zölle im Verkehr mit dem Reich aufgehoben worden. Sie hätten zuletzt für das Jahr 150 Millionen Zloty gebracht. Diese Summe stelle bei der Einfuhr aus dem Reich nur einen geringen Teil der Gestehungskosten dar. Nach seinen Feststellungen hätten sich diese Aufhebung der Zölle keineswegs zum Vorteil der Preislage im Generalgouvernement ausgewirkt. Wenn von Deputaten gesprochen worden sei, so sei dieser Ausdruck nicht richtig. Es handle sich, soweit Monopolartikel in Frage kämen, nicht um die Zuweisung von Deputaten, sondern um etwas Ähnliches, was bei der Lebensmittelproduktion vielfach üblich sei. Wer in einem besonders begünstigten Betrieb arbeite, erhalte eine bestimmte Menge Schnaps oder Zigaretten zugewiesen. Eine allgemeine Verteilung dieser Produkte an die Polen außerhalb der Ernteerfassung und der Betriebsbetreuung gebe es nicht. Bei den Zigarettenarbeitern z.B. seien diese Zuwendungen schon im Frieden ein Teil ihrer Entlohnung gewesen. Es sei interessant festzustellen, daß im Schleichhandel der Preis für Zigaretten am wenigsten gestiegen sei. Es werde möglich sein, daß ab 1.Oktober die Wodka-Zuweisung an die Rüstungsarbeiter und die Arbeiter der A-Betriebe um 100 % erhöht werde. Ab 1.Oktober würden die 120 000 Rüstungsarbeiter 1 Liter Wodka und die 200 000 Angehörigen der A-Betriebe ½ Liter Wodka erhalten.

Er sehe keine Möglichkeit, solle nicht eine weitgehende Unruhe hervorgerufen werden, die Deputate in der Tabakindustrie, die schon aus dem Frieden stammten, aufzuheben, Da es sich hier um die Aufrechterhaltung wohlerworbener Rechte handle.

Präsident Naumann erinnert an die von ihm schon einmal erhobene Forderung, daß, wenn die Lebensmittelrationen geändert würden, dann auch eine vollständige Neuregelung der Deputatfrage in allen Zweigen der Wirtschaft erfolgen müsse. Genau so, wie bei der Generaldirektion der Monopole gearbeitet werde, werde auch in der Zuckerwirtschaft gearbeitet. Schwierig sei es allerdings, Ordnung in diese Dinge zu bringen, weil immer Berufungen kämen. Er habe seinerzeit die beschleunigte Durchführung einer generellen Regelung angeregt. Er sei von der Kohlenbewirtschaftungsstelle mit einer Strafe von 2o ooo Zloty belegt worden, weil er angeordnet habe, daß in den Zuckerfabriken für die Dauer der Kampagne den Arbeitern je Monat ein Doppelzentner Kohle gegeben werden solle. Er habe sich dabei auf Regelungen bezogen, die in anderen großen Wirtschaftssektoren durchgeführt worden seinn. Auch die Arbeiter in der Zuckerindustrie hätten wohlerworbene Rechte. Es sei unbedingt notwendig, daß schnellstens eine Regelung getroffen werde, die für alle Wirtschaftssektoren Geltung habe.

Präsident Gerteis weist darauf hin, daß es der Ostbahn gelungen sei, ein Lohnsystem aufzustellen, das aus Akkordlohn plus Prämie bestehe. Dieses System sei in den Eisenbahnwerkstätten praktisch erprobt worden mit den Erfolgen, daß man bis heute mit derselben Belegschaft eine um 22 % höhere Leistung erzielt habe. Für diesen Zweck werde aber Prämienware gebraucht, außer Wodka und Zigaretten vielleicht alte Schwellen als Brennholz, alte Fahrräder usw., dazu auch Kohle. Ein großer Teil der Bahnarbeiterschaft, etwa 45 ooo Menschen, seien im Sommer und Winter im Freien beschäftigt und müßten eine Möglichkeit haben, ihren einzigen Anzug zu trocknen. Deshalb müßten sie mit gewissen Mengen von Brennstoff beliefert werden.

Präsident Struve bestätigt auf Grund seiner Erfahrungen, daß die Neuregelung der Ernährungsfrage auf allen Gebieten revolutionierend gewirkt habe. Auch die Lohnfrage sei dabei erneut in den Vordergrund getreten. Für die Lohnpolitik gebe es nur zwei Möglichkeiten: die eine Möglichkeit sei die, daß eine vernünftige Regelung gefunden werde, damit der Pole für den von ihm verdienten Lohn die amtlich zugeteilten Waren kaufen könne. Der Lohn des polnischen Arbeiters habe jetzt überhaupt erst Kaufkraft gewonnen. In den drei großen Gruppen sei dem Arbeiter das Existenzminimum auf dem Gebiete der Lebensmittel gewährleistet, und die Beschaffung dieser Lebensmittel zusätzlich anderer bestimmter Lebenshaltungsgegenstände sei im allgemeinen gesichert. Man könne darüber streiten, ob gewisse Dinge, die man als notwendig ansehen könne, unbedingt notwendig seien und welchen Weg man finden könne, angesichts der Preissteigerung auf vielen Gebieten z.B. bei Textilartikeln die benötigte Ware zu einem der Kaufkraft des Arbeiters entsprechenden Preis zur Verfügung zu stellen. Allerdings dürfe man das ganze Lohngefüge nicht dadurch zerstören, daß man generelle Lohnerhöhungen um 3o, 4o oder 5o % vornehme. Man könne nur ganz roh eine Tarifordnung entwerfen, mit der ein Grundlohn festgelegt werde, und dem Betriebe die Möglichkeit lassen, bis zu einem gewissen Grade eine Akkordverdienstspanne zu geben. Noch idealer wäre es, wenn der Grundlohn tief gehalten und ein Leistungslohn an seine Stelle gesetzt würde, d.h. daß alles, was der Pole gemessen an der Arbeitsleistung im Reiche im Durchschnitt leiste, als Durchschnittsleistung gewertet und alles, was der Pole darüber hinaus leiste, unbeschränkt bezahlt würde. Gegen eine solche Regelung beständen grundsätzliche Bedenken nicht. Es wäre nur zu begrüßen, wenn mit der Ernährungssicherung und der Festigung des Lohngefüges gleichzeitig auch eine erhöhte Arbeitsleistung herbeigeführt werden könnte. Entsprechende Vorschläge würden

ausgearbeitet. An sich brauche an dem derzeitigen Lohngefüge nichts geändert zu werden. Die Durchführung einer solchen Regelung sei Sache der Betriebe selbst.

Der Herr Generalgouverneur legt großes Gewicht auf die grundsätzliche Ausarbeitung dieser Vorschläge. Man könne eine solche Regelung nicht einzelnen Stellen überlassen, da ihre Durchführung auch amtlich gewährleistet sein müsse. Im Zusammenhang damit bedürfe auch die Deputatfrage einer endgültigen Lösung.

Präsident Struve führt dann weiter aus, daß der Prämienfrage eine grundsätzliche Bedeutung zufalle. Mit der Ordnung auf wirtschaftlichem Gebiet, besonders auf dem Sektor der Arbeit, müsse auch die Möglichkeit geschaffen werden, in welchem Maße die Betriebsführer imstande seien, die Arbeitsleistung zu steigern. Voraussetzung sei, daß die Betriebe unter gleichen Produktions- und Arbeitsbedingungen arbeiteten. Beim Prämiensystem müsse man von der Entwicklung ausgehen, die es genommen habe. Es sei ein Kind der Zeit gewesen. Um die Diskrepanz zwischen Löhnen und Preisen auszugleichen, habe man das Bestreben gehabt, einen Reallohn zu geben. Die Lage der Betriebe sei vielfach nicht gleichmäßig gewesen, auch habe man oft im Umfang der Prämienzuteilung keine vernünftigen Grenzen eingehalten. So habe z.B. eine Hefefabrik jedem Arbeiter 8 bis lo Kilo Hefe gegeben. Andere Betriebe hätten Artikel gegeben, die lediglich auf dem Schwarzmarkt hätten Verwendung finden können. Wenn besonders begünstigte Betriebe mehr Wodka oder Zigaretten gäben als andere, so könne man wohl nicht von gleichen Produktionsbedingungen sprechen. Im allgemeinen sei nichts dagegen einzuwenden, daß als Belohnung für überdurchschnittliche Leistungen Prämien möglichst einheitlich und gleichmäßig, wenigstens dem Werte nach, gegeben würden. Er

habe an seine Abteilung "Betriebsbetreuung" gedacht, die schon jetzt die Betriebe mit gewissen Artikeln versorgt habe. Die Dienststelle müsse diese Dinge im Generalgouvernement überwachen und dafür sorgen, daß sie auf einen gleichen Nenner gebracht würden. Er beabsichtige auch, diese Frage mit den Präsidenten der Hauptabteilungen nochmals zu besprechen und dann entsprechende Richtlinien auszuarbeiten. Wenn man auf diese Weise zu einem wirklichen Leistungslohn komme, dann werde damit den Wünschen sowohl der Industrie wie auch der gesamten Wirtschaft Rechnung getragen.

Generalleutnant Schindler glaubt, nach den gemachten Erfahrungen die Feststellung treffen zu können, daß das Lohnniveau eines großen Teils der Arbeiter unter der Summe liege, die die Arbeiter brauchten, um sich die Lebensmittel zu den amtlichen Preisen zu kaufen. Die Lohnhöhe liege auf und unter dem Niveau, das am 1.September 1939 Geltung gehabt habe. Weiter sei festgestellt worden, daß die offiziellen Zuteilungen an die Arbeiter Preissteigerungen bis zu 2oo oder 3oo % erfahren hätten. Von den Rüstungsbetrieben müsse die Bedingung gestellt werden, daß der fleißige Arbeiter in seiner Kategorie mindestens soviel verdiene, daß er sich von seinem Verdienst die offiziell zugeteilte Ware kaufen könne und ihm darüber hinaus noch ein kleiner Rest verbleibe, mit dem er die übrigen Bedürfnisse des Lebens befriedigen könne.

In diesem Zusammenhang sei die Lösung der Währungsfrage eine unumgängliche Notwendigkeit. Selbstverständlich könne diese Frage derzeit nicht gelöst werden; mit ihr müsse sich ein kleineres Gremium beschäftigen. Auf Grund der herrschenden Lohnpolitik sei es dem Arbeiter lediglich möglich, sich diejenigen Dinge zu beschaffen, die ihm zu einem normalen Preise geliefert werden könnten. Alle anderen Dinge die die Arbeitsleistung etwa eines Schusters oder Schneiders bedingen,

müsse er zu Schleichhandelspreisen bezahlen. Für den Arbeiter müsse also die Möglichkeit geschaffen werden, sich diese Dinge wirklich zu kaufen. Eine Lohnerhöhung, die etwa dem Schleichhandelspreis entsprechen müßte, komme nicht in Frage. Es bleibe also nichts anderes übrig, als die Lösung dieser Frage von der Währungsseite anzufassen. Unzweifelhaft entfielen von dem Notenumlauf im Generalgouvernemt nur ein Drittel auf den offiziellen Verkehr und zwei Drittel auf den Schleichhandel. Diese zwei Drittel zahlten keine Steuer, würden nicht abgeschöpft und auch nicht in Anleihe festgelegt. Wenn es gelänge, von der Überzahl der Noten, die sich im Schleichhandel bewegten, etwas wegzunehmen, dann wäre die Balance wieder hergestellt. Eine Vermehrung der Ware von der Rohstoffseite her sei nicht möglich. Es gebe verschiedene Methoden, angefangen von der Zwangsanleihe bis zur Zwangseinziehung ~~in~~ der Noten.

Man müsse zwishhen Deputat und Prämie unterscheiden, zwei ganz verschiedenenDingen. Das Deputat sei ein Teil des Lohnes, der jedem Arbeiter ohne Rücksicht auf seine Leistung im allgemeinen gegeben werde. Die Prämie dagegen sei kein Teil des Lohnes, sondern eine Sondervergütung, die von der Leistung des Arbeiters abhänge. Bei der Rüstungsindustrie habe es nie Deputate gegeben, und die Rüstungsarbeiter hätten auch in den letzten Wintern niemals ein Stück Kohle bekommen. Vielleicht würden die Rüstungsbetriebe in diesem Jahre zum erstenmal auf offiziellem Wege Kohle zugewiesen erhalten. In Aussicht gestellt sei Schlammkohle, die teuer sei. Man stehe aber in Verhandlungen mit dem Reichskohlenkommissar und habe Aussicht, looo to Kohle für die Rüstungsarbeiter zu erhalten. Bisher hätten also die Rüstungswerke den Weg der Prämie beschreiten müssen. Dank dem Entgegenkommen des Präsidenten Dr.Senkowsky sei es möglich gewesen, auf diesem Wege die Leistungen der Arbeiter zu steigern. Wenn die

Rüstungsbetriebe in die allgemeine Regelung einbezogen würden, die jetzt geplant seien, so könne er sich damit nur einverstanden erklären.

Was die Schaffung einer Konversionskasse angehe, so gebe es Bestimmungen, die etwas Derartiges vorsähen, die er aber nicht für endgültig halte. Er sei mit Präsident Dr. Senkowsky der Auffassung, daß unbedingt eine Überwachung der Preise eintreten müsse. Eine Herabdrückung der Preise sei ohne weiteres möglich, und bei allen Bestrebungen in dieser Hinsicht werde man stets die Unterstützung der Rüstungsinspektion finden.

Präsident Dr. Paersch kann sich nicht der von Präsident Dr. Senkowsky geäußerten Ansicht anschließen, daß auf dem Gebiet der Schleichhandelspreise eine Revolutionierung eingetreten sei. Nach den bei seiner Dienststelle vorliegenden statistischen Feststellung sei lediglich bei Brot ein geringfügiger Preisrückgang eingetreten. Für die übrigen Nahrungsmittelgebiete des freien Handels stehe das Ergebnis noch aus.

Die Ursache liege darin, daß man es einmal mit einer Übergangsregelung zu tun habe und zum anderen die Erfassung im Gegensatz zum Vorjahre noch mehr gesteigert und dadurch die dem freien Markt zur Verfügung stehende Warenmenge entsprechend knapper geworden sei. Die preisliche Auswirkung der Neuregelung der Ernährung bleibe daher zunächst abzuwarten. Damit entfalle auch die Überlegung und Schlußfolgerung auf dem Gebiete der sogenannten überschüssigen Kaufkraft. Sobald diese Probleme zu übersehen seien, werde die Währungspolitik dazu Stellung nehmen.

Der Herr Generalgouverneur bemerkt gegenüber den Ausführungen des Vorredners, daß ihm von den Gouverneuren und auch von anderen Dienststellen über die Entwicklung der Schleichhandelspreise infolge der Neuregelung der Ernährung anderslautende Berichte erstattet worden seien.

Auch Präsident Naumann kann von einem Durchbruch der Schleichhandelspreise bei Brot, aber auch schon bei Fleisch und Fett berichten.

Der Herr Generalgouverneur wirft die Frage auf, wie die Lage hinsichtlich der allgemein überschüssigen Kaufkraft sei. Er habe auch den Eindruck, daß es sich hier um eine Angelegenheit handle, die zum mindesten etwas konkretisiert in Aussicht gestellt werden könnte. Auch er halte die Behauptung für absolut begründet, daß eigentlich eine starke überschüssige Kaufkraft im Lande vorhanden sei. Diese Frage bedürfe jedenfalls noch der Klärung. Dann müsse aber auch die Frage der Währung mit den geplanten Konsumierungsmaßnahmen in Einklang gebracht werden.

Generalleutnant Schindler gibt der Befürchtung Ausdruck, daß eine Abnahme der Ware eine Erhöhung der Schleichhandelspreise mit sich bringen müsse.

Präsident Dr. Emmerich führt abschließend aus: alle Maßnahmen, die im Frühjahr dieses Jahres vom Herrn Generalgouverneur angeordnet seien, hätten das Ziel gehabt, die Ordnung der Wirtschaft wiederherzustellen und die anormalen Erscheinungen, die sich, von der Ernährungsseite ausgehend, zeigten, einzufangen. Die Regierung müsse das Steuer der Wirtschaft auch wieder vollkommen in die Hand bekommen. Die illegalen Selbsthilfemaßnahmen, die - geduldet oder nicht geduldet - an der Tagesordnung gewesen seien, müßten verschwinden. Bei den Betrieben und den amtlichen Organen müsse wieder eine Atmosphäre der Ehrlichkeit herrschen.

Man habe behauptet, daß man die Tarife innehalte, und habe doch nach Mitteln und Wegen gesucht, um die amtlichen Tarifsätze zu umgehen und in einer getarnten Form, etwa im Wege von Zuschlägen, den Verhältnissen

auf dem Preisgebiet gerecht zu werden, um damit allein das Niveau der Produktione im Generalgouvernement zu halten. Wären diese Selbsthilfemaßnahmen nicht ergriffen worden, dann würde die Bilanz des letzten Jahres in der Kriegsleistung des Generalgouvernements ganz anders aussehen. Es komme also darauf an, daß eine allgemeine Bereinigung in allgemeiner Aussprache durchgeführt werde. Was in der Diskussion vorgebracht worden sei, sei dafür ein wichtiger Fingerzeig.

Bisher sei für die Hausbrandversorgung der nichtdeutschen Bevölkerung in der Kohlendispositionsliste nichts vorgesehen gewesen. Er habe bei der letzten Besprechung mit dem Geschäftsführer der Reichsstelle für Kohle und dem Beauftragten Ost erreicht, daß bei der allgemeinen Sanierung der hiesigen Verhältnisse das Kohlenproblem nicht übersehen dürfe. Wenn man jetzt auch infolge des Ausfalls einer gewissen Kohlenposition im Osten nicht mehr mit dem Andauern der bisherigen günstigen Kohlenlieferlage rechnen könne, so solle doch der Fortfall gewisser Lieferungen ins Generalgouvernement nicht dazu führen, daß die Berechtigung, in begrenzten Mengen Kohle an die Arbeiter auszugeben, nicht mehr anerkannt werde. In diesem Zusammenhang richte er an die Betriebsleiter die Frage, ob es nicht angesichts der Tatsache, daß in den Betrieben sehr viel Kohle gestohlen werde, zweckmäßig erscheinen könnte, 5 % der bisherigen Liefermengen den Arbeitern zuzuteilen. Von den normalen Liefermengen könnte man vorab einen gewissen Prozentsatz in einen allgemeinen Topf geben und dann aus ihm dem Arbeiter legal etwas zuteilen. Diesen Topf könnte man später aus gewissen Mengen, die man von der Reichsstelle für Kohle freibekomme, noch vergrößern. Für die Wirtschaft sei es äußerordentlich schwierig, auch nur 100 kg Kohle für den kommenden Winter zugunsten des einzelnen Arbeiters freizumachen.

Das bedeute schon eine monatliche Belastung des Kohlenkontingents von 3o- bis 4o ooo to, also von über 1o %, die nicht zusätzlich herauszuziehen seien, wenn man nicht versuche, sie innerhalb der gegebenen Kontingente irgendwie einzusparen.

Er sei der Auffassung, daß die Aussprache außerordentlich nützlich gewesen sei und zahlreiche Wege zu dem Ziele gewiesen habe, die Normalisierung des Wirtschaftslebens im Generalgouvernement in die Tat umzusetzen. Er bitte den Herrn Generalgouverneur, den beteiligten Ressorts den Auftrag zu geben, in beschleunigten Verhandlungen mit allen Abteilungen entsprechende Vorschläge auszuarbeiten.

Der Herr <u>Generalgouverneur</u> spricht den Teilnehmern an der Sitzung seinen Dank aus und gibt vor allem seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich der Kriegswirtschaftsstab und der Verteidigungsausschuß auch hinsichtlich des zweiten Gegenstandes der Tagesordnung eine große Aufgabe gestellt hätten. Gerade die Behandlung des letzten Gegenstandes könne als Auftakt für die Realisierung einer Reihe von Notwendigkeiten gewertet werden. An erster Stelle stehe die Regelung des <u>Lohnverhältnisses</u> innerhalb der großen industriellen Bereiche des Generalgouvernements, an zweiter Stelle die Frage der <u>Deputatzuweisung</u>, an dritter Stelle würde der Versuch stehen, die Entwicklung der <u>Währung</u> in Einklang mit den <u>Konsumierungsmaßnahmen</u> zu bringen. Für alle diese Bereiche, vornehmlich für die beiden ersten werde er die Hauptabteilungspräsidenten ersuchen, die notwendigen Maßnahmen zu besprechen und ihm dann möglichst bald Bericht zu erstatten.

Schluß der Sitzung 18 Uhr 4o Minuten.